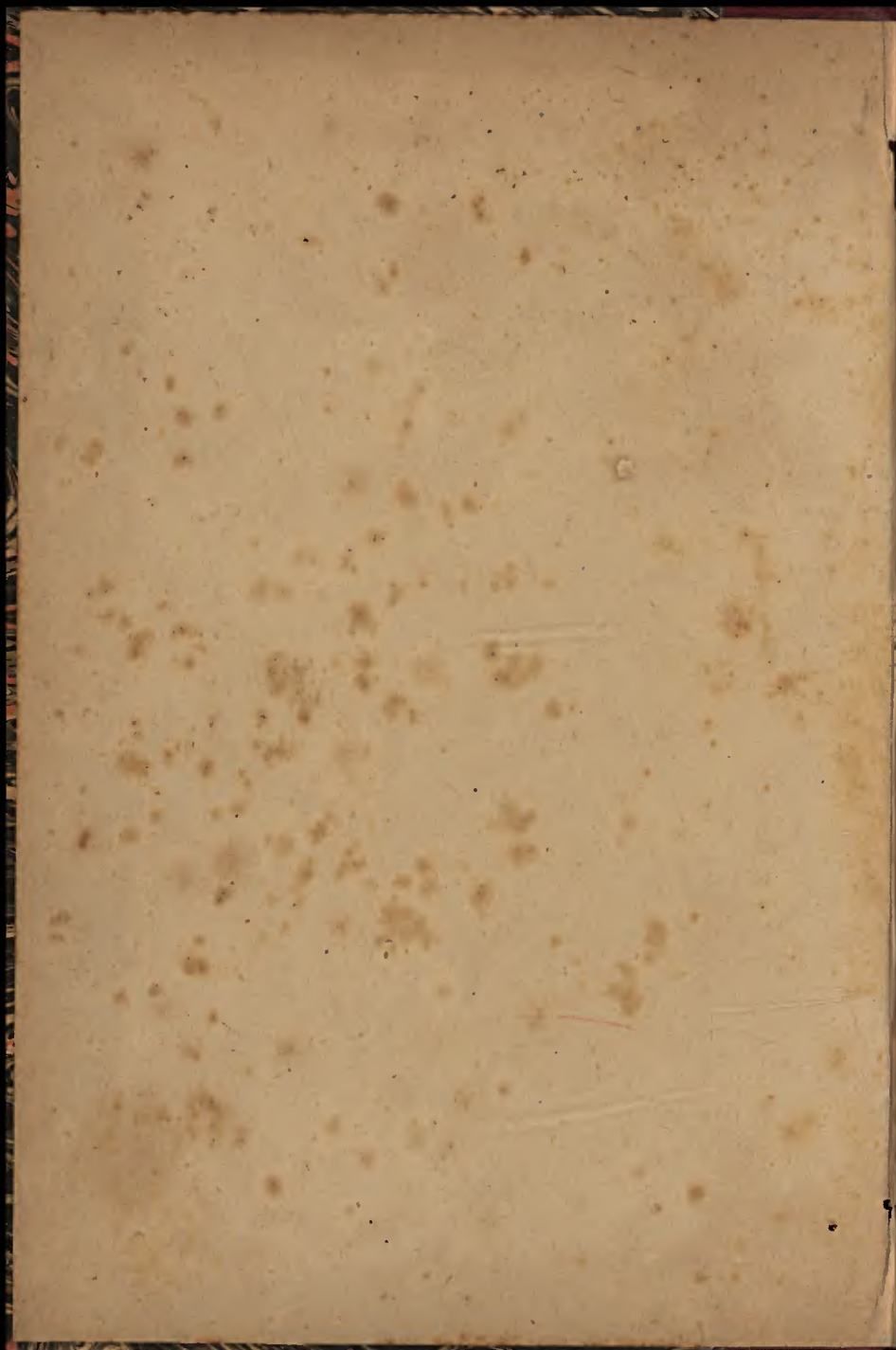
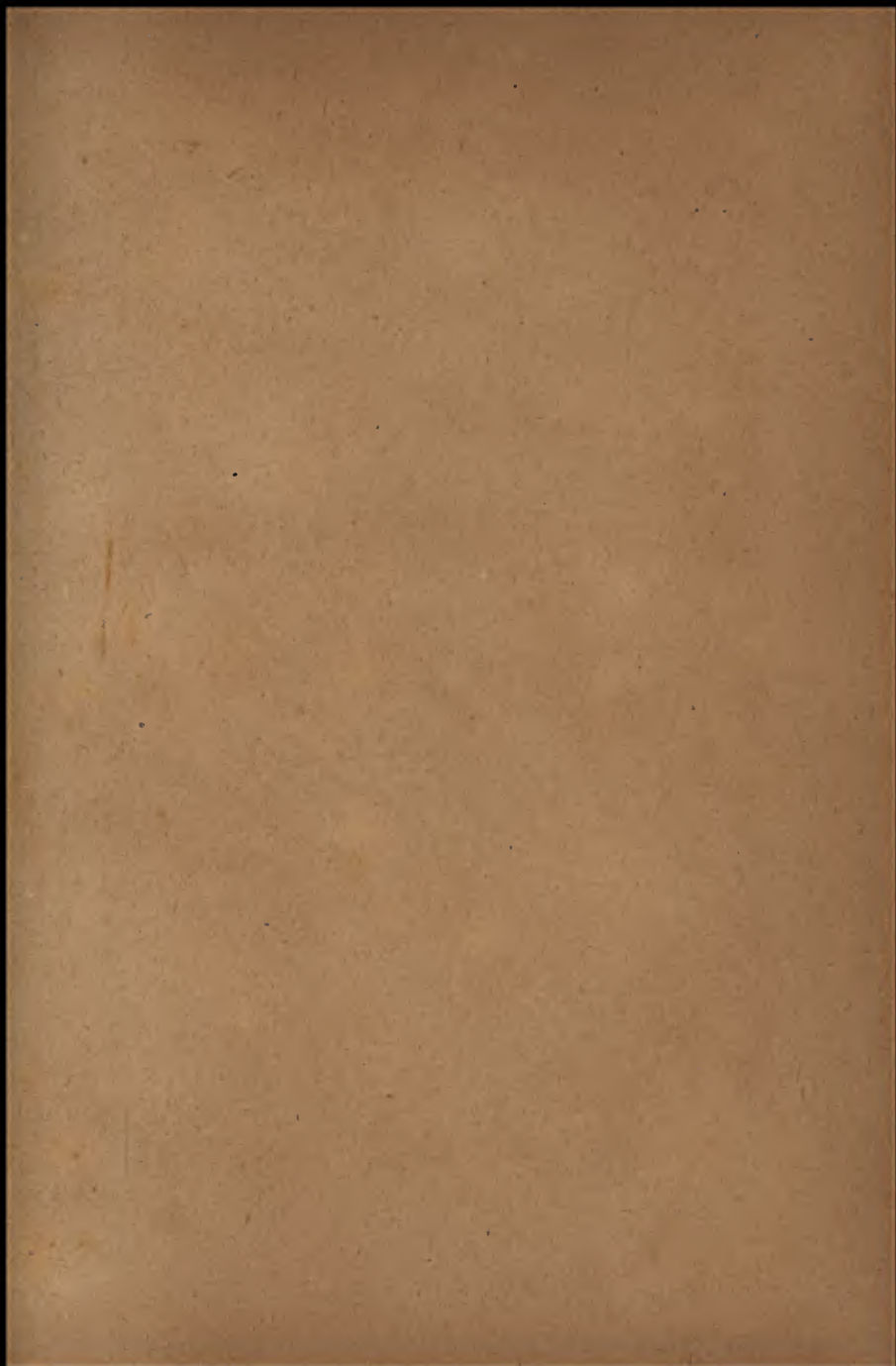
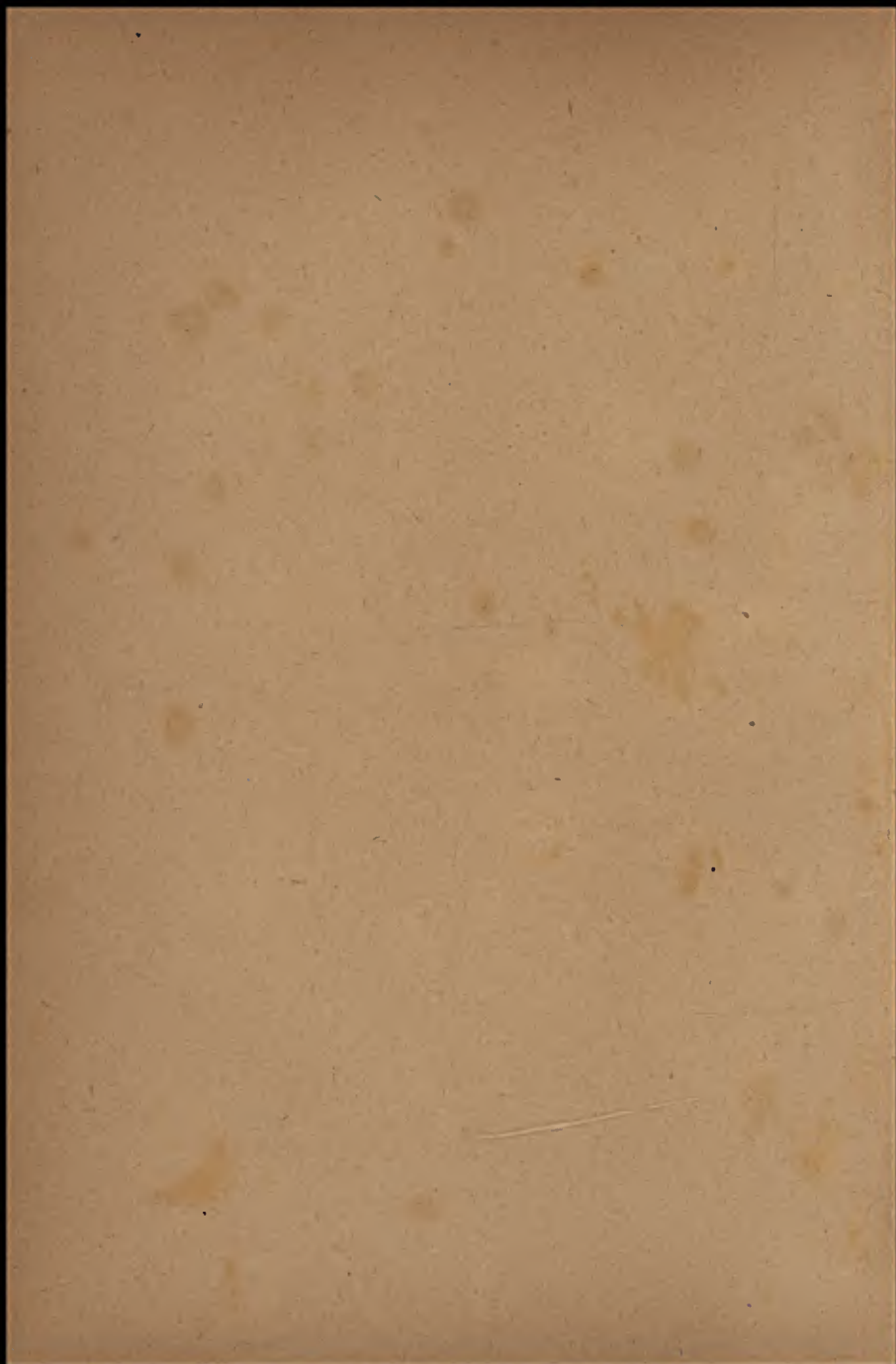


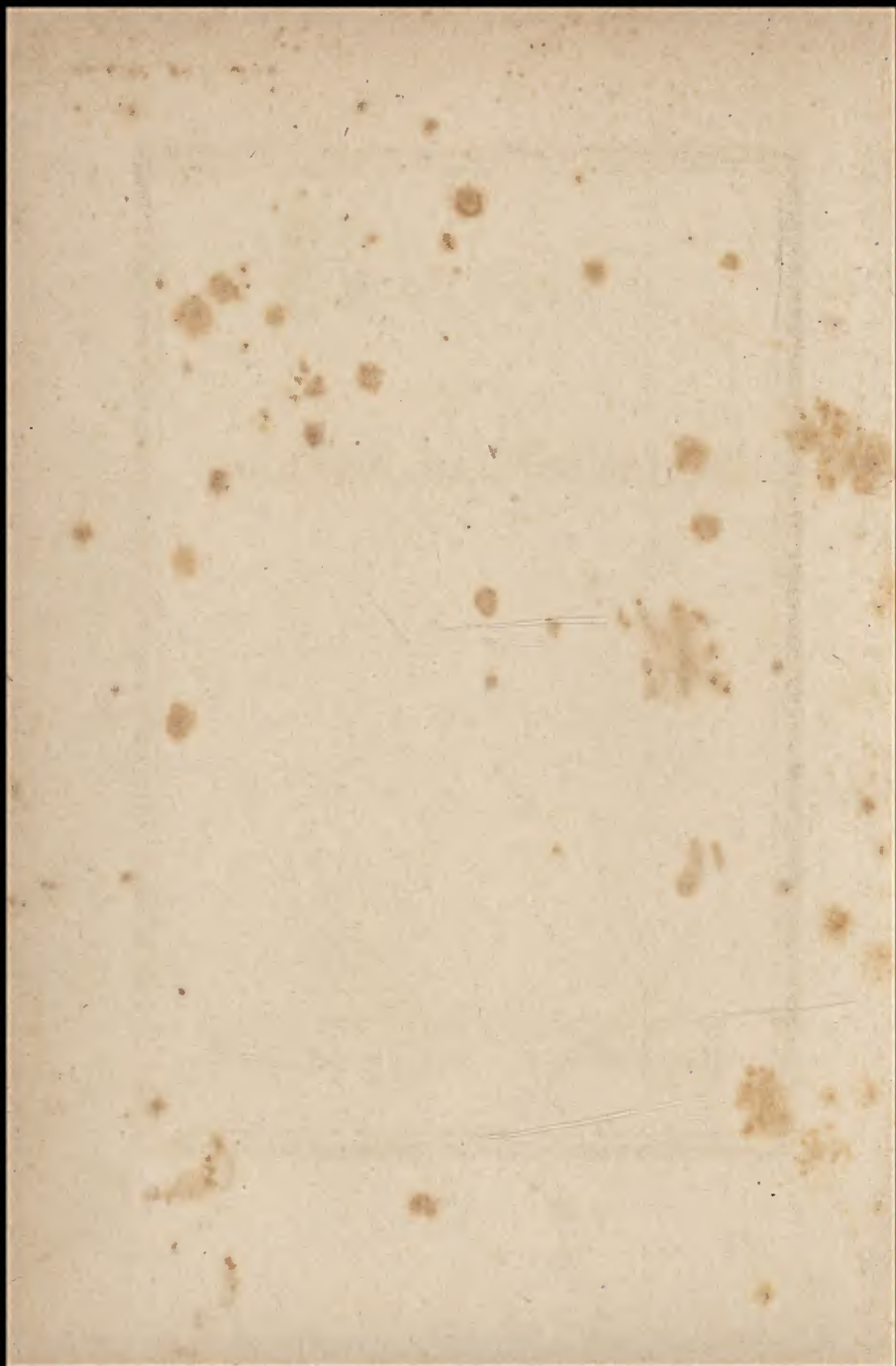








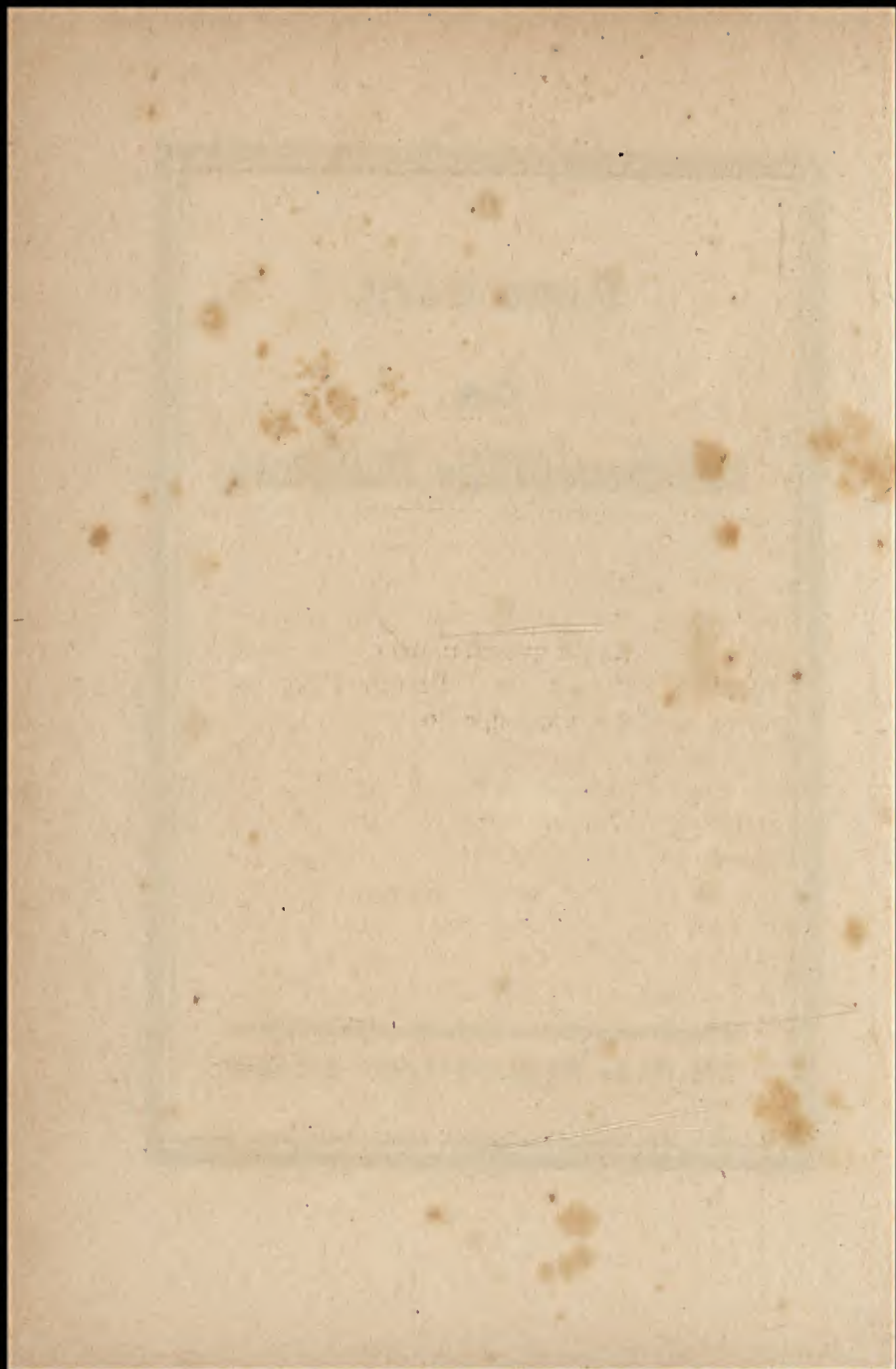




Hans Vorst
Das
bolschewistische Rußland

Der Neue Geist. Verlag / Leipzig





Nur zögernd habe ich mich entschlossen, die Berichte, die ich im Spätsommer und Herbst 1918 von meiner Reise in die Sowjetrepublik im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte, gesammelt herauszugeben. Für eine Tageszeitung geschrieben und an Tagesereignisse anknüpfend, eignen sich solche Berichte meist wenig für die dauernde Form des Buches. Zahlreiche Anfragen und Vorschläge haben mich aber davon überzeugt, daß ein Bedürfnis danach vorhanden war, die Ergebnisse dieser Reise zusammengefaßt zu sehen. Man hat mir auch davon abgeraten, den Tagescharakter der hier vorliegenden Schilderungen durch Umarbeitung zu beseitigen, weil sie dadurch ihre Unmittelbarkeit verlieren würden. So habe ich mich denn darauf beschränkt, die Berichte mit einer Einleitung und einem zusammenfassenden Schlußwort zu versehen. Erweitert sind sie ferner durch einige Kapitel, die schon in Rußland geschrieben, aber noch nicht veröffentlicht worden sind. Im übrigen erscheinen sie, abgesehen von einigen Kürzungen und unwesentlichen Korrekturen, hier wieder in unveränderter Gestalt. Das Buch zeigt auf diese Weise



eine doppelte Entwicklung, eine subjektive und eine objektive: in den dreieinhalb Monaten meines Aufenthalts in Rußland bildete sich stetig mein Urteil, und verschärfte sich zusehends die gesamte wirtschaftliche und politische Lage der Sowjetregierung. In Anbetracht der großen Bedeutung ihres Gegenstandes können die Schilderungen eines ruhigen, westeuropäischen Beobachters vielleicht auch in dieser Form ein gewisses historisches Interesse gewinnen.

Der Verfasser.

Berlin-Wilmersdorf,
im Januar 1919.



Einleitung.

Der Aufstieg des Bolschewismus.

Im Frühjahr 1917, bald nach dem Ausbruch der russischen Revolution, benutzte ich einen Aufenthalt in Stockholm, um in der neutralen, schwedischen Presse, frei von den Fesseln des Belagerungszustandes, eine Reihe von Artikeln zu veröffentlichen, die unter dem Gesamttitel „Der Weg zum Frieden“ den eindringlichen Appell an alle Kriegführenden enthielten, auf Grund einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung und eines Völkerbundes dem europäischen Kriege ein Ende zu setzen. Einleitend hieß es darin unter anderem: „Wie lange werden die Staaten Europas noch dem ‚glücklichen Ende des Krieges‘ nachjagen, um ihre verschiedenen politischen Ziele und Ideologien zu verwirklichen? Sieht niemand, daß hinter den politischen Problemen inzwischen schon eine ganz andere, noch viel tiefer greifende Frage in drohender Größe emporgewachsen ist — die soziale? Wenn die Katastrophe da ist, so werden die leidenden Massen, die nicht wußten, wohin sie geführt wurden, furchtbare Rechenschaft von denen fordern, die es hätten wissen müssen. Wo wird dann ein Halten sein? Schon längst ist



der bisher unerhörte Triumph des staatlichen Prinzips über das individualistische, sind die noch nicht dagewesenen Opfer, die der Krieg der Allgemeinheit und jedem Einzelnen auferlegt, aufs stärkste dazu angetan, als Gegenwirkung extrem revolutionäre und anarchistische Tendenzen mächtig zu fördern. Überall, sogar in den neutralen Ländern weisen warnende Anzeichen darauf hin, daß selbst den sozialistischen Führern die Leitung der Massen schon mehr und mehr zu entgleiten beginnt. Noch stärker sagt in den kriegsführenden Ländern den Massen ihr Instinkt, daß eine staatliche Ordnung, die weder imstande war, das entsetzliche Unglück des Weltkriegs zu verhüten, noch ihm rechtzeitig ein Ende zu machen, beseitigt werden muß. Man bedenke ferner, daß in Rußland der Sozialismus schon gesiegt hat und für seine weitere Entwicklung in den historischen Neigungen des Volkes zum Kommunismus den günstigsten Boden findet. Es fragt sich dort nur noch, ob auf die Dauer die besonnenen revisionistischen Elemente der Sozialdemokratie, welche die Verwirklichung des sozialistischen Staats auf dem Wege der Entwicklung anstreben, die Oberhand gewinnen werden, oder die grundsätzlich revolutionären Sozialisten, welche glauben, den Kapitalismus durch den plötzlichen Umsturz, durch die bewaffnete Diktatur des Proletariats beseitigen zu können. Welcher Staat Europas glaubt, sich dem internationalen Einfluß entziehen zu können, den der Sieg des russischen



Proletariats naturnotwendig ausüben muß? Es ist kaum begreiflich, mit welcher Verblendung die meisten Politiker aller Länder ihre Augen gegen diese Dinge verschließen, als wären sie nicht vorhanden. Es kann sich in Wirklichkeit gar nicht mehr darum handeln, die unvermeidliche soziale Entwicklung zu verhindern. Es fragt sich nicht mehr, ob sie kommt, sondern nur noch, wie sie kommt. Wenn sie nicht durch schnelle Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse in Europa, durch schnelle und tiefgreifende soziale Reformen, die wenigstens zunächst die Auswüchse des Kapitalismus gründlich beseitigen, in ruhige Bahnen geleitet werden kann, so wird sie sich unter furchtbaren Erschütterungen vollziehen. Und diese Erschütterungen werden um so größer sein, je größer die wirtschaftliche Katastrophe wird, der Europa entgegengeht, je stärker daher die gerechte aber blinde Empörung der Massen wächst, und für die extremsten demagogischen Umtriebe den fruchtbaren Boden bildet. Das Resultat dieser Gedanken ist, daß alle klaren Köpfe in Europa, die der Überzeugung sind, daß das Glück und die Kultur der Menschheit sie nicht auf den Weg des sozialen Umsturzes, sondern auf den der Entwicklung hinweisen, sich vereinigen müssen, um sofort alles zu tun, was geschehen kann, um die furchtbare drohende Gefahr noch abzuwenden. In diesem Willen müssen sich alle besonnenen Elemente der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie begegnen. Der erste und dringlichste Schritt dazu ist der schnelle



nige Friedensschluß auf einer für alle Teile annehmbaren Basis. Wenn dieser Schritt nicht bald, sehr bald geschieht, so treibt Europa rettungslos einer grauenvollen wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe entgegen."

Ein solcher Appell mußte freilich nutzlos verhallen. In welchem Lande sollte er auch Gehör finden, wenn nicht einmal die russischen Staatsmänner bereit waren, den Weg zum Frieden zu beschreiten. Miljutow war damals noch am Ruder und verlangte, trotz Arbeiter- und Soldatenrat, trotz beginnender Anarchie, nach Konstantinopel und Galizien. Indessen war Lenin schon im Lande. Der Ausbruch der russischen Revolution hatte den Führer der Bolschewiki, des radikalen, grundsätzlich revolutionären Flügels der russischen Sozialdemokratie, in seinem schweizerischen Verbannungsort betroffen. Als die Alliierten Rußlands, die Gefahr ahnend, ihm die Heimreise durch ihr Gebiet verwehrten, hatte er nicht gezögert, sich der Hilfe des deutschen Generalstabs zu bedienen und war in „plombiertem Wagen" durch Deutschland nach Schweden und von da nach Rußland gereist.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Petersburg hatte er im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei eine Rede gehalten, in der er den Beginn der sozialen Revolution verkündete und die Parole ausgab: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" Es war ein kühnes Unterfangen. Denn selbst in den



Sowjets, für die er die ganze Macht begehrte, war seine Partei noch schwach und innerhalb dieser Partei sogar traf er anfangs auf Widerspruch. Auch die starke Führerpersönlichkeit Lenins hätte den Bolschewismus nicht zum Siege führen können, wenn nicht seine Gegner durch die schwersten Fehler alles getan hätten, um ihm den Weg zu ebnen. Indessen ließ die Gefahr sich schon deutlich genug erkennen. Am 4. Mai 1917, bald nach der Rückkehr Lenins nach Rußland, telegraphierte ich aus Stockholm an das „Berliner Tageblatt“: „Die Hauptgefahr (für die provisorische Regierung) droht nicht von reaktionären oder anarchistischen Kräften, sondern von der revolutionären Sozialdemokratie, deren Führer Lenin ist. Gegenwärtig ist die Leninsche Richtung stark in der Minderheit, weil bei der Sozialdemokratie die Ansicht vorherrscht, daß erst die Resultate der politischen Revolution gesichert werden müssen, bevor die soziale Umwälzung geschehen kann. Lenin erklärt dagegen die bürgerlich-demokratische Revolution für beendet und fordert ihre sofortige Umwandlung in die soziale Revolution. Selbst die bolschewistische „Prawda“ wendet sich gegen diesen Standpunkt, aber nur aus taktischen Gründen, weil es verfrüht sei. Dennoch bedeutet Lenin einen hervorragend starken Faktor im russischen Sozialismus. Er ist eine eigenartige starke Persönlichkeit, besitzt umfassende Bildung und hat sich durch die rücksichtslose Konsequenz, mit der er jahrzehntelang die Theorie



des revolutionären Sozialismus begründete und propagierte, großes Ansehen bei der russischen Sozialdemokratie und starken Anhang erworben. Daß sein Einfluß hoch eingeschätzt wird, beweist die heftige Agitation, die jetzt nicht nur von bürgerlichen Kreisen, sondern besonders von den russischen Menschewiki (gemäßigten Sozialdemokraten) gegen ihn getrieben wird. Namentlich wird seine Reise durch Deutschland gegen ihn ausgenutzt. Für Lenin ist der Kapitalismus der einzige Feind. Er nimmt daher in diesem kapitalistischen Kriege nicht Partei. Das kapitalistische Rußland oder England steht ihm nicht näher als das kapitalistische Deutschland, dessen Dienste er in Anspruch nahm, um dorthin zu gelangen, wo er am wirksamsten gegen den Kapitalismus überhaupt glaubte kämpfen zu können. Schon dies beweist, daß Lenin, moralisch unanfechtbar, nicht imstande ist, die praktischen Folgen seiner Handlungsweise zu ermessen. Das Grundprinzip seiner Theorie ist, daß die sozialistische Gesellschaftsform nur durch die bewaffnete Revolution und die Diktatur des internationalen Proletariats verwirklicht werden kann. Ganz konsequent ist er gegen den Abrüstungsge danken. Er begrüßt sogar jede Ausdehnung der Rüstungen, weil nur dadurch das Proletariat, das bisher durch das Heer im Schach gehalten worden sei, sich dieser Waffe bemächtigen und sie gegen seine Unterdrücker wenden könne, um die Träger des Kapitalismus mit den Waffen in der Hand zu expro-



piieren. Der Kapitalismus, sagt er in seinem letzten (in der Schweiz erschienenen) „Sbornik Sozialdemokrata“ ist ein Schrecken ohne Ende. Wenn ihm dieser Krieg ein Ende mit Schrecken vorbereite, so könne man nur zufrieden damit sein. Er wird durch Propaganda die Massen gewinnen wollen, ehe er zur Gewalt schreitet. Gegenwärtig befindet er sich stark in der Minderheit; doch kann sich das bei längerer Dauer des Krieges ändern, da dann seine Energie und Konsequenz günstigen Boden finden. Auch ist dies eigentlich keine russische, sondern eine internationale Angelegenheit. Lenin betrachtet die revolutionären Sozialisten aller Länder als seine Freunde, den „Sozialpatrioten“ Plechanow dagegen und sogar den „verhüllten Opportunisten“ Tschcheidse ebenso als seine Feinde wie Scheidemann und die „opportunistische“ Haase-Rautsky-Gruppe. Seine konsequente Agitation muß auf die Dauer ihre Wirkung üben, wenn nicht der Friedensschluß die Möglichkeit bietet, die reformistische und evolutionistische Richtung zu stärken ...“

Das eine, was not war, vermochte aber die provisorische Regierung nicht zu erkennen. Zwar mußte Miljukow bald dem Unwillen der Massen und der Gegnerschaft des Sowjets weichen. Die Petersburger Demonstrationen der ersten Maitage, die sich unter der Parole „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“ gegen seine verblendete Kriegspolitik wandten, zeigten auch schon die ersten Spuren der bolschewistischen



Propagandawirkung unter den Massen durch die Losung: „Nieder mit den kapitalistischen Ministern.“ Mit Miljukow verschwand der Kriegsminister Gutschkow, der sich der politischen Agitation an der Front und der Auflösung der alten Disziplin entgegenstemmte, die erste provisorische Regierung bröckelte ab und es bildete sich, unter dem heftigen Widerspruch der Bolschewiki, das Koalitionskabinett aus bürgerlichen und gemäßigt-sozialistischen Ministern.

Die neue Koalitionsregierung schloß sich zwar dem demokratischen Friedensprogramm der Sowjets formell an, aber auch sie vermochte nichts zur Beschleunigung des Friedens zu tun und lieferte dadurch den Bolschewiki das stärkste Agitationsmaterial nicht nur gegen das Bürgertum, sondern auch gegen den gemäßigten Sozialismus, der die Mitverantwortung für die Staatsgeschäfte übernommen hatte.

Indessen wäre Rußland, richtig geführt, damals aller Wahrscheinlichkeit nach in der Lage gewesen, einen allgemeinen demokratischen Frieden zu erzwingen. Das revolutionäre Rußland mußte, trotz aller Bedenken, die es dagegen haben mochte, seine bedingungslose Bündnispolitik aufgeben und statt allgemeiner Phrasen deutlich und detailliert erklären, wofür es noch weiter zu kämpfen und wofür es nicht zu kämpfen entschlossen war. Das heißt, Rußland mußte sich die Möglichkeit offen halten, daß es sich unter bestimmten Bedingungen von seinen Alliierten trennen würde, und zwar in dem Falle,



daß sich eine Übereinstimmung in den Kriegszielen zwischen Rußland und den Zentralmächten erreichen, zwischen Rußland und seinen Verbündeten dagegen nicht erreichen ließe. Nur so konnte Rußland, das für die Selbstbestimmung der Nationen kämpfte, seine eigene Selbstbestimmung wiedergewinnen, nur so konnte es das Gewicht, daß ihm damals noch innewohnte, bei Freund und Feind im Sinne seiner demokratischen Kriegsziele in die Waagschale werfen. Dies Gewicht war damals noch beträchtlich und wurde zudem allgemein überschätzt. Amerika war erst eben in den Krieg eingetreten. Die Möglichkeit, daß die deutsche Ostfront mit einem Schlage frei würde, hätte damals auf die Alliierten eine so abschreckende, auf die Mittelmächte eine so anziehende Wirkung ausgeübt, daß die russische Diplomatie, bei geschickter Ausnutzung dieser Situation, wohl einen demokratischen Ausgleich der beiderseitigen Forderungen hätte herbeiführen können. Wenn dafür nichts geschah, so lag das nicht nur an dem Widerstreben der russischen Bourgeoisie, sondern auch daran, daß die Führer des gemäßigten Sozialismus es an Klarheit und Tatkraft vermissen ließen. Sie fühlten sich ängstlich zwischen zwei Feuern. Wohl erkannten die russischen Sozialisten den Imperialismus der Bundesgenossen, der immer wieder aufs heftigste angegriffen wurde, als ein entscheidendes Hindernis für den Frieden. Aber die größere Gefahr für Frieden und Freiheit der Welt sahen sie nach wie vor im deutschen



Imperialismus, fühlten sich in einer Zwickmühle und befürchteten, den Imperialismus der Mittelmächte zu entfesseln und sich ihm rettungslos auszuliefern, wenn sie einen entscheidenden Druck auf den Imperialismus ihrer Alliierten ausübten.

Sobald aber Rußland einmal die Möglichkeit eines Sonderfriedens aus seiner politischen Erwägung vollkommen und bedingungslos ausgeschaltet hatte, befand es sich sofort in einer viel stärkeren Abhängigkeit von der Entente, als umgekehrt die Entente von ihm. Denn die Unterstützung, die Rußland seinen Verbündeten gewährte, bestand fast nur noch in der Kriegsführung selbst, und auch diese hatte sich gleich nach der Revolution in eine ganz passive verwandelt. Daß die Unterstützung, die in der Kriegsführung lag, fortgesetzt werden mußte, stand grundsätzlich nicht mehr in Frage. Die Bundesgenossen dagegen unterstützten Rußland, außer in der Kriegsführung, durch finanzielle, wirtschaftliche, materielle und technische Hilfe. Sie waren jederzeit in der Lage, diese Leistungen an gewisse Bedingungen zu knüpfen und dadurch einen starken Druck auszuüben, dem Rußland nichts mehr entgegenzusetzen hatte. Daß sie entschlossen waren, von dieser überlegenen Position gegebenenfalls rücksichtslosen Gebrauch zu machen, hatten die Alliierten Rußlands schon Anfang Mai bewiesen, aus Anlaß des Konflikts, der zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der ersten provisorischen Regierung wegen der kriegerischen Note



vom 1. Mai ausgebrochen war. Seitdem ergab sich die traurige Situation, daß die russische Regierung genötigt war, gleichzeitig die russische Demokratie, welche Beschleunigung des demokratischen Friedens forderte, und die verbündeten Regierungen, die auf der unentwegten Fortsetzung des Krieges bestanden, bei guter Laune zu erhalten. Die Folge waren alle jene gewundenen Regierungserklärungen. Da war von einer „tätigen äußeren Politik“ die Rede, worunter die russische Demokratie einen Druck auf die Alliierten im Sinne einer Revision ihrer Kriegsziele verstand, und zugleich von „vollkommenem Einvernehmen mit den Verbündeten“ und ähnliche Widersprüche mehr. Es war nicht ersichtlich, welche Resultate ein Versuch, „sich mit den Verbündeten auf der Grundlage der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze zu verständigen“, bringen sollte, solange Rußland gleichzeitig versicherte, unter allen Umständen „die gemeinsame Sache der Verbündeten“ mit allen Kräften unterstützen zu wollen.

Aus dieser hilflosen Lage glaubte der damalige Kriegsminister Kerenski, und mit ihm das Kabinett, vermutlich einen Ausweg darin zu sehen, daß er die militärische Macht Rußlands neu aufrichtete und seine Kriegsführung wieder aktiv gestaltete. Dadurch hoffte er, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, zugleich den Imperialismus der Mittelmächte wirksam zu bekämpfen und der Stimme Rußlands im Rate der Verbündeten ein solches Gewicht zu ver-



leihen, daß er eine Revision ihrer Kriegsziele durchsetzen könnte. So trieb Kerenski mit Aufbietung aller Mittel zur Offensive. Aber die Mehrheit der organisierten „revolutionären Demokratie“ war der Ansicht, daß eine Offensive nicht erfolgen dürfe, ehe die Kriegsziele der Alliierten revidiert wären und dadurch die Sicherheit gegeben sei, daß das russische Blut nicht für die imperialistischen Wünsche der Bundesgenossen geopfert würde. Diese Auffassung wies von links nach rechts freilich manche Schattierungen auf, die hier nicht geschildert werden können, aber selbst gemäßigt sozialistische Blätter hatten sie mit dem leidenschaftlichen Ernst verfolgt, mit dem die große Majorität des russischen Volkes nach dem Frieden strebte. Man wollte zwar die „Bereitschaft für die Offensive“, aber man wollte die Offensive nicht. Daß die sozialistischen Minister eine andere Stellung einnahmen und selbst den allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongreß zu einer etwas unklaren Resolution bewogen, schadete ihrer Popularität in diesen Kreisen, und Kerenskis Wahl in das Zentralkomitee der sozialrevolutionären Partei konnte — ein Aufsehen erregendes Zeichen — nicht durchgesetzt werden.

Nun kam die Offensive doch, ohne daß die politischen Bedingungen dafür erfüllt worden wären. Sie fand schon in der Zeit ihres Erfolges selbst in gemäßigt-sozialistischen Kreisen scharfe Kritik. Es läßt sich denken, welche leidenschaftliche Erregung in jenen Schichten entstehen mußte, die von der wachsenden



hollschewistischen Propaganda erfasst waren. Eine Resolution, welche die angreifenden Truppen begrüßte, konnte nach heftigster Debatte im Petersburger Sowjet nur eine Mehrheit von 472 gegen 271 Stimmen bei 39 Enthaltungen finden. In Kronstadt und in den hollschewistischen Kreisen Petersburgs, die die Offensive als einen Verrat an der Sache der revolutionären Demokratie betrachteten, braute sich das Unwetter gegen die provisorische Regierung zusammen. Nun folgte der furchtbare deutsche Gegenstoß und die Erregung wuchs durch die Zwangsmaßnahmen gegen die Truppen, die sich geweigert hatten, ins Feuer zu gehen.

In diesem ohnehin gefährlichen Augenblick traten die kadettischen Minister von ihren Ämtern zurück. Das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Ukrainer mag dafür den Anlaß gegeben haben. Aber es war bei weitem nicht der einzige Differenzpunkt, die Kadettenpartei war längst mit der ganzen Regierungspolitik höchst unzufrieden und hatte sich schon seinerzeit nur nach langem Zögern entschlossen, an der Bildung des Koalitionskabinetts Anteil zu nehmen. Die Koalition war durch den Rücktritt der Minister gesprengt, und daß dies gerade in einem solchen Augenblick geschah, erklärt den Ausspruch Kerenskis, die kadettischen Minister seien während der Offensive Rußland „in den Rücken gefallen“. Jetzt hielten einige hollschewistisch gerichtete Truppenteile den Augenblick für



gekommen, die Übernahme der ganzen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums durchzusetzen. Sie zogen zu bewaffneten Kundgebungen auf die Straße, Volksmassen schlossen sich ihnen an. Es kam zu den blutigen Zusammenstößen des 16., 17. und 18. Juli, in denen die provisorische Regierung Sieger blieb. Die bolschewistischen Führer hatten sich noch nicht stark genug gefühlt und die Partei bekannte sich noch nicht zu der Aktion, die mit einer gewissen Zaghaftigkeit und Unentschiedenheit durchgeführt wurde. Es folgten die Repressalien gegen die Bolschewiki, deren Führer zum Teil verhaftet wurden, zum Teil sich von nun an verborgen halten mußten. Die Repressalien mußten von dem Rest des Kabinetts durchgeführt werden, in dem die sozialistischen Minister, nach dem Austritt der Kadetten, in der Mehrheit waren. Ohne eine feste Hand zu zeigen, flochten sie den bolschewistischen Führern eine Märtyrerkrone. Die Sache, aus der es zu den Kundgebungen gekommen war, hatte ohnedies eine starke Werbekraft bei den Massen und das nun vergossene Blut beschleunigte den Prozeß der Gärung.

Von diesem Zeitpunkt an befand sich die provisorische Regierung eigentlich in einem andauernden Zustand schleichender Krisis. Schon die Erfahrungen der ersten Koalition hatten gezeigt, daß die Verkoppelung der unversöhnlichen Elemente im Kabinett nur zu unaufhörlichen inneren Reibungen führte,



welche die Regierung jeder Aktionsfähigkeit beraubten. Die wirtschaftliche Notlage, die, schon vom zarischen Regime her ererbt, sich durch die Revolution noch weiter steigerte, und der Zustand der Finanzen verlangten dringend nach einer groß angelegten, überaus aktiven Reformtätigkeit. Durch die Revolution waren Probleme der inneren und sozialen Politik mit Notwendigkeit in den Vordergrund getreten, die sich chaotisch zu entwickeln drohten, wenn ihre Lösung nicht mit starker Hand in Angriff genommen wurde. Die Agrarfrage war aufgerollt, und wenn nicht schnellig und planmäßig gehandelt wurde, wenn die Regierung die Führung vermissen ließ, mußte sie zu eigenmächtigem und gewaltsamem Vorgehen der Bauern führen. Dennoch war so gut wie nichts geschehen. Denn nicht nur in der Friedensfrage, sondern auch in bezug auf die Grundlagen der gesamten Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Agrarpolitik gingen die Absichten der sozialistischen und der bürgerlichen Minister so diametral auseinander, daß ein klares Aktionsprogramm nicht zustande kommen konnte. Aber man entschloß sich nicht, den Gedanken der Koalition fallen zu lassen. Ein rein bürgerliches Ministerium war nach der Lage der Dinge unmöglich. Die gemäßigten Sozialisten, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, hatten aus theoretischen und praktischen Erwägungen nicht den Mut, ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden, an dem die Bolschewiki damals mitzuwirken



bereit gewesen wären. Die gemäßigten Sozialisten betrachteten eben die Revolution als eine bürgerlich-demokratische und konnten sie sich nicht ohne die Mitwirkung des Bürgertums vorstellen. Auch fürchteten sie, daß die alleinige Übernahme der Regierung die Kräfte des jungen russischen Sozialismus übersteigen würde. Vor allem blieb Kerenski, der in den Julitagen, nach dem Rücktritt des Fürsten Lwow, an die Spitze der Regierung getreten war, bis zu seinem Sturz ein unentwegter Anhänger des Koalitionsgedankens. So stellte man mühsam wieder eine Koalitionsregierung her und es blieb bei der alten Tatenlosigkeit.

Die Desorganisation des Landes wuchs, die anarchische Entwicklung in den Industriezentren und auf dem platten Lande bahnte sich an. Die mit so viel Pomp in Szene gesetzte Moskauer Staatskonferenz brachte keine Klärung. Die Massen empfanden die fehlende Führung und wandten sich mit ihren Sympathien dorthin, wo sie einen festen Willen spürten, wo ihnen Friede, Land und Brot versprochen wurde. Schon im August zeigte sich bei verschiedenen allgemeinen Kommunalwahlen ein starker Rückgang der für die gemäßigten Sozialisten abgegebenen und ein kräftiges Anwachsen der bolschewistischen Stimmen. Freilich gewannen auch die Kadetten an Stimmenzahl und im Bürgertum machten sich gegenrevolutionäre Tendenzen stark bemerkbar.

Die Episode des Kornilowschen Aufstands ist



noch immer nicht aufgeklärt. Erst die Zukunft wird aufdecken, wieweit Kornilow ein Führer oder wie weit er selbst der Geführte und Verführte gewesen ist, der glauben durfte, im Einvernehmen mit der Regierung Kerenskis zur Rettung der Revolution vor der Anarchie herbeizueilen. Jedenfalls erreichte er mit seinem gewaltsamen Vorstoß das Gegenteil von dem, was er bezweckt hatte, und das Ergebnis des mißglückten Staatsstreichs war ein plötzliches und heftiges Wiederaufschäumen der revolutionären Welle. Das Land bedeckte sich allenthalben mit „öffentlichen Wohlfahrtsausschüssen“, die zu dem Zweck gebildet wurden, um auf eigene Faust die Gegenrevolution „auszurotten“. Durch die Armee ging eine Welle blutiger Offiziersmorde. Die Popularität Kerenskis, dem es nicht gelungen war, sich von dem Verdacht der geheimen Verbindung mit Kornilow zu reinigen, war aufs schwerste erschüttert. Zugleich war in diesem kritischen Augenblick die Koalition aufs Neue in die Brüche gegangen und es wurde für die Mittelparteien selbst offenkundig, daß sie im Grunde eine Unmöglichkeit darstellte, einen aussichtslosen Versuch, das Unvereinbare zu vereinen. Denn es handelte sich ja längst nicht mehr um politische Parteistreitigkeiten, sondern unmittelbar um Besitz und Vermögen, um den mit unerhörter Heftigkeit entbrannten Klassenkampf. An der Einsicht fehlte es von beiden Seiten nicht mehr und sowohl bei den gemäßigten Sozialisten als bei den Kadetten



wurden heftige Worte gegen den Koalitionsgedanken laut, von dem hüten und drüben behauptet wurde, daß er nur der andren Partei Vorteil brächte. Das Kornilowsche Abenteuer hatte die Kluft zwischen dem Bürgertum und den sozialistischen Parteien noch vertieft, denn nicht nur die rechtsstehenden bürgerlichen Kreise, sondern auch die Kadetten hatten deutlich mit dem Kosakengeneral sympathisiert. Ein einzigendes Moment in diesen unversöhnlichen Gegensätzen bildete nur die gemeinsam empfundene Gefahr des Vaterlandes. Man fürchtete den inneren Streit zum Austrag zu bringen, während der Feind im Lande stand, und, wie man meinte, schon in jedem Augenblick die Hauptstadt bedrohte. Außer den vorhin erwähnten Bedenken verhinderte dies eine entschiedene Lösung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse. Die „demokratische Konferenz“ wurde eigentlich einberufen, um dem ewigen Schwanken ein Ende zu machen und ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden. Aber schon ihre Zusammensetzung sicherte den gemäßigten Elementen eine starke Vertretung. Nach langem und haltlosem Hin und Her der Beratungen und Beschlüsse endete die Konferenz genau mit demselben Kompromiß, der sich schon vorher für alle Beteiligten als unerträglich erwiesen hatte. Es machte keinen Unterschied, daß dieser Kompromiß nun auch auf die neugeschaffene Körperschaft des „Vorparlaments“ ausgedehnt wurde, das auf Verlangen seiner bürgerlichen Minorität nur beratende



Befugnisse erhielt. Der Ausgang dieser Krise mußte den Eindruck vollendeter Hilflosigkeit machen, das Ansehen der Mittelparteien weiter schwächen und die Massen der extremen Richtung in die Arme treiben. Denn es war klar, daß die einzig mögliche mittlere Linie zwischen den zentrifugalen Kräften der Koalition auch künftig in der Untätigkeit bestand. Eine Koalitionsregierung konnte in keinem Stück eine energische Politik treiben, sie mußte die Dinge gehen lassen, und war daher unfähig, dem Volke Ordnung, Brot und Frieden zu schaffen.

Inzwischen wuchsen im Lande die Unruhen und anarchischen Erzesse aller Art, die Unfähigkeit der Provinzbehörden, die Ordnung aufrecht zu erhalten, spiegelte die Ohnmacht und Hilflosigkeit der Zentralgewalt wider. Im September und Oktober griffen die Agrarunruhen in elementarer Weise um sich. Die Regierung versuchte vergeblich, sie gewaltsam zu unterdrücken.

Es war mit Händen zu greifen, daß es so, wie bisher, nicht weiter ging. Gegenüber der schwankenden Haltung der Mittelparteien war ein entschlossener Geist der Tat, war der rücksichtslose Wille zur Macht nur bei den Bolschewiki zu finden. Die allgemeine und gerechte Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik mußte ihren Ausdruck finden. In der Partei der Sozialisten-Revolutionäre kam es zur Spaltung, der linke Flügel sagte sich von der Koalitionspolitik los und unterstützte die Bolschewiki. Schon am



13. September hatte zum erstenmal im Petersburger Sowjet eine bolschewistische Resolution die Mehrheit gefunden. Am 19. September geschah in Moskau das gleiche. Auch in der Provinz wurde die Stimmung zusehends radikaler.

Die Bolschewiki fühlten ihre Stunde kommen. Lenin, der sich zwar seit dem Juliaufstand verborgen hielt, aber — ein Zeichen für die Schwäche der Regierung — ruhig mit Namensunterschrift in seiner Presse Artikel publizieren konnte, rief im „Rabotschij Putj“ das Proletariat offen zu Taten auf. Kerenski wagte es nicht, den Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands, der mit dem kaum verhüllten Zweck einer Machtprobe auf Anfang November nach Petersburg einberufen worden war, zu untersagen. Aber er suchte sich vorher der bolschewistischen Regimenter zu entledigen, indem er sie an die Front beorderte. Das wollte der Petersburger Sowjet nicht dulden, bildete ein „Kriegs-Revolutionskomitee“ und forderte die Truppen auf, nur noch die von diesem gezeichneten Befehle auszuführen. Über dieser Frage kam es zum Konflikt, in dessen Verlauf sich am 7. November die Streitkräfte des Sowjets in schnellem Handstreich der Hauptstadt bemächtigten.

In Anbetracht mancher Vorwürfe, als hätte ich nicht rechtzeitig und nicht genügend vor der bolschewistischen Gefahr gewarnt, sei es mir gestattet, mich hier wieder zu zitieren. Die Warnungen konnten sich



freilich unter der unverständigen Zensur des Belagerungszustandes nur in vorsichtigen Andeutungen bewegen. Ich bin dabei bis an die Grenze des damals Möglichen gegangen. Als die erste Nachricht von dem bolschewistischen Staatsstreich in Deutschland eintraf, schrieb ich am 9. November im „Berliner Tageblatt“: „Eine solche Wendung der Dinge wäre von unberechenbarer Tragweite und müßte in jeder Beziehung als ein gewaltiger Faktor von internationaler Bedeutung betrachtet werden. Lenins Herrschaft bedeutet die Diktatur des Proletariats in Rußland, und wenn es ihm gelingt, die Macht in die Hände zu nehmen und damit seine Theorien in die Praxis umzusetzen, so ist das ein Versuch, dessen Gelingen oder Mißlingen durch anfeuerndes oder abschreckendes Beispiel einen in gleicher Weise bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der sozialen Verhältnisse der ganzen Welt ausüben muß. Wenn sich die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland tatsächlich verwirklicht, so tritt die soziale Frage riesengroß in den Vordergrund. Man braucht auch nicht zu glauben, daß es leicht sein wird, Lenin die Macht wieder zu entreißen, wenn er sie erst an sich gerissen hat. Denn er ist kein sanfter Schwärmer, der im Namen der Freiheit jeden tun läßt, was er will. Er weiß, daß Gewalt nur durch Gewalt gebrochen und im Zaume gehalten werden kann und wird keinen Augenblick davor zurückscheuen, im Namen des Proletariats und



der sozialen Ideale, die er vertritt, eine rücksichtslose Schreckensherrschaft aufzurichten."

In der Tat lag die neue „Regierung der Arbeiter und Bauern“ vom ersten Tage an in unaufhörlichem Kampf mit einem großen Teil der Bevölkerung. Sie war genötigt, die Hauptstadt dauernd unter dem Belagerungszustand zu halten und konnte ihre Autorität nur durch die Wirkung der Bajonette durchsetzen, behaupten und ausdehnen. In Anbetracht der späteren, immer blutigeren Entwicklung dieser Gewaltherrschaft verdient es freilich besondere Beachtung, daß eine der ersten Handlungen des neuen Sowjetregimes die Aufhebung der von Kerenski wieder eingeführten Todesstrafe war. Es zeigt sich hierin, wie in zahlreichen anderen Einzelheiten, daß der Bolschewismus durch die verwerfliche Grundlage seines Systems mit Notwendigkeit auf eine abschüssige Bahn gedrängt worden ist.

Der Sieg der Bolschewiki über die provisorische Regierung wurde so leicht errungen, weil die völlig diskreditierte Regierung Kerenskis eigentlich kaum mehr Anhänger im Lande zählte. In Petersburg selbst waren nur noch die Zöglinge der Offizierschulen, die sogenannten „Junfer“, und das Frauenbataillon bereit, sich für die provisorische Regierung zu schlagen, — und auch diese vielleicht mehr aus Gegnerschaft gegen die Bolschewiki als aus Anhänglichkeit an Kerenski. Die Gegenaktion, die Kerenski von Gatschina aus ins Werk setzte, scheiterte eben-



falls so schnell, weil die herangeführten Kosakenregimenter keine Lust hatten, ernstlich für die provisorische Regierung zu kämpfen.

Aber der leichte Sieg der Bolschewiki bedeutete keineswegs, daß sie die Mehrheit im Lande für sich und ihr Regime gehabt hätten. Unter der Parole der Demokratie hatten die Bolschewiki die Agitation gegen die provisorische Regierung geführt, sie hatten ihr vorgeworfen, daß sie die Konstituierende Versammlung hinauschiebe. Noch in den ersten Regierungsreden Lenins erscheint die Konstituierende Versammlung als die entscheidende Instanz. Aber die Bolschewiki mußten gleich damit beginnen, die auf Grund des demokratischsten Wahlrechts gewählten Organe der lokalen Selbstverwaltung, allen voran die Petersburger städtische Duma, wegen ihrer entschieden oppositionellen Stimmung auseinander zu jagen, wie sie ja später auch die Konstituierende Versammlung zu Paaren trieben, weil sie darin in der Minderheit geblieben waren. Der Widerstand der Staatsbeamten und der Angestellten derjenigen Institutionen, auf welche die neue Sowjetregierung die Hand legte, war so heftig, daß sie die Form des allgemeinen Streiks annahm und die Regierung anfangs so gut wie ohne jeden administrativen Apparat war.

Vor allem mußten unverzüglich Schritte unternommen werden, um die wichtigsten Versprechungen zu erfüllen, deren Verwirklichung die Anhänger der



bolschewistischen Partei von der neuen Regierung erwarten durften. Damit konnte nicht gewartet werden, bis die Autorität der Sowjetregierung sich gefestigt hätte und bis der staatliche Apparat in ihre Hände gelangt wäre, denn die Bolschewiki hatten ja bei ihrer Agitation die sofortige Erfüllung ihrer demagogischen Verheißungen in Aussicht gestellt und die neue Regierung wäre verloren gewesen, wenn sie die Ungeduld der aufgepeitschten Massen nicht sogleich befriedigt hätte. Es blieb daher nichts übrig, als Dekrete zu erlassen, deren Durchführung aber im wesentlichen der Selbsttätigkeit der daran interessierten Bevölkerungsschichten zu überantworten.

So war es mit dem Agrardekret, das der Allgemeine Sowjetkongreß gleich am Tage nach dem Umsturz, am 8. November, annahm. Es empfahl zwar die strengste Ordnung bei der Konfiskation des Großgrundbesitzes, aber der Regierung fehlte die Macht, diese Ordnung zu überwachen, — und so führte das Dekret zu Willkürlichkeiten und Exzessen größten Umfangs, zur sinnlosen Vernichtung unermesslicher Vermögenswerte.

Nicht anders war es mit dem am 27. November erlassenen Dekret über die Arbeiterkontrolle, — dem ersten Schritt zur Sozialisierung der Industrie, dem später die Nationalisierung der Großbetriebe folgen sollte. Auch die Durchführung der Arbeiterkontrolle mußte der Arbeiterschaft selbst überlassen bleiben und führte daher, sehr gegen den Willen



der Regierung, in zahllosen Fällen nicht nur zur verhängnisvollen Ausschaltung der technischen und kaufmännischen Leitung, sondern auch zur anarchischen Besitzergreifung der Fabriken durch die Arbeiterschaft, welche nun selbst, nur ungeschickt und mit geringerem Erfolge, den Betrieb vom kleinsten Unternehmerstandpunkt fortzuführen suchten. Es entwickelte sich schnell eine eigensüchtige Konkurrenz der verschiedenen Arbeitergruppen, die sich als Besitzer fühlten, ein toller Wettlauf der Arbeiterkomitees um Rohstoffe und Brennmaterial für den eigenen Betrieb, ein wildes Hinaufklettern der Löhne, wobei die mächtigeren Arbeiterorganisationen sich vor den schwächeren den Löwenanteil sicherten. Und erst spät kam die Regierung dazu, auch nur auf dem Papier den Versuch einer planmäßigen staatlichen Regulierung der Industrie zu unternehmen.

Ursprünglich war weder die Nationalisierung der Banken noch die Konfiskation des Kapitals geplant. Eine Verfügung Lenins vom 30. Oktober enthält noch die Sätze: „Alle von der Bourgeoisie verbreiteten Gerüchte über die Konfiskation der Kapitalien sind unwahr. Es wird nichts beabsichtigt als Maßregeln, die durch die strengste Kontrolle die Interessen der Einleger wahrnehmen.“ Aber es gab kein Halten. Nach der anarchischen Durchführung der Arbeiterkontrolle konnte die Kreditierung der industriellen Unternehmungen nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß die Sowjetregierung das ge-



samte Kreditwesen in ihre Hand nahm. Es spielte dabei auch die Befürchtung eine Rolle, daß der Beamtenstreik mit Hilfe der Banken unterstützt würde. Und die Unmöglichkeit auf der neuen Basis eine geregelte Finanzwirtschaft aufzubauen, führte zur primitiven Annullierung sämtlicher Staatsschulden mit Ausnahme derjenigen Papiere, die im Betrage von nicht über 10000 Rubel in einer Hand vereinigt waren.

Eine Lebensfrage für die Sowjetregierung war von vorn herein vor allem der schnelle Friedensschluß. Dem elementaren Kriegsüberdruß der Soldatenmassen verdankte der Bolschewismus vornehmlich seinen Aufstieg zur Macht und ihre Ungeduld durfte nicht enttäuscht werden, wenn die Sowjetregierung ihren Anfangserfolg befestigen wollte. Einen „sofortigen allgemeinen, demokratischen Frieden“ hatten die Bolschewiki gefordert und versprochen. Jetzt lag der Ton so sehr auf dem „sofort“, daß keine Zeit und keine Kraft mehr blieb, irgend etwas zu unternehmen, um den beiden übrigen Beiwörtern zur Verwirklichung zu helfen. Es wurde kein ernsthafter Versuch gemacht, die bisherigen Alliierten Rußlands zum Anschluß an die Verhandlungen zu bewegen. Am 8. November, am Tage nach dem Staatsstreich, ließ der allgemeine Sowjetkongreß sein „Friedensdekret“ in die Welt hinausgehen, dieses schöne Dokument, dessen ergreifender Idealismus später durch die blutige Gewaltpolitik der Sowjetregierung



so fürchtbar Lügen gestraft werden sollte. Am 21. November erging der Befehl an den Höchstkommmandierenden Duchonin zum Abschluß des sofortigen Waffenstillstandes auf allen Fronten. Die Alliierten wurden vor eine vollendete Tatsache gestellt. Als Duchonin sich weigerte, den erhaltenen Befehl auszuführen, da wandte sich die Sowjetregierung unmittelbar an die Soldatenmassen an der Front und forderte die einzelnen Regimenter auf, an ihren Frontabschnitten den Waffenstillstand herzustellen. —

Als die Friedensverhandlungen in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückten, suchte ich noch einmal zu warnen. Ich wies am 25. November 1917 darauf hin, daß hinter dem warmen Ton der Humanität, der aus dem russischen Friedensaufruf sprach, noch etwas anderes verborgen sei. „Die Bolschewisten sind sich durchaus nicht im Unklaren darüber, daß das, was sie einen ‚gerechten, demokratischen Frieden‘ nennen, erst möglich wäre, wenn in allen Kulturländern die soziale Revolution triumphiert hätte. Die soziale Weltrevolution ist das unmittelbare Ziel, auf das die Bolschewisten hinarbeiten. (Und nach dem, was Lenin mit seinem proletarischen Programm in Rußland bereits zuwege gebracht hat, geht es nicht mehr an, seine Ideen achselzuckend als leere Narretei zu betrachten.) Die von ihm vorgeschlagenen Friedensverhandlungen sind ihm vermutlich vor allem ein Mittel zu diesem Zweck.“

Der eingeklammerte Satz war von der Zensur des



Oberkommandos in den Marken gestrichen worden, ebenso wie die zutreffende Prognose darüber, wie die Bolschewiki versuchen würden, die Friedensverhandlungen als revolutionierenden Faktor zu verwenden. Am 10. Dezember gelang es aber, dasselbe in anderer Form doch auszusprechen und, wenigstens andeutungsweise, den richtigen Weg zu zeigen: „Die Macht, auf die sich Lenin stützt, ist eine geistige Macht. Will man ihr mit Erfolg begegnen, so muß man ihr eine andere geistige Macht gegenüberstellen. Lenin ist die Hoffnung aller derer, die, am Bestehenden verzweifelnd, nur von dem Umsturz aller Dinge das Heil erwarten. Wir müssen uns bei unseren Verhandlungen mit Lenin auf alle die in allen Ländern stützen können, die einen solchen Umsturz für ein entsetzliches Unheil halten und den Fortschritt der Menschheit auf dem Wege der Entwicklung erhoffen. Sie sind überall noch in der Mehrheit. Die Friedensverhandlungen mit Lenin werden öffentlich geführt werden, oder sie werden gar nicht geführt werden. Denn dies ist eine Bedingung, auf die er nicht verzichten kann. Wir müssen seinen radikalen Theorien ein positives Programm entgegenstellen. Wir müssen beweisen, daß wir einen Frieden wollen, der die Konflikte löst und dem friedlichen Fortschritt der Menschheit eine freie Bahn eröffnet. Nur wenn wir nicht negativ, sondern schöpferisch auftreten, dann brauchen wir die Verhandlungen mit der Regierung der Arbeiter und Bauern



nicht zu scheuen, dann werden wir die neu erwachten Friedenshoffnungen rechtfertigen können."

Aber die Dinge nahmen ihren elementaren Verlauf und es wurde jener verhängnisvolle Friede von Brest geschlossen, der den Weg zur Verständigung, den Weg zum allgemeinen Rechtsfrieden, endgültig verlegte, jener Friede, für den unter allen russischen Parteien nur die Bolschewiki, und auch sie nur zähneknirschend und aus Selbsterhaltung, die Verantwortung zu übernehmen bereit waren, wodurch eine höchst zweideutige und verwerfliche Verbindung zwischen dem deutschen Imperialismus und dem russischen Bolschewismus entstand.

Etwa gleichzeitig mit dem Abschluß des Brestes Friedens senkte sich für uns ein dichter Schleier über die russischen Ereignisse herab. Vorher hatte man noch über Finnland und Schweden russische Zeitungen erhalten können. Seit in Finnland der Bürgerkrieg ausgebrochen war, hörte auch diese Verbindung auf. Und es herrschte zwischen Deutschland und Rußland ein „Friedenzustand“, bei dem nur einzelne auserlesene, meist beamtete Personen die Grenze überschreiten konnten und jede Postverbindung, bis auf den für gewöhnliche Sterbliche unzugänglichen diplomatischen Kurierdienst, fehlte. Um sich ein Urteil über die russischen Verhältnisse zu bilden, war man auf die spärlichen und völlig unzuverlässigen telegraphischen Berichte aus Haparanda und Stockholm angewiesen. Die deutsche Regierung tat nichts,



um die Zeitungen über die russischen Zustände aufzuklären. Da amtliche Darstellungen stets begreifliches Mißtrauen erwecken, so hätte man denjenigen Publizisten, die berufen waren, die deutsche Öffentlichkeit über Rußland zu informieren, genügende Unterlagen dafür bieten sollen. Aber auch das unterblieb. An Korrespondenten wurden Pässe nach Rußland monatelang nicht verteilt. Man fürchtete wohl die „Ansteckung“ und war zufrieden, wenn möglichst wenig über Rußland geschrieben wurde. In Wirklichkeit hätte man der Ansteckungsgefahr kaum besser vorbeugen können, als wenn man deutschen Sozialdemokraten, und gerade solchen radikaler Richtung, die Möglichkeit geboten hätte, nach Rußland zu reisen und sich dort ausreichend über die Ergebnisse der bolschewistischen Politik zu unterrichten. Um so reger betätigte sich der Pressedienst der russischen Botschaft in Berlin. Auch Larin und Sokolnikow, die beiden bolschewistischen Delegierten, die mit den Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum Brest-Litowsker Friedensvertrag betraut waren, schilderten in ausführlichen Mitteilungen die Zustände im bolschewistischen Rußland in günstigem Lichte. Diese Darstellungen erweckten den Eindruck, als handle es sich bei der bolschewistischen Wirtschaftspolitik um eine großangelegte Erweiterung des staatssozialistischen Systems, als seien die größten Schwierigkeiten bereits überwunden und als beginne das gesamte Wirtschaftsleben schon aufs Neue zu gesunden.



So waren teils unklare und ungenügende, teils falsche Vorstellungen über Rußland allgemein verbreitet. Drei Monate lang hatte ich mich bemühen müssen, bis die deutschen Behörden sich bewegen ließen, mich nach Rußland reisen zu lassen. Der vierte allgemeine Sowjetkongreß hatte getagt, das Attentat, dem Graf Mirbach, der deutsche Gesandte, zum Opfer fiel, war geschehen, der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre gegen die Sowjetregierung war unterdrückt, als ich endlich, Mitte Juli 1918, die Reise nach Moskau antreten konnte.



Stimmen aus dem russischen Volk.

Moskau, 19. Juli 1918.

Bei Orscha überschritt man die Demarkationslinie. Noch eine letzte deutsche Paßkontrolle und Gepäckrevision — und man hatte das von den deutschen Truppen besetzte Gebiet Rußlands hinter sich gelassen. Die Habseligkeiten der Reisenden wurden auf zahlreiche Bauernwagen verladen, die Passagiere wanderten nebenher und es ging im Morgengrauen einige Werst weit durch den Wald zur Eisenbahnstation auf russischem Machtbereich. Vorher, am Schlagbaum, hielten Rotgardisten Wache. Ihr einziges Abzeichen war das Gewehr. Ohne nach Pässen zu fragen, ließen sie jeden passieren. Man war im bolschewistischen Rußland.

Die Fahrt von Orscha bis Moskau bot eine Fülle interessanter Eindrücke. Ich wanderte aus einem Wagen in den andern und knüpfte überall Gespräche an, was bei der entgegenkommenden, liebenswürdig umgänglichen und harmlosen Art des Russen ohne weiteres möglich ist. So kam ich mit Vertretern der



aller verschiedensten Gesellschaftsschichten in Berührung, mit einfachen Bauern und Arbeitern, wie mit studierten Leuten und früheren Offizieren.

Man sieht auf der Reise ein seltsam uniformiertes Volk. Das russische Millionenheer hat bei seiner Auflösung die Ausrüstung mit nach Hause genommen, und der einzelne betrachtet sie jetzt als seinen Privatbesitz. Es mag sich wohl auch ein ziemlich lebhafter Handel in militärischen Kleidungsstücken entwickelt haben. Die männliche Bevölkerung ist daher in ihrer Mehrzahl halb oder ganz militärisch gekleidet. Die Waffen hat man abgelegt. Wer öffentlich Waffen trägt, kennzeichnet sich dadurch als Mitglied der Roten Armee. Die militärischen Abzeichen aller Art sind verschwunden. Aber die meisten Männer, Bauern wie Gebildete, tragen die gelblichen schutzfarbenen Uniformstücke jetzt als Zivilkleidung. Es ist gute Ware, warme wollene und feste leinene Stoffe. Der kniehohe schwarze Lederstiefel, der schon früher in Rußland sehr beliebt war, ist jetzt noch weit häufiger zu finden. Durch diese weitgehende Uniformierung sind die Klassenunterschiede, die in Rußland ehemals gerade an der Kleidung besonders kraß zutage traten, jetzt bedeutend mehr verwischt.

Wenn man dieses uniformierte Volk so auf der Reise an sich vorbeiziehen sieht, so würde man es ihm auf den ersten Blick kaum ansehen, daß es ein revolutionäres Volk ist. Man sieht die fast orientalische Geduld, mit der dieses Volk auf den Stationen den



Zug erwartet, der es befördern wird, den Gleichmut, mit dem es sich jetzt in die besonders harten Unbequemlichkeiten der Reise in den überfüllten Wagen schickt, die Liebenswürdigkeit und Zutraulichkeit im Verkehr, die den Russen auszeichnet, die natürliche Höflichkeit und weitgehende Hilfsbereitschaft jedem Mitreisenden, jedem Mitmenschen gegenüber. So spürt man zuerst noch nichts von der gärenden, treibenden Kraft, die dieses Volk zu seiner großen Revolution bewogen hat.

Aber sobald man näher hinzuhört, so dringt einem von unten her die tiefe Grundüberzeugung von der Gleichheit der Menschenrechte entgegen, die im russischen Volke liegt. „Vor Gott sind alle gleich,“ sagte mir ein russischer Bauer, „warum sollten sie nicht auch vor der Welt gleich sein?“ Man sieht auch bald, wie tief dieses Volk durch die Erfahrungen und Kämpfe der letzten Zeit politisiert ist. Die Politik beschäftigt sie alle, vom ersten bis zum letzten, oft mit quälender Dringlichkeit. Man ist überrascht, welches ein klares, natürliches und gesundes Urteil über die politischen Verhältnisse man bei einfachen Bauern findet, die nicht einmal des Schreibens und Lesens kundig sind.

Das Volk fühlt und sieht, daß sein elementares Streben nach Freiheit und Gleichheit und Glück es bisher immer tiefer in Wirrsal und Elend geführt hat. Bei jedem, mit dem man spricht, spürt man das leidenschaftliche Suchen nach einem Ausweg, wie die



Freiheit zu retten und zugleich die Not und Wirrnis zu lindern sei. Noch gehen die Meinungen weit, weit auseinander, noch ist keinerlei Übereinstimmung, kein gemeinsamer Ausweg gefunden. Wird er sich finden lassen? Wer weiß? Aber der Geist des Volkes ist in Millionen von Köpfen angestrengt bei der Arbeit und auf der Suche. —

Langsam, sehr langsam geht der Zug von Orscha nach Moskau; auf jeder kleinen Station macht er längere Rast, aber er fährt ohne Verspätung, fahrplanmäßig. Die Wagen sind in gutem Zustand, sogar die Gasbeleuchtung funktioniert. Nachdem die regellose, wilde Demobilisierung der Armee beendet war, ist es den Anstrengungen der Sowjetregierung anscheinend gelungen, eine gewisse Besserung in das völlig desorganisierte Eisenbahnwesen zu bringen. Unterwegs erfahre ich aus bester Quelle, daß die Alexanderbahn, die sonst von Brest-Litowsk und jetzt von Orscha bis Moskau reicht, sich für die nächste Kampagne schon ihren Vorrat an Brennstoff gesichert hat. Der Betrieb der Alexanderbahn, hat freilich von jeher mit Holz gearbeitet, und anders steht es, wie ich später ebenfalls von einem Kenner erfuhr, mit den Linien, die für Naphtha- und Steinkohlenfeuerung eingerichtet sind. Hier besteht die dringende Gefahr, daß diese Bahnen im kommenden Jahr ihren Betrieb zum Teil einstellen müssen.

Man hatte mir in Berlin geraten, mich genügend mit Lebensmitteln zu versorgen, denn von Orscha



bis Moskau erhalte man nichts, außer kochendem Wasser zum Tee. Das ist eine der im Auslande verbreiteten Übertreibungen. Auf den Stationen wird alles mögliche feilgeboten, freilich zu den üblichen hohen Preisen: Brot 6 Rubel das russische Pfund (400 Gramm), Zucker 20 Rubel das Pfund, Eier 70 Kopeken das Stück, schöne, große Serringe, Käse und ganze Berge von Würsten. Selbst die Bauernkinder, welche barfüßig die Schätze des Waldes zur Station bringen, haben sich den neuen Verhältnissen schon angepaßt und verlangen für einen Teller schöner Walderdbeeren, für den sie früher vielleicht 10 Kopeken erhielten, jetzt je nach der Größe 1 bis 2 Rubel. Und alles dies wird von den Reisenden ohne viel Widerrede gekauft. Eine Ausnahme machen merkwürdigerweise nur die Krebse, die, fertig abgekocht, auf einigen Stationen in großen Mengen angeboten und mit 5 bis 10 Kopeken das Stück berechnet wurden.

Der Zug führt, ganz unkommunistisch, einen Wagen zweiter, ja sogar einen Wagen erster Klasse. Man macht es sich bequem, so gut es geht. Auf den Stationen wird aus großen, in Lehmöfen eingebauten Kesseln kochendes Wasser unentgeltlich an die Reisenden abgegeben. Man holt sich davon einen Kessel voll, kocht sich im Wagen seinen Tee und plaudert auf der weiten, gemächlichen Fahrt. In meinem Abteil saßen zwei Männer, die ich von vornherein für russische Kaufleute ansprach. Es stellte sich später



heraus, daß der eine ein Holzhändler, der andere ein Pferdehändler war. Bei beiden fand sich derselbe ingrimmige Haß gegen das bolschewistische Regime, dem sie alle Schuld an dem Elend Rußlands beimaßen. Es wurden, mit vorsichtig halbblauter Stimme, fabelhafte Greuelstaten berichtet, die bolschewistische Kommissare und Soldaten der Roten Armee begangen haben sollten. Das ganze System der Sowjetregierung wurde als eine Oligarchie des Terrors und der Willkür geschildert, die sich nur auf die gekauften Rotgardisten stütze, ihre Wirtschaftspolitik als Raub und Plünderung und Unfug, deren Sinn nur darin bestehe, die bolschewistischen Führer zu bereichern. Die furchtbare Getreidenot und Teuerung würde augenblicklich verschwinden, sobald das Getreidemonopol durch den freien Handel ersetzt werde. Besonders erbittert zeigte sich der Holzhändler, ein energischer Mann von rascher Art in Sprache und Gebärde. Ich suchte ihn zu näherer Begründung seiner Ansichten zu veranlassen. Inzwischen hatte sich ein jüngerer Mann in militärischer Kleidung, aber ohne jedes Abzeichen, seitlich im Gange aufgestellt und schaute zum Fenster hinaus. Der Holzhändler schrieb ein paar Worte auf den Rand einer Zeitung und reichte sie mir mit einem bedeutungsvollen Blick auf diesen stummen Nachbar. Auf der Zeitung stand: „In der Eisenbahn kann man nicht streiten.“ Der Händler hüllte sich in Schweigen, bis der Eindringling verschwunden war. Dann be-



merkte er, daß überall Spionage und Verrat im Werke sei und jedes unvorsichtige Wort die schwersten Folgen haben könne.

Trotz alledem war der Mann nicht mutlos, er zeigte im Gegenteil, wie unerschöpflich die Fähigkeit eines Volkes ist, sich selbst unter den schwersten Schicksalschlägen mit weitgespannten Illusionen zu trösten. Er meinte, der Krieg mit Deutschland sei noch nicht zu Ende. Es werde sich eine neue Regierung in Rußland bilden, eine allgemeine Mobilisation proklamieren und die Deutschen aus den besetzten Gebieten verjagen. Eine klare Antwort darauf, welcher Art die neue Regierung sein könnte, welche Politik sie verfolgen, und wie sie die organisatorischen Aufgaben bewältigen solle, die eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Krieges voraussetzt, konnte ich von ihm nicht erzielen. Auf diese Frage erhält man übrigens fast von jedem Gegner der bolschewistischen Herrschaft eine andere Antwort. Einig sind sie sich nur in ihrer Gegnerschaft gegen die Sowjetregierung. Die meisten sind sich auch klar darüber, daß eine scharfe Reaktion unmöglich wäre und keine folgende Regierung damit beginnen könnte, die sozialen Maßregeln des Bolschewismus einfach zu annullieren, ohne auf den stärksten Widerstand bei breiten Schichten des Volkes zu stoßen. Häufig hört man auch von bewanderten Leuten, es werde nicht so bald gelingen, die Sowjetregierung zu stürzen, denn ihre Gegner hätten noch keine Organisation, die stark



genug wäre, um sie den Sowjets und ihren Streitkräften mit Erfolg entgegenzusetzen.

Ich würde die kriegerischen Illusionen meines Holzhändlers nicht erwähnen, wenn sie nicht symptomatisch wären. Später, in Moskau, traf ich mit einem früheren Berufsoffizier zusammen, der jetzt in den Dienst der Sowjetregierung getreten ist. Er sagte mir, nach seiner Ansicht werde Rußland den Krieg beendigen. Es werde sich bald ein so allgemeiner und gewaltiger nationaler Aufschwung zeigen, der das Unglaubliche verwirklichen und den Sieg an Rußlands Fahnen heften werde. So flüchtet sich das Volk aus seiner nationalen Erniedrigung in die Welt der Träume. Ich fragte den Offizier, ob er sich zur bolschewistischen Partei bekenne. Er erwiderte mir, er diene nur dem Vaterlande, seiner Überzeugung nach brauche Rußland vor allem ein neues starkes Heer, und er halte es für seine Pflicht, alles zu tun, was in seiner Macht stünde, um dieses Ziel zu fördern. Deshalb diene er jetzt der Sowjetregierung, zu einer Partei aber wolle er nicht gehören. Auf meine Frage meinte er, etwa 80 Prozent des früheren Offizierkorps ständen auf seinem Standpunkt. Er äußerte sich sehr vorsichtig und zurückhaltend, aber ich gewann den deutlichen Eindruck, daß er im stillen zugleich in der neu zu schaffenden Armee eine Kraft erblickte, welche die Bolschewiki stürzen und eine nationale Regierung an ihre Stelle setzen könnte. Sehr häufig hat man bei Gesprächen mit Russen



jetzt das Gefühl, an irgendwelche unsichtbaren Fäden von Verschwörung und Geheimbündelei zu rühren.

Die Erbitterung gegen Deutschland und das Deutschtum ist sehr allgemein. Ich bekam sie schon auf meiner Fahrt zu spüren, als eine Dame in meinem Abteil in grober und taktloser Weise den deutschen Charakter zu schmähen begann, obgleich sie wußte, daß ich ein Deutscher sei. Doch hatte ich die übrigen Mitreisenden auf meiner Seite, als ich diese plumpen Angriffe in ernster und ruhiger Weise zurückwies.

Auf einer Station bestieg ein älterer Mann den Zug, dessen edle und charaktervolle Gesichtsbildung von einem klugen und klaren Auge beherrscht wurde. Wir gerieten in ein interessantes Gespräch. Er hatte eine technische Akademie beendet und bekleidete in einem großen Betriebe von volkswirtschaftlicher Bedeutung einen Posten, der ihn auf Revisionsreisen in häufige Berührung mit dem Landvolk brachte. Er stand dem sozialen Idealismus der bolschewistischen Führer durchaus nicht ohne Objektivität und Verständnis gegenüber, bedauerte, daß nicht früher eine Verständigung zwischen den Bolschewiki und der idealistischen Intelligenz Rußlands zustande gekommen sei. Jetzt aber sei es dafür zu spät. Die Gegensätze seien unüberbrückbar geworden. Das Sowjetregime hielt auch er für unhaltbar, doch glaubte er den Augenblick für seinen Sturz noch nicht gekommen. In Zukunft werde wohl doch eine konstitutionelle Monarchie die geeignetste Verfassung



für Rußland sein. Die Verehrung für das Zarentum habe noch immer tiefe Wurzeln in der Bauernschaft.

Ich hatte bald Gelegenheit, die Gegenprobe auf diese Ansichten zu machen, als ich mich in eine Gesellschaft von schlichten Bauern in der dritten Klasse begab. Von einer Wiedertekehr des Zarentums in irgendeiner Form wollten sie alle nichts wissen. Und selbst ein ganz alter Bauer meinte, der Glaube der Bauern an ihren Zaren sei schon vor der Revolution durch die unendlichen Enttäuschungen und die Mißwirtschaft endgültig vernichtet worden.

Besonders einer unter diesen Bauern, ein Mann von etwa 40 Jahren, war ein aufgeweckter intelligenter Geselle, der des Lesens und Schreibens kundig war. In seinem ländlichen Sowjet spielte er irgendeine führende Rolle. In offener und lebhafter Weise sprach er seine Ansichten über die Sowjetregierung aus. Ursprünglich hätten die Bauern die von den Bolschewiki ausgegebenen Lösungen mit großem Beifall begrüßt. Daß das Land ihnen gehören solle, daß sie über ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten selbst zu entscheiden hätten, das sei ganz in der Ordnung. Jetzt aber sei die Unzufriedenheit unter der Bauernschaft allgemein. Es fehle die nötige zentrale Organisation, welche die Beschlüsse der örtlichen Organe leite und miteinander in Einklang bringe. Es komme fortgesetzt vor, daß die einzelnen Wolosti ganz widersprechende Beschlüsse fassen, wodurch die Arbeit aufs schwerste gehemmt werde.



Er verstehe wohl, daß es sehr schwer sei, die neue Ordnung der Dinge im Lande in Gang zu bringen, aber es gehe eben zu langsam, und deshalb wachse die Not und die Unzufriedenheit. Gegen die festen Preise für das Getreide hätten sie nichts, wenn nur auch die übrigen Dinge des ländlichen Bedarfs zu festen Preisen zu haben wären. So aber solle der Bauer sein Getreide zu niedrigen Preisen abgeben, müsse aber für Leder, Nägel usw. das Zehn- und Mehrfache der früheren Preise bezahlen. Das sei unmöglich. Auch mit der Art der Landverteilung seien die Bauern nicht zufrieden. Das geschehe zu willkürlich, da sei keine Ordnung dabei. Da wäre es doch weit besser, wenn die Bolschewiki die Macht an eine allgemeine konstituierende Versammlung abtreten würden, die die Landfrage einheitlich für das ganze Reich regeln könnte.

Als ich die Bauern fragte, ob nicht die Konfiskation der Kirchen- und Klostergüter Unwillen unter ihnen hervorgerufen habe, da lachten sie mich einfach aus. Wie sollten die Bauern unwillig sein über diese Maßregel, die sie doch selbst verwirklicht haben. Das sei ganz in der Ordnung; die Mönche sind Schmarozer, und das Land soll den Bauern gehören, die es bebauen. Nur das sei schlecht, daß die Bolschewiki jetzt in ihren Zeitungen in Wort und Bild die Geistlichkeit verhöhnen. Das Volk liebe seine Religion und brauche seine Priester. Man solle der Geistlichkeit ihr überflüssiges Gut nehmen und sie



richtig besolden. Daß aber die Bolschewiki jetzt darüber hinaus das Volk gegen die Geistlichkeit aufzuheben suchen, das werde ein Nagel zu ihrem Sarge sein.

Während der Fahrt brachten einsteigende Landbewohner die Nachricht, daß sich im Smolenskschen Gouvernement 30000 Bauern gegen die Requisitionskommandos der Roten Garde zusammengerottet und sie entwaffnet hätten. Das Gerücht mag übertrieben gewesen sein, ich konnte es nicht nachprüfen. Daß aber fortgesetzt, bald hier, bald da, unter der Bauernschaft Aufstände aufflackern, ist eine Tatsache, die auch von der bolschewistischen Presse registriert wird. Wenn es hier freilich so dargestellt wird, als wenn diese Aufstände nur von den sogenannten „Kulaki“, den reichen Bauern, ausgehen, während die arme Bauernschaft der Sowjetregierung treu ergeben sei, so darf man das wohl als eine Fiktion betrachten.

Man muß sich in dem ungeheuren russischen Reich vor Verallgemeinerung einzelner Beobachtungen besonders in acht nehmen. Doch scheint es festzustehen, daß die soziale Basis der Sowjetregierung schon in bedrohlicher Weise zusammengeschrumpft ist. Von den Ursachen dieser Erscheinung wird noch zu sprechen sein. Bei objektiver Würdigung kann man nicht verkennen, daß die Regierung auf vielen Gebieten eine gewaltige organisatorische Arbeit leistet. Aber die Schwierigkeiten sind übermächtig und liegen teils in der gesamten wirtschaftlichen und politischen Situation, teils im System selbst begründet.



In Arbeiterkreisen.

Moskau, im Juli.

Es war von vornherein nicht anders zu erwarten, als daß die Bourgeoisie sich fast durchweg feindselig zur bolschewistischen Herrschaft verhalte. Bei den besitzenden „kapitalistischen“ Schichten ist dies ja vollends selbstverständlich. Die russische „Intelligenz“ dagegen hat freilich eine traditionelle Neigung zum Sozialismus, sie hat in jahrzehntelanger Arbeit ihren innigen Anteil am Leben und Schicksal der untersten Volksschichten bewiesen und sie besitzt, weit mehr als das bequemer gewordene gebildete Bürgertum Westeuropas, sozialen Idealismus und Opferwilligkeit. So wäre denn ein gewisses Verständnis, eine gewisse Sympathie für das trotz aller seiner Mängel und seiner Schrecken in vieler Hinsicht gewiß großartige soziale Experiment der Bolschewiki grundsätzlich nicht ganz ausgeschlossen gewesen. Und in der Tat kann man nicht selten von russischen „Intelligenten“ die Äußerung hören, nicht die Ziele und Ideen der Bolschewiki seien ihnen verhaßt, sondern ihre Methoden und ihre Praxis. Je tiefer man sich in den Prozeß der russischen Revo-



lution hineindentt, je näher man sie kennen lernt, um so mehr überzeugt man sich freilich von der inneren Notwendigkeit der Ereignisse, die sich bis in die Einzelheiten hinein erweisen läßt. So konnten denn auch Methoden und Praxis der Bolschewiki aus ganz bestimmten Gründen schwerlich viel anders sein, als sie sind. Die Bolschewiki handeln nicht, wie sie wollen, nicht in Ausübung eines „*liberum arbitrium indifferentiae*“, sondern sie handeln im wesentlichen, wie sie auf Grund gegebener Bedingungen und Voraussetzungen handeln müssen. So brachte denn ferner der historische Verlauf der Revolution, der Prozeß, durch den die Bolschewiki an die Macht gelangten, auch die russische Intelligenz mit Notwendigkeit in einen schroffen Gegensatz zu dem Sowjetregime, der sich in der Folge weiter steigern mußte.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn man beim russischen Bürgertum fast durchweg auf Äußerungen erbitterter Feindschaft gegen den Bolschewismus stößt. Vielmehr ist es bemerkenswert, daß man trotz dieser Feindschaft gelegentlich doch anerkennende Worte hören kann. Einen alten Großkaufmann, der sein Leben in rastloser und erfolgreicher Arbeit verbracht hat und nun schwere Verluste durch die bolschewistische Ära erleidet, betraf ich beim Studium der neuen Konstitution. Er sagte mir, die Grundgedanken dieser Verfassung seien ihm durchaus sympathisch, und wenn es möglich wäre,



das Volk in dieser Weise zur Arbeit zu zwingen und zu erziehen, die Arbeit zum Kriterium des Bürgerwertes zu machen, so würde das gerade für das russische Volk ein Segen sein, dessen reiche Begabung durch eine natürliche Neigung zur Trägheit gehemmt werde. Auch hätten die Bolschewiki, wie er auf seinem Gebiet, der Textilbranche, feststellen müsse, schon eine große organisatorische Arbeit geleistet, ihre Führer zeigten den größten Fleiß und wären eifrig bestrebt, an der Praxis zu lernen und ihre Maßregeln zu vervollkommen, so daß man mit ihnen sympathisieren könnte, wenn sie nicht in so unverantwortlicher Weise die verschiedenen Schichten der Bevölkerung gegeneinander aufhetzten und ihre Gegner terrorisierten. Der alte Herr konnte nicht erkennen, daß auch dies bei einer Bewegung, die ihre Energie aus dem Klassenkampf schöpft, nur allzu sehr in der Natur der Dinge liegt.

Überraschender schon war es für mich, zu sehen, wie schnell in letzter Zeit unter dem Bauerntum die Gegnerschaft gegen den Bolschewismus angewachsen ist. Aber bereits auf der Reise nach Moskau konnte ich mich davon überzeugen, daß auch die festeste soziale Stütze der jetzt herrschenden Partei, die Arbeiterschaft, durchaus nicht mehr geschlossen hinter ihren bolschewistischen Führern steht. Unterwegs stieg ein junger gelernter Arbeiter von energischem Gebaren in den Zug, und ich geriet mit ihm ins Gespräch. In dem Arbeiterkomitee seiner Fabrik, in dessen



Auftrag er kürzlich in Mostau gewesen war und sich jetzt wieder dorthin begab, spielte er eine führende Rolle. Er erklärte mir, daß in seinem Heimatsort, einer großen Provinzstadt, sich ein beträchtlicher Teil der Arbeiter von dem Bolschewismus abgewendet habe. Auch er selbst hatte manches gegen die Bolschewiki auf dem Herzen. Die rückläufige Bewegung unter der Arbeiterschaft erklärte er namentlich mit der schweren Not der Zeit und mit Mängeln der zentralen wirtschaftlichen Organisation, die hauptsächlich darauf zurückgingen, daß es der Sowjetregierung an der notwendigen Zahl geeigneter und tüchtiger Arbeitskräfte fehle. „Allenthalben, und auch in unserer Stadt, gibt es gewiß Leute, die voller Enthusiasmus und Aufopferung ihre ganze Kraft der sozialistischen Sache widmen. Aber es sind überall nur wenige, und diese sind mit Arbeit überlastet. Neben ihnen aber stehen andere, die entweder ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind oder rein persönliche Ziele verfolgen und dadurch das Sowjetregime praktisch und moralisch schädigen.“ Auf meine Frage, wie sich denn die Bolschewiki halten könnten, wenn sich sogar die Arbeiterschaft schon von ihnen abwende, meinte er, es sei wohl möglich, daß die bolschewistische Herrschaft ihrem Sturz entgegengehe, doch sei das nicht so bald zu erwarten. Denn die Bolschewiki seien, namentlich in den Zentren, noch zu stark, sie hätten die Macht in ihren Händen konzentriert und würden sie gegebenenfalls bis zum äußersten verteidigen.



Auch in Mostau sind offenbar beträchtliche Teile der Arbeiterschaft abgefallen oder schwankend geworden. Ich fuhr gerade auf der Elektrischen, als ein Trupp berittener Rotgardisten an uns vorbeizog. Ein älterer Arbeiter, der neben mir auf der Plattform stand, deutete auf die Reiter hin und sagte in einem wegwerfenden Ton das eine Wort: „Towariſtschi!“ Dieser Ausdruck hat die Doppelbedeutung von „Genosse“ und „Kamerad“. Man kann es jetzt öfter hören, daß diese Bezeichnung, die eigentlich die übliche und zugleich ehrende Anrede unter den russischen Sozialisten und Proletariern bildet, von durchaus proletarischen Leuten als feindseliger oder gar verächtlicher Sammelname für die Anhänger der Sowjetregimes und insbesondere die Rotgardisten gebraucht wird: ein Zeichen dafür, daß der Kredit des Systems, mit dem dieser Ausdruck symbolisch verknüpft ist, stark ins Wanken geraten ist, und daß sich bereits ein deutlicher Gegensatz zwischen der bewaffneten Macht der Sowjets, der roten Armee, und den proletarischen Massen, aus denen sie sich rekrutiert, herausgebildet hat. Mein Nachbar, ein typographischer Arbeiter, erzählte mir, daß in seiner Gewerkschaft die große Mehrzahl der Arbeiter, er meinte, vielleicht etwa 80 Prozent, gegen die Sowjetregierung sei. Aber sie wagten noch nicht recht mit ihrer Ansicht offen und geschlossen hervorzutreten.

Ich möchte nur noch ein Gespräch mit einem niederen Angestellten aus einer der zentralsten Sow-



jetzinstitutionen erwähnen. Dieser Mann ist freilich selbst von Hause aus nicht Arbeiter, sondern Bauer aus dem Gouvernement Twer. Aber er gehört zu den zahlreichen Landleuten der nördlichen Gebiete, die zeitweise, weil ihr ländlicher Verdienst nicht ausreicht, zur Arbeit in die Fabriken ziehen, und steht auch jetzt durch seine Tätigkeit in enger Beziehung zur Arbeiterschaft. Dieser überraschend intelligente Mann sprach voller Erbitterung von dem bolschewistischen Regime. Als unser Gespräch auf die Politik geriet, meinte er, dies sei zwar ein Gegenstand, bei dem die größte Vorsicht geboten sei, aber er hätte nicht die Kraft, in seinem Herzen zu verschließen, was er fühle. Ursprünglich sei er selbst überzeugter und leidenschaftlicher Bolschewik gewesen, wie denn der Bolschewismus allenthalben im niederen Volk mit Begeisterung aufgenommen worden sei. Jetzt aber trage eine mächtige rückläufige Welle das Volk weit fort vom Bolschewismus. Auch unter der Arbeiterschaft sei diese Welle stark zu spüren, vollends aber im Dorfe gebe es jetzt niemand mehr, der sich noch wie früher für einen Bolschewisten ausbebe. Für diesen Mann war offenbar vor allem das nationale Moment entscheidend. Man spürte es, während er sprach, wie sehr seine Seele unter der nationalen Erniedrigung des russischen Volkes litt, und mit welcher Hefigkeit er die Politik der Bolschewiki mißbilligte, die solche Erniedrigung dulde. Sein russisches Herz stäubte sich heftig dagegen, daß



in den verantwortlichen Stellen der Sowjetregierung so zahlreiche, nicht national russische Männer sitzen, und daß diese Regierung sich in hohem Maße auf fremdstämmige (namentlich lettische) Truppen stützt. „Das ist doch“, sagte er, „genau betrachtet, keine russische, sondern eine fremde Regierung. Es ist unmöglich und unerträglich, daß eine solche Regierung in schicksalsschwerster Zeit Entscheidungen treffe, die für die nationale Zukunft Rußlands von unermesslicher und vielleicht unabänderlicher Bedeutung sind.“ Das Gefühl des Mannes lehnte sich auch gegen den ständigen Bürgerkrieg auf, für den er die bolschewistische Politik verantwortlich machte. „Wir wollten den allgemeinen Frieden, und jetzt haben wir statt dessen den Bürgerkrieg im eigenen Lande.“

Die Führer der Bolschewiki, dies unterliegt keinem Zweifel, suchen mit Ausbietung all ihrer Kraft und Intelligenz gerade das zu verwirklichen, was jahrzehntelang für den bewußtesten führenden Teil des Proletariats das höchste Ideal, das Ziel der Sehnsucht gebildet hat. Wenn sich trotzdem auch unter der Arbeiterschaft schon eine starke Abfallbewegung bemerkbar macht, so ist das ein offenkundiges Zeichen der Enttäuschung und Ermüdung. Die Arbeiter beginnen zu zweifeln, ob ihre bolschewistischen Führer sie auf den rechten Weg geführt haben. Nicht bedeutungslos ist wohl auch die nationale Auflehnung gegen den Frieden von Brest und seine Fol-



gen. Daß das Volk selbst die Schützengräben verlassen und den Frieden, den es damals um jeden Preis wollte, in elementarer Weise herbeigeführt hat, hindert es jetzt, wo der Friede da ist, nicht, darüber zu murren. Es spielen ferner gewisse provokatorische Gerüchte, die von Gegnern der Bolschewiki emsig ausgestreut und vom Volke viel geglaubt werden, eine beträchtliche Rolle. So heißt es, die Bolschewiki seien von den Deutschen bestochen und führten Getreide, Gewebe und Gold in großen Mengen nach Deutschland aus, während doch das russische Volk hungere, Mangel an Kleidung leide und das russische Papiergeld ohnedies völlig entwertet sei. Die schwere Notlage der städtischen Bevölkerung bildet natürlich eine ständige Quelle der Unzufriedenheit. Darüber hinaus aber vertrauen die Bolschewiki zu sehr auf die Wirkung drakonischer Maßregeln und entfremden sich dadurch das Volk. Während man nur $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{8}$ Pfund Brot täglich verteilen kann, und auch dies nicht einmal regelmäßig, während man sich also sagen muß, daß das Volk für seine Ernährung zum größeren Teil auf den Schleichhandel angewiesen bleibt, ist es unmöglich, diesen Schleichhandel mit den härtesten und ständig sich steigenden Strafen zu belegen. Zahlreiche Moskauer Arbeiter reisen stunden-, ja tagelang, um sich zu hohen Preisen im freien Handel aus der Provinz ein oder zwei Pfund Mehl zu besorgen, und wenn sie dabei entdeckt werden, so wird



ihnen dieser Vorrat unnachsichtlich von den Rotgardisten abgenommen. Das sät Erbitterung. Verhängnisvoll ist es auch, daß es den ideellen Führern der bolschewistischen Bewegung trotz aller Anstrengungen bei weitem nicht gelungen ist, die unzuverlässigen Elemente aus den Organen der Regierung und Verwaltung zu entfernen und dem Mißbrauch der Amtsgewalt zu steuern.

Soviel zunächst über die Ursachen der Mißstimmung, die auch unter der Arbeiterschaft um sich greift. Ich bin noch nicht lange genug im Lande, um zuverlässig beurteilen zu können, wie tief diese Mißstimmung geht. Aber nach den Stichproben, die ich machen konnte, kann ich jetzt schon sagen, daß auch unter der russischen Arbeiterschaft die Gegner der Bolschewiki viel zahlreicher sind, als sich bisher bei den Wahlen zeigt, die bis in die letzte Zeit hinein eine große bolschewistische Mehrheit zu ergeben pflegen. Es geht natürlich nicht an, diesen Widerspruch, wie es in antibolschewistischen Kreisen üblich ist, einfach dadurch zu erklären, daß zu den Wahlen in unsicheren Fabriktrajons jedesmal eine genügende Anzahl Rotgardisten abkommandiert würde, die bei der Abstimmung den Ausschlag zu geben hätten. So einfach ließe sich das nicht machen. Die Erklärung scheint vielmehr darin zu liegen, daß die Gegenströmung gegen die Bolschewiki unter der Arbeiterschaft noch zu jungen Datums ist, daß sie noch keine einheitliche Linie gefunden, geschweige



denn sich zusammengeschlossen und organisiert hat. Die Unzufriedenheit ist da, aber sie wirkt erst negativ, sie hat noch keine feste, positive Gestalt gewonnen. Die Bolschewiki dagegen wissen genau, was sie wollen, sie verfolgen ihre Ziele mit der größten Energie und Rücksichtslosigkeit, sie haben eine ausgedehnte und entwickelte Parteiorganisation, sie haben stets Tagesordnungen, Resolutionen, Redner- und Kandidatenlisten sorgfältig vorbereitet, sie verfügen über die staatlichen Machtmittel, die sie zu unbeschränkter Agitation verwenden können, während ihre Gegner sich bei agitatorischer Tätigkeit die größte Vorsicht auferlegen müssen. Unter solchen Umständen läßt sich schon, auch ohne Fälschungen, das Resultat der Meetings und der Wahlen in hohem Maße beeinflussen.



Die Ermordung des Zaren.

Moskau, 23. Juli.

Die Zeit ist noch nicht gekommen, um eine abschließende Charakteristik des erschossenen letzten Herrschers aus dem Hause Romanow zu geben. Die einen erblicken noch in ihm das willenlose und geisteschwache Werkzeug einer korrupten Umgebung, die anderen stellen ihn dar als den bösen Genius Rußlands, der in erster Linie selbst die Quelle und Ursache der schweren Fehler seiner Regierung gebildet habe. Allein schon beginnt das bisher so schwankende Bild sich fester abzuzeichnen. Weder die eine noch die andere dieser extremen Charakter schilderungen wird sich vor der Geschichte aufrechterhalten lassen.

Nikolai II. war ein Mann mit durchaus normalen geistigen Fähigkeiten und als solcher in hohem Grade das normale Produkt seiner nach außen abgeschlossenen, streng konservativen und höfischen Umgebung. Schon wir gewöhnlichen Sterblichen haben es schwer genug, uns über die Anschauungen und Vorurteile unseres angestammten Kreises zu erheben, obgleich uns nichts hindert, mit anderen Kreisen in freie Berührung zu treten. Die ganze Art der Prinzen-



erziehung, die strenge Auslese der höfischen Umgebung, die chinesische Mauer, welche den künftigen Herrscher von den breiteren Schichten des Volkes zu trennen pflegt, die Verführung, die in der bevorzugten Stellung und in der rings umher sich zeigenden Unterwürfigkeit und Schmeichelei liegt, alles dies macht wahre Unabhängigkeit des Urteils auf Königsthronen so schwer und so selten, daß schon die geistige Größe Friedrichs des Großen dazu gehört, um selbst unter solchen Bedingungen geistige Freiheit zu erwerben.

Nikolai II. hat solche geistige Größe gewiß nicht besessen. Diejenigen, welche ihn von der Verantwortung an dem törichten Kurse seiner Regierungszeit freisprechen wollten mit der Behauptung, er wisse gar nicht, was in seinem Reiche geschehe, sondern unterschreibe blindlings die Vorschläge seiner reaktionären Ratgeber, sind im Unrecht. Er wußte sehr wohl, was geschah, und wir besitzen Zeugnisse von ihm, die beweisen, daß er sich seiner Verantwortung voll bewußt war. Er wollte das Wohl seines Volkes, aber er sah dieses Wohl im zähen Festhalten an der Selbstherrschaft, denn er selbst war reaktionär wie seine nächste Umgebung, und konnte gar nicht anders sein. Im Drang der Ereignisse des japanischen Krieges und der ersten Revolution hat er sich dazu bewegen lassen, einen vom russischen Standpunkt aus vielleicht übereilten Frieden zu schließen und der Forderung seines Volkes nach moderner



Verfassung einen Schritt entgegenzukommen. Mit diesen beiden Entschlüssen hat er sich bis an sein Ende nicht auszusöhnen vermocht. In der erfolgreichen Reaktionsperiode, die unter Stolypin einsetzte, ist ihm eingeflüstert worden, daß er das eine wie das andere hätte vermeiden, den völligen Sieg über den äußeren wie über den inneren Feind hätte davontragen können, wenn er nur damals standhaft gewesen wäre. Diese Auffassung ist, wie es scheint, in seinem mittelmäßigen Kopfe zum unerschütterlichen Dogma geworden, sie wurde ihm zur Richtschnur für die Zukunft. Standhaft zu sein ohne Besinnen, um keinen Preis nachzugeben dem Drängen von außen wie von innen, das ist die Parole, die Nikolai II. im Weltkrieg verfolgt hat, nicht mit heroischer Größe, sondern mit dem kurzfristigen Eigensinn, der einen hervorstechenden Zug seines Charakters bildete. So stürzte er sich selbst ins Unglück und führte unsägliches Elend über sein Volk herauf.

Angeichts seines tragischen Todes soll aber vor allem seiner schönsten Tat gedacht werden, mit der, neben dem vielen Düsternen seiner Regierungszeit, sein Name in der Geschichte verknüpft bleiben wird. Nikolai II. ist es gewesen, der, unter dem Einfluß der Ideen Blochs, in seinem Friedensmanifest die erste amtliche und feierliche Anregung dazu gab, die Rüstungen zu beschränken und friedliche Wege zur Lösung aller internationalen Streitfragen zu suchen. Statt die Verwirklichung dieses



schönen Gedankens zu erleben, hat er freilich sein Volk in zwei gewaltige Kriege geführt. Und in noch höherem Grade paßt jetzt auf ihn die Grabschrift, die einst der „Aladderadatsch“ seinem toten Vater widmete:

„Tot ist der Zar. Der Tod hat ihm gewährt,
Was ihm das Leben nicht beschieden;
Was er gepflegt hat und doch stets entbehrt:
Den Frieden.“

Wenn man sich nun von seiner Persönlichkeit zu den politischen Ursachen und Wirkungen seines Todes wendet, so fällt zunächst auf, daß es offenbar bis in die letzte Zeit hinein nicht in den Absichten der zentralen Sowjetregierung gelegen hat, dem entthronten Zaren das Schicksal Ludwigs XVI. zu bereiten. Die neuerdings in Moskau vom Zentralkomitee der bolschewistischen Partei herausgegebene „Rote Abendzeitung“ teilt mit, daß schon bei der Überführung des Zaren aus Omsk nach Jekaterinburg sein Leben von erregten Arbeitermassen bedroht gewesen sei. Damals habe der Arbeiter Jakowlew, den das Zentralexekutivkomitee der Sowjets mit der Überführung betraut hatte, sich zur Abwehr des Angriffs bereit gemacht und erklärt, daß, solange er lebe, niemand ihm den Zaren entreißen werde. Um Exzessen vorzubeugen, hat Jakowlew zunächst den Zug nach Omsk zurückgeführt, bis besondere Anordnungen aus Moskau die sichere Überführung nach Jekaterinburg ermöglichten.



Daß die jetzt vom Sowjet des Uralgebiets vollzogene Hinrichtung nicht den eigentlichen Plänen der Zentralinstanzen entsprochen hat, zeigt sich noch deutlicher in dem Eifer, mit dem von diesen noch wenige Wochen zuvor die aufgetauchten Gerüchte von der Ermordung des Zaren dementiert wurden. In der bolschewistischen Presse wurden diese Gerüchte damals als „provokatorisch“ gekennzeichnet. Heute sind die provokatorischen Gerüchte zur Tatsache geworden, der Vorstand des Zentralerekutivkomitees hat diese Tatsache gebilligt und sie findet nachträglich die uneingeschränkte Anerkennung der bolschewistischen Blätter. Doch hat der Ural Sowjet offenbar die Zentralinstanzen vor eine vollendete Tatsache gestellt, und diese konnten es nicht wagen, seine Handlungsweise zu mißbilligen. Denn der Ural Sowjet ist die wichtigste Stütze im Kampf gegen die sibirischen Tschecho-Slowaken und die Zentralinstanzen mußten befürchten, durch eine Verurteilung seines Beschlusses die „revolutionäre Energie“ der Sowjetleute im Ural zu lähmen. So wird denn nun die plötzliche Beseitigung des entthronten Herrschers ohne Gericht und Urteil, dieser Akt, der nicht einmal mit seinen Taten, sondern nur mit der Gefahr einer Entführung begründet worden ist, als das Natürlichste und Gerechteste von der Welt hingestellt, und die „Rote Abendzeitung“ schreibt: „Gnädig und großmütig ist das russische Volk, daß es mehr als ein Jahr auf seiner befreiten Erde den größten Ver-



brecher des verbrecherischsten Regimes der Welt geduldet hat.“

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Tat des Uralsowjets symptomatische Bedeutung zukommt: sie ist ein Zeichen für eine gewisse Unruhe und Hast, die sich der Sowjetkreise bemächtigt hat und leicht zu noch weit schrecklicheren Ergebnissen führen kann. Die in Petersburg erscheinende „Nördliche Kommune“ beginnt ihre Besprechung des Ereignisses mit folgendem Zitat aus einer jüngst erschienenen Schrift Arsenjews: „Mit dem Terror in dem Sinne, den ihm die Geschichte der großen französischen Revolution gegeben hat, haben Herr Lenin und seine Gesinnungsgenossen bisher nur gedroht; sie sehen keine Notwendigkeit, ihn unmittelbar zu verwirklichen, denn sie halten sich auch ohnedies für stark genug.“ Dieser Satz war bis vor kurzem richtig. Neuerdings aber scheint das sichere Machtgefühl in den Kreisen der Sowjets nicht überall mehr heimisch zu sein und dementsprechend wächst die Neigung zum blutigen Terror rapide an. Die „Nördliche Kommune“ bestätigt den Ausdruck des bürgerlichen Publizisten und fährt fort: „Das siegreiche Proletariat ist großmütig und kennt keine Grausamkeit gegen den überwundenen Feind. Aber es gibt Momente, wo die Anwendung des Terrors zur Notwendigkeit wird, wo die revolutionäre Gewalt sich nur durch die unbarmherzige Unterdrückung ihrer Feinde halten kann. Und ein solcher Moment ist gerade jetzt eingetreten.“



Als ein Ausfluß dieser Stimmung in den Sowjetkreisen ist die Hinrichtung Nikolais II. zu betrachten. Daß diese Stimmung sehr allgemein ist, beweist folgender Satz aus einer Resolution des fünften allgemeinen Sowjetkongresses: „Der fünfte Sowjetkongreß beschließt: alle konterrevolutionären Anschläge müssen unbarmherzig unterdrückt werden. Mit dem Massenterror gegen die Bourgeoisie muß das revolutionäre Proletariat und die ärmste Bauernschaft auf diese verbrecherischen Anschläge antworten.“ Die jetzt in Moskau erscheinende „Prawda“, das Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki), knüpfte daran einen Leitartikel, in dem sie erklärte, bisher habe die Bourgeoisie den Massenterror noch nicht erlebt, jetzt aber werde sie ihn fühlen. Und gestern beschloß dasselbe Blatt seinen Leitartikel mit der Drohung: „Seht euch vor, ihr Bürger-Bourgeois, ihr seid ebenso sterblich wie der Zar, den ihr so leidenschaftlich zurückgewünscht habt.“

Es ist eine kritische Zeit. In der äußeren Politik steht die Sowjetrepublik zwischen den beiden feindlichen Mächtegruppen, von denen sie bei keiner Anlehnung suchen will oder finden kann, wie zwischen zwei Feuern. Im eigenen Gebiet ist sie nicht imstande gewesen, die zahlreichen festen Plätze der Gegenrevolution zur Übergabe zu zwingen oder auch nur erfolgreich zu bekämpfen. Im Lande selbst hat sie viele Widersacher, die Mißstimmung wächst und ihre überzeugten Anhänger sind anscheinend



nicht mehr zahlreich. Soll und kann diese Erscheinung nun durch die Schrecken des Massenterrors bekämpft werden?

Wenn der Uralssowjet von der Hinrichtung des Zaren sich eine Kräftigung des Sowjetregimes versprochen hat, so dürfte er sich getäuscht haben. Zwar ist auch eine Neubelebung der monarchistischen Strömung davon nicht zu erwarten: das Zarentum ist so sehr abgetan, daß selbst das Martyrium ihm keine neuen Kräfte leihen kann. Es gibt gebildete und unterrichtete Russen, die immer noch an die legendäre Zarentreue des russischen Bauern glauben. In den Gesprächen, die ich jetzt mit russischen Bauern gehabt habe, konnte ich keine Bestätigung für diesen Glauben finden. Ebenso wenig aber hat die „Rote Abendzeitung“ recht, wenn sie schreibt: „Im russischen Volk wird sich niemand finden, dessen Herz bei der Nachricht vom Tode des früheren Zaren bewegt würde“, — oder die „Iswestija“, wenn sie sagen: „Die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die Millionen der Arbeiter und Bauern, werden die Kunde von seinem Tode, wenn nicht mit einem Seufzer der Erleichterung, so doch jedenfalls mit vollkommenster Gleichgültigkeit aufnehmen.“

Für die breiten Massen des russischen Volkes war der Zar schon lange tot und er kann für sie auch durch sein tragisches Ende nicht wieder lebendig werden. Und doch hat diese Nachricht die Massen sicherlich bewegt. Denn das russische Volk hat ein



Herz und ein sehr empfindliches Gerechtigkeitsgefühl. Es sieht in der Hinrichtung des Zaren, nach den Äußerungen, die ich darüber gehört habe, eine unnütze und ungerechtfertigte Grausamkeit. Und trotz der unmittelbar gegenwärtigen Leiden und Sorgen des Volkes, die so schwer sind, daß die Person des einstigen Trägers der Krone daneben völlig in den Hintergrund tritt, wird diese Tat von der Mehrheit des russischen Volkes auf das Schuldkonto der Sowjetregierung gebucht werden.



Eine Sitzung des Zentralerexekutivkomitees.

Moskau, 30. Juli.

Am Sonntag erschien in den „Iswestija“, dem offiziellen Organ der Sowjetregierung, unerwartet die Anzeige, daß schon am Montag eine außerordentliche gemeinsame Sitzung des Zentralerexekutivkomitees der Sowjets von ganz Rußland, des Moskauer Sowjets der Arbeiter und der Abgeordneten der Roten Armee und der Vertreter der Gewerkschaften und Fabrikkomitees stattfinden solle. Schon diese über den Rahmen des Gewöhnlichen hinausgehende Inszenierung wies darauf hin, daß es sich um eine besonders wichtige Sitzung handele. Als einziger Punkt der Tagesordnung war „der gegenwärtige Augenblick“ angegeben. Gegenstand und Programm der Sitzung wurden mit einem gewissen Geheimnis umgeben. Es gelang mir aber zu erfahren, daß Lenin und Trozki sprechen würden, und ich beschaffte mir die erforderliche Eintrittskarte.

Der Beginn der Sitzung, die im „Theater der Sowjets“ dem früheren „Theater Simina“ auf der



Großen Dmitrowka, stattfinden sollte, war auf 2 Uhr festgesetzt. Ich hatte schon mit einer gewissen Verspätung gerechnet und war gegen $\frac{3}{4}$ 3 zur Stelle. Das Gebäude war von Soldaten der Roten Armee umstellt, die den Verkehr des Publikums auf den gegenüberliegenden Bürgersteig ablenkten und die Eintrittskarten kontrollierten. Ich erhielt einen vorzüglichen Platz in einer Proszeniumsloge der Bel- etage, die gleich der benachbarten für die Presse reserviert war. Aber die Presse blieb aus und so wurden die für sie bestimmten Plätze bald von Arbeiter- vertretern eingenommen.

Die Ränge des großen Theaters waren schon stark gefüllt, nur im Parterre, wo die Abgeordneten des Zentralerekutivkomitees und des Moskauer Sowjets Platz genommen hatten, machte sich ein gewisser Absentismus bemerkbar, über den sich einer meiner Nachbarn als über eine bedauerliche und neuerdings gewöhnliche Erscheinung beklagte. Um so zahlreicher waren die Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterkomitees erschienen, so daß im ganzen schätzungsweise 2000 Personen anwesend sein mochten.

Auch auf der Bühne waren mehrere Reihen Stühle gestellt, davor der lange Tisch für das Präsidium und ein kleiner Tisch für die Redner, beide mit schwarzem Tuch bekleidet. Hier war es noch leer, und es ließen sich keinerlei Anstalten für den Beginn der Sitzung erkennen. Halbe Stunde auf halbe Stunde verrann, und es blieb Zeit genug, das mit



rührender Geduld der kommenden Dinge harrende revolutionäre Publikum zu mustern. Es finden sich darunter so manche abenteuerliche Gestalten aus der Revolution, „wie sie im Buche steht“. Da schreitet in den Gängen eine riesige Männergestalt in schwarzem, auf der Brust geöffneten Seidenhemd einher, mit bleichem, rasiertem Antlitz, und vom Haupte wallen in reicher Fülle rabenschwarze Locken bis auf die Schultern herab. Man sieht auch Frauen, die beweisen, daß der Ausspruch von den Weibern, die da zu Hyänen werden, wie Dostojewski sagt, „der reine Schiller“ ist. Eine kleine Bolschewistin zeigt unter kurzem grauen Röschchen sehr hübsche gelbe Stiefelchen und Strümpfe, und das Revolutionäre wird nur in dem blonden, medusenhaft krausen Tituskopf betont, den ein braunes Stirnband durchaus nicht ohne Kotetterie umschlingt. Manche der Versammelten tragen auch ein bürgerliches Gewand. Aber die große Mehrzahl der Abgeordneten, Männer wie Frauen, sind typische Vertreter des russischen Proletariats in ihrer alltäglichen Arbeitskleidung. Im Parterre, mitten unter den Sowjetdeputierten, sitzt ein kleiner blonder Bursche von etwa acht Jahren, den offenbar sein Vater einfach in die revolutionäre Versammlung mitgenommen hat, weil er ihn nicht allein zu Hause lassen wollte.

Überall sieht man Anschläge, daß das Rauchen streng verboten sei. Aber diese Forderung übersteigt die revolutionäre Disziplin des Russen und man



kümmert sich nicht viel darum: bei so langem Warten muß man eben rauchen. Zu meiner Linken sitzt ein durchaus bolschewistisch gesinnter Schriftsetzer. Er beweist mir, daß der einzige Ausweg aus dem Weltkriege die allgemeine Revolution der Kulturvölker sei. Er bemerkt, daß seine Gewerkschaft die am meisten rechtsstehende von allen Gewerkschaften sei. Aber auch er leugnet nicht, daß unter der Arbeiterschaft im allgemeinen eine wachsende Mißstimmung gegen die bolschewistische Regierung bemerkbar sei. Doch erklärt er das für eine Rückwirkung der Verpflegungsnot auf die unentwickelten Massen und meint, daß diese Erscheinung schwinden werde, sobald sich, nach der neuen Ernte, die Ernährungsverhältnisse bessern. Mein Nachbar zur Rechten, ein Arbeiter der Gummifabrik „Bogatyr“, ist einer der Mißvergnügten. Er nennt sich, was für die Unbestimmtheit dieser Strömung typisch ist, parteilos. Er beklagt sich darüber, daß auf der Konferenz der Fabrikkomitees die bolschewistischen Delegierten beschließende, die parteilosen nur beratende Stimme erhalten hätten. Der Bolschewik zur Linken erklärte ihm, das sei auch ganz in der Ordnung. Darin liege keinerlei Vergewaltigung. Denn es sei eine Schande, wenn Arbeiterdelegierte nach 18 Monaten der Revolution noch nicht wüßten, für welche Partei sie sich entscheiden sollten. Solche Leute seien nicht reif, um Beschlüsse zu fassen.

Endlich füllen sich langsam die Stuhlreihen auf



der Bühne. Hier dominieren Köpfe, die nach ihrem Habitus der russischen Intelligenz angehören. Die Beleuchtung auf der Bühne und im Zuschauerraum wird verstärkt. An allen Eingängen sieht man mit Gewehren bewaffnete Soldaten der Roten Armee. Auch hinter den Kulissen, halb sichtbar, sind starke Posten aufgestellt.

Am Tisch des Präsidiums bemerkt man den markanten, bronzenen Kopf Uwanessows, des Sekretärs des Zentralerekutivkomitees. An seiner Seite nimmt der grauhaarige Smidowitsch Platz, der Vorsitzende des Moskauer Sowjets. Im Gespräch mit dem noch jugendlichen Swerdlow, dem Präses des Zentralerekutivkomitees der Sowjets, erscheint die hohe, aber ein wenig gebeugte Gestalt Trotzki, dessen mächtiger Schädel in scharfem Akzent nach dem Rinn sich zuspitzt. Aber noch vergeht geraume Zeit.

Plötzlich ertönt spontaner, lauter Beifall. Mit schnellem Schritt hat ein kleiner Mann von behenden Bewegungen die Bühne betreten und inmitten der dichten Schar seiner Getreuesten Platz genommen. Sein kahler Scheitel zeigt eine merkwürdig runde Schädelform. Sonst, auf die Entfernung hin, zunächst nichts besonders Auffälliges. Ein weiches Hemd, ein leichter, dunkler Sommerrock, ein blonder Kinnbart: auf den ersten Blick — ein kleiner Bourgeois. Das ist Lenin, der unbestrittene Führer der proletarischen Revolution in Rußland.

Swerdlow eröffnet um $\frac{3}{4}$ 5 Uhr die Sitzung ohne



ein Wort der Erklärung für ihren so arg verspäteten Beginn. Man ist anscheinend daran gewöhnt. Er verweist in einigen Worten auf die Gefahr des politischen Augenblicks und erteilt dem Genossen Lenin das Wort.

Lenin tritt an den Rednertisch und beginnt zu sprechen. Die ersten Sätze ringen sich ein wenig zögernd und mühsam los. Doch bald gerät er in Zug, spricht schnell, fließend und lebhaft, ohne viel äußeren Effekt, aber mehr und mehr mit einem mächtigen und wirkungsvollen inneren Tempo, mit einem nach außen gebändigten inneren Pathos, das, doch merklich genug, die Seele dieses Menschen beherrscht. Er bewegt sich viel beim Sprechen, tritt bald einige Schritte vor und bald zurück, auf seiner Stirn bilden sich merkwürdige, tief eingegrabene, unregelmäßige Wülste, die von einer intensiven, grübelnden, fast quälenden Arbeit des Geistes zu zeugen scheinen.

Ich kann den Inhalt seiner einstündigen Rede, die im Druck nicht erschienen ist, nur in Umrissen wiedergeben. Er weist darauf hin, daß von jeher die Sowjetregierung die letzten Wochen vor der Ernte für die schwerste, bedrohlichste Zeit gehalten habe. Diese Zeit sei da, und ihre Gefahren würden nun verdoppelt durch den groß angelegten Feldzug, den der englisch-französische Imperialismus auf russischem Territorium gegen die Sowjetregierung ins Werk setze. Man habe diese Gefahr vielleicht anfangs unter-



schätzt. Jetzt aber habe es sich gezeigt, daß es sich dabei um einen großen, von langer Hand vorbereiteten Plan handle. Während der deutsche Imperialismus dank seiner geographischen Lage unmittelbar die eigenen Waffen tief in das Gebiet der Sowjetrepublik hineinbringen konnte, mußte der anglo-französische Imperialismus auch hier, nach seiner historischen Methode, hauptsächlich mit fremden Hilfsvölkern arbeiten. Er habe diese Hilfsvölker auf russischem Boden gefunden und von jeher in Rußland jede Bewegung unterstützt, die sich gegen die Sowjetregierung richtete. Der anglo-französische Imperialismus verfolge dabei ein doppeltes Ziel: den Herd des Sozialismus, den die Sowjetrepublik bilde, zu ersticken und Rußland von neuem in den Krieg gegen die Mittelmächte hineinzuziehen. In diesen beiden Zielen sei der anglo-französische Imperialismus mit allen Vertretern der russischen Gegenrevolution von der äußersten Rechten bis zu dem verräterischen Teil der linken Sozialrevolutionäre einig. Lenin teilt die sensationelle Nachricht mit, daß dem anglo-französischen Imperialismus soeben ein neuer effektvoller Streich geglückt sei: es sei ihm gelungen, im Sowjet von Baku gegen die Bolschewiki und den zu ihnen haltenden Teil der linken Sozialrevolutionäre eine Mehrheit von dreißig Stimmen für einen Beschluß zu erlangen, der englische Truppen zum Schutz von Baku gegen den deutschen Imperialismus heranzuführen. Die Lage im Kaukasus sei schwer,



aber die Lüge von solchem „Schutz“ sei durch die Geschichte genügend erwiesen.

Nach allem, was geschehen sei, müsse man sagen, daß die einzige russische Partei, die nie in ein Einverständnis mit den Imperialisten getreten, sondern nur notgedrungen vor ihren Angriffen zurückgewichen sei, die Partei der Bolschewiki-Kommunisten sei. „Unsere Regierung, die Sowjetregierung, hat nie Beziehungen zu den Imperialisten, weder den deutschen, noch den anglo-französischen gehabt, hat sie nicht und wird sie nicht haben, solange sie existiert!“

Mit Deutschland hat, fährt Lenin fort, ein schwerer, erniedrigender Friede geschlossen werden müssen und in den von Deutschland besetzten Gebieten wird die Sowjetorganisation überall wieder abgeschafft. Dennoch ist augenblicklich die Gefahr für den russischen Sozialismus dringender von seiten der anderen imperialistischen Gruppe. Deutschland hat nie gegen die Beseitigung des Privateigentums am Grund und Boden Einspruch erhoben. So bestehe von dieser Seite her die Möglichkeit, die Fadel des Sozialismus wenigstens auf dem beschnittenen Territorium der Sowjetregierung brennend zu erhalten. Der englisch-französische Imperialismus bedrohe aber jetzt die Sowjetrepublik im großen, indem er an der Murmanküste Truppen ausschiffe, den tschecho-slowakischen Aufstand, die Gegenrevolution in Baku, im Turkestan und allerorten schüre, die Banden Alexejew im Süden unterstütze und so einen festen Ring



im Osten zu schmieden suche, um die Sowjetrepublik zu ersticken und auf russischem Gebiet eine neue Front gegen Deutschland zu errichten. Ob dieser Plan gelinge, sei eine unmittelbare Lebensfrage für das sozialistische Sowjetregime des russischen Volkes.

Lenin spricht von der tiefen Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes, die es veranlaßt habe, den Brester Frieden zu unterzeichnen. Aber es nütze nichts, sich zu täuschen. Mit starker Betonung ruft Lenin in den Saal: „Der Krieg ist, wider unseren Willen, wieder da. Wir stehen wieder mitten im Kriege. Und in diesem Kriege wird das Schicksal der russischen Revolution entschieden.“ Deshalb müssen jetzt alle Anstrengungen gemacht werden, um die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes zu bekämpfen und zu überwinden. Es sind Fälle vorgekommen, wie in Simbirsk, daß die Streitkräfte der Roten Armee sich zurückgezogen haben, obgleich sie stärker waren als die Kräfte der Tschecho-Slowaken. Aber der verhängnisvolle Plan des anglo-französischen Imperialismus kann nur dann vereitelt werden, wenn es gelingt, seine gefährlichsten Hilfstruppen, die Tschecho-Slowaken, mit ihren gegenrevolutionären russischen Parteigängern an der Wolga, im Ural und in Sibirien zu vernichten und dadurch den sich bildenden Ring endgültig zu sprengen. Dies sei gegenwärtig die wichtigste und dringlichste Aufgabe der russischen Revolution. Die sozialistische Organisation der Sowjetrepublik sei in den letzten Monaten



über Erwarten weit vorgeschritten, und begreiflich sei der Wunsch, diese Arbeit fortzusetzen. Aber alle anderen Ziele müßten jetzt vor dem einen wichtigsten zurücktreten und alle Kräfte dem Kriege gewidmet werden.

Nachdem Lenin unter lautem Beifall geendet hat, tritt Trozki an den Rednertisch. Während Lenin mehr die theoretische Grundlage der politischen Situation behandelt hat, entwickelt Trozki, der Volkskommissar für Kriegswesen, die notwendigen praktischen Maßregeln. Auch er ist ein vortrefflicher Redner. Seine Art ist knapper, schärfer, akzentuierter, aber vielleicht ein wenig trockener als die Lenins.

Er teilt die bisher unbekannte Tatsache mit, daß Jekaterinburg verloren gegangen sei. Die Sowjetstreitkräfte, die den Tschecho-Slowaken entgeggestellt werden könnten, würden ihnen zwei- bis dreimal überlegen sein. Aber das allein genüge nicht. Unter den durch ihr Offizierkorps irreführten Tschecho-Slowaken habe sich die Überzeugung festgesetzt, daß sie siegen oder sterben müßten. Die Sowjettruppen müßten ihnen denselben Kampfesmut entgegensetzen. Um diesen Geist zu wecken, müßten jetzt die besten, führenden Kräfte der Arbeiterschaft als Agitatoren und Organisatoren an die Front. Mit donnerndem Beifall wird die Mitteilung aufgenommen, daß der Petersburger Sowjet bereits beschlossen habe, ein Viertel seines Bestandes zu diesem Zweck an die Front zu schicken. Es fehle den Sowjettruppen auch



an der nötigen Führung. Das russische Offizierkorps sei gegenrevolutionär. Die Stunde sei gekommen, es mit ehernem Jügel zu bändigen. Für den Anfang würden Konzentrationslager eingerichtet für diejenigen russischen Offiziere, die der roten Armee nicht redlich dienen wollten. Aber auch die anderen, die in den Dienst der Sowjetregierung getreten wären, seien vielfach unzuverlässig, Fälle von Verrat seien nicht selten. Hier liege die Schuld zum Teil an den Kriegskommissaren, die nicht die nötige Wachsamkeit bewiesen hätten. „Neben jeden Offizier mit Kommandogewalt stellen wir, mit Revolvern bewaffnet, hier einen Kriegskommissar und dort einen Kriegskommissar. (Trozkis begleitet diese Worte mit einer knappen Bewegung, als pflanze er Pfosten in die Erde.) Keinen Schritt darf der Offizier ohne Bewachung tun. Sobald er schwankt, muß er auf der Stelle erschossen werden.“ (Lauter Beifall.) Die militärischen Aushebungen unter der Arbeiterschaft werden erweitert. Die Arbeiterklasse muß ihren Pakt mit dem Tode machen, dann hat sie ihren Pakt auch mit dem Sieg.

Nach der Rede Trozkis fordert Swerdlow die Versammlung auf, ohne Debatte über die von den Bolschewisten eingebrachte Resolution abzustimmen. Die Resolution, die von der Genossin Teodorowitsch verlesen wurde, erklärt das sozialistische Vaterland in Gefahr, beschließt eine Reihe von Maßregeln zur Säuberung der Wolga, des Urals und Sibiriens



von der Gegenrevolution und bedroht die Bourgeoisie aufs neue mit dem Massenterror. Die Resolution wird, wie gewöhnlich, einstimmig angenommen. Swerdlow schwächt ihre Wirkung ein wenig ab, indem er in einem Schlußwort dem Wunsche Ausdruck gibt, daß sie nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern in die Tat umgesetzt werden möge. Die Versammelten erheben sich und singen in mächtigem, mehrstimmigem Chor die Internationale.



Die Stimmung in Moskau.

Moskau, 9. August.

Es liegt eine schwer gedrückte Stimmung über Moskau. Das Volk hungert. Das Brot, das von der Regierung verteilt wird, ist zwar nicht teuer, aber es ist nur ein achtel oder bestenfalls ein viertel russisches Pfund, und auch diese Ration kann nicht regelmäßig verteilt werden. Die Sowjetregierung hat sich bemüht, wenigstens für die Arbeiterschaft Speisehäuser einzurichten. Aber selbst hier ist es so teuer, daß die Arbeiter ihren ganzen, seit der Revolution um ein Mehrfaches gestiegenen Verdienst verzehren. Und es reicht bei weitem nicht für alle. So ist die Bevölkerung zu einem beträchtlichen Teil auf den Schleichhandel angewiesen, der unter diesen Umständen selbst durch die drakonischsten Verordnungen der Bolschewiki nicht wirksam bekämpft werden kann und sich nur für die wachsenden Gefahren dadurch schadlos hält, daß er für seine heimlich vertriebenen Waren Preise von phantastischer Höhe fordert. Der Bauer auf dem Lande verlangt vielleicht 30 oder 40 Rubel für das Pud (16 Kilo) Mehl, aber die „Mjeschetschniki“ (Sackträger), so ge-



nannt, weil sie in ihren Säcken die Waren aus dem Dorf in die Stadt zu schmuggeln suchen; müssen die Kosten ihrer oft tagelangen Reise, ihr Risiko, das nicht gering ist, da ihnen oft das mühsam erworbene Gut von den Rotgardisten wieder abgejagt wird, endlich ihren Verdienst auf die wenigen Pud darauf schlagen, die sie von einer Fahrt zurückbringen können. So kostet das Pud Mehl im Moskauer Schleichhandel 300 bis 400 Rubel, Zucker 20 bis 25 Rubel das Pfund! Da ist es denn kein Wunder, daß man in einem der wenigen guten Restaurants der Stadt, die noch geöffnet sind, eine Mahlzeit aus Suppe, einem Fleisch- oder Fischgericht und Nachtsch nicht unter 70 bis 80 Rubel erhalten kann. Natürlich ohne Wein, denn daran ist nicht zu denken. Es gibt ihn nicht im Handel. In dem einen oder anderen Lokal soll man noch unter der Hand alkoholische Getränke erhalten können, aber eine Flasche schlechter Sekt kostet dann 300 Rubel und eine Flasche Monopolschnaps 360. In dem Vergnügungsetablisement „Ermitage“ hatte ich mir ein Glas Kaffee bestellt, und der Kellner brachte mir dazu vier kleine schlechte Matronenplätzchen. Als ich nach meiner Schuldbigkeit fragte hieß es — 33 Rubel. Die Plätzchen kosteten nämlich 6 Rubel das Stück, der Kaffee 3 Rubel, dazu die Prozente, die jetzt zu jeder Rechnung zugunsten des Personals gleich hinzugeschlagen werden. In den schlechteren Restaurants ist das Essen nicht viel billiger als in den



guten. Neuerdings haben sich für die ärmste Bevölkerung ziemlich zahlreiche vegetarische Speisehäuser aufgetan, eine für das viel Fleisch und Fisch verzehrende Rußland sehr unnatürliche Einrichtung. Aber auch hier kostet ein Bohnengericht 4 Rubel 50 Kopeken, eine Grütze 6 Rubel, ein Blättersalat 3 Rubel 50 Kopeken.

Das Geld ist auf diese Weise völlig entwertet. Eine Fahrt auf der Moskauer Elektrischen, von deren Bedrängnis man sich nur dann eine genügende Vorstellung machen kann, wenn man sie erlebt hat, kostet 60 Kopeken. Nicht nur im Inneren der Wagen steht eine bis zum Äußersten zusammengepreßte Masse von menschlichen Leibern, sondern auf den Trittbrettern, an den äußeren Vorsprüngen des Wagens hängen die Menschen in halsbrecherischer Weise, buchstäblich in „Trauben“, wobei einer den anderen stützt und hält, um nicht während der Fahrt herabzufallen. — Ein gewöhnlicher Brief kostet 35 Kopeken, ein eingeschriebener 1 Rubel 5 Kopeken, eine Zeitung 30 bis 50 Kopeken.

Was das für eine Wandlung ist, kann man nur verstehen, wenn man sich erinnert, daß früher jeder Rubel in Rußland schon ein Stück Geld bedeutete. Heute ist der Rubel nichts. Es faßt einen ein Ekel vor dieser Karikatur, dieser häßlichen Frage des Geldes, wenn man an jeder Straßenecke Zeitungsverkäufer und Streichholzhändler ganze Häufte voll von diesen papiernen Rubelscheinen knüllen sieht,



die kaum mehr bedeuten, als früher die Kupfermünzen.

Daß weite Bevölkerungsschichten bei diesem plötzlichen Wirbel von Papiergeld, der über das Land herniedergegangen ist, in furchtbarem Elend beiseite stehen, dafür kann man auf Schritt und Tritt erschütternde Belege finden. Gleich bei meiner Ankunft in Moskau auf dem Alexanderbahnhof, als ich etwas von den mitgebrachten Vorräten verzehrte, waren die Augen eines neben mir sitzenden, ein wenig bußligen Mannes in abgeschabter Kleidung mit unverkennbarer Begehrlichkeit auf meine Mahlzeit gerichtet. Er konnte sich nicht beherrschen und bat mich, ihm etwas abzugeben. Und nun erzählte er mir, teils auf Russisch, teils in sehr gutem Französisch sein Elend. Seine Stellung hatte er seit dem bolschewistischen Umsturz verloren. „Il y a six mois, Monsieur, que je meurs de faim.“ — Jüngst ging ich abends in Begleitung eines Bekannten durch ein ärmliches Viertel der Stadt. Ein einfaches, altes Weiblein ging neben uns her und fragte, welchen Weg wir hätten. Sie fürchte, daß man sie in der Dunkelheit verprügeln und liegen lassen könnte. Aber wir hatten ein anderes Ziel und sie schritt schnell ihres Weges. Mein Begleiter rief ihr nach: „Du hast wohl viel Geld bei dir, Mütterchen, daß du dich so fürchtest?“ Da wandte sie sich nochmals um und sagte: „Nein, Herr, ich darbe. Ich diene für 25 Rubel monatlich, aber ich habe schon drei Mo-



nate nichts erhalten," und wollte weiter. Ich hielt sie an und gab ihr einen Rubel. Da fing sie vor Freude fast zu schluchzen an und küßte meine Hand und meinen Armel. Wie groß muß die Not solch eines Weibleins sein, wenn dieser fast wertlose Rubel eine solche Wirkung tut. Als wir ihr noch etwas Geld zustedten, wußte sie nicht, was sie sagen sollte. Sie fragte nach unseren Vor- und Vatersnamen und sagte mit innigem Ausdruck: „Ich werde morgen in die Kirche gehen und lange für euch beten.“

Zu dem Hunger und Elend der Massen tritt eine äußerst beunruhigte und gespannte Stimmung, die alle Geister gefangen hält. Noch nie sind so viel phantastische Gerüchte durch die Stadt gegangen wie jetzt. Alle Zeitungen, die nicht auf dem politischen Programm der Sowjetregierung stehen, sind seit einem Monat unterdrückt. Diese unerhörte Maßregel sollte die Verbreitung der „provokatorischen Gerüchte“ bekämpfen, die fortgesetzt gegen die Sowjetregierung in Umlauf gesetzt werden. Aber sie hat nur das Gegenteil erreicht. Weite Kreise der Bevölkerung haben kein Vertrauen zu der bolschewistischen Presse, andere Quellen der Information stehen nicht zur Verfügung, und so ist allen Gerüchten Tür und Tor geöffnet. Bald hört man, daß die Tschechoslowaken schon nahe bei Moskau stehen, bald daß die Sowjetregierung beschlossen habe, abzubanken bald daß sie sich in Moskau nicht mehr sicher fühle



und nach Petersburg oder einem anderen Ort überzusiedeln gedenke, bald wird von großen Aufständen in der Provinz, von unterbrochenen Eisenbahnlinien und ähnlichem erzählt. Selbst politische Kreise tappen im Dunklen und beteiligen sich an dieser Gerüchsträgerei. Alles lebt in der Erwartung schwerer Ereignisse. In bürgerlichen Kreisen tun viele, als trügen sie ein großes Staatsgeheimnis in den Falten ihres Gewandes, und als wüßten sie genau den Tag, an dem die Sowjetregierung stürzen wird. Meist wird ihr nur noch eine Dauer von höchstens einigen Wochen verheißen. Geht man aber diesen Ansichten auf den Grund, so findet man meist nichts Positives, außer dem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit, das jeder in seiner Brust trägt. Fragt man ernste Menschen, ob hier am Ort bolschewistische Organisationen vorhanden seien, die stark genug wären, um den Kampf mit der Sowjetherrschaft aufnehmen zu können, so wird das verneint.

Die Regierung selbst trifft umfangreiche Maßnahmen, um etwa ausbrechende Hungerrevolten niederzuwerfen. Ihr Mißtrauen ist besonders gegen das alte Offizierkorps gerichtet, das gegebenenfalls die Führung eines Aufstands übernehmen könnte. Sie hat daher zu gleicher Zeit im ganzen Reich eine Registrierung der Offiziere vorgenommen und dabei in Moskau viele Tausende von ihnen tagelang gefangen gehalten. Bezeichnend für die Lage ist es, daß hier sofort Gerüchte verbreitet und



geglaubt wurden, in Petersburg seien bei dieser Gelegenheit Tausende von Offizieren ermordet worden.

So lebt die Bevölkerung Moskaus in einer ungesunden, äußerst erregten und gespannten Stimmung, und es ist ungewiß, ob und wie sie sich lösen soll.



Die Hungersnot. Proletariat und Bauernschaft.

Moskau, 16. August.

Nicht nur in Moskau herrschen die Leiden des Hungers und die abnormen Preisverhältnisse, die der Schleichhandel mit Lebensmitteln aufweist, ein Schleichhandel, von dessen gewaltigem Umfang man sich kaum einen Begriff machen kann. In verschiedenen Abstufungen treffen gleichartige Verhältnisse auf alle größeren Städte zu, ja sogar auf die kleineren, und es hungern nicht nur die Städte, sondern auch weite Gebiete des flachen Landes, besonders in den getreidearmen nördlichen Gegenden. Von welcher Einzelheit des russischen Lebens man auch ausgeht, wenn man sie verfolgt, gelangt man zu den Grundfragen der russischen Revolution, zu den Problemen, die für die zukünftige Entwicklung der Dinge in Rußland entscheidend sein werden. Das gilt in besonderem Maße von der Verpflegungsfrage.

Die allgemeinen Gründe der Getreidenot, den durch Krieg und Revolution verursachten Rückgang



der Produktion, die Vermehrung des Verbrauchs, die Schwierigkeiten des Transports, die Abneigung der Bauern, ihr Getreide gegen das entwertete Papiergeld, bei dem Mangel an ländlichen Bedarfsartikeln, abzugeben, darf ich als bekannt voraussetzen. Diese Dinge sind ja schon sehr alten Datums, sie reichen mit ihren ersten Anfängen schon in das zweite Kriegsjahr zurück, und sie veranlaßten bereits die zarische Regierung, das System der festen Preise durchzuführen. Die provisorische Revolutionsregierung ging einen Schritt weiter und griff zum staatlichen Getreidemonopol, an dem auch die Sowjetregierung festgehalten hat. Aber alle Maßregeln haben nichts genutzt, die zarische Regierung wie die provisorische und die bolschewistische sind immer wieder und in beschleunigtem Tempo genötigt gewesen, trotz aller grundsätzlichen Bedenken die festen Kornpreise zu erhöhen, und dennoch ist der Mangel an Getreide nur immer dringlicher geworden. In der neuesten Ara, seit der bolschewistischen Herrschaft und dem Brester Frieden, sind zu den alten Gründen noch schwere neue hinzugetreten. Der Norden wurde durch das deutsche Eingreifen vom fruchtbaren Süden getrennt, und die Tschecho-Slowaken nahmen das letzte reiche Überschußgebiet, Westsibirien, in Besitz. Die Vorkehrungen, welche die Sowjetregierung in dieser furchtbaren Lage traf, um der Getreidevorräte, welche auf dem ihr noch verbliebenen Gebiet von den verängstigten Bauern verborgen gehalten werden



mochten, habhaft zu werden, bestanden in diktatorischen Vollmachten für den Verpflegungskommissar, drakonischen Strafen für die Hinterziehung von Getreide, hohen Belohnungen für die Denunziation solcher Vorräte, umfassender Entsendung von Requisitionsabteilungen der Roten Armee, die auf dem platten Lande mit rücksichtslosen Gewaltmaßregeln vorzugehen hatten, um den Bauern das Getreide abzunehmen. Neuerdings sind die Strafen noch weiter erhöht worden, und ein Dekret gibt auch den Arbeiterorganisationen das Recht und fordert sie auf, Requisitionsabteilungen auf das Land zu entsenden und so ihre Sache gegen die Bauern selbst zu verfechten.

Es hat aber bisher alles nichts geholfen, die Bauern haben ihr Getreide, soweit es vorhanden ist, zu gut verborgen, der innere Zusammenhalt der russischen Dorfgemeinde hat sich, trotz der verheißenen Belohnungen, als stark genug erwiesen, um Denunziationen in größerem Umfang aus der Gemeinde heraus zu verhindern. Die Maßregel, auf welche die Bolschewiki die größten Erwartungen gesetzt hatten, der unmittelbare Warenaustausch von Industrieerzeugnissen gegen Getreide hat ebenfalls versagt: nicht etwa weil es der bolschewistischen Regierung an Fabrikware fehlte — sie hat beträchtliche Vorräte davon durch ihre Nationalisierungspolitik in ihren Händen konzentriert —, sondern weil der private Handel ausgeschaltet ist und die staatlichen



Verteilungsorganisationen in der Provinz, auf dem Lande selbst nicht schnell genug geschaffen werden konnten.

So haben denn alle Gewaltmaßregeln gegen die Bauernschaft nicht einmal das dürftigste Existenzminimum für die Bedarfsgebiete herbeischaffen können, sie haben aber den auch in anderen Ländern vorhandenen Gegensatz zwischen Stadt und Land, hier den Gegensatz zwischen der Bauernschaft und dem städtischen Proletariat und seiner Regierung aufs schärfste zugespitzt, — und hier rühren wir an eine der wichtigsten entscheidenden Zukunftsfragen der russischen Revolution. Wie sich das Verhältnis von städtischem Proletariat und Bauernschaft in Zukunft entwickeln wird, wie sich die Wünsche und Bedürfnisse der russischen Bauernmassen zu einem einheitlichen Willen formen werden, davon wird der weitere Verlauf der Revolution in höchstem Maße bestimmt werden. Gegenwärtig hört man aus den verschiedensten Teilen des Reiches von einer äußerst erbitterten Stimmung der Bauernschaft, es fladern allenthalben kleinere und größere Aufstände der Bauernschaft gegen die Requisitionskommandos auf. Die bolschewistische Regierung hatte ja seinerzeit selbst die bäuerlichen Soldaten aufgefordert, bei der Demobilisation ihre Waffen mit ins Dorf zu nehmen, um die Enteignung der Grundbesitzer durchzuführen und die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Die Bauern sind also bewaffnet,



zum Teil sogar mit Maschinengewehren, und es wird immer wieder berichtet, daß benachbarte Dörfer ein Abkommen über gemeinsame blutige Abwehr beim etwaigen Eintreffen von Requisitionskommandos geschlossen haben. Das ist ein Kampf, in dem das städtische Proletariat und seine Regierung, wenn es nicht zu anderen Hilfsmitteln griffe, zweifellos unterliegen müßte.

Die Sowjetregierung hat aus diesen und anderen prinzipiellen Gründen den Versuch gemacht, den Klassenkampf in das Dorf hineinzutragen und die ärmste Bauernschaft (die „Bednjaki“) von der reicheren (den „Kulaki“) zu trennen. Die „Bednjaki“, die ebenfalls Mangel leiden, werden in den Dörfern zu „Komitees der Armut“ organisiert, welche gegen die „Kulaki“ in ähnlicher Weise vorgehen sollen, wie das städtische Proletariat gegen die Bourgeoisie. So will man die ungleiche Verteilung von Land, Inventar und Besitz auch im Dorf zu nivellieren suchen und auch hier dem vollendeten Kommunismus zusteuern. Zugleich wird von führender bolschewistischer Seite die These aufgestellt, daß zwischen den „Bednjaki“ und dem städtischen Proletariat keinerlei Interessengegensätze vorhanden seien. Man glaubt daher, die große Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land auf diese Weise zu einer einheitlichen proletarischen Front zusammenfassen zu können. Auf die Verpflegungsfrage angewandt, hofft die Regierung darauf, daß die „Komitees der Ar-



mut", nachdem einmal die Dorfgemeinde gespalten ist, selbst die Getreidevorräte der „Kulaki“ zugunsten der ärmeren Bauernschaft und des städtischen Proletariats enteignet werden. Diese ganze bolschewistische Idee gehört zu den Programmpunkten, die den erbitterten Widerstand der Sozialrevolutionäre, dieses eigenartigen, selbständig auf russischem Boden erwachsenen Agrarsozialismus, der sich als die berufene Vertretung der bäuerlichen Interessen fühlt, hervorgerufen haben, weil sie unnatürlich und verwerflich sei und der traditionellen Einheit der russischen Dorfgemeinde zuwiderlaufe. Ein schneller praktischer Erfolg, insbesondere für die Verpflegungsfrage, ist von dieser Maßregel jedenfalls nicht zu erwarten. Wenn die „Kulaki“ sich allgemein so klug verhalten, wie die „Iswestija“ es in einer Nachricht aus Morschansk (Gouvernement Tambow) beklagten, so wird der bolschewistische Plan wohl vollends ins Wasser fallen. Als nämlich in einem Dorf Delegierte erschienen, um ein „Komitee der Armut“ zu bilden, erklärten sämtliche Bauern, sie brauchten ein solches Komitee nicht, denn es gebe unter ihnen gar keine Armut. Die „Kulaki“ hatten sich in dem Dorf rechtzeitig vorher aus eigenem Antriebe versammelt, hatten eine Aufstellung ihrer Vorräte an Getreide und Lebensmitteln gemacht, und im Verhältnis dazu hatte ein jeder von den „Kulaki“ einen bestimmten Teil seiner Vorräte zur Verteilung an die „Bednjati“ hergeben müssen, so daß diese bis zur neuen Ernte versorgt



wurden. Die „Iswestija“ nennen dies eine Bestechung, obgleich es natürlich die klügste und zweckmäßigste Maßregel ist, mit der die wohlhabendere Bauernschaft den Plänen der Bolschewiki entgegentreten kann. Der Fall zeigt zugleich, in welchem Grade auch die Bauernschaft durch die revolutionären Ereignisse politisiert und entwickelt wird. (Anmerkung des Verfassers: Nach Abschluß dieses Berichts hatte ich Gelegenheit, noch genaueres Material über diese Frage zu sammeln. Danach ist es den Bolschewiki gelungen, unter starkem Druck von Seiten der Sowjets und durch militärische Nachhilfe das Netz des „Komitees der Armut“ schnell zu entwickeln. Zugleich aber erwies sich die ganze Maßregel als eine der vielen Illusionen, von denen die Sowjetregierung vergeblich eine Besserung ihrer Lage erhofft hat. Oft haben es gerade die reichen Bauern verstanden, sich in die „Komitees der Armut“ hineinwählen zu lassen oder doch einen entscheidenden Einfluß auf sie zu gewinnen. Wo aber diese Komitees ihren Namen rechtfertigten, da wurden sie zumeist von mehr oder weniger verkommenen und mißachteten Mitgliedern der Gemeinde gebildet, oder von den zahlreichen Arbeitern, welche durch den fortschreitenden Verfall der Industrie zur Abwanderung in die Dörfer gezwungen wurden. Infolgedessen verschärfte sich nur bei der großen Masse der Bauernschaft durch die ihr auferlegte Maßregel der Haß gegen die Sowjetregierung und der Gegensatz zum städti-



schen Proletariat. Einen wesentlichen Nutzen für die Verpflegungskampagne oder eine Förderung für die allgemeinen Ziele der bolschewistischen Politik haben die „Komitees“ nicht gebracht.)

Inzwischen bleibt die Verpflegungslage in den Städten unverändert verhängnisvoll, und auch hier wächst insolge dessen die Unzufriedenheit. Die stärkste und populärste Regierung müßte unter solchen Umständen rapide an Boden verlieren. Die Regierung weiß natürlich, daß dies für sie eine entscheidende Frage ist. Je näher die neue Ernte heranrückt, um so geringer werden die Hoffnungen auf eine Besserung, die dadurch eintreten könnte. Die Ernte ist gut, aber die Felder sind zum Teil unbestellt geblieben und namentlich besteht anscheinend wenig Aussicht, auf die bisherige Weise die Erfassung und Heranschaffung des Getreides so zu organisieren, daß eine Vergrößerung der in den Städten verteilten Hungerrationen möglich werden könnte. Die bestehenden Verpflegungsorganisationen verschlingen überdies die gewaltigsten Mittel. Die „Lebensmittelverwaltung des Moskauer Gebiets“ hat ihr Personal vom Dezember bis zum April von 750 auf 4000 Mann vergrößert. Das Budget dieses ungeheuren und ungefügigen Apparats ist in den zehn Monaten seiner Existenz von einer Million auf 280 Millionen monatlich angewachsen. Unter solchen Umständen kostet der Regierung das spärliche Getreide, das sie durch ihre ungeheuren Organi-



sationen aufbringt, und das sie an die Bevölkerung billig abgeben muß, nach einer vorsichtigen Berechnung, welche die „Rjetsch“ an einem der letzten Tage ihres Erscheinens aufstellte, mindestens hundert Rubel das Pud. Man hört aber noch viel größere Zahlen nennen und kann daran glauben, wenn man bedenkt, wieviel die Requisitionskommandos, an ihren geringen Ergebnissen gemessen, kosten mögen.

Die „Mjeschtschnik“, jene „Sackträger“, von denen ich schon gesprochen habe, füllen und belasten die Eisenbahnen und beherrschen den Markt. Da sie den Bauern weit höhere Preise für das Getreide bieten als die Regierung, erschweren sie in höchstem Maße die Durchführung der staatlichen Getreideerfassung, die an die festen Preise gebunden ist. Wie sehr sie außerdem den Transport überlasten, läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß jeder „Mjeschtschnik“ nur wenige Pud Lebensmittel mit sich führen kann, also, mit einem groben, vereinfachten Beispiel, 40 Mann in einem Warenwaggon höchstens 200 Pud befördern könnten, während der Waggon, mit Getreide allein beladen, 1000 Pud fassen würde. Beim Versagen der staatlichen Organisation ist aber das Bedürfnis nach Schleichware so dringend, daß die drakonischsten Maßregeln der Regierung dagegen völlig machtlos bleiben. Gerade die Händler, die regelmäßig reisen, verstehen der Strafe und der Konfiskation ihrer Waren meist zu entgehen: an den Überwachungspunkten haben sich



nämlich, dank der allgemeinen Korruption, ziemlich feste Bestechungstaxen herausgebildet, für welche der Eingeweihte ungehindert passieren kann. Die „Mjeschtschniki“ bestehen auch keineswegs bloß aus Händlern, sondern sehr zahlreich ist die arme Bevölkerung aus Städten und Bedarfsgebieten, die tagelang reist, um sich aus reicheren Gouvernements einige Pud Getreide zu holen. Dies nimmt gelegentlich den Charakter einer Verzweiflungserrscheinung an, wie ein Telegramm der hiesigen amtlichen Abendzeitung vom 13. August beweist. Danach ist in Drel ein Zug aus Wjasma mit 2000 Mjeschtschniki angekommen. Sie haben sich einer Lokomotive mit 34 Waggonen bemächtigt und sind nach der Richtung Kursk losgefahren, in der unsinnigen Hoffnung, sich zur Beschaffung von Getreide nach der Ukraine durchschlagen zu können.

In breiten Schichten des Volkes ertönt der Schrei nach dem freien Handel. Viele sind überzeugt, daß immer noch Brot genug im Lande vorhanden sei, daß aber nur der freie Handel es zum Vorschein bringen könne. Für die Bolschewiki ist das zunächst eine Prinzipienfrage: wenn sie den freien Handel mit Getreide wieder zulassen, so ist der gesamte Grundsatz der Verstaatlichung des Handels durchbrochen, statt weiter ausgebaut zu werden. Aus den Kreisen der Sowjetregierung wurde mir aber erklärt, die Bolschewiki hätten trotzdem diese Maßregel erwogen, denn sie verträten nicht Grundsätze, sondern Inter-



essen. Aber ihre Sachverständigen hätten ihnen erklärt, daß die vorhandenen Getreidevorräte für den freien Handel keinesfalls ausreichen würden; wenn man den freien Handel zulasse, würden sie wohl auf den Markt kommen, aber bald erschöpft sein, und dann würde die Lage noch furchtbarer werden als vorher. Es ist schwer, diese wichtige Streitfrage theoretisch zu entscheiden. Aber der gegenwärtige Zustand ist praktisch auf die Dauer unhaltbar. Und wenn die neue Ernte nicht bald eine Besserung bringt, so werden die Bolschewiki dem Drängen des Volkes nach Zulassung des freien Handels nachgeben müssen, und sei es auch nur, um die vielleicht verhängnisvolle Probe auf das Exempel zu machen. Schon jetzt ist ihre Politik in dieser Frage schwankend geworden, und nachdem noch kürzlich aufs entschiedenste versichert worden war, daß eine Erhöhung der festen Preise ausgeschlossen sei, hat vor einigen Tagen ein Dekret die festen Getreidepreise für die neue Ernte auf das Zwei- bis Dreifache der bisherigen Sätze erhöht. Es gilt abzuwarten, wieviel das helfen wird. (Anmerkung des Verfassers: Wie anzunehmen war, trat auch dadurch keine Besserung ein. In ihrer Not taten die Bolschewiki einen halben Schritt dem freien Handel entgegen: sie gestatteten der notleidenden Bevölkerung Petersburgs und Moskaus, sich persönlich und für den eigenen Bedarf zu freien Preisen in der Provinz mit Lebensmitteln zu versorgen und 1½ Pud auf



den Kopf der Familie ungehindert einzuführen. Es stellte sich natürlich bald heraus, daß diese Verordnung als ein Freibrief für die „Mjeschetschniki“ wirkte und die Durchführung des staatlichen Getreidemonopols vollends untergrub. Der Fehler war zu spät erkannt worden. Für die völlige Freigabe des Lebensmittelhandels konnte sich die Sowjetregierung auch jetzt nicht entscheiden und so hob sie, nach einigem Schwanken, die unbedachte Maßregel wieder auf, nachdem sie freilich schon große Verwirrung angerichtet hatte. Die Schleichhandelspreise, die zeitweilig etwas gesunken waren, schnellten wieder in die Höhe und es wurde neue Erbitterung unter der städtischen Bevölkerung und nicht zum mindesten unter der Arbeiterschaft gesät, die auf die zeitweilige Erleichterung wieder verzichten mußte.)

Diese ganze furchtbare Lage trat mir schon in einem unvergeßlich erschütternden Eindruck, den ich auf der Fahrt von Orscha nach Moskau empfing, grell ins Bewußtsein. Mein Zug kreuzte sich auf einer Station mit einem anderen. Als ich auf den Bahnsteig hinaustrat, stand in dem anderen Zug auf der offenen Plattform eines Wagens ein älteres, hoch gewachsenes Weib aus dem Volke und schrie. Jeder Atemstoß war ein dumpfes Brüllen. So schreit ein Mensch in körperlichen Qualen, so schreit die verwundete, gepeinigte Kreatur. Ich dachte, sie wäre von der Cholera oder einer anderen schweren Krankheit ergriffen und fragte einen der Umstehenden



danach. Da erhielt ich die lakonische und vielsagende Antwort: „Sie hat ihr Getreide verschlafen.“ Es erwies sich, daß das Weib weit gereist war, um für ihre Familie einige Pud Getreide heimzubringen. Sie hatte wohl ihre letzten Groschen hingegeben, ja ihre Habseligkeiten verkauft, um den Schatz bezahlen zu können. Und auf der Heimfahrt war sie eingeschlafen, und man hatte ihr das Korn gestohlen.

Als mein Zug sich wieder in Bewegung setzte, stand das Weib noch auf der Plattform und schrie.



Ein Stimmungswechsel in der Sowjetregierung.

Moskau, 20. August.

Schon in meinem Bericht über das Ende des Zaren bezeichnete ich die zunehmende Neigung zur schärfsten Anwendung des Terrors gegen die Bourgeoisie und alle sonstigen antibolschewistischen Elemente als ein Symptom dafür, daß sich der Sowjetkreise eine gewisse Nervosität und Unruhe bemächtigt hätte. Mit den Erfolgen der Tschecho-Slowaken, der Einnahme von Jekaterinburg und Kasan, dem Vorgehen der Engländer im Norden, den Ereignissen in Baku, der Abreise der deutschen Gesandtschaft wuchs diese nervöse Stimmung zusehends an und erreichte in der ersten Woche oder im ersten Drittel des August ihren Höhepunkt.

Dieses Stadium wurde durch eine Reihe von Maßregeln bezeichnet, die teils zur Ausführung gelangt sind, teils erst geplant waren. Noch vor der Einnahme von Jekaterinburg ist dort nach dem amtlichen Bericht Nekrassows, des Kriegskommissars der nördlichen ural-sibirischen Front, folgendes geschehen:



„Die besitzende Klasse einiger Städte des Frontgebietes wurde zur Arbeitspflicht herangezogen und zum Aufwerfen von Schützengräben an die Front geschickt. Die hervorragenden Vertreter der Kapitalisten wurden als Geiseln ins Gefängnis gesetzt, das frühere Offizierskorps registriert und unter strenge Kontrolle genommen . . . Da der hervorragende uralische Arbeiter und Kommunist, Genosse Malyschew, von weißgardistischen Banden gefangen genommen und ermordet wurde, wurden die im Gefängnis von Jekaterinburg befindlichen Vertreter der Großbourgeoisie als Geiseln erschossen.“ Aus Perm und anderen Orten kamen Nachrichten über Massenverhaftungen der Bourgeoisie. In Wologda, Kaluga, Jelez und anderen Provinzstädten wurde die Bourgeoisie zwangsweise zur Ableistung physischer Arbeit herangezogen, sie wurde für die Feldarbeit auf den Äckern der Sowjets und für grobe Arbeiten im Rücken der Roten Armee verwandt und jede Entziehung bei dieser Mobilisation durch Konfiskation des Vermögens und des Besitzes bedroht. In Moskau wurden in einer großen Zahl hoher Häuser die oberen Stockwerke mit größter Beschleunigung und Rücksichtslosigkeit von ihren Bewohnern gesäubert und von der Sowjetregierung in Besitz genommen, um sie zur bewaffneten Unterdrückung etwaiger Aufstände auszurüsten. Als ein weiteres Symptom der Unruhe ist wohl die aufsehenerregende Registrierung und Massenverhaftung der Offiziere am



7. August anzusehen, der im ganzen Reich, wie Radek mir erklärte, etwa 60000 frühere Offiziere unterworfen worden sind. Die Zahl der auf Anordnung der „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, Spekulation und Sabotage“ erschossenen Personen nahm schnell zu. Ferner ist mir aus Sowjetkreisen zuverlässig bekannt, daß in jener Zeit ein umfangreiches System von Vorbeugungsmaßnahmen geplant war. In Moskau und Petersburg sollten unter anderem die hervorragendsten Vertreter der Bourgeoisie als Geiseln verhaftet werden unter der öffentlichen Bekanntmachung, daß sie im Falle von Unruhen erschossen werden würden. Nach acht Uhr abends sollte, bei Strafe sofortiger Erschießung, sich niemand mehr ohne besonderen Ausweis auf der Straße zeigen dürfen. Diese draconischen Vorkehrungen waren beabsichtigt, weil man es für notwendig hielt, so gut wie alles vorhandene Militär aus den Städten an die Front zu schicken und in diesem Fall etwaige Unruhen nur durch die Kampforganisationen der bolschewistischen Arbeiterschaft aufrechterhalten wollte.

Eine solche weitere Verschärfung der terroristischen Kampfmaßnahmen ist jetzt, wenigstens vorläufig, aufgegeben worden, und man hat den deutlichen Eindruck, daß die Sowjetregierung ihre Lage jetzt wieder als befestigt betrachtet. Die Ursachen dieses schnellen Stimmungswechsels sind mannigfach: die Regierungserklärungen der Alliierten, insbesondere die Bemerkungen



lung, daß es nach Ansicht der Vereinigten Staaten im höchsten Grade unvernünftig sei, unter den gegenwärtigen Umständen die militärischen Kräfte zu verteilen und zu verzetteln, haben offenbar bei der Sowjetregierung den Eindruck hervorgerufen, daß eine militärische Intervention großen Umfangs von der Entente nicht geplant sei. Der Rückschlag des deutschen Waffenglücks an der Westfront hat hier den Glauben erweckt, daß auch ein militärisches Eingreifen Deutschlands in Rußland nicht zu befürchten sei. Gleichzeitig trafen günstigere Nachrichten von der tschecho-slowakischen Front ein. Es liegt auf der Hand, daß sich die innere Lage der Sowjetregierung festigen, der Unternehmungsgeist ihrer Gegner schwächen muß, sowie die äußere Bedrohung nachläßt. Überdies scheint aber die Sowjetregierung jetzt zu der Ansicht gelangt zu sein, daß sie die Kräfte und Entschlossenheit ihrer Gegner wohl zeitweise überschätzt habe. Die bereits erwähnte Registrierung der Offiziere hat anscheinend in dieser Hinsicht keine geringe Rolle gespielt. Es waren, wie schon bemerkt, allerlei Nachrichten über eine geheime Organisation der früheren Offiziere im Umlauf gewesen, auch die Sowjetregierung hat vielleicht diesen Nachrichten ursprünglich größere Bedeutung beigemessen als im gegenwärtigen Augenblick, und jedenfalls betrachtete sie das frühere Offizierskorps als ihren vor der Hand gefährlichsten Gegner, unter dessen Führung sich unter Umständen die sonstigen unzufriedenen



Elemente sammeln könnten. Daß sich auf die Aufforderung zur Registrierung am 7. August in Moskau allein 15000 Offiziere folgsam eingefunden haben, scheint der Sowjetregierung gezeigt zu haben, daß auch von dieser Seite die Gefahr nicht so dringend sei, wie man angenommen hatte. Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, daß dieser starke Erfolg ihrer Aufforderung der Sowjetregierung selbst durchaus unerwartet gekommen ist. Es waren z. B. keinerlei Vorkehrungen getroffen, um eine solche Masse von Menschen einigermaßen hinlänglich unterzubringen und zu verpflegen und auch der Registrationsapparat selbst war ungenügend vorbereitet.

So erklärt es sich, daß der Umschwung, der in den Stimmungen der Regierung stattgefunden hat, zuerst gerade in dieser Angelegenheit zutage trat. Nachdem man die Offiziere einige Tage lang in den Räumen der Alexejewschen Militärschule unter unmöglichen sanitären Bedingungen und ohne annähernd hinreichende Unterkunft und Verpflegung festgehalten hatte mit dem Bemerken, daß die Registrierung sich nicht so schnell bewerkstelligen lasse, um so mehr als genaue Erkundigungen über die Personalien und die politische Gesinnung der Offiziere eingezogen werden müßten, wurden sie plötzlich alle, bis auf etwa 180 Mann, wieder freigelassen. Diese 180 sollen schwer kompromittierte „Weißgardisten“ sein, welche die Sowjetregierung bisher vergeblich gesucht hatte. Eine sorgfältige Sichtung der erschie-



nenen Offiziere hat sich aber jedenfalls in den wenigen Tagen nicht vornehmen lassen. Man hatte annehmen müssen, daß ein beträchtlicher Teil der Offiziere nun, nach Trozki's Drohung, in Konzentrationslager gesperrt werden würde. Tatsächlich kam die Freilassung der Gefangenen für die Bevölkerung so unerwartet, daß sich bezeichnenderweise wieder die unsinnigsten Gerüchte daran knüpften. So wurde erzählt, daß die Freilassung auf ein Ultimatum der Entente oder gar auf ein gemeinsames Ultimatum der Entente und der Mittelmächte hin erfolgt sei. Möglicher schon klang die Version, daß der inspezierende Chefarzt mehrere Cholerafälle festgestellt und daraufhin erklärt habe, daß sich ein furchtbarer Seuchenerd bilden werde, wenn die Offiziere nicht sofort entlassen würden. Jedenfalls aber ist ein Teil Wahrheit an jener Erklärung, daß die Entlassung verfügt worden sei, weil infolge der erlittenen Unbill selbst unter den schon längst im Dienste der Sowjetregierung stehenden Offizieren eine heftige Erbitterung Platz gegriffen habe.

Es ist nämlich ganz offenbar, daß die Sowjetregierung grundsätzlich bestrebt ist, soweit als möglich die Offiziere zu sich herüberzuziehen und in der Roten Armee zu verwenden. Dies zeigt sich in verschiedenen Formen sehr deutlich, zum Beispiel in dem rühmenden Tagesbefehl, den Trozki, bald nach seiner Ankunft an der tschecho-slowakischen Front, den dort tapfer in der Roten Armee fechtenden



früheren Generalstabsoffizieren widmete. Wie sollte die Rote Armee ihren wachsenden strategischen Aufgaben auch ohne militärisch gebildete Führer gerecht werden? Man muß daher glauben, daß die Sowjetregierung sich zu der sogenannten „Registation“ nur entschloß, weil ihr damals die von seiten des Offizierkorps drohende Gefahr so dringend erschien, daß demgegenüber ein Anschwellen der Erbitterung in den Kauf genommen werden mußte. Die Regierung mag auch wohl angenommen haben, daß nicht so viele, und zwar nur die harmlosen, kommen würden, so daß sie diese schnell wieder würde entlassen können und zugleich negative Fingerzeige erhalten würde, wo der eigentliche Feind — nämlich unter den Ausgebliebenen — zu suchen sei. Als aber die große Mehrzahl erschien, war die Regierung anscheinend zuerst ratlos, dann beruhigte sie sich und entschied, daß die Gefahr von dieser Seite nicht so groß sei, um es zu rechtfertigen, daß alle Brücken zum Offizierkorps abgebrochen würden. So erklärt sich wohl die plötzliche Entlassung der Offiziere.

Ich bemerkte schon, daß gleichzeitig eine Reihe scharfer Maßregeln, die geplant worden waren, wieder fallen gelassen worden sind, und möchte noch ein weiteres Symptom einer milderer Tonart erwähnen. Am 13. August erschien in der „Prawda“, dem Zentralorgan der bolschewistischen Partei, ein Artikel aus der Feder Bucharins, eines der namhaftesten Publizisten der Sowjetregierung. Der Ar-



titel hieß „Ordnung“, führte den Untertitel „Ein Aufsatz für die Bürgerschaft“, und schlug einen Ton an, wie er vordem meines Wissens in der Sowjetpresse gegenüber der Bürgerschaft noch nicht laut geworden ist. Der Artikel drohte nämlich nicht mehr mit den Schrecken des Terrors, er erbat sich einen Augenblick Gehör bei der Bürgerschaft und suchte ernstlich durch Argumente zu überzeugen. Der Gedankengang war folgender: Die große Masse der Bürger dürste nach Ruhe und Ordnung. Die einzige wirkliche Macht in Rußland sei eben die Macht der Sowjets. Von innen könne sie, infolge der Zersplitterung ihrer Gegner, nicht gestürzt werden, und wenn sie von außen gestürzt werden sollte, so würde ein Chaos folgen, wie die Revolution es noch nicht gesehen habe. Das bolschewistische Proletariat würde einer künftigen Regierung die Arbeit vollkommen unmöglich machen. Daher riefen die Wünsche der Bürgerschaft nach dem Sturz der Sowjetregierung nur neue Leiden über ihr eignes Haupt herbei. Dagegen habe die Sowjetregierung doch schon einige, wenn auch relative, Erfolge in der Wiederherstellung der elementarsten Ordnung zu verzeichnen. Die Bürgerschaft möge einsehen, daß die Interessen der Ordnung mit den Interessen der Arbeiterschaft zusammenfallen, und möge beginnen, unter der Führung der Arbeiter, statt gegen sie, zu arbeiten.

Daß ein solcher Artikel erscheinen konnte, wäre an sich schon bezeichnend gewesen. Aber die führenden



den Kreise taten deutlich kund, daß sie ihm große Bedeutung beileigten: es wurde in Riesenschrift ein Sonderabdruck davon hergestellt und als Plakat an alle Häusermauern geklebt.

Man darf billig bezweifeln, daß solche Überredungskunst von Wirkung sein wird. Aber es ist unverkennbar, daß in der Sowjetregierung eine ruhigere, zuversichtlichere Stimmung Platz gegriffen und im Zusammenhang damit die Neigung zum schärfsten Terrorismus nachgelassen hat. Wie lange diese Wendung anhalten wird, hängt von den Umständen ab. Einer dieser Umstände hat sich schon wieder zum Schlimmeren gewandt: den Erfolgen an der tschecho-slowakischen Front — man meinte schon dicht vor der Rückeroberung Kasans und Zekaterinburgs zu stehen — ist ein neuer Rückschlag gefolgt. Wenn weitere Hoffnungen sich als Illusionen erweisen sollten, so würde wohl die zuversichtlichere und mildere Tonart wieder schwinden.



Das rote Moskau.

Moskau, 26. August.

Immer wieder, in alter und neuer Zeit, haben Reisende aus fernen westlichen Ländern die seltsame Pracht und Schönheit Moskaus gepriesen, und das russische Volk hat von altersher seine Liebe, Verehrung und Bewunderung für die geschichtliche Hauptstadt seines Landes, für die „Stadt des ersten Thrones“, mannigfach zum Ausdruck gebracht. „Moskau ist aller Städte Mutter,“ heißt ein russischer Spruch. „Die Weißgemauerte,“ sagt der Russe. Er braucht nicht zu sagen „Moskau“. An dem rechten, hohen Ufer der Wolga liegt so manche „weißgemauerte“ Stadt malerisch in einer Senkung eingebettet und blickt leuchtend aus den dunklen Wäldern hervor — und dennoch, „die Weißgemauerte“ ist für den Russen Moskau. Der Name stammt schon aus der Zeit, da Dmitrij Donskoi, der Sieger über die Tartaren auf dem Kulikower Felde, im vierzehnten Jahrhundert die Stadt, die bisher durch eine Wand von Eichenholz bewehrt gewesen war, mit einer weißen, steinernen Mauer schützte — ein Wunder für jene Zeit und jenes Land. Noch heute



umgibt eine weiße Mauer den mittleren Stadtteil, der mit einem der tartarischen Sprache entlehnten Wort „Kitagorod“ heißt. „Kitai“ ist der tartarische Ausdruck für die „Mitte“ und hat sich im Russischen außer in der erwähnten Verbindung noch in dem üblichen Namen für China, das Reich der Mitte, erhalten. Zugleich hat „weiß“ ebenso wie „rot“ für den Russen die Nebenbedeutung „schön“. Die „weiße“ ist die schöne Stadt. Jetzt freilich sprechen die russischen Revolutionäre gern auch von dem „roten Moskau“. Und wie mir berichtet wird, ist dieser Name zeitweise, besonders während der Kämpfe der Oktoberrevolution, nicht nur im übertragenen Sinne richtig gewesen: ganze Straßen sind damals buchstäblich rot gewesen von dem Ziegelstaub, den die zahlreich umherschwirrenden Geschosse von den Häusermauern losgesplittert hatten. Den Ziegelstaub hat sicher niemand fortgekehrt — man hat nicht Zeit, an Straßenreinigung zu denken in einer Revolution, das Pflaster verkommt, die Häuser stehen ungeputzt und fangen allmählich an zu verfallen, sie gehören ja jetzt alle dem Volke, dem arbeitenden Volke, und das hat dringendere Sorgen. Nur der aufstauende Schnee im Frühling und das Regenwasser haben den roten Staub von den Straßen Moskaus fortgeschwemmt, aber andere Spuren der Oktobertage und der vorhergegangenen und folgenden gewaltsamen Ereignisse sind nicht so leicht zu verwischen. Da steht an der großen Nikitskaja ein Haus,



in dem sich während der Oktobertage Anhänger der provisorischen Regierung Kerenskis verschanzt hatten. Dieses Haus trägt Spuren von Artilleriegeschossen, doch ist es selbst nicht allzu schlimm versehrt. Aber rings umher ist eine Reihe anderer Häuser durch das unsicher gezielte Feuer zerstört, in Brand geschossen, ruiniert. Allenthalben in der Stadt, am meisten in den zentralsten, belebtesten Vierteln, sieht man, wie reichlich das Maschinengewehrfeuer in den Straßen geprasselt hat. Es gibt nicht viele von den hohen Spiegelscheiben der einst so glänzenden Geschäftshäuser, die heil geblieben wären. Die kleinen, spitzen Kugeln haben sie meist glatt durchschlagen, zahlreiche prachtvolle Scheiben in den Geschäftsvierteln sind vielfach durchlöchert, man hat es aufgegeben, sie zu ersetzen. Die kleinen Löcher sind geblieben oder durch ein aufgeklebtes Stück Glas oder Papier geflickt. Wozu auch neue Scheiben? Wie lange dauert es wohl, bis neue Löcher sich zu den alten gesellen?

Auch gegenwärtig wird ja noch ziemlich viel geschossen in der Stadt. Des späten Abends, wenn es still geworden ist und man bei offenen Fenstern an der Arbeit sitzt, hört man fast immer ein paar Schüsse fallen. Vielleicht eine Verbrecherjagd? Auch am Tage im Zentrum der Stadt schon habe ich schießen hören. Man kümmert sich nicht darum, man wendet kaum seinen Kopf und geht seines Weges. Die meisten dieser Schüsse mögen freilich in die



blaue Luft gefeuert werden. Die eilige Erweiterung der Roten Armee, die Bewaffnung der Arbeiterschaft hat es mit sich gebracht, daß mancher Waffenführer, der nicht damit umzugehen weiß, und mancher Schuß geht aus Versehen los. Und oft wird auch aus Übermut geknallt. Trotzki hat kürzlich einen geharnischten Befehl gegen die überflüssigen Schießereien erlassen müssen. Wer dabei betroffen wird, soll, wenn er einen Waffenschein besitzt, den Behörden zu strenger Bestrafung übergeben werden. Hat er aber keinen Waffenschein, so soll auf dem Feld und ohne Rücksicht mit ihm abgerechnet werden — das heißt, aus Trotzki's Terminologie ins Deutsche übersetzt, er wird ohne weiteres niedergemacht.

Das Hotel Metropol — einst die luxuriöse Stätte internationalen Fremdenlebens, wo man reiche russische Kaufleute aus der Provinz, massive Männer in langen blauen Kasians und hohen glänzenden Stiefeln, mit buschigem Haar und geschorenem Nacken neben englischen Ladies oder deutschen Diplomaten sehen konnte — heute das „Zweite Haus der Sowjets“, in dem das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Abteilungen der Roten Garde und alle möglichen Institutionen der proletarischen Republik untergebracht sind — dieses frühere Hotel Metropol trägt ebenso die dürftig verlebten Spuren des Artilleriekampfes wie der benachbarte Kreml. Doch sind die seinerzeit verbreiteten Gerüchte über die Zerstörungen, die der Kreml erlitten habe, glück-



licherweise sehr übertrieben. Noch jetzt gibt es in Moskau zahlreiche Bürger, die an diese Zerstörungen glauben. Sie können sich von ihrem Irrtum nicht überzeugen: der Kreml, das Heiligtum russischen Nationalgefühls, ist ihnen jetzt verschlossen, weit unzugänglicher als zu der Zeit, da die Romanows in seinen Palästen wohnten. Jetzt sind dort zahlreiche Behörden der Sowjetregierung untergebracht, der Kreml ist die Residenz Lenins, alle Zugänge bis auf die „Troizkija Worota“ (die Dreifaltigkeitsspurte) sind fest verrammelt, von den Türmen hängen rote Fahnen, jetzt meist verblaßt, zerfetzt. Von zuverlässigen lettischen Bataillonen wird der Kreml bewacht. In seiner Umgebung, besonders im Alexandergarten, hört man fast mehr lettisch als russisch sprechen. Um Zutritt zum Kreml zu erlangen, bedarf man einer besonderen Genehmigung, den „Bourgeois“ ist er verschlossen. So halten sich die Gerüchte. Doch habe ich mich bei einem Rundgang davon überzeugen können, daß die Beschädigungen nur ganz unbedeutender Natur sind: hier und da ein klaffendes Loch in einer Mauer, oder eine fehlende Ecke, die kleinen unregelmäßigen Löcher der Maschinengewehr-Kugeln im Mörtel, aber nirgends ist, soweit ich sehen konnte, ein architektonisch wichtiger Teil verletzt. Ins Innere der Kirchen und Paläste konnte freilich auch ich nicht gelangen, sie werden niemandem gezeigt. Im November 1917 verbreitete sich das Gerücht durch Rußland und Europa, daß die Kirche „Wassili



Blasphemie“ vernichtet sei, und wer sie kannte, mußte trauern. Aus diesem Grunde legte damals Lunatscharski das eben übernommene Amt des Volkskommissars für Unterrichtswesen nieder, er verzweifelte an einer Revolution, die solche Schätze zerstört. Aber auch diese Nachricht bestätigte sich nicht: auf dem „Roten Platz“ am Kreml, von dem man nicht weiß, ob er diesen Namen trägt, weil hier die Richtstätte war, wo Tjan der Schreckliche Ströme von Blut vergoß, oder weil es der „rote“, der schöne, der prächtige Platz ist — wie im Volksmunde eine junge Schönheit ein „rotes Mädchen“ heißt — auf diesem „Roten Platz“ steht unverlezt wie einst das seltsam bunte, köstliche Kleinod russischer Baukunst.

Außer den Zeichen revolutionärer Kämpfe trägt Moskau aber noch die Spuren anderer Zerstörungen. In einer der prächtigsten Geschäftsstraßen, auf dem „Kusnezki Most“ (die Bezeichnung „Schmiedebrücke“ bewahrt wie die meisten dieser Straßennamen historische Erinnerungen an das russische Altertum) stehen noch heute leer und tot, mit öden Fensterhöhlen einige Häuser, in denen deutsche Firmen ihren Sitz aufgeschlagen hatten, bis sie bei den Deutschenpogroms im Frühjahr 1915 ausgeplündert und zertrümmert wurden. Der Pöbel wütete, nach einstimmigen Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, unter sorgsamer Obhut der zarischen Polizeioffiziere, welche die Massen bei ihrem Zerstörungswerk dirigierten, bis ihnen die Leitung ent-



glitt und dem völlig wild gewordenen Mob schließlich mehr russische und französische Geschäfte zum Opfer fielen als deutsche. Das muß eine Lust gewesen sein für die tobende Menge, als aus dem zweiten Stock des vornehmen Musikaliengeschäfts von Zimmermann die großen, prachtvollen Flügel aus karelischer Birke, Ebenholz und Polisanter auf die Straße hinuntergeschmettert wurden. Wie mag das geklungen haben, als sie unten aufschlugen? War das russische Musik?

Eine charakteristische Einzelheit wird mir berichtet. Der Pöbel verschmähte die Türen, er pflegte die Fenster zu zertrümmern und auf diesem Wege in die der Plünderung geweihten Räume einzudringen. In einem der Geschäfte aber war hinter der prächtigen Spiegelscheibe ein großes Ölbild des Zaren aufgestellt. Davor scheute die Menge zurück und wagte nicht, nach den Pflastersteinen zu greifen. Da befahl der überwachende Polizeioffizier, das Bild des Zaren zu entfernen, und rief dann einen der „Hooligans“ heran: „Schlag zu!“ Und das Werk der Zerstörung nahm seinen Gang. Das war dasselbe Volk, das heute seinen Zaren entthront und ermordet und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet hat.

Aber Moskau bleibt schön, trotz aller Spuren der Zerstörung, trotz Verwahrlosung und Verfall. Man irrt durch breit angelegte Stadtteile, mit vielen Gärten und niedrigen, weiß und hellgrün angestrichenen



Häusern, die irgendwo in einer kleinen Provinzstadt stehen könnten, oder man geht durch enge, krumme, dumpfe Gassen, und plötzlich tritt man auf einen freien Platz hinaus, vielleicht an die grünen Ufer der Moskau und es öffnet sich einem ein köstlicher Blick in das russische Mittelalter — vor einem liegt der Kreml mit seinen alten Wällen, Mauern und Türmen. Moskau heißt dem Russen auch die „goldgekrönte“ Stadt. Sie birgt wohl über 1000 Kirchen und Kapellen, eine jede mit fünf bis sieben kreuzgeschmückten Kuppeln, goldene Kuppeln, blaue, silberne, grüne, weiße, rote, silbergraue Kuppeln. Wer einmal von einem erhöhten Ort, vielleicht von den berühmten „Sperlingsbergen“, auf die weite Hügel- und Gartenstadt hinabgeblickt hat, der wird dieses bunte, blinkende Spitzengewirr von Gold und schimmernden Farben nicht vergessen.



Im Lager der Antibolschewisten.

Moskau, 27. August.

Die „Außerordentliche Kommission zum Kampf mit der Gegenrevolution“ entfaltet mit fast unbeschränkter Machtvollkommenheit eine sehr umfangreiche Tätigkeit. Derschinski, der sein Amt als Vorsitzender dieser Kommission nach der Ermordung Mirbachs und dem Aufstand der linken Sozialrevolutionäre niedergelegt hatte, angeblich, weil er selbst als einer der wichtigsten Zeugen für die Untersuchung dieser Ereignisse erschien, wurde inzwischen von dem anscheinend nicht weniger energischen Peters vertreten. Jetzt ist Derschinski wieder in sein früheres Amt zurückgekehrt und Peters bleibt sein Gehilfe. In der vergangenen Woche erschien an der Spitze der „Iswestija“ ein Aufruf dieser „Außerordentlichen Kommission“, der mitteilte, daß Nachrichten über eine in Vorbereitung befindliche Aktion der Weißen Garde in Moskau vorlägen. An die Sowjetinstitutionen und die gesamte Arbeiterschaft erging der Aufruf zu verdoppelter Wachsamkeit, die Bevölkerung wurde



gewart: jede Aktion der Feinde der Arbeiter- und Bauernrevolution werde erbarmungslos unterdrückt werden. Man bildet in Moskau Rayonkomitees der „Außerordentlichen Kommission“ und es wird alles aufgeboten, um die bolschewistische Arbeiterschaft vor möglichen Gefahren zu warnen und zur Mitarbeit an ihrer Verhütung heranzuziehen. Etwa gleichzeitig mit dem erwähnten Aufruf erschien die Mitteilung der Kommission, daß in Moskau eine Verschwörung gegen die Sowjetregierung aufgedeckt worden sei. Am 2. August habe ein Aufstand stattfinden sollen, es sei geplant gewesen, das Gebäude der „Außerordentlichen Kommission“ und das Arsenal zu besetzen und von den Dächern hoher Häuser den Kreml zu beschießen. Durch die Wachsamkeit der Kommission sei dieser Anschlag verhütet worden. Acht frühere Offiziere und Soldaten sind als Teilnehmer an dieser Verschwörung erschossen worden, obgleich sie leugneten, etwas damit zu tun gehabt zu haben.

Dennoch gewinnt man nach wie vor nicht den Eindruck, als wenn irgendeine konkrete Organisation im Lande vorhanden wäre, die stark genug ist, um den Kampf mit der Sowjetregierung aufzunehmen. Die Warnungen der „Außerordentlichen Kommission“ sind zum Teil wohl als Agitationsmittel aufzufassen, ihre Maßregeln sollen mehr vorbeugen und abschrecken, als einer im Augenblick bereits vorhandenen, geschlossenen Macht entgentreten, sie gelten zugleich der allgemein sehr schwierigen und versah-



renen Lage, die zu allerhand Unruhen mannigfachen Anlaß bietet. Es mag vielleicht auch noch die nervöse Stimmung, die zu Anfang dieses Monats herrschte, nachwirken und manche Gefahren vergrößert erscheinen lassen. Für den 18. August, einen Sonntag, war in Moskau eine Kirchenprozession geplant. Auch damals erschien eine dringliche Warnung der „Außerordentlichen Kommission“: es sei bei dieser Gelegenheit ein Putsch beabsichtigt. Aber die Prozession verlief in völliger Ruhe.

An Aufständen und Unruhen fehlt es freilich im Lande nicht. Das „parteilose“, das heißt vorsichtig antibolschewistische Blatt „Utro Moskwy“, das von der wesentlich menschenrechtlichen Gewerkschaft der Typographen zu wohltätigem Zweck herausgegeben, als einzige Zeitung des Montags früh in Moskau erscheint, gibt eine anschauliche Zusammenstellung der Ereignisse dieser Woche. Es wurden Verschwörungen in Wladimir und Petrowsk aufgedeckt, wobei acht Personen, darunter ein Realschüler, erschossen wurden; ferner eine Verschwörung in einer nicht näher bezeichneten Armee, die angeblich das Ziel hatte, zunächst den Stab einer Division und dann den Armeestab zu verhaften. Bewaffnete Unruhen fanden statt in Rogatschew, Lwow, Beremyschl, Astrachan, Rudnja und anderen Orten, ungerechnet die zahlreichen Zusammenstöße in den Dörfern, die gewöhnlich infolge der Getreiderekquisitionen zustande kommen. Dies alles zeigt gewiß den hohen Grad von Unzufrieden-



heit, die Menge von Zündstoff, die sich angesammelt hat, die Gespanntheit, Unsicherheit und Not der gesamten Lage. Aber die Unruhen tragen meist lokalen Charakter, es fehlt die Organisation; ja es fehlt sogar die gemeinsame Ursache. In manchen Fällen ist es der Hunger, in anderen die Requisitionen, in anderen provokatorische Gerüchte von bevorstehender Schändung der Heiligtümer oder sonstigen Greuel-taten, in wieder anderen die Mobilisation, also jedenfalls längst nicht immer organisierte Agitation gegen die Sowjetregierung. Immerhin verläuft die Unterdrückung solcher Unruhen durch die Organe der Sowjetregierung oft recht blutig für beide Teile, es werden Maschinengewehre und sogar Kanonen angewandt und die Opfer zählen, je nachdem, bald nach wenigen, bald sogar nach Hunderten.

Über die Organisation, die den Weißgardisten zur Verfügung stehen soll, veröffentlichten die amtlichen „Iswestija“ vorgestern auf Grund von Angaben der „Außerordentlichen Kommission“ einen längeren Bericht, dem einige Daten entnommen sein mögen. Diese Organisation bestehe fast ausschließlich aus früheren Offizieren. Arretierte Verschwörer hätten ihre Zahl, in Moskau allein, auf 20 000 angegeben, doch hält die „Außerordentliche Kommission“ diese Ziffer für weit übertrieben. An der Spitze der gesamten weißgardistischen Organisation stehe ein geheimer Generalstab, der in unmittelbarer Verbindung mit den Engländern und den Tschecho-Slowaken



arbeite. Ganz Rußland sei in Gebiete eingeteilt, in deren Zentren Abteilungen des Geheimen Generalstabs sitzen, bei denen die Fäden von den Organisationen der Gouvernements, Kreise und Wolosti zusammenlaufen. Die untersten Abteilungen der Organisation beständen aus höchstens zehn Personen, welche nur einander kennen und daher, wenn sie gefaßt werden, keine weiteren Anhaltspunkte über die zentrale Organisation und die ihr angeschlossenen Personen geben können. Gegenwärtig soll festgestellt sein, daß der geheime Stab die Weißgardisten in der nächsten Umgebung und den Vororten großer Städte anzusiedeln suche. Da die Anzahl der Weißgardisten im Vergleich mit den Kräften der Sowjetregierung gering sei, so werde mit dem System der Teilschlüge gearbeitet, für welche der Stab jeweilig größere Kräfte konzentriere. Der Stab verfüge über einen besonderen Apparat zur Ausstreuung von Gerüchten, die einerseits die Bevölkerung gegen die Sowjetregierung aufheizen, und anderseits die Regierung in Atem halten sollen, damit möglichst große Teile der „Roten Armee“ im Lande zurückgehalten werden und nicht gegen die Tschecho-Slowaken kämpfen können. Die Finanzierung geschehe „auf Kosten der Ententebourgeoisie“, die sich als Vermittlungsapparat vielfach der russischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kooperativgenossenschaften, verschiedener Verbände des Handels und der Industrie sowie der Geistlichkeit bediene. Der Stab der Weiß-



gardisten rechne auf die Sympathien der Bürgerschaft einerseits und auf die mangelhafte Organisation der Arbeiterschaft anderseits, um im geeigneten Augenblick auch mit geringen Kräften einen großen Umsturz herbeizuführen.

Man braucht natürlich diese Mitteilungen der „Außerordentlichen Kommission“ nicht für bare Münze zu nehmen. Bemerkenswert ist, daß auch von ihnen die organisierten antibolschewistischen Kräfte als zahlenmäßig gering eingeschätzt werden. Darüber hinaus scheint das Bild, das von dem systematischen Ausbau der Organisation geboten wird, wesentlich übertrieben. Es ist gewiß nicht leicht, über diese Dinge zu urteilen, aber der Eindruck, den der unbefangene Beschauer hat, ist nach wie vor derselbe: die antibolschewistischen Kräfte im Lande scheinen heillos zerplittert und zu einem großen Teil von auffälliger Tatenlosigkeit.

Über die Offiziersorganisationen fehlen zuverlässige Nachrichten; jedenfalls aber könnten solche Organisationen nur ein Werkzeug des Kampfes sein, aber nicht die politische Führung übernehmen. Mit den Parteien aber sieht es traurig aus. Selbst die Kadetten sind unter sich uneins. Überdies scheinen die Kadetten nach wie vor auf dem Standpunkt zu stehen, daß sie, wenigstens als Partei, die Bildung von Kampforganisationen verwerfen. Unter den revolutionären Verhältnissen der russischen Gegenwart bedeutet es aber den Verzicht, wenn eine Partei nicht Tatkraft genug besitzt, zur Anwendung von



Gewalt zu greifen und alles dafür vorzubereiten. Die Bolschewiki haben die Macht und sind entschlossen, sie zu gebrauchen. Durch Überredung wird man sie nicht zum Weichen bringen.

Nicht besser steht es mit den Menschewiki. Unlängst sind mir zwei in Maschinenschrift verbreitete offizielle Schriftstücke zugänglich geworden, welche das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) soeben an die Parteigenossen gerichtet hat. Das eine betrifft die innere, das andere die internationale Lage. Die Ausführungen dieser „Briefe an die Genossen“ sind sehr klug, sehr wohl begründet und sehr marxistisch, aber sie lassen den Eindruck völliger praktisch-politischer Hilflosigkeit zurück. Aufstände gegen die Bolschewiki werden verurteilt, weil sie nur der Gegenrevolution zugute kommen könnten, der Kampf soll nur durch Aufklärung und politische Arbeit unter den Massen geführt werden. Die Menschewiki halten sich danach noch immer an die tatenlose mittlere Linie, die ihnen zu Zeiten Kerenskis zum Verhängnis geworden ist. Die Briefe beweisen auch, daß das menschewistische Zentralkomitee die Verbindung mit den Parteigenossen im Reiche völlig verloren hat. Es ist nicht einmal in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob menschewistische Politiker an den Regierungen in Samara und Omsk Anteil haben, bezweifelt es aber und würde es jedenfalls mißbilligen, weil die Arbeiterschaft die Tschecho-Slowaken nicht unterstützen dürfe.



Die linken Sozialrevolutionäre sind ebenfalls gespalten, wovon noch zu reden sein wird. Überdies ist auch ihre politische Position unklar und unentschieden.

Die einzigen politischen Parteien, die handeln, sind, soviel man sieht, die rechten Sozialrevolutionäre und vielleicht die Volkssozialisten. Sie sind für die Entente und gegen Deutschland, sie unterstützen die Tschecho-Slowaken und alles, was sich gegen die Sowjetregierung richtet. In Moskau geben sie jetzt, wo die antibolschewistische Presse völlig unterdrückt ist, ein paar illegale Blättchen heraus, natürlich mit Lebensgefahr, denn Derzhinski und Peters machen nicht viel Federlesens. Wie zu Zeiten des Zarismus die revolutionären Schriften, so gehen jetzt diese Blättchen von Hand zu Hand und werden gierig gelesen, bis sie zu Fetzen zerfallen. Aber sie sind, nach dem, was mir zu Gesicht gekommen ist, nicht von großer Bedeutung und werden zu spärlich hergestellt und verteilt, um agitatorischen Wert zu besitzen. Überraschend gering sind besonders auch die Ziffern, welche diese Blätter selbst für die russischen freiwilligen Hilfstruppen der Tschecho-Slowaken an-geben.

So scheint es nach wie vor, daß die ernstesten Gefahren der Sowjetregierung nicht von ihren organisierten inneren Feinden, sondern von dem ständig wachsenden Druck der furchtbar harten wirtschaftlichen Lage drohen.



Das Leben in Moskau.

Moskau, 30. August.

Der Russe spricht mit Recht von seiner „breiten Natur“, ein Ausdruck, für den es eine treffende deutsche Übersetzung nicht gibt; er meint damit den Hang zu psychischer und materieller Verschwendung, der in der russischen Seele liegt. Diese „breite Natur“ zeigt sich schon in dem äußeren Stadtbild der historischen Hauptstadt Rußlands. Breit und breitspurig, mit erstaunlicher Raumverschwendung ist Moskau angelegt. Schon Skalosub, diese treffliche Komödienfigur des alten Satirikers Gribojedow, spricht von Moskau als von einer „Distanz von ungeheurem Ausmaß“. Von altersher war Moskau die Stadt der Bojaren und bis in die neueste Zeit hinein hat der Landadel hier eine große Rolle gespielt. Die reichen Gutsbesitzer strömten im Winter in die Stadt, wo sie ihre eignen Häuser (Ossobnjaki) besaßen, nach ländlicher Weise mit weitläufigen Nebengebäuden und Gärten angelegt. Nicht wenige von diesen Herrenhöfen in der Hauptstadt bildeten einst eine recht umfangreiche Siedelung für sich, denn der Adel hielt es für unerlässlich, sich auch in der Stadt mit einer



großen leibeigenen Dienerschaft zu umgeben, die in Einzelfällen bis über 1000 Köpfe zählte. Selbst in den zentralen Gegenden der Stadt sind die niedrigen Häuser und weiten Gärten nur widerstrebend den Forderungen der Neuzeit gewichen, nicht wenige sind bis heute mitten zwischen vielstöckigen Häuserungetümen stehen geblieben, und in den von altersher für die reichsten geltenden Stadtteilen Arbat, Preščistenka, Basmannaja mit ihren Nebenstraßen dominiert noch jetzt der „Ossobnjak“ mit seinen Höfen und Gärten. Neben die Herrenhäuser des Adels sind die reichen Villen der Kaufleute und Fabrikanten getreten.

Jetzt sind die „Ossobnjaki“ in ihrer Mehrzahl von der Sowjetregierung für staatliche und öffentliche Zwecke requiriert, ihre Besitzer sind zwangsweise ausgesiedelt, sie mochten sehen, wo sie unterkamen. Die Übersiedelung des ganzen, zahlenmäßig immer stärker anschwellenden Regierungsapparates von Petersburg nach Moskau, die Anwesenheit zahlreicher Sowjetdelegationen, schuf ein starkes Bedürfnis nach geeigneten Räumen, die öffentlichen und Regierungsgebäude, die requirierten Hotels und „Ossobnjaki“ genügten bald nicht mehr, die Regierung griff auch zu den Mietwohnungen, und die wohlhabende Bürgerschaft wurde unnachlässig ausquartiert und „zusammengedrängt“. Verwandte und Freunde suchen jetzt in eine Wohnung zusammenzuziehen, denn es gewährt einen gewissen, wenngleich durchaus nicht



unbedingten Schutz gegen weitere Maßregeln, wenn nicht mehr als ein Zimmer auf den Kopf der Wohnungsinassen entfällt. Wer sich an diese Norm nicht hält, muß jeden Augenblick gewärtig sein, daß unbequeme bolschewistische Gäste unter seinem Dache Einzug halten.

Dennoch bewährt sich selbst unter diesen schweren Verhältnissen immer noch die „breite Natur“. Die Bürgerschaft ist „zusammengedrängt“, es regnet Steuern und Auflagen auf sie herab, die in der Regel alle Einnahmen weit übersteigen. Dazu kommen die schon früher erwähnten ungeheuerlichen Lebensmittelpreise. In jedem anderen Lande würde der Bürger unter solchen Umständen seine Lebenshaltung nach Möglichkeit einzuschränken suchen — in Moskau geschieht das nur, wo die Not tatsächlich keinen anderen Ausweg übrig läßt. Wer es noch irgend kann, wer sein Vermögen noch nicht aufgezehrt hat, hält zähe an den alten, üppigen Gewohnheiten fest. Die Bolschewiki haben die Automobile requiriert — man hält sich gute Pferde und füttert sie nach alter Weise, obgleich der Hafer 150 Rubel das Pud kostet und die Equipage jeden Monat Unsummen verschlingt. Es gibt tatsächlich, so unwahrscheinlich es klingen mag, trotz Hungersnot und Diktatur des Proletariats, noch viele Häuser in Moskau, in denen sich die reichen Sitten der russischen Küche kaum verändert haben. Mögen Butter, Mehl und Eier kosten, was sie wollen, solange sie nur erreichbar



sind, läßt der russische Bürger nicht davon, daß er zu seiner starken Kraftbrühe die traditionelle „Pirogge“ aus glänzendem Buttermilch, mit Fisch und Reis und Ei gefüllt, genießen muß, und seine Suppen und Soßen werden immer noch, wenn es nur irgend geht, mit saurer Sahne angerührt. Nach demselben Prinzip geht es in den Restaurants zu: die Preise sind ruhig um das Zehn- und Mehrfache gesteigert worden, aber es kommt dem Wirt nicht in den Sinn, den ungeheuren Umfang seiner Kalbstotelettes und Störfilets auch nur um Haaresbreite zu verringern, bis die Sowjetregierung seine gastlichen Pforten schließt.

Das liegt offenbar in der Natur der Dinge. Denn nach demselben Prinzip verfährt sogar der kleine russische Droschkentritscher, der „Iswoschtschik“, auch „Wanjka“ (etwa „Hänschen“) genannt. Trotz der Not an Futtermitteln sind die Droschkengäule meist erstaunlich glänzend rund und wohlgenährt. Des Rätsels Lösung findet der Fremde, wenn er mit einem der „Iswoschtschiki“ den Preis für eine Fahrt vereinbart, denn eine Taxe gibt es nicht. Er mag eine noch so kurze Strecke nennen, die früher vielleicht dreißig Kopeken kostete, so hört er jetzt die Forderung: „Drei kleine Rote, Herr!“ Die „kleinen Roten“ sind aber ziemlich groß, es sind die roten Zehnrubelscheine, und unter 20 Rubel gibt es überhaupt kaum eine Fahrt. Für weitere Strecken muß man „ein halbes Hundert“ zahlen. Ist man notgedrungen —



denn die spärlichen Elektrischen gehen neuerdings nur noch bis acht Uhr abends und können tagsüber wegen des fürchterlichen Andrangs nur selten und nur mit buchstäblicher Lebensgefahr erklommen werden — ist man notgedrungen auf die Forderung des „Wanjka“ eingegangen, um die „Distanz von ungeheurem Ausmaß“ zu überwinden, und läßt man sich während der Fahrt nach alter Weise mit ihm in ein vertrauliches Gespräch ein, so sieht man bald, daß sich das Männlein selbst weder durch die Revolution noch durch die verzehnfachten Fahrpreise irgendwie verändert hat. Er weiß noch nichts von Freiheit und Brüderlichkeit. Der wohlgekleidete Fahrgast ist ihm nach wie vor der „Barin“ — der Herr und Gebieter. Er selbst lebt auch durchaus nicht besser, sondern eher schlechter als früher. Nur sein Pferd muß nach wie vor alle Tage seine 20 russischen Pfund, das ist jetzt für 75 Rubel, Hafer fressen und es fällt dem braven „Wanjka“ gar nicht ein, diese Ration deswegen zu vermindern. Er steigert eben nur entsprechend seine Preise. „Früher arbeitete ich“, so sagte mir einer von den Rosselenkern, „für drei Rubel täglich, und es blieb was davon übrig. Jetzt arbeite ich für 150 Rubel, und ich komme kaum damit durch.“

Das sind aber nur die kleinen und mittleren Is-
woschtschiki. Außerdem gibt es immer noch die vor-
nehmen „Lichatschi“, deren Gefährt wie eine herr-
schaftliche Equipage aussieht und mit vorzüglichen
Trabern bespannt ist. In Moskau werden sie auch



„Dutifi“ (etwa „Luftkuffe“) genannt, weil ihre Räder auf dicken, luftgefüllten Gummischienen laufen. Diese Dutifi verlangen und erhalten für eine Fahrt 100, 150 oder 200 Rubel, im übrigen sind sie sich gleich geblieben. Nur ihre Passagiere sehen oft anders aus als früher. Statt der Gardeoffiziere mit ihren Damen sieht man jetzt öfter wohl einen Matrosen mit einer Dirne im Arm auf dem Polster sitzen und die „Twerstaja“ entlang nach den Vergnügungstätten des „Petrowski-Part“ hin sausen. Woher stammt wohl das Geld für solche Fahrten? Ein zuverlässiger Augenzeuge erzählte mir folgenden Fall, den er kürzlich in Petersburg erlebte. Dort betraten zwei einfache Matrosen ein vornehmes Ausstattungsgeschäft. Der eine ließ sich seidene Damenwäsche zeigen, wählte eine Garnitur, die 350 Rubel kostete und ließ sich davon ein halbes Duzend einpacken. Darauf sagte der andere zu ihm: „Du willst deine Dirne (der Ausdruck war in Wirklichkeit stärker) verwöhnen, Bruder. Aber ich werde dich übertrumpfen.“ Und zur Verkäuferin: „Geben Sie mir ein Duzend von dem Zeug!“ Die beiden Matrosen zahlten bar und zogen von dannen. Die Kommission Derschinsskis, von der ich jüngst erzählte, hieß früher „Außerordentliche Kommission zum Kampf mit Gegenrevolution, Spekulation und Sabotage“. Die „Sabotage“, die Arbeitsverweigerung des Bürgertums, ist längst gebrochen. Die Not hat Bürger, Literaten und Beamte gezwungen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, und die



Kommission Derschinstis hat den Ausdruck „Sabotage“ in ihrem Namen durch die Worte „und Verbrechen im Amte“ ersetzt. Mit denselben draconischen Strafen, mit dem sofortigen Tode, bedroht die Sowjetregierung sowohl ihre offenen Gegner, wie die dunklen verbrecherischen Elemente, die sich in ihren eignen Reihen verbergen. Nicht wenige von ihnen hat sie bereits „vom Antlitz der Erde ausgelöscht“, wie ein oft gebrauchter Ausdruck lautet. Aber die Korruption blüht immer noch.

Wenn ich vorhin erwähnte, daß in mancher Hinsicht und in manchen Kreisen noch ein erstaunlicher Luxus getrieben wird, so darf dadurch kein falsches Bild entstehen. Die vielen großen Vermögen, die es in Moskau gab, haben sich nicht so schnell vernichten lassen, und es gibt Leute, die auch heute noch Millionen verdienen. Auch auf die Spekulation steht unter Umständen der Tod, die Geldstrafen dafür regnen fortgesetzt und beziffern sich oft auf Hunderttausende. Und doch wird natürlich spekuliert, in Valuta, namentlich in Mark und Rubeln, und in aller Art von nationalisierten und zentralisierten Waren. Aber es sind, an dem Durchschnitt gemessen, nur wenige, die dabei reich werden oder ihren Reichtum vermehren, und bei den Massen herrscht die Not. Der Bettel, der schon von jeher einen breiten Raum im russischen Straßenleben einnahm, ist gewaltig weiter angeschwollen, an jeder Straßenecke liegen die Kriegstrüppel und halten den Vorübergehenden



ihre fürchtbar verstümmelten Gliedmaßen entgegen, auf Schritt und Tritt wird man auch von ganz Gesunden, Weibern und Männern, angesprochen, und selbst die „Preise“ für den Bettel sind gestiegen, unter zehn Kopfen gibt man kaum, denn dies ist eigentlich bereits die kleinste, im Umlauf befindliche Geldeinheit, wenngleich man ab und zu auch noch die Fünfkopferscheine sieht. Um die ungeheuren Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände erschwingen zu können, haben sich weite Kreise der Bevölkerung, die früher nie daran gedacht haben, der Spekulation im kleinen ergeben. Fragt man nach dem „Dwornik“ (Hausknecht), so heißt es, er sei ins Dorf gefahren, um Lebensmittel zu holen, fragt man nach dem „Schweizer“ (Portier), so erhält man dieselbe Antwort. Kommen die Leute mit ihren meist nur kargen Vorräten heim, so behalten sie einen Teil für sich, den anderen verkaufen sie zu den üblichen Riesenpreisen. So gelingt es manchen, die Not zu lindern, einigen von ihnen glückt es noch besser, und sie gelangen zu Mitteln, von denen sie früher nicht geträumt hatten. Wer da nicht mittun kann, und das ist immer die große Masse, dem geht es freilich schlimm. Fürchtbar schwer ist auch das mittlere Bürgertum, der Beamtenstand, ein großer Teil des Adels, der außer seinen Gütern kein umfangreiches Barvermögen besaß, betroffen. Die Tragödien, die sich da abspielen, kann man nur ahnen. Ein Zeichen dafür ist darin zu sehen, daß



alter, wertvoller Familienbesitz, antike Möbel, altes Porzellan und Silber in Massen auf den Markt geworfen wird. Auch dieser Dinge hat sich die Spekulation bemächtigt. Händler nutzen die Notlage der Bedürftigen aus und kaufen für wenige „Kerentki“ (so heißen die kleinen 20- und 40-Rubelscheine, welche die Kerentskiregierung zuerst geprägt hat) Dinge, die durch Jahrhunderte von den Vätern auf die Enkel übergegangen sind. Und was ist ein Vierzigrubelschein? Kaum vier Pfund Brot. Und wie bald ist das verzehrt und es kommt der nächste alte Teppich an den Händler.



Der weiße und der rote Terror.

Moskau, 3. September.

In der vergangenen Woche wurde im Petersburger Sowjet die amtliche Mitteilung gemacht, daß es der „Außerordentlichen Kommission“ gelungen sei, ein geplantes Attentat auf Sinowjew, den Vorsitzenden der nördlichen Kommune, rechtzeitig aufzudecken und zu verhindern. Am Freitag früh wurde Uriski, der Vorsitzende der Petersburger Außerordentlichen Kommission, Kommissar für innere Angelegenheiten der nördlichen Kommune in Petersburg, ermordet, am Abend desselben Tages geschah in Moskau das Attentat auf Lenin. Es liegt nahe, anzunehmen, daß es sich bei dieser schnellen Folge terroristischer Akte um ein zusammenhängendes und organisiertes System handele, um die konsequente Anwendung des „weißen Terrors“ zum Kampfe gegen den „roten Terror“ der Sowjets, um den Versuch, das gegenwärtige Regierungssystem zu erschüttern, indem man seine Führer durch den Mord beseitigt. In dieser Weise werden die Dinge auch



von der bolschewistischen Presse dargestellt, welche dabei die Bourgeoisie, die Sozialrevolutionäre, die Engländer und Franzosen unterschiedslos für die Attentate verantwortlich macht. In Wirklichkeit ist der Beweis für einen derartigen inneren Zusammenhang der einzelnen terroristischen Akte nicht erbracht, und es liegt kein Grund vor, ihn als sicher anzunehmen. Ja, es ist aus Gründen, von denen später die Rede sein wird, nicht einmal wahrscheinlich, daß ganze Parteien oder größere Organisationen hinter den Attentaten stehen.

Nikolai Suchanow, der bekannte Mitarbeiter Gorkis und Verfasser der auch in Deutschland viel besprochenen Schrift „Warum kämpfen wir?“ hatte für vorgestern eine Vorlesung über die Getreidewersorgung angekündigt. In Anbetracht der erfolgten Attentate war er beauftragt worden, eingangs den Standpunkt seiner Partei, der internationalistischen Menschewiki, zu den Akten des individuellen Terrors zu kennzeichnen. Dieser Standpunkt ist bekanntlich, in Übereinstimmung mit den Lehren der Sozialdemokratie, schroff ablehnend und Suchanow brachte dies auch entschieden zum Ausdruck. Aber er fügte hinzu, daß man sich bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Rußland über das Auftreten des individuellen Terrors nicht wundern könne. Die terroristischen Attentate, meinte der Redner, entstehen, weil dem öffentlichen Leben gegenwärtig jede, auch die bescheidenste Möglichkeit legalen politischen Kamp-



ses fehlt, und solange dieses System aufrechterhalten bleibe, würden sich die terroristischen Attentate notwendigerweise wiederholen.

In der Tat: es besteht in Rußland nicht mehr die geringste Freiheit der Vereine und Versammlungen, die politischen Parteien und Richtungen, welche Gegner des Sowjetregimes sind, werden rücksichtslos verfolgt und unterdrückt, jegliche politische Agitation, die sich gegen die bolschewistischen Regierungsmethoden richtet, wird mit Gefangenschaft und oft mit dem Tode bestraft, aus den Sowjets selbst wird jede Opposition gewaltsam ausgemerzt, diejenigen Sowjetorganisationen, in welchen, wie in Bjeshezt, die Bolschewisten nicht die Mehrheit haben, werden aufgelöst, die Bauernräte und Kongresse, in denen sich eine oppositionelle Stimmung geltend macht, werden auseinandergetrieben. Die gesamte nichtbolschewistische Presse ist bekanntlich unterdrückt, die Tätigkeit der Gerichte ausgeschaltet, selbst die Form der „Revolutionstribunale“ genügt nicht mehr, die „Außerordentliche Kommission“ hat der Rechtsprechung die gegenwärtig wichtigsten Fragen entzogen und verhängt die furchtbarsten Strafen, vollzieht zahllose Hinrichtungen ohne Gericht und Urteil. Das System der Gewalt und Willkür ist schlimmer, als es je zu Zeiten des Zarismus gewesen ist, es herrscht Klassenjustiz in ihrer schärfsten Form. Es ist in der Tat, wie Suchanow sagt, nicht zu verwundern, daß, wie zu den Zeiten des Zarismus



die Gegenströmung der durch dieses System betroffenen Kreise sich unter anderem wieder in terroristischen Akten Luft macht. Denn die Erbitterung ist grenzenlos. Eine ältere russische Dame, die Mutter erwachsener Kinder, eine Frau von durchaus ruhigem und ausgeglichenem Temperament, hat mir wiederholt erklärt, sie könnte mit ihren Händen einen Mann wie Trotzki ermorden, und wenn er ihr eigenes Kind wäre, weil er so unsägliches Unglück über die Menschen gebracht habe.

Unter solchen Verhältnissen können sich leicht einzelne Menschen finden, die etwa selbst oder an ihren Angehörigen durch das Sowjetregime auf das furchtbarste gelitten haben und nun zur individuellen Rache schreiten, oder Fanatiker, die aus politischen Motiven zum Mörder werden. Daß im gegenwärtigen Augenblick größere politische Parteien oder Organisationen hinter den Attentaten stehen, erscheint aus dem Grunde unwahrscheinlich, weil die Zwecklosigkeit, ja die Zweckwidrigkeit einer solchen Aktion allzu offenkundig ist. Es gibt zwar in Rußland politische Parteien, die den individuellen Terrorismus als Mittel des politischen Kampfes grundsätzlich billigen. Das sind die Sozialrevolutionäre aller Richtungen und die Täter gehören, im Falle Urizki wie im Falle Lenin, nach den amtlichen Angaben, zu den rechten Sozialrevolutionären. Dennoch ist es kaum anzunehmen, daß die Partei hinter diesen Attentaten steht, wie die Partei der linken



Sozialrevolutionäre hinter der Ermordung Mirbachs. Damals lagen die Dinge anders und es konnte möglich scheinen, daß durch den Mord gewisse Ziele der Partei erreicht werden würden. Die Zentralkomitees der verschiedenen sozialrevolutionären Parteien dürften sich aber keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Sowjetregierung durch einzelne terroristische Akte weder erschüttert, noch eingeschüchtert werden kann. Die Sowjetregierung kann nur auf Grund einer Massenerscheinung gestürzt werden, wie sie auf Grund einer Massenerscheinung ans Ruder gekommen ist. Gewiß ist Lenin der unbestrittene Führer der russischen proletarischen Revolution, er hat auf ihren Gang den stärksten Einfluß ausgeübt, er ist zweifellos ihre bedeutendste Persönlichkeit. Aber die Bewegung selbst beruht nicht auf ihm, noch auf seinen Mitarbeitern, und sie kann durch die Beseitigung einiger Führer nicht selbst beseitigt werden. An ihre Stelle würden, wenn sie fallen, andere treten. Die proletarische Diktatur kann erst zu Falle kommen, wenn die Kräfte im Volk, auf die sie sich stützt, an ihren Zielen irre geworden sind und die Gegenbewegung unter den Massen stark genug angewachsen ist.

Es lag auf der Hand, daß terroristische Akte dieser Art eher das Gegenteil von dem erreichen könnten, was sie eigentlich bezweckt haben mochten. Gleich nach dem Attentat bemerkte eine der bolschewistischen Zeitungen, das ermüdete Proletariat werde nun



seine Kräfte aufs neue anspannen, und seine Reihen enger zusammenschließen. Ich habe schon erwähnt, daß die Veröffentlichungen der „Außerordentlichen Kommission“ über geplante Verschwörungen und aufgedeckte gegenrevolutionäre Umtriebe anscheinend zum Teil agitatorischen Zwecken dienen und die Arbeitermassen zur Wachsamkeit und Tatkraft anspornen sollen. Nun haben die Revolverschüsse in Petersburg und Moskau der Sowjetregierung das stärkste und wirksamste Agitationsmaterial geliefert. Die unentwegt bolschewistischen Elemente des Proletariats sind von Mut und Empörung ergriffen, die Schwankenden mögen wieder mitgerissen werden. Die Kampfstimmung ist mit großer Hefigkeit aufs neue erwacht.

So wäre es denn außerordentlich kurzfristig gewesen, wenn die Urheber der Attentate erwartet hätten, durch Einschüchterung ein Abflauen des roten Terrors zu erzielen. Das Gegenteil ist erreicht. Ich habe geschildert, wie die Sowjetkreise, in dem Gefühl, daß ihre Stellung sich wieder gefestigt habe, von einer Anzahl terroristischer Maßnahmen, die geplant waren, Abstand nahmen und Neigung zeigten, eine mildere Tonart anzuschlagen. Diese Stimmung ist verflogen. Gleich nach dem Attentat, so wird mir von einem Mitgliede der Sowjetregierung berichtet, hat es große Mühe gekostet, gewisse Teile der Roten Armee davon abzuhalten, daß sie sich zu einem wahllosen blutigen Rachezug auf die Häuser der Bürgerschaft stürzten. Von zahlreichen Arbeiterorganisationen



werden Kundgebungen erlassen, welche die unbarmherzigste Anwendung des roten Massenterrors gegen „die Bourgeoisie und ihre Söldlinge“ verlangen und für jeden durch den weißen Terror gefallenen Mann der proletarischen Revolution den Tod von Hunderten oder gar Tausenden ihrer Gegner fordern. Die amtliche „Abendzeitung“ des Moskauer Sowjets enthielt am Sonnabend mit Riesenschrift einen Aufruf, der mit den Worten schloß: „Das Proletariat wird die Bourgeoisie und ihre Söldlinge vom Antlitz der Erde auslöschen.“ Das Zentralexekutivkomitee hat gestern eine Resolution gefaßt, in der es heißt: „Auf den weißen Terror der Feinde der Arbeiter- und Bauernregierung werden die Arbeiter und Bauern mit dem roten Massenterror gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten antworten.“ Heute findet die Sitzung des Moskauer Sowjets statt, in der über die bevorstehenden Maßregeln beschlossen werden soll.

Inzwischen ist man anderwärts schon zu furchtbaren Taten geschritten. In Nischni-Nowgorod hat die „Außerordentliche Kommission“ des Gouvernements 41 bürgerliche Geiseln, die sich in ihren Händen befanden, erschossen. Die amtlichen „Iswestija“ enthalten heute folgenden Bericht ihres Petersburger Korrespondenten: „Die Petersburger Außerordentliche Kommission zum Kampf mit der Gegenrevolution hat über 500 Mann aus der Zahl der Geiseln erschossen. Die Namen der Erschossenen und der Kan-



didaten, die erschossen werden sollen, sobald ein neuer Versuch gemacht wird, die Führer der Sowjetregierung zu ermorden, werden in den Zeitungen veröffentlicht werden." Aus anderen Orten der Provinz fehlen noch Nachrichten, aber man darf annehmen, daß diese beiden authentischen Fälle nicht die einzigen geblieben sind.

Zu solchen furchtbaren Formen hat der Klassenkampf in Rußland geführt, und wenn nicht alles täuscht, so wird noch weiter unabsehbares Elend über das schwer geprüfte Land hereinbrechen.



Die Sozialrevolutionäre.

Moskau, 6. September.

Die Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau und des Feldmarschalls v. Eichhorn in Kiew, die Attentate gegen Lenin und Uritzki sind von Sozialrevolutionären verübt worden. (Der Russe sagt „Sozialisten-Revolutionäre“ und kürzt in Wort und Schrift diesen Namen gewöhnlich mit „S. R.“, den Anfangsbuchstaben, ab.) Im Falle des Grafen Mirbach hat sich die Partei der linken S. R. offen zu dem Attentat bekannt. Die terroristischen Akte, die in der vergangenen Woche gegen die bolschewistischen Führer verübt worden sind, haben, nach den amtlichen Mitteilungen, Mitglieder der Partei der rechten S. R. zu Urhebern. Die „Außerordentliche Kommission“ ist bemüht, auch in diesem Falle die gesamte Partei für die Attentate verantwortlich zu machen. In dem Befehl über die Festnahme von Geiseln, den der Volkskommissar für innere Angelegenheiten, Petrowski, vorgestern an alle Sowjets erlassen hat, findet sich die Vorschrift, daß alle den örtlichen Sowjets bekannten rechten S. R. sofort verhaftet werden sollen. Die gestrigen „Iswestija“



enthalten ferner die Mitteilung, daß gegenwärtig in Moskau Massenverhaftungen unter den rechten S. R. vorgenommen werden, da es sich herausgestellt habe, daß diese Partei an den letzten terroristischen Akten schuldig sei und sie nach einem streng ausgearbeiteten Programm ausgeführt habe. Insbesondere sind die früher erwähnten Gründe gegen diese Annahme seitdem noch durch eine Reihe anderer Anzeichen verstärkt worden.

Ob nun die Partei als solche oder nur einzelne Mitglieder die Verantwortung für die Attentate tragen, die terroristische Praxis der Sozialrevolutionäre ist sicher aussichtslos. Unabhängig davon aber trifft man in Rußland nicht selten auf die Ansicht, daß die Sozialrevolutionäre noch immer einen Faktor des russischen Lebens darstellen, der imstande sein könnte, die Macht wieder an sich zu reißen und zu behaupten. Unter Kerenski waren die S. R. ja Regierungspartei und noch bei den Wahlen zur Konstituante erlangten sie die Mehrheit. Ich glaube aber eine solche Auffassung als irrtümlich bezeichnen zu können und möchte, zum besseren Verständnis der Gegenwart, einen schnellen Blick in die Vergangenheit werfen.

Die S. R. bilden den linken Flügel der „Narodniki“, jener vollstümlich russischen sozialistischen Richtung, die sich streng von der internationalen Sozialdemokratie, vom Marxismus zu scheiden sucht, den ökonomischen Materialismus verwirft, die Rolle des



Individuums in der Geschichte betont, die Übertragung europäischer Theorien auf Rußland ablehnt und die Ansicht vertritt, daß Rußland seinen eigenen Weg zum Sozialismus finden und dank der kommunistischen Elemente seiner Agrarverfassung und anderer Eigentümlichkeiten das Stadium des entwickelten Kapitalismus überspringen könne. Die „Narodniki“ haben deshalb von jeher den bäuerlichen Verhältnissen und der Agrarfrage besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die als den vornehmsten Träger des revolutionären Gedankens das städtische Proletariat betrachtet, glaubten die Narodniki sich besonders auf die Eigenart und die spezifischen Bedürfnisse des russischen Bauerntums stützen zu müssen.

Als der Zarismus gefallen war und es klar am Tage lag, daß die russische Revolution sich im Zeichen der sozialistischen Ideen vollziehen würde, erhielten gerade die Sozialrevolutionäre von allen Seiten gewaltigen Zulauf. Die beiden gemäßigteren Parteien der Narodniki, die Volkssozialisten und die Trudowiki, schlossen sich zu einer Partei zusammen, blieben aber dennoch ziemlich bedeutungslos. Kereniski war einer der ersten, der ihre Reihen verließ und mit fliegenden Fahnen zu den S. R. überging. Auch der äußerste linke Flügel der Narodniki, der, nach der unmittelbaren Verwirklichung eines Maximalprogramms strebend, sich den Namen „Maximalisten“ beigelegt hat (diese Bezeichnung auf die Bolschewiki anzu-



wenden, ist daher unzweckmäßig), ist ebenfalls bis heute schwach entwickelt geblieben.

Dem Zentrum der Narodniki, den Sozialrevolutionären, aber bot die Tatsache, daß sie als die hervorragendsten Vertreter des agrarrevolutionären Gedankens galten, einen günstigen Boden für ihre Propaganda bei der Bauernschaft und der russisch-volkstümliche Einschlag dieser Partei warb ihr Anhänger unter dem Kleinbürgertum und der Intelligenz. Man mußte eben jetzt Sozialist sein — und da erschienen die S. R. „nicht so schlimm“ wie die Sozialdemokraten. Die zahllosen neugeborenen „Märzsozialisten“ schlossen sich daher zumeist den S. R. an. So wurden die S. R. denn bald die stärkste Partei im Lande; wo immer allgemeine Wahlen stattfanden, in Semstwo und Kommunalverwaltungen, erlangten sie die größte Stimmenzahl; mit den Menschewiki verbündet gaben sie überall den Ausschlag und in den Koalitionsministerien spielten sie durch Kerensti, Tschernow, Awksentjew eine entscheidende Rolle.

Bald aber machte sich die endlose Zersplitterungstendenz, die den russischen Parteien innewohnt, auch bei ihnen geltend. Es bildeten sich zunächst zwei Gruppen, eine rechte unter der Führung von Sawinkow, Gohz und anderen und eine linke unter der Ägide Tschernows, wobei die Ansichten namentlich über die mehr oder weniger eilige und entschiedene Lösung der Agrarfrage und über die Stellung zum



Friedensproblem auseinandergingen. Beiden Gruppen aber wurde ihre schwankende Haltung, ihre nach beiden Seiten unentschlossene Kompromißpolitik zum Verhängnis, die Macht der Bolschewiki nahm zu, es entstand unter den S. R. eine dritte, radikale Gruppe, die in den wesentlichen Fragen mit den Bolschewiki zusammenting und sich kurz vor der Oktoberrevolution von dem rechten und zentralen Flügel der Partei trennte, um eine eigene Partei der linken S. R. zu bilden. Diese neue Partei unterstützte die Bolschewiki in ihrem Kampf um die Macht und trat nach der Oktoberrevolution in die neue Regierung, die Sowjetregierung, ein. Die rechten Sozialrevolutionäre mit Sawintow und das Zentrum mit Tschernow waren, zusammen mit den Bolschewiki und allem, was rechts von ihnen stand, in die Opposition gedrängt.

So vollzog sich die russische Agrarrevolution, die Enteignung des Großgrundbesitzes, seltsamerweise faktisch gegen den Willen des größten Teils der S. R., welche doch von jeher zur Fahne der Agrarrevolution geschworen hatten. Die radikale Partei der linken S. R. war zur Zeit der Oktoberrevolution noch nicht stark. Aber den Bolschewiki, als der Partei des städtischen Proletariats, war es willkommen, ein Bündnis mit einer Partei zu haben, welche den Anspruch erhob, eine Bauernpartei zu sein. So unterstützten sie denn die linken S. R. in jeder Hinsicht, vermehrten deren Vertretung in den



Sowjets, und es konnte bald den Anschein gewinnen, als wenn man es nun mit einer mächtigen Organisation zu tun hätte.

Erst beim Abschluß des Brester Friedens schieden sich aufs neue die Geister. Der vollstümliche Einschlag, der auch den linken S. R. nicht fehlt, veranlaßte sie zur entschiedensten Opposition gegen die Brester Friedenspolitik der Bolschewiki. Um die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen und ihren Protest zum Ausdruck zu bringen, traten sie aus dem Rat der Volkskommissare aus, erklärten sich aber bereit, in den Sowjets und sonstigen Regierungsinstitutionen weiter mitzuarbeiten. Insbesondere in der „Außerordentlichen Kommission“ zur Bekämpfung der Gegenrevolution spielten sie nach wie vor eine große Rolle, die sie zur Erweiterung ihrer Macht zu benutzen suchten.

Zum Bruch zwischen den linken S. R. und den Bolschewiki kam es aus Anlaß der Ermordung des Grafen Mirbach, welche unter Leitung von Alexandrowitsch im Schoße der „Außerordentlichen Kommission“ vorbereitet und von ihren linkssozialrevolutionären Agenten Andrejew und Bljumkin ausgeführt wurde. Wie mir aus Kreisen, welche den linken S. R. nahe stehen, mitgeteilt wird, wurde das Attentat mit solcher Heimlichkeit betrieben, daß außer dem Zentralkomitee niemand von der Partei davon Kenntnis hatte. In einer bisher nicht veröffentlichten Resolution vom 4. August leugnen die



linken S. R. nachträglich die Absicht, durch die Ermordung Mirbachs den gewaltsamen Bruch des Brester Friedens herbeizuführen, und schildern das Attentat als einen an die arbeitenden Massen gerichteten Akt des Protestes und der Propaganda. Diese Darstellung erscheint jedoch kaum glaubhaft. Die linken S. R. müssen damit gerechnet haben, daß die Ermordung Mirbachs zur Erneuerung der Feindseligkeiten führen würde. Sie zählten wohl darauf, daß die Bolschewiki in diesem Falle nicht in der Lage sein würden, die Urheber des Bruches zu verfolgen oder auch nur auf ihre Mitarbeit zu verzichten. So meinten die S. R. vermutlich, die Bolschewiki zum Kriege mit Deutschland zwingen und auf dieser Grundlage die Macht aufs neue mit ihnen teilen zu können.

Schon daß die linken S. R. zum Attentat griffen, um ihre Ziele zu erreichen, mußte als ein Zeichen ihrer Schwäche gelten. In der erwähnten Resolution erklären sie, daß sie durch den folgenden Aufstand nicht die Macht an sich reißen, sondern sich nur gegen die sofort mit aller Schärfe einsetzenden Verfolgungen von seiten der Bolschewiki schützen wollten. Und dies darf man ihnen glauben. Denn wie schwach die linken S. R. in Wirklichkeit waren, erwies sich gerade bei diesem Aufstand, der im Auslande viel wichtiger genommen worden ist, als er es verdient. In Moskau standen den linken S. R. kaum mehr als die nur einige hundert Mann zählende „Ab-



teilung Popow" zur Verfügung. Diese Abteilung, für die Zwecke der „Außerordentlichen Kommission“ geschaffen, hatten die linken S. R. aus tüchtigen und ihnen ergebenen Leuten zusammenzusetzen und vorzüglich auszurüsten verstanden. Die Abteilung Popow hat sich auch des Gebäudes der „Außerordentlichen Kommission“ und der Telegraphenzentrale bemächtigt. Weder die Truppen noch die Bevölkerung machten mit. Ähnlich war es in Petersburg und in der Provinz. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die Bolschewiki alle möglichen gegen sie gerichteten Bewegungen mit den linken S. R. in Verbindung bringen. Das Kind muß einen Namen haben. So hat es sich zum Beispiel herausgestellt, daß der an den Aufstand sich anschließende Verrat Murawjows, des Kommandierenden der Roten Armee an der tschecho-slowakischen Front, nichts mit den linken S. R. zu tun gehabt hat, da Murawjow nie zu dieser Partei gehört hat und gegen ihren Wunsch von den Bolschewiki selbst auf seinen Posten ernannt worden war. Auch lehnen die linken S. R. jede Unterstützung der Tschecho-Slowaken grundsätzlich ab.

Da die Partei der linken S. R. sich nicht dazu entschloß, die Forderung der Bolschewiki zu erfüllen und die Handlungsweise ihres Zentralkomitees samt der Ermordung Mirbachs ohne Umschweife zu verurteilen, blieb der Bruch bestehen. Ein Teil der linken S. R. löste sich aber von ihnen los und gründete die neue Partei der „Volkskommunisten“, welche von



den Bolschewiki in Gnaden aufgenommen wurde. So stellt eine jede von den verschiedenen sozialrevolutionären Gruppen jetzt nur noch den Bruchteil eines Bruchteils einer Partei dar.

Die Sowjetregierung hat die Füsifizierung der linken S. R. bald eingestellt, einige ihrer verhafteten Führer wieder freigelassen und sogar gewisse Annäherungsversuche unternommen. Die Beziehungen haben sich auch gebessert, aber eine Ausöhnung ist nicht erfolgt.

Jedenfalls haben die Ereignisse deutlich bewiesen, daß die linken S. R. irgendeine Basis im Volke nicht besitzen. Dasselbe gilt gegenwärtig auch von den rechten S. R. und dem fast völlig verschwundenen Tschernowschen Zentrum. Eine gewisse Rolle spielen die rechten S. R. noch da, wo die Tschechoslowaken herrschen. Aber auch hier beruht diese Rolle mehr auf dem Abglanz ihrer einstigen Macht als auf ihrer gegenwärtigen, realen Bedeutung. Es kommt hinzu, daß die rechten S. R. eine Anzahl sehr tatkräftiger Leute, wie Sawinkow und Tilonenko, in ihren Reihen zählen, und daß sie bereit sind, sich mit allen Kräften zu verbinden, die gegen die Bolschewiki, für die Entente und gegen Deutschland arbeiten. So finden sie die verschiedenartigsten Bundesgenossen. Aber ihren Rückhalt in den Massen des russischen Volkes, der von jeher ein wenig einer Seifenblase glich, haben sie verloren.

Die Sozialrevolutionäre konnten nur als Bauernpartei mächtig sein und bleiben. Die Bauern haben



nun, wie schon gesagt, ihren Willen zur Enteignung des Großgrundbesitzes gegen die Opposition der sozialrevolutionären Mehrheit durchgesetzt. Dadurch haben die rechten S. R. und das Zentrum angehört, eine Bauernpartei zu sein. Die linken S. R. dagegen haben nicht vermocht, eine solche zu werden. Die weitere Entwicklung der Agrarfrage, die Anwendung, welche die Bauernschaft von dem in ihre Hände übergegangenen Grundbesitz machen wird, führt aller Voraussicht nach weit ab von den utopischen sozialrevolutionären Ideen. Es gibt gegenwärtig in Rußland keine Bauernpartei. Und wenn sie sich bildet, so wird es ein gewaltiger, aber ein ganz neuer Faktor sein.



Die Zeit des Schreckens.

Moskau, 10. September.

Seit den Attentaten gegen Uriski und Lenin hat der Massenterror der Sowjetregierung gegen die Bourgeoisie die furchtbarsten Formen angenommen. Sofort nach dem Attentat gegen Lenin haben die amtlichen Stellen selbst alles getan, um durch Aufrufe, Artikel in der offiziellen Presse und Reden in den Versammlungen die Arbeiterschaft zur Anwendung des Massenterrors gegen die Bourgeoisie anzufeuern. Die „Rote Abendzeitung“ schrieb: „Wir können euch ausrotten bis auf den letzten Bourgeois, ohne auch nur zur Aufzucht welche übrig zu lassen. Wir brauchen euch nicht. Wir kommen ohne euch aus. Und wenn jeder Arbeiter, Soldat, Matrose, Bauer es übernimmt, auch nur einen einzigen Parasiten zu vernichten, so habt ihr ausgespielt.“ Schon vor dem Attentat waren in zahlreichen Städten, namentlich in der Nähe der Fronten, aber auch im Innern des Landes hervorragende Mitglieder der Bürgerschaft als Geiseln verhaftet worden, ohne daß irgendwelche besondere Verdachtsmomente oder Anlagengründe angegeben wurden. Nach dem Attentat auf



Lenin ist man dazu übergegangen, diese Geiseln, die mit dem Attentat nicht das Mindeste zu schaffen haben, kurzerhand zu erschießen. Die erste Nachricht kam aus Nischnij-Nowgorod, wo 41 Personen erschossen worden sind, denen kein anderes Verbrechen zur Last gelegt wurde, als daß sie Geistliche, frühere Offiziere oder Polizeichargen seien. Bei einigen von ihnen wurde sogar nur bemerkt, daß sie „Kapitalisten“ seien. Gleich darauf wurden in Petersburg 512 Personen erschossen, in Moskau 29 Personen, in Smolensk 30 hervorragende Gutsbesitzer des Westgebiets, wobei in allen diesen Fällen die Erschließungen amtlich als Maßregeln des roten Massenterrors bezeichnet wurden. Aus anderen Städten der Provinz liegen ähnliche Nachrichten vor, wobei als sicher angenommen werden muß, daß nur ein Teil der Massenhinrichtungen an die Öffentlichkeit gelangt ist. Es mögen sich unter den Erschossenen auch solche befinden, gegen die tatsächlich Beweise aktiver Betätigung gegen die Sowjetregierung vorlagen, wenngleich gegen die Art und Weise, in der die „Außerordentlichen Kommissionen zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ ihre Untersuchung führen, das größte Mißtrauen geboten ist. Aber es muß festgehalten werden, daß in den angeführten Fällen nicht diese Betätigung als Grund der Hinrichtung angegeben worden ist, sondern die Verwirklichung des Massenterrors als Reaktion gegen die Attentate auf Lenin und Uriski. Ferner befinden sich unter den



Hingerichteten Personen, mit denen man wenig Sympathie empfinden mag, wie die moralisch schwer kompromittierten früheren Minister Schtscheglowitow und Protopopow oder gewisse Gendarmerieoffiziere des zarischen Regimes. Aber selbst in diesen Fällen muß sich das elementarste Gerechtigkeitsgefühl dagegen empören, daß diese Leute nicht wegen etwa begangener Verbrechen hingerichtet werden, sondern wegen des Attentats auf Lenin, mit dem sie nicht das Mindeste gemein haben. Endlich aber sind sicherlich unter den Erschossenen nicht wenige, gegen die nichts weiter vorlag, als daß sie hervorragende Mitglieder des russischen Bürgertums waren, die man als Geiseln in Haft genommen hatte.

Nachdem dies alles bereits geschehen war, ist der Massenterror durch Beschluß des Zentralerekutivkomitees und durch Befehl des Volkskommissars für innere Angelegenheiten, Petrowski, für die Zukunft zum System und zum obligatorischen Gesetz erhoben worden. Petrowski schreibt in seinem am 4. September in den „Iswestija“ veröffentlichten Zirkularbefehl allen Sowjets vor, nicht nur sämtliche rechten Sozialrevolutionäre, deren man habhaft werden könne, zu verhaften, sondern auch aus der Bourgeoisie und dem früheren Offizierskorps eine beträchtliche Anzahl von Geiseln zu nehmen. „Bei den geringsten Versuchen des Widerstandes oder bei der geringsten Bewegung im weißgardistischen Milieu“, so heißt es wörtlich weiter, „müssen unbedingt



massenhafte Erschießungen vorgenommen werden.“ Diese Massenverhaftungen von Geiseln aus der Bourgeoisie werden gegenwärtig in den Hauptstädten allenthalben durchgeführt. Es braucht nur irgend ein Verblendeter ein neues Attentat gegen einen der führenden Bolschewiki zu verüben; so sind buchstäblich Tausende, ja Zehntausende von diesen völlig unschuldigen Geiseln dem sicheren Tode geweiht. Dieser Augenblick muß sogar unvermeidlich eintreten. Denn die völlige, gewaltsame Unterdrückung jeder politischen Opposition, jedes legalen politischen Kampfes, jeder nichtbolschewistischen öffentlichen Wirksamkeit ruft als Reaktion Akte des individuellen Terrors gegen die Sowjetregierung mit Notwendigkeit hervor. Außerdem hat die Sowjetherrschaft so vielen Bürgern nicht nur Stellung und Vermögen genommen, sondern auch ihre nächsten, oft völlig schuldlosen Anverwandten hingerichtet, daß sich sicherlich Leute finden werden, die zur persönlichen Rache an den Mitgliedern der Sowjetregierung, als den Urhebern solchen Unglücks, schreiten wollen.

Ich erwähnte schon, daß sich auch die Attentate auf Lenin und Urizli in Wirklichkeit als das Werk von Einzelpersonen darstellen und nicht, wie die Sowjetregierung darzutun versucht, als das Werk der Partei der rechten Sozialrevolutionäre. Diese Partei hat wiederholt nachdrücklich erklärt, daß keines ihrer Organe etwas mit den Attentaten zu schaffen habe, und verschiedene Anzeichen weisen darauf hin,



daß dies der Wahrheit entspricht. Zunächst war die Koibblatt-Kaplan, welche das Attentat auf Lenin ausgeführt hat, fast blind, so daß die Partei sie schwerlich zum Werkzeug eines terroristischen Planes erwählen konnte. Ferner ist die Erklärung des Zentralkomitees der rechten Sozialrevolutionäre, daß die Partei an den Attentaten nicht beteiligt sei, sowohl in den „Iswestija“ als in der „Prawda“ unter der Spitzmarke „Erklärung der linken Sozialrevolutionäre“ erschienen. Diese Tatsache zeigt, daß die Bolschewiki bemüht sind, die Entlastungserklärung der rechten S. R. der Öffentlichkeit zu unterschlagen, die Schuld an den Attentaten auf die politische Organisation zu schieben, dadurch die Gefahr als besonders dringend hinzustellen und die politischen Leidenschaften der ermüdeten Arbeiterschaft aufs neue aufzustacheln.

Zu diesem selben Zweck wird anscheinend der ganze rote Massenterror in erster Linie inszeniert. Eine gegenrevolutionäre Bewegung größeren Umfangs, welche im Reime zu unterdrücken wäre, droht der Sowjetregierung gegenwärtig nicht. Führende Mitglieder der Sowjetregierung haben mir selbst wiederholt ihre Überzeugung dahin ausgesprochen, daß es keine Parteien oder Organisationen im Lande gebe, welche den Kampf gegen die Sowjetherrschaft aufnehmen könnten. Ich selbst habe mich inzwischen durch eigene Beobachtungen vollkommen davon überzeugen können, daß diese Auffassung gegenwärtig den Tatsachen durchaus entspricht. Ich sehe dabei



völlig davon ab, daß die Maßregeln des Massenterrors, welche die Sowjetregierung anwendet, so unmensächlich sind, daß sie sich überhaupt nicht rechtfertigen lassen, und eine Regierung, die sich nur durch solche Maßregeln halten könnte, vorher zurücktreten sollte. Wenn aber der rote Massenterror etwa dazu dienen sollte, um Attentate gegen die Mitglieder der Sowjetregierung zu verhindern, so ist auch dies aussichtslos. Wie sollten einzelne Fanatiker dadurch von der Absicht eines Attentates abgehalten werden, daß infolgedessen Leute hingerichtet werden, mit welchen sie nichts gemein haben, welche meist sogar einer ganz anderen Gesellschaftsschicht entstammen. Im Gegenteil muß der rote Massenterror der Sowjetregierung die Reaktion in Form von Attentaten auf deren Mitglieder erst recht hervorrufen.

Der unerhörte Massenterror, welchen die Sowjetregierung jetzt ausübt und zukünftig in noch furchtbarerem Maßstabe auszuüben entschlossen ist, erscheint demnach für die Aufrechterhaltung der bolschewistischen Herrschaft überflüssig, für die Verhinderung von Attentaten zwecklos, ja zweckwidrig, er wird zur Aufstachelung der ermüdeten Arbeiterschaft angewandt, denn daß die Arbeiterschaft ermüdet sei, hat gerade aus Anlaß des Attentats die bolschewistische Presse selbst zugestanden. Gleichzeitig ist die Anwendung des Terrors in diesem Maßstabe gewiß ein Beweis dafür, daß sich der Sowjetregierung infolge der Attentate eine Erregung bemächtigt hat, welche



· sie die Tragweite ihrer Handlungsweise nicht mehr erkennen läßt. In welchem Grade dies der Fall ist, ersieht man besonders aus gewissen Plänen für die künftige Ausgestaltung des Massenterrors. Radek, der in der Sowjetregierung offenbar einen nicht geringen Einfluß ausübt, hat am 6. September in den amtlichen „Iswestija“ einen Artikel unter der Überschrift „Der rote Terror“ veröffentlicht. In diesem Artikel tritt er für öffentliche Hinrichtungen ein. Er gesteht unverhohlen zu, daß auch solche Mitglieder der Bourgeoisie, welche „keinen unmittelbaren Anteil an der weißgardistischen Bewegung nehmen“, hingerichtet werden und hingerichtet werden sollen. Der Hauptgedanke des Artikels ist aber folgender: Bisher habe die Sowjetregierung nur die Produktionsmittel enteignet. (Dies trifft freilich nicht zu. Denn schon längst hat die Sowjetregierung im größten Maßstabe auch fertige Waren ohne Entschädigung konfisziert.) Jetzt stehe die Maßregel auf der Tagesordnung, der Bourgeoisie auch ihr gesamtes persönliches Eigentum, Vorräte, Wertgegenstände, Pelze, gute Unterkunft, warme Kleidung, kurz alles gewaltsam zu nehmen, was nicht Gegenstand des notwendigsten Bedarfs sei. Und zwar solle diese Maßregel nicht etwa durch Regierungsorgane ausgeführt werden, sondern durch organisierte Abteilungen von Zehntausenden von Arbeitern. Wo es sich um den Terror einer Klasse gegen die andere handle, da müsse eben die ganze Klasse aktiv hervortreten, den



Gegner zu Boden zu schmettern und den Besiegten zu strafen. Im Bürgerkriege müsse jeder einzelne Arbeiter aktiv tätig sein. Der Artikel schließt mit den Worten: „Möge das rote Schwert des Massenterrors erhoben werden und möge es im Namen des Sieges der Volksmassen erbarmungslos auf die Häupter der gegenrevolutionären Bourgeoisie herabfallen.“

Karachan, der Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, hat mir zwar erklärt, daß dieser Artikel die Privatmeinung Radeks darstelle und die Sowjetregierung keine derartigen Absichten habe. Aber schon die Tatsache, daß der Artikel mit Radeks Unterschrift in den „Iswestija“ erscheinen konnte, beweist, daß eine starke Strömung dieser Art in den führenden Kreisen vorhanden sein muß. Überdies hat mir selbst Larin, der als eines der gemäßigteren und besonneneren Elemente der Sowjetregierung gelten muß, gesprächsweise bestätigt, daß unter Umständen die von Radek geforderten Maßregeln tatsächlich durchgeführt werden könnten. Am 10. September fanden sich bereits deutliche Anzeichen, daß die Arbeit Radeks auf fruchtbaren Boden gefallen ist und seine Pläne sich der Verwirklichung nähern. Die „Iswestija“ veröffentlichten ein Dekret des Moskauer Sowjets, in dem der Punkt 4 lautet: „Bis zur Bestätigung der Instruktion über die Konfiskation der Wohnungseinrichtungen zum Zweck ihrer richtigen Verteilung, unter die Arbeiter unterliegen die Möbel der requirierten Wohnungen nur der In-



ventarisierung und Registration.“ Dieselbe Nummer der „Iswestija“ bringt einen Artikel, der zur „völligen Entkräftung der Bourgeoisie“ vorschlägt, die Hypotheken, welche auf den enteigneten Gütern und Grundstücken lasteten, trotz der Enteignung noch von ihren früheren Besitzern heizutreiben, sofern diese noch zahlungsfähig und nicht schon ohnehin völlig ruiniert seien. Prolongierte oder verfallene Wechsel, die von den früheren Direktorien nationalisierter Aktiengesellschaften unterzeichnet seien, solle man einfach von den Mitgliedern der Direktorien oder von den früheren Aktionären heizutreiben usw. In Petersburg werden, wie ebenfalls die „Iswestija“ mitteilen, aus dem Proletariat „Komitees der Armut“ für die einzelnen Häuser gebildet, welche die Aufgabe haben, darüber zu wachen, daß die Bourgeoisie die ihr auferlegten Zwangsarbeiten ausführe und daß die Bourgeoisie keine Lebensmittel durch den Schleichhandel erhalte. Da die Bourgeoisie so gut wie gar kein Anrecht auf die staatlich verteilten Lebensmittel besitzt, so wird sie, wenn diese Verordnung durchgeführt werden kann, zum absoluten Hunger verurteilt.

Die erwähnten Maßregeln zeigen, wie gesagt, daß die Sowjetregierung sich der Tragweite ihrer Handlungen offenbar nicht mehr bewußt ist. Denn sonst müßte sie die Verwirklichung des Kadesch'schen Planes von ihrem eigenen Standpunkt aus für verhängnisvoll halten. Die Sowjetregierung ist sich ja



natürlich darüber klar, daß von einer durchgeführten Sozialisierung des Wirtschaftslebens noch gar nicht die Rede sein kann, und daß jedenfalls im gegenwärtigen Stadium noch Millionen von Proletariern ihren Unterhalt durch die Mittel der Bourgeoisie erhalten und erhalten müssen. Wenn der Plan Radets durchgeführt werden sollte, würde nicht nur die Bourgeoisie vernichtet, sondern auch diese Millionen von Proletariern dem völligen Elend ausgeliefert. Es unterliegt außerdem nicht dem mindesten Zweifel, daß in einem Volk, in welchem breite Schichten stets bereit waren, an Judenpogroms, Deutschenpogroms usw. mitzuwirken, die Radetschen Expropriationen „durch organisierte Abteilungen von Zehntausenden von Arbeitern“ unweigerlich in einen ungeheuerlichen Massenspogrom ausarten müßten, dessen Verlauf und Folgen sich gar nicht absehen ließen und leicht sogar für die Sowjetherrschaft selbst, wenn nicht anders, so durch die völlige Auflösung jeder Ordnung, verhängnisvoll werden könnten.

Endlich möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Für den Fall irgendeiner ernststen Bedrohung ihrer Herrschaft, sei es von außen oder von innen, ist es, wie ich zuverlässig weiß, fester Entschluß der Sowjetregierung, nicht zu weichen, ehe sie ein noch nie dagewesenes Blutbad unter der Bourgeoisie angerichtet und alles zerstört hat, was sie irgend zu zerstören vermag. Insbesondere soll Moskau gegebenenfalls nur als Trümmerhaufen aufgegeben werden. Hierzu



werden jetzt alle Vorkehrungen getroffen, die obersten Stockwerke der hohen Häuser geräumt und mit allen erdenklichen Mitteln der Zerstörung ausgerüstet. Larin, der mir über diese Pläne authentische Mitteilung machte, suchte sie zu erklären mit den Worten: „Wenn wir einmal weichen müssen, so soll es in einer solchen Weise geschehen, daß es ein ewiges Denkmal und Wahrzeichen für den Kampf der Arbeiterklasse bilde.“

Was aber auch in Zukunft noch geschehen mag, schon das, was jetzt geschieht, ist für das elementarste Gefühl von Humanität unerträglich. Jeden Tag treffen immer noch aus der Provinz neue Nachrichten über die Erschießung von Geiseln ein, die jetzt wohl schon nach Tausenden zählen, und es häufen sich die Verhaftungen neuer Geiseln, die bereits nach Zehntausenden berechnet werden müssen.

„Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört.“

Man muß an jene Erzählung Mitjas aus den „Brüdern Karamasow“ denken, von dem durch Jagdhunde zu Tode gehehten Knaben. Mitja sagt dazu, daß keine ewige Seligkeit ein Leben rechtfertigen könne, in dem nur eine solche Tat möglich war. Kein tausendjähriges Reich des Sozialismus, man mag es noch so herrlich schildern, könnte das Grauen dieser Tage ausgleichen. Aus dem Hause des Schreckens, der „Außerordentlichen Kommission“



in der Subjanta, dringen von denen, die dem Tode entgangen sind, entsetzliche Nachrichten in das Volk. Wie viel leichter ist der Tod in der Schlacht, ist auch der unerwartete Tod von Mördershand als das furchtbare Schicksal dieser zahllosen der sicheren Hinrichtung ins Auge sehenden Menschen! Es werden Geiseln genommen und erschossen, wie in Zeiten einer wilderen Entwicklungsperiode der Menschheit, die man längst für immer überwunden glaubte. Wenn die radikalen Sozialdemokraten Westeuropas wüßten, was hier geschieht, wenn sie wüßten, wie wenig die Politik der Bolschewiki noch mit dem Sozialismus, mit der Lehre von Marx gemein hat, ich bin überzeugt, sie würden sich öffentlich gegen solches Treiben erklären.

Aber die Staaten Europas haben Wichtigeres zu tun, als sich um die unglücklichen Opfer des bolschewistischen Terrors zu kümmern. Sie können, scheint es, nicht Leiden lindern, keine Zerstörung hemmen, denn sie sind selbst vollauf mit dem Vernichtungskampf beschäftigt, der sie an die Schlachtfelder gefesselt hält.



Die politische und wirtschaftliche Lage der Sowjetregierung.

Moskau, 13. September.

Die monatelange Abgeschlossenheit von Rußland, in die wir nach dem Abschluß des Brester Friedens geraten waren, hatte es unmöglich gemacht, ein zutreffendes Bild von den russischen Zuständen zu gewinnen. Die bolschewistische Propaganda im Auslande war bemüht gewesen, gerade die Resultate der bolschewistischen Wirtschaftspolitik in günstigem Lichte zu schildern. Als ich vor zwei Monaten nach Rußland reiste, meinte ich auf Grund dieser Angaben, die wirtschaftliche Lage der Sowjetregierung nicht für verzweifelt ansehen zu dürfen. Der Kommunismus ist eine Utopie. Aber es schien, daß die Bolschewiki sich zwar Kommunisten nannten, daß aber alle ihre praktischen Maßregeln, von jedem Kommunismus weit entfernt, nur auf eine radikale Erweiterung des Staatssozialismus hinausliefen, die nicht grundsätzlich für undurchführbar zu gelten braucht. Überdies schienen die Bolschewiki in ihrer Wirtschaftspolitik eine gewisse Beweglichkeit und Anpassungs-



fähigkeit an den Tag zu legen, die man ihrem Radikalismus von vornherein kaum zugetraut hätte, sie schienen zu weitgehenden Zugeständnissen an die praktischen Forderungen der Wirklichkeit bereit zu sein. So hielt ich es für nicht unmöglich, daß die Bolschewiki, am Leben lernend und ihm nachgebend, in wesentlichen Punkten ihr Programm der Verstaatlichung der Industrie würden durchsetzen und doch die Produktion einigermaßen in Gang bringen können. Ich glaubte ferner den Mitteilungen, die mir von Mitgliedern der Sowjetregierung darüber gemacht worden waren, daß sich die Autorität der Sowjetregierung bei der Bauernschaft sehr befestigt habe, daß der direkte Warenaustausch von Industrieprodukten gegen Getreide schon wohl organisiert und in vollem Gange sei und daß er gute Aussichten biete. So schien es denkbar, daß auch die Verpflegungstrife, die natürlich nicht mit einem Mal beseitigt werden konnte, allmählich eine Milderung erfahren würde. Alles in allem war eine unmittelbare Gefahr für die Bolschewiki, an der wirtschaftlichen Lage zugrunde zu gehen, nicht ersichtlich.

Dagegen mußte man, irregeführt durch die telegraphischen Berichte, die über die kontinuierliche Entwicklung der Dinge schweigen, aber jedes „Ereignis“, jeden gegenrevolutionären, anarchistischen oder sozialrevolutionären Putz ins Ungemessene aufblähen, annehmen, daß die Bolschewiki mit einer zwar buntschedigen, aber starken und organisierten Schar von



inneren Feinden zu kämpfen hätten, und man konnte es nicht für ausgeschlossen halten, daß sie eines Tages, sei es von den Sozialrevolutionären, sei es von einer rechtsstehenden Organisation, gestürzt würden.

Die eigene Beobachtung an Ort und Stelle erwies ziemlich das Gegenteil dieser Voraussetzungen, mit denen ich meine Reise angetreten hatte. Schon in meinen ersten Berichten mußte ich auf die auffällige Uneinigkeit im antibolschewistischen Lager hinweisen. Anfangs konnte man noch im Zweifel darüber sein, ob nicht vielleicht geheime Organisationen im Lande vorhanden seien, die stark genug wären, um den Kampf mit der Sowjetregierung aufzunehmen, aber bald zeigte es sich, daß auch davon nicht die Rede war. Die Sozialrevolutionäre aller Richtungen haben, wie schon geschildert, ihre Rolle ausgespielt, das Bürgertum ist vielfach gespalten und eingeschüchtert. Schon vor Wochen erklärten mir hervorragende Vertreter der russischen Bourgeoisie, es gebe keine Kraft im Lande, welche die Bolschewiki stürzen könne, und jeder Kampf sei aussichtslos. Ich erfuhr, daß diese angesehenen Männer, sobald sie Nachricht von irgendeiner gegen die Bolschewiki sich vorbereitenden Aktion erhielten, sich bemühten, die Verschwörer zur Ruhe zu mahnen, weil jede derartige Unternehmung zwecklos sei und nur, wie in Jaroslaw und anderwärts, zu neuer Vernichtung von zahlreichen Menschenleben und blühenden Städten oder Stadtteilen führen könne. So war es klar, daß



die Bolschewiki gegenwärtig von innen heraus nicht gewaltsam beseitigt werden könnten. Ich bemerkte freilich schon in meinen ersten Berichten aus Rußland, daß sich der Rückhalt, den die Bolschewiki ursprünglich im Volke genossen hatten, offenbar schon stark vermindert habe. Als die Bolschewiki ans Ruder gelangten, dauerte es geraume Zeit, bis sie den staatlichen Apparat in die Hände bekamen, aber sie hatten die Sympathien der Massen. An diesen Sympathien haben sie jetzt beträchtlich eingebüßt, aber dafür haben sie den staatlichen Apparat in der Hand und können sich vorläufig halten. Die Bolschewiki und ihre Anhänger bilden zweifellos nur noch eine verhältnismäßig geringe Minderheit im Lande, sie sind im Grunde genommen nicht stark, aber ihre Gegner sind noch schwächer, weil sie unorganisiert und uneins sind. So schloß ich denn meinen Bericht vom 27. August mit dem Bemerken, daß die Gefahren, welche der Sowjetregierung von innen drohen, weniger von ihren organisierten Gegnern als von den ungeheuren und fortgesetzt sich steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgehen.

Ich habe bisher gezögert, ein zusammenfassendes Urteil über die wirtschaftliche Lage der Sowjetregierung abzugeben, weil ich mich nicht auf allgemeine Eindrücke stützen wollte und es sehr schwierig war, genügende tatsächliche und zahlenmäßige Unterlagen zu erhalten. Die Statistik hat ja in Rußland von jeher im Argen gelegen. Nun ist der alte be-



hördliche Apparat längst vernichtet und die aus bolschewistischen Quellen stammenden Ziffern sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Anderes Material aber ist kaum zu beschaffen. Die privaten Organisationen, wie der „Moskauer Verein der Industriellen“, in denen früher die Nachrichten über die Lage der Industrie zusammenliefen, sind zerstört oder wenigstens lahmgelegt, und von den besten Kennern hört man nur mehr oder weniger allgemeine Angaben. Doch wird man nach reiflicher Prüfung aller Umstände sagen dürfen, daß die wirtschaftliche Lage der Sowjetrepublik als aussichtslos bezeichnet werden muß.

Wenn bolschewistische Darstellungen noch unlängst besagten, daß es der Sowjetregierung gelungen sei, ihre Autorität bei der bäuerlichen Landbevölkerung zu befestigen, so war das eine Täuschung. Das Gegenteil ist richtig. Die große Masse der Bauernschaft, die ursprünglich wegen der radikalen Enteignung des Großgrundbesitzes zur Sowjetregierung hielt, ist jetzt aus den früher schon geschilderten Gründen ausgesprochen antibolschewistisch gestimmt und stets geneigt, den Maßregeln der Sowjetregierung passiven oder gar bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Solange dies so bleibt — und es wird nichts daran zu ändern sein — hat die Sowjetregierung weder Aussichten, die Verpflegungslage der Städte und des Proletariats erträglich zu gestalten, noch auch die Steuerpolitik des Landes auf einen gangbaren



Weg zu bringen. Es bestehen jetzt Pläne, die bäuerlichen Steuern in Getreide zu erheben. Aber es ist nicht anzunehmen, daß eine solche Natursteuer wesentliche Erträge liefern würde, wo die Bauern doch, trotz aller Anstrengungen der Sowjetregierung, selbst gegen Geld kein Getreide liefern wollen.

In dieser Notlage gelangt man zu phantastischen Plänen und denkt in Regierungskreisen nunmehr daran, den Handel mit Fabrikwaren zu monopolisieren und den Handel mit Erzeugnissen der Landwirtschaft freizugeben. Die städtischen Arbeiter sollen ihren Lohn zum Teil in natura, nämlich in Getreide und Fabrikwaren, erhalten, der bäuerlichen Bevölkerung dagegen sollen die in den Händen des Staates monopolisierten Fabrikwaren zu außerordentlich hohen Preisen abgegeben werden, zu Preisen, die mit den im freien Handel sich bildenden Getreidepreisen im Einklang stehen. Larin, einer der wirtschaftlichen Führer der Sowjetregierung, veröffentlichte kürzlich in den „Iswestija“ einen Artikel, in dem er die schnelle Nationalisierung des Innenhandels forderte. Er sieht bereits ein umfangreiches und wohl organisiertes Netz von sauberen und trefflich eingerichteten staatlichen Läden über das ganze Land ausgebreitet. Zunächst aber ist es leichter, solche Dinge in einer Zeitung zu schildern, als sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Auch die früheren Hoffnungen Larins, wie der unmittelbare Warenaustausch, haben sich als Illusionen erwiesen. Es



wird der Sowjetregierung gewiß gelingen, den privaten Innenhandel zu vernichten — sie ist von diesem Ziel nicht mehr weit entfernt — aber einen hinreichenden staatlichen Innenhandel an die Stelle zu setzen, geht sicherlich über ihre Kraft. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Ideen Larins sich verwirklichen lassen, daß die Bauern Naturalsteuern in Getreide entrichten werden usw., müßte dieses System zuungunsten des Proletariats ausschlagen und zu einer Auspöcherung der Städte führen, einfach weil die Fabrikation von Industrieerzeugnissen stockt, während der Bauer weiter produziert. Der ganze Gedanke ist ein phantastisches und höchst kompliziertes Experiment, das nur als ein Erzeugnis der Verlegenheit gelten kann, in welche die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung geraten ist.

In der Tat, die Industrie des Landes stockt und es ist keine Aussicht darauf vorhanden, sie wieder in Gang zu bringen. Ich habe früher bemerkt, daß die Sowjetregierung eine umfangreiche organisatorische Arbeit geleistet habe, und kann das aufrecht erhalten. Wenn man bedenkt, mit welchen ungeheuren Widerständen die Sowjetregierung in den ersten Monaten ihrer Existenz zu kämpfen hatte, mit wie geringen Kräften sie sich der Regierung bemächtigte, so muß es als eine beträchtliche Leistung angesehen werden, daß es ihr überhaupt gelang, den staatlichen Apparat tatsächlich in ihre Hände zu bekommen und neu zu organisieren. Gegenwärtig leidet sie



freilich bereits an einer offenkundigen Überorganisation, zu welcher die staatlichen Eingriffe in so viele Gebiete des Wirtschaftslebens geführt haben. Noch Monate, nachdem die Sowjetregierung ans Ruder gekommen war, standen ihre Dekrete meist nur auf dem Papier. Jetzt ist sie längst in der Lage, den Gehorsam gegen ihre Verordnungen durchzusetzen. Den Vorrat des Landes an den wichtigsten Rohstoffen und Fertigfabrikaten hat der Staat in seinen Händen konzentriert. In Anbetracht der ungeheuren Schwierigkeiten aller Art kann man staunen, daß dies alles möglich war.

Aber das Wichtigste ist nicht geglückt, es ist nicht gelungen, die Produktion der Industrie wieder in Gang zu bringen und zu organisieren. Ich will nur Tatsachen schildern. Seit dem 1. Juli stehen die meisten großen Fabriken, die bis dahin noch im Gange waren. Zu diesem Termin verordnete nämlich die Sowjetregierung, daß die Fabriken ihren Arbeitern einen vierzehntägigen Urlaub unter voller Auszahlung des Lohnes gewähren mußten, damit die Arbeiter an der Einbringung der Ernte teilnehmen könnten. Mehr als die Sorge um die neue Ernte hat wohl der katastrophale Mangel an Rohstoffen und Brennmateriale diese Maßregel veranlaßt. Man hoffte Zeit gewinnen und Vorräte sammeln zu können. Aber vergeblich. Der Urlaub der Arbeiter wurde von vierzehn Tagen zu vierzehn Tagen prolongiert, ohne daß sich die Aussichten besserten, aus



dem Donezbecken Kohle und aus Baku Rohöl in annähernd hinreichenden Mengen zu erhalten. Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte endlich nicht länger aufgeschoben werden. Man kann nun versuchen, die Vorräte zu strecken und nur an einigen Tagen der Woche arbeiten zu lassen — aber dadurch läßt sich der Stillstand der Fabriken, der in diesem Winter eintreten muß, nur hinausschieben, nicht verhindern.

Um die Ausichtslosigkeit der Situation zu erkennen, braucht man sich nicht bei dem Mangel an den wichtigsten Rohprodukten der russischen Industrie, an Roh-eisen, Baumwolle, Seide, Wolle, Gummi usw., aufzuhalten, sondern nur die Lage zu betrachten, wie sie sich inbezug auf den Brennstoff darstellt. Die zentral-russische Industrie beruhte auf der Kohlenzufuhr aus dem Donezbecken und der Naphtha aus Baku. Etwa seit dem März dieses Jahres hat keine Kohle aus der Ukraine mehr eingeführt werden können. Augenblicklich sind die Kohlenvorräte des Moskauer Rayons so gering, daß sie außer Betracht bleiben können. Auf Ersatz durch Naphtha ist nicht zu rechnen, denn der Moskauer Rayon wird auch hiervon nur einen geringen Bruchteil des Bedarfs früherer Jahre erhalten. Baku selbst befindet sich nicht mehr im Machtbereich der Sowjetregierung. In Saratow lagern, wie ich aus bester Quelle weiß, etwa 25 Millionen Pud Naphtha. Auf dem Wege von Astrachan bis Saratow befinden sich etwa weitere 30 Millionen Pud auf der Wolga. Über die Leerung der Zisternen



in Saratow geht so langsam vorstatten, daß die unterwegs befindlichen Mengen auf dem Wasser einfrieren werden. Man wird wohl versuchen, über Kamyschin und Jarizyn einen Teil davon nach Norden zu transportieren, aber alles in allem wird die Sowjetregierung schwerlich viel mehr als 30 Millionen Pud erhalten, während der Moskauer Rayon allein in normalen Jahren etwa 80 Millionen und noch 1917 60 Millionen Pud verbrauchte. Selbst die Zufuhren an Holz und Torf sind weit geringer als in früheren Jahren. Die Zeit, in der man in dieser Hinsicht hätte vorsorgen können, ist verstrichen.

Die notwendige Schlußfolgerung ist, daß in diesem Winter nicht nur die Industrie stillstehen, sondern auch ein beträchtlicher Teil der Eisenbahnen seinen Betrieb einstellen wird.

Wenn man die Folgen dieser Umstände für die politische Lage der Sowjetregierung in Betracht zieht, so wird man sich sagen, daß Arbeitslosigkeit, Hunger und Frost die Abfallbewegung unter dem städtischen Proletariat mächtig befördern und einen großen Teil davon aus den Städten in die Dörfer treiben muß. Die zweite mächtige Stütze der Sowjetregierung, die Rote Armee, hat infolge der wachsenden Ausdehnung der militärischen Operationen schnell erweitert werden müssen, die Zwangsrekrutierung ist wieder eingeführt worden, und damit hat sich in gleichem Maße die „Zuverlässigkeit“ der Roten Armee vom bolschewistischen Standpunkt aus verringert.



Überdies hat die Rote Armee, nach dem Bericht Trojks im Zentralerekutivkomitee zu urteilen, schon jetzt mit beträchtlichen Verpflegungsschwierigkeiten zu kämpfen, die sich im Winter weiter steigern werden. So ist alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß der soziale Rückhalt, den die Sowjetregierung im Volke genoß, in schneller Progression zusammen-schmelzen wird und auch der blutigste Terror diesen Prozeß nicht verhindern kann.



Das Sterbende Petersburg.

Petersburg, 19. September.

Der Kurierzug von Moskau nach Petersburg zeigt noch die Spuren alter Herrlichkeit: er führt die bequemen und geräumigen Wagen, welche die Internationale Schlafwagengesellschaft für die weitspurigen russischen Bahnen hat bauen lassen. Auch das alte internationale Personal ist noch zum Teil geblieben. Dem Schaffner mit dem rasierten Gesicht — er ist vor Jahren in Berlin, Paris und London in diplomatischen Häusern Kammerdiener gewesen — merkt man bei den ersten Worten seines unbeholfenen Russisch den Engländer an. Aber bei der Ungunst der Zeiten hält er es für besser, sich zu maskieren und gibt sich standhaft für etwas Neutraleres, einen Polen, aus, ohne bei irgend jemand damit Glauben zu finden. Die Wäsche fehlt, die einst vorzügliche Beleuchtung ist sehr spärlich geworden oder versagt völlig. Die Wagen sind nur schwach besetzt, denn in dem teuren Zuge fehlen die „Mjeshetschniki“, die sonst die Bahnen überfüllen, und der Geschäftsverkehr ist selbst zwischen den beiden Hauptstädten Rußlands nur noch schwach. Es ist



auch kein Wunder, daß Moskauer Geschäftsleute nur ungern in die nördliche Metropole reisen. Denn es kommt vor, daß Kaufleute, die eben aus Moskau im Petersburger „Hotel d'Europe“ eingetroffen sind, hier sofort für die der Bourgeoisie auferlegten Zwangsarbeiten gepreßt werden, so daß sie froh sind, den Staub Petersburgs wieder von ihren Füßen schütteln zu können.

Mit vierstündiger Verspätung lief endlich der Kurierzug in die Halle des Petersburger Nikolaibahnhofs ein, was der englische Schaffner resigniert als eine normale Erscheinung bezeichnete. Als ich einem Gepäckträger den Auftrag gab, mir einen „Iswoschtschik“ zu besorgen, da drängte sich ein älterer Arbeiter an mich heran und bat fast flehentlich, mein Gepäck nach dem Bestimmungsort tragen zu dürfen. Als ich zögerte, bat er nochmals: „Geben Sie mir etwas zu verdienen.“ Es sprach so deutlich die Not aus seinen Worten, daß ich es ihm nicht abschlagen konnte. Mein Weg war nicht weit, der Arbeiter lud das Gepäck auf seine Schultern und ich schritt neben ihm durch die wohlbekannten Straßen, die ich seit dem Frühjahr 1914 nicht mehr gesehen hatte. Noch steht das mächtige Reiterbild Alexanders III., von der Hand Paolo Trubetzkoi, vor dem Bahnhof, dieses Denkmal — weniger eines Menschen — als einer nun zerborstenen Macht. Der Snamenski-Platz und der Newski-Prospekt haben seitdem in jähem Wechsel Szenen gesehen, an die man damals noch nicht



dachte: kriegsbegeisterte Massenzüge, Hungerdemonstrationen, revolutionäre Kämpfe und erneutes, noch schlimmeres Elend.

Die Zeichen des Verfalles sind in Petersburg noch deutlicher als in Moskau. Schon auf meinem kurzen Wege vom Bahnhof konnte ich mich davon überzeugen, und die folgenden Tage zeigten mir vollends eine sterbende Stadt. Das verkommene Pflaster, die verwahrlosten Häuser reden eine eindringliche Sprache. Es gibt kein Haus, an dem nicht Anschläge den eiligen Verkauf von Wohnungseinrichtungen verkünden. An jeder Ecke haben sich sogenannte „Liquidationsgeschäfte“ aufgetan, in denen Hausrat aller Art, Pelze, Kleider, Wäsche, Möbel, Kunstgegenstände, Antiquitäten verkauft werden. Alle diese Dinge, oft liebevoll in Jahrzehnten gesammelt, werden jetzt auf den Markt geworfen, müssen zu Spottpreisen losgeschlagen werden, wenn sie überhaupt einen Käufer finden. Denn wer mag kaufen, wo die Requisition der bürgerlichen Wohnungen die Konfiskation ihrer Einrichtung bereits in vollem Gange ist. Wenn sich noch Käufer finden, so sind es wohl Spekulanten, welche hoffen, die billig zusammengekauften Gegenstände für günstigere Zeiten aufbewahren zu können, oder sie schon jetzt durch Bestechung und Schmuggel ins Ausland zu verschleusen verstehen. Auf schwedischen Schiffen sollen schon große Partien liquidierten russischen Hausrats, besonders Antiquitäten, Teppiche, usw., übers Meer gegangen sein.



Die Bürgerschaft flieht aus der Stadt, weil die ständig wachsende Not und Teuerung, die gegenwärtigen und künftig noch drohenden Verfolgungen ihr das Leben unmöglich machen. In panikartiger Stimmung sucht sie ihren Besitz noch in letzter Stunde aufzulösen und, soweit möglich, zu Gelde zu machen. Denn er ist eine Last und ein Hemmnis geworden. Die hervorragenderen Persönlichkeiten der Bourgeoisie haben Petersburg meist schon früher verlassen. Denn ihnen drohte Gefangenschaft und Tod. Die Männer, an die ich Empfehlungen mitgebracht hatte oder mit denen mich alte Beziehungen verbanden, sind fast alle schon fort. Jetzt fliehen auch schon die mittleren Schichten. Während in Moskau die Anwesenheit der Sowjetbehörden mit ihrem hypertrophischen Regierungsapparat die unaufhaltsame Verödung noch verzögert hat, ist in Petersburg das Leben der Stadt schon früher ins Herz getroffen worden. Obgleich nicht wenige Hotels von der Regierung für verschiedene Zwecke requiriert sind, ist auch in den übriggebliebenen der Besuch nur schwach, denn Handel und Wandel stockt und was hätten Fremde noch in Petersburg zu suchen?

Aber auch die Arbeiterschaft flieht, weil ihr die Stadt keinen Erwerb und keine Nahrung mehr bieten kann. Gegen Ende 1917 betrug die Einwohnerzahl Petersburgs noch 2700000, im Juni 1918 nur noch 1400000. In etwa einem halben Jahr war so die Bevölkerung fast um die Hälfte gesunken



und inzwischen hat sie sicherlich noch weiter abgenommen*).

Die Zeichen dieser Verödung und Auflösung der einst so glänzenden Stadt sah das Auge, wohin es immer fiel, schon auf dem kurzen Wege vom Bahnhof durch die Straßen. Der Arbeiter an meiner Seite erzählte inzwischen das alte Lied von Arbeitslosigkeit und Not und Hunger. Mit einem bitteren Ausdruck fügte er hinzu: „Dafür gehört jetzt alles uns. Die Häuser gehören uns, die Fabriken und die Banken gehören uns. Aber besser leben wir darum nicht und alles verfällt.“

Diese Worte, die der schlichte Arbeiter aus seiner Erfahrung schöpfte, bezeichnen in der Tat die wenig beneidenswerte Lage des russischen Proletariats. Die Arbeiterschaft hat die ganze Macht im Staate errungen, und noch gibt es Kreise unter ihr, die durch diese Tatsache darüber hinweggetäuscht werden, daß ihre wirtschaftliche Lage sich dadurch nicht gebessert hat, sondern in ständig fortschreitender Verschlechterung begriffen ist. Der durchschnittliche Verdienst der Industrie- und Transportarbeiter, der niederen kaufmännischen und staatlichen Angestellten betrug in Rußland im Jahre 1914 etwa 32 Rubel im Monat.

*) Anfang Oktober betrug die Einwohnerzahl Petersburgs nach amtlichen Angaben nur noch 1200000 und bis zum Dezember 1918 soll sie, nach in Berlin eingegangenen, glaubhaften Nachrichten, weiter auf rund eine Million zurückgegangen sein.



Nach den im Volkskommissariat für Arbeit vorliegenden Daten stellte Larin kürzlich in den „Iswestija“ fest, daß gegenwärtig der durchschnittliche Verdienst derselben Kategorien etwa 325 Rubel im Monat, also das Zehnfache beträgt. Diese Verzehnfachung des Einkommens entsprach etwa den festen Preisen, welche in diesem Sommer galten und ebenfalls etwa das Zehnfache der vor dem Kriege im freien Handel gezahlten Preise ausmachten, wobei aber noch außer Betracht bleibt, daß die Waren, welche zu festen Preisen zu haben sind, nicht ausreichen und auch der Arbeiter oft die um ein Vielfaches höheren Schleihhandelspreise zahlen muß. Inzwischen aber hat in diesem Herbst die Regierung die festen Preise aufs neue so weit erhöht, daß sie im Durchschnitt das Zwanzigfache der Friedenspreise betragen. Darauf gründete sich die von Larin vertretene Forderung, auch die Arbeitslöhne wieder um das Doppelte zu steigern. Larin schrieb: „Man kann nicht die Preise um das Doppelte erhöhen und die Löhne unverändert lassen oder sie nur um die Hälfte steigern. Solche Scherze liebt die Arbeiterklasse nicht.“ Dennoch hat sich die Regierung in Übereinstimmung mit dem Zentralerekutivkomitee nicht zu einer hundertprozentigen, sondern nur zu einer fünfzigprozentigen Erhöhung der Löhne entschließen können. Die Erhöhung der Löhne bleibt also nun beträchtlich hinter der Erhöhung der festen Preise zurück und die Lage der Arbeiterschaft wird noch durch den absoluten



Mangel an Lebensmitteln und Waren erschwert. Aber auch diese Erhöhung der Löhne bildet nur ein vorübergehendes Palliativ, denn es ist eine feststehende volkswirtschaftliche Tatsache, daß Löhne und Preise in einer notwendigen Wechselbeziehung stehen und sobald die Löhne erhöht werden, auch die Preise weiter in die Höhe schnellen müssen.

Die einzige Möglichkeit, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern, besteht in der Hebung der Produktion. Dies aber ist nicht gelungen und kann auf dem beschrittenen Wege nicht mehr gelingen. Die Ergiebigkeit der Arbeit ist fort und fort gesunken. Es ist daher unmöglich, auch nur das frühere Verhältnis zwischen den Löhnen und Preisen aufrecht zu erhalten.

In dieser Lage will die Sowjetregierung zu Auskunfts Mitteln greifen, die wie die teilweise Auszahlung der Löhne in natura nur zu einer heilloßen Verwirrung führen können, wenn es überhaupt zu ihrer Verwirklichung kommen sollte. Um inzwischen bei der Arbeiterschaft dennoch den Eindruck zu erhalten, daß sie reale Vorteile von der „Diktatur des Proletariats“ genieße, schreitet man dazu, die Bürgerschaft aus ihren Wohnungen auszusiedeln, ihren Hausrat zu requirieren und das Proletariat an ihre Stelle zu setzen. Eine Kommission beim Rat der Volkskommissare hat einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Der Aussiedelung unterliegen die parasitischen Elemente, Kapitalisten, Fabrikanten, Bankiers, Spekulanten, Hausbesitzer, Unternehmer und



überhaupt Personen, die keine bezahlte Arbeit verrichten." Auch über die Requisition des Hausrats sind bereits Bestimmungen getroffen, in Moskau sind diese Maßregeln „zur Beschaffung von gesunder Unterkunft für die Arbeiter“ bereits in vollem Gange, Petersburg rüstet sich, diesem Beispiel zu folgen.

Während aber in den Hauptstädten noch nach einem gewissen System und mit einiger Auswahl verfahren werden soll, geht man offenbar in der Provinz bereits ganz summarisch zu Werke. Die eine Nummer der amtlichen „Iswestija“ vom 15. September enthält folgende Nachrichten: In Nikolajewsk hat das Exekutivkomitee beschlossen, den Kapitalisten das ganze überflüssige Eigentum zu konfiszieren und es dem allgemeinen Volksbesitz zu übergeben; der Sowjet in Otschskow hat „in Verbindung mit dem roten Terror“ der Bourgeoisie des Ortes eine Kontribution von 469 000 Rubeln auferlegt; in Woronesch wird auf Verfügung des Sowjets die Bourgeoisie aus dem Zentrum der Stadt in die Peripherie ausgesiedelt, die Arbeiter siedeln in die zentralen Straßen über; in Bologoje wird die Bourgeoisie aus der Stadt in die Vororte ausgesiedelt, ihre Wohnräume in der Stadt werden von Arbeitern eingenommen.

So hat die soziale Revolution in Rußland begonnen, eben das zu verwirklichen, was der Sozialismus stets als eine Verleumdung seiner Feinde bezeichnet hat: statt die soziale Produktion zu organisieren, wird den Besitzenden ihr Besitz genommen



und unter die Masse der Armen verteilt. Wie lange wird das vorhalten und wozu wird es führen? Die Arbeiter werden bald erkennen, daß sie auch in den Wohnungen der Reichen hungern und frieren müssen, solange der wirtschaftliche Verfall seinen Fortgang nimmt.

Inzwischen schreitet nach wie vor der rote Terror durch das Land und noch die heutige Nummer der „Nördlichen Kommune“, des in Petersburg erscheinenden amtlichen Blattes, teilt wieder mit, daß in Perm „als Antwort auf die Attentate gegen Uriszi und Lenin“ 50 Geiseln aus der Zahl der Bourgeoisie und der Weißgardisten erschossen worden sind.

Wenn man das gegenwärtige Elend Rußlands sieht und den wachsenden Jammer, der ihm noch bevorsteht, wenn man den deutlichen Beweis vor Augen hat, daß die Todesnot und die Verelendung der Bourgeoisie dem Proletariat nicht den geringsten Vorteil bringt, wenn man erkennt, wie die revolutionären Wirren die wirtschaftliche Zerrüttung des Krieges nur immer weiter steigern, wie die Revolution zur Ohnmacht und Verarmung des Staates und zu unaufhörlichem Bürgerkriege führt, — so möchte man den Proletariern Europas warnend zurufen, sich nicht zu der verhängnisvollen Illusion verführen zu lassen, als könnten sie durch eine soziale Revolution ihr Los verbessern. Und man möchte noch einmal mahnen, die Entwicklung der Menschheit durch eine große Ära der Reformen, noch vor dem Niedergang zu retten.



Bolschewismus und Demokratie.

St. Petersburg, 26. September.

Die mangelhafte Berichterstattung und mancherlei andere Ursachen haben dazu beigetragen, daß sich in Deutschland vielfach ganz irrige Vorstellungen über die Ereignisse in Rußland und die Natur des Bolschewismus bilden konnten. Dazu gehört die verbreitete Ansicht, daß die Sowjetregierung einen extrem demokratischen Charakter trage. Sofern „Demokratie“ die „Herrschaft des Volks“ bedeutet, also eine demokratische Regierung eine solche ist, die sich auf die Zustimmung der breiten Massen, mindestens aber einer Mehrheit des Volkes, zu ihren programmatischen Grundsätzen stützt, so läßt sich leicht der Nachweis führen, daß die Sowjetregierung weder für die Gegenwart noch für irgendeinen früheren Zeitpunkt den Namen einer demokratischen Regierung in Anspruch nehmen kann.

In den ersten Monaten ihres Bestehens erfreute sich zwar die bolschewistische Regierung noch der Sympathien breiterer Schichten als heute, weil sie den Bauern Land und dem des Krieges müden



und überdrüssigen Volk den Frieden versprach. Aber zunächst ist dabei zu beachten, daß gerade diese beiden Verheißungen, auf Grund deren die Bolschewiki die Macht an sich reißen und in den ersten Monaten behaupten konnten, mit dem Wesen des bolschewistischen Programms nichts zu schaffen haben und als Gelegenheiterscheinungen schnell in den Hintergrund treten mußten. Dem russischen Bauern ist es vollkommen gleichgültig, welche Schichten des Volks an der Regierung sitzen und ob die Fabriken und Banken nationalisiert sind oder nicht. Er will die städtischen Waren geliefert haben, und zwar zu für ihn erschwinglichem Preise, er will „Land und Freiheit“, wobei er die Freiheit nur so begreift, daß man ihn in seinen ländlichen und kommunalen Angelegenheiten, die er selbst zu ordnen wünscht, nicht überflüssig kujoniere. Der russische Bauer war bereit, jede Regierung zu begrüßen, die ihm das Land der Großgrundbesitzer hätte geben wollen, er hing, soweit er überhaupt wußte, worum es ging, in den ersten Monaten der Revolution den Sozialrevolutionären an, weil er sie als die vornehmsten Vertreter dieser Grundforderung betrachtete, und erst als diese zögerten, begann er, sich enttäuscht den Bolschewisten zuzuwenden. Die Bolschewisten hielten zwar ihr Wort, aber nur aus taktischen Gründen. Das Agrarprogramm, das sie verfolgen, gehört keineswegs zum Wesen ihrer sozialen Theorie, es steht dazu sogar in einem deutlichen Gegensatz und wurde



den Sozialrevolutionären zuliebe adoptiert, solange die Bolschewisten selbst sich nicht gefestigt fühlten.

Ähnlich steht es mit dem Frieden. Das russische Heer war in seiner Masse des Krieges so müde, daß ihm jede Regierung willkommen war, von der es den Frieden erhoffen konnte. So folgte es den Bolschewisten, obgleich sie nur Gelegenheitspazifisten waren. Lenin hat den Pazifismus noch während dieses Krieges scharf bekämpft, er billigt jeden Krieg, der seinen sozialen Theorien förderlich erscheint. Wenn die Bolschewiki an dem gegebenen Falle so bestimmt für den Frieden eintraten, so geschah es anfangs auf Grund einer falschen Berechnung: sie glaubten, mit ihrem Vorbild eine solche Wirkung auf alle kriegsführenden Völker ausüben zu können, daß dadurch die Weltrevolution oder doch mindestens der allgemeine Friedensschluß herbeigeführt werden würde. Und als sie in dieser Hoffnung getäuscht wurden, führten sie den Frieden nur noch deshalb herbei, weil sie erkannten, daß die Fortsetzung des Krieges unmöglich geworden war und ihnen jedenfalls im Lande selbst die eben erst errungene Macht gekostet hätte.

Wenn so schon die beiden Trümpfe, durch welche die Bolschewiki das Spiel gewannen, keineswegs zu ihrem grundsätzlichen Programm gehörten, so muß rückschauend darüber hinaus noch ein weiteres festgestellt werden: der Eindruck im Auslande, daß die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution zeitweilig die



Unterstützung der Mehrheit des russischen Volkes genossen hätten, ist stets eine Täuschung gewesen, und zwar schon deshalb, weil die ungeheure Menge des russischen Volkes von jeher und bis auf den heutigen Tag den revolutionären Vorgängen vollständig passiv gegenübersteht. Das russische Volk ist nicht nur zu müde, um Krieg zu führen, sondern in seiner Masse auch zu müde und zu wenig interessiert, um tätigen Anteil an der Revolution zu nehmen. Dadurch erklärt es sich, daß aller Art fremdstämmige Elemente, Juden, Letten, Tschecho-Slowaken, Georgier, Chinesen, eine so durchaus entscheidende Rolle in der „großen Revolution“ eines Volkes spielen können, an dessen Zahl gemessen sie allesamt eine verschwindende Minderheit bilden. So hart es klingt, bin ich, nach bald drei Monaten unmittelbarer Beobachtung, geneigt zu sagen, daß die Revolution weniger von dem russischen Volk als auf dem Rücken des russischen Volkes vollzogen wird. Die ungeheure Mehrheit des Volkes ist nicht das Subjekt, sondern lediglich ein Objekt der Revolution.

Dies ist von jeher so gewesen. Es ist geradezu lächerlich und fast unglaublich, wie gering die aktiven Kräfte gewesen sind, mit denen die bolschewistische Oktoberrevolution ausgeführt wurde. Ein unbedingt glaubwürdiger Zeuge, der in Moskau an einer Straße wohnt, die gerade zwischen zweien der wichtigsten Punkte der Stadt, der Telephonzentrale und dem Haupttelegraphenamt, gelegen ist, berichtet



mir folgendes typische Bild: an dem einen Ende der Straße, in diesem „Brennpunkt des Kampfes“, hatten in den Oktobertagen die Weißen, an dem andern die Roten mit Maschinengewehren Fuß gefaßt, aber keine der Parteien höher als zehn an der Zahl. So beschossen sie sich zwei Tage lang, ohne einander viel Schaden zu tun, bis die Weißen sich aus irgendwelchen strategischen Gründen zurückzogen und die Roten das Feld behaupteten. Das russische Volk hat das Kämpfen satt nach außen wie nach innen. Deshalb haben sich auch die revolutionären Kämpfe bis in die jüngste Zeit hinein verhältnismäßig so unblutig vollzogen. Da wurde viel mit donnernden Panzerwagen herumgefahren und viel mit Maschinengewehren geschossen, aber es geschah nicht viel Unglück dabei und es litten zu meist die Fensterscheiben. Wenn die eine Partei von dannen zog, so war eben die andere Sieger. Auch jetzt, wo unter der festen Faust der bolschewistischen Führer der Kampf gegen den ententistisch-tschechisch-kosakischen Angriff wieder beträchtliche Ausdehnung angenommen hat, zeigt sich die Unlust des Volkes aufs deutlichste. Die unaufhörlichen Klagen der Kriegskommissare über Feigheit und übereilte Flucht der roten Truppen sind dafür Zeugnis genug.

Wenn demnach die Bolschewiki in Wahrheit niemals den Anspruch erheben konnten, mit ihrer Regierungstätigkeit den Willen einer Volksmehrheit auszuführen, so ist nach den ersten Monaten ihrer



Regierung die Zahl ihrer Anhänger noch beträchtlich zusammengeschmolzen. Alle die fielen schnell wieder ab, die ohne Interesse an den eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Zielen der Bolschewiki zu ihnen nur gehalten hatten, um Land und Frieden zu erlangen.

Die Sowjetregierung nennt sich noch heute eine „Regierung der Arbeiter und Bauern“. Aber in Anbetracht der offenkundig feindseligen Haltung der Bauernschaft haben die Bolschewiki selbst diesen Begriff schon längst dahin einschränken müssen, daß sie außer dem städtischen Proletariat nur die ärmste Bauernschaft repräsentieren. Und nun müssen sie schon öffentlich eingestehen, daß auch diese „ärmste Bauernschaft“, aus der sich angeblich die sogenannten „Komitees der Armut“ in den Dörfern zusammensetzen sollten, in Wirklichkeit gar nicht aus Bauern besteht, sondern wiederum nur aus Arbeitern, die durch den Stillstand der Industrie aus den Städten in die Dörfer getrieben worden sind, wo es noch Brot und Arbeit gibt. Wenn Larin diese Tatsache jetzt in den „Iswestija“ bespricht, so enthüllt sich unter der früheren Maske derselbe für die Sowjetregierung verhängnisvolle Gegensatz zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernschaft, und es bleibt kein Zweifel, daß die Bolschewiki selbst nur noch das Proletariat allein für sich in Anspruch nehmen können.

In der Tat sind sich die Bolschewiki sehr wohl bewußt, daß sie eine Minderheit der Bevölkerung vertreten. Derselbe Larin hat darüber in den „Is-



westija" eine ausführliche Berechnung aufgestellt. Er kommt dabei für den tatsächlichen Machtbereich der Sowjetrepublik, dem er eine Einwohnerzahl von 65 Millionen zuschreibt, für das Proletariat auf die Verhältniszahl von 30 Prozent. Aber er zweifelt wohl selbst nicht daran, daß diese Ziffer viel zu hoch gegriffen ist. Denn er rechnet dazu nicht bloß die Arbeiter, sondern auch alle Angestellten, und zwar selbst diejenigen der kaufmännischen Betriebe, der Stadtverwaltung und Postbehörden, die doch offenkundig mit dem Proletariat nichts gemein haben, endlich auch die Landarbeiter, die in Rußland dem Typus der Bauernschaft weit näher stehen als dem der städtischen Arbeiter. Desgleichen weiß ein jeder, daß das Heer der Sowjetangestellten in den Hauptstädten und der Provinz, das Larin ebenfalls dem Proletariat zurechnet, zu einem großen Teil aus ganz anderen Elementen verschiedenster Art besteht, die nicht einmal äußerlich auf der Plattform der Sowjetregierung stehen.

Nur die eigentliche Fabrikarbeiterschaft selbst und verschwindend geringe radikal-sozialistische Splitter der kleinen Intelligenz kommen als Anhänger der Bolschewiki überhaupt in Frage. Aber die geschilderte Erscheinung der Passivität gilt auch von der Arbeiterschaft, und selbst in denjenigen Schichten des städtischen Proletariats, die ursprünglich stark von der bolschewistischen Propaganda erfaßt waren, hat die rückläufige Bewegung längst eingesetzt.

Zusammenfassend läßt sich heute sagen, daß nur



eine überaus geringe Minderheit des Volks mit Entschiedenheit für die Sowjetregierung eintritt und die große Mehrheit mehr oder weniger antibolschewistisch gerichtet ist. Wenn die Bolschewiki heute regieren, so regiert in Wirklichkeit eine kleine aktive und zum Äußersten entschlossene Minderheit durch schärfste Gewaltanwendung gegen die offenen oder geheimen Wünsche der breiten Massen des Volkes. Mit der Demokratie hat das nichts zu schaffen. Die Bolschewiki selbst sind sich nicht im Zweifel darüber, daß sie die Diktatur einer Minderheit über die große Mehrheit darstellen. Und wenn sie den demokratischen Gedanken in ihren Worten noch nicht so rücksichtslos wie in ihren Taten zum alten Eisen geworfen haben, so ist das nur eine rein theoretische Allegelei. Sie geben vor, in dem einen Sinne dennoch Demokraten zu sein, daß ihre Politik den „wahren Interessen“ der Mehrheit entspreche, wenngleich das Volk dies noch nicht erkannt habe. Sie behaupten nicht einmal, eine demokratische Regierung zu sein, sondern meinen allenfalls, eine solche werden zu können, wenn ihr soziales System sich endgültig durchgesetzt haben würde.

Aber auch dies ist eine Täuschung: sie können nie die Mehrheit des Volkes für sich gewinnen, weil ihre gesamte Politik nicht dazu führen kann, den Gegensatz zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernschaft zu mildern, sondern ihn immer weiter zuspitzen muß.



Die Diktatur des Proletariats.

Petersburg, 3. Oktober.

Als fast vor Jahresfrist die Nachrichten von den Kämpfen der Oktoberrevolution die Welt in Atem setzten, da ließ es sich vorhersehen, daß es nicht leicht sein würde, dem rücksichtslosen Herrschaftswillen Lenins und seiner Partei die Macht wieder zu entwinden, wenn er sie erst einmal an sich gerissen hätte. Noch immer sind Lenin und die Seinen an der Macht; sie rüsten sich, den Jahrestag ihrer Herrschaft festlich zu begehen, sie sind, mehr denn je, entschlossen, sich durch die rücksichtslosesten und gewaltsamsten Mittel auch ferner zu behaupten. Noch sieht man nicht den Tag und die Stunde, da sie werden weichen müssen, und auch die Art, wie der neue Umschwung sich vollziehen wird, liegt noch im Dunkeln. Aber schon zeigt es sich deutlich, daß ihr Versuch, die Arbeiterschaft zur herrschenden Klasse zu machen und die sozialistischen Ideale durch einen Gewaltstreich zu verwirklichen, als gescheitert gelten muß. Die Arbeiterklasse hat sich der gewaltigen Aufgabe, die plötzlich auf ihre Schultern gebürdet wurde,



nicht gewachsen gezeigt. Die „Diktatur des Proletariats“ hat das alte wirtschaftliche Leben des Landes vernichtet und nichts Neues an die Stelle zu setzen vermocht. Wenn der wirtschaftliche Apparat der Sowjetrepublik noch nicht völlig stille steht, so erklärt sich dies nur dadurch, daß die privatwirtschaftlichen Triebfedern, trotz aller gewaltsamen Hemmungen, sich nicht völlig ausschalten lassen und daß der „sozialistische Staat“ bisher noch immer von den Reserven zehren konnte, welche die frühere Ära aufgehäuft hat. Aber diese Reserven gehen schnell auf die Neige, es naht der Augenblick, wo sie endgültig erschöpft sein werden und die Maschine stillesteht. Der russische Sozialismus hat zwar die Produktionsmittel zu verstaatlichen versucht, aber es ist ihm nicht gelungen, dadurch der Idee des Sozialismus zu dienen, die Betriebskosten zu verringern und die Produktion zu steigern. Im Gegenteil sind die Betriebskosten immer weiter ins Ungemessene gewachsen, die nationalisierten Betriebe können nur mit großen staatlichen Zuschüssen arbeiten, und die Produktion verringert sich schnell und immer schneller. Infolgedessen ist der russische Sozialismus schon dazu geschritten, die von früher her vorhandenen Vermögenswerte in der unproduktivsten Weise zu verteilen und zu vertilgen. Daß dieses System des Raubbaues zum baldigen Bankrott verurteilt ist, liegt auf der Hand. Unter diesem System ist ein Umschwung undenkbar. Der Zusammenbruch ist nur eine Frage der Zeit, je später er eintritt, um



so schwerer wird das wirtschaftliche Elend sein, in dem das Land zurückbleibt.

Die Dinge sind so offenkundig, daß vermutlich auch die Führer der russischen proletarischen Revolution, trotz des Optimismus, in dem einige von ihnen befangen scheinen, sich dieser Einsicht nicht werden entziehen können. Aus eigener Kraft kann der Sozialismus in Rußland nicht aufkommen. Die Bolschewiki hoffen zwar noch auf die Unterstützung durch die allgemeine Weltrevolution. Aber auch diese Aussicht ist eitel. Selbst wenn man annimmt, daß die soziale Weltrevolution zum Ausbruch kommen sollte, so würden die Völker Europas viel zu sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt sein, der eigene wirtschaftliche Niedergang würde sich zu deutlich fühlbar machen, als daß sie Rußland irgendwelche Hilfe leisten könnten.

Die Bolschewiki gestehen, wie früher schon erwähnt, jetzt selber zu, daß sie sich allein auf die städtische Arbeiterschaft stützen können, und daß sich auch die sogenannte „ärmste Bauernschaft“ in Wirklichkeit aus den Arbeitern rekrutiert, die durch den Rückgang der Industrie aus den Städten in die Dörfer getrieben worden sind. Aber die Tragödie der „Diktatur des Proletariats“ erscheint in um so grellerer Beleuchtung, wenn man erkennt, daß diese Diktatur selbst der eng begrenzten Klasse, in deren Namen sie unternommen worden ist, nur Nachteil gebracht hat. Die Arbeiterschaft erwartete naturgemäß von ihrer „eige-



nen" Regierung eine unmittelbare Besserung ihrer in Rußland gewiß besonders schweren Existenzbedingungen. Die Arbeiterregierung mußte dieser Forderung nachgeben, indem sie die Löhne erhöhte und die Arbeitszeit verkürzte. Durch diese Vorgänge wurden die ohnehin nicht leichten Bedingungen der Produktion noch weiter erschwert und es erwies sich bald, daß die Erhöhung sämtlicher Preise mit der Erhöhung der Arbeitslöhne reichlich Schritt hielt, so daß die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft keineswegs gebessert, sondern nur verschlechtert wurde. Ich erwähnte schon, daß die führenden bolschewistischen Kreise bei der neuerlichen Erhöhung der Löhne um 50 Prozent selbst offen gestanden, daß auf diese Weise die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert werden könne. Holzmann, der Delegierte des Zentralkomitees der Metallarbeiter, schrieb damals in den „Iswestija“: „Um sich vor der leidhaftigsten Gegenrevolution ebenso wie vor den Schrecken des Hungers zu retten, muß das werktätige Volk arbeiten, arbeiten und arbeiten. Alle Fabriken müssen lustig zu rauchen beginnen und die Maschinen von neuem ihren industriellen Siegesmarsch anstimmen.“ Aber dieser einzige Weg, der zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft führt, ist schon verrammelt und auf Fabriken und Maschinen senkt sich allgemach statt dessen Grabesstille herab.

Wenn auf diese Weise die große Masse der städtischen Arbeiterschaft durch die „Diktatur des Prole-



tariats" keinen bleibenden Vorteil genießt, sondern sich ihre Lage nur unaufhaltsam verschlimmert, so fragt man sich, wie es kommt, daß die Stimmung der Arbeiterschaft sich nicht schon früher gegen ihre gegenwärtigen Führer gewandt hat. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Die fortgesetzten Lohnerhöhungen haben, wenn sie auch keine tatsächliche Besserung mit sich brachten, immerhin als Palliativ gewirkt. Die heftige und fortgesetzte Agitation für den Klassenkampf hielt die Leidenschaften wach und ließ die Not des Tages zurüdtreten. Die ausgedehnte Propagandatätigkeit der Sowjetorgane war überdies darauf gerichtet, immer neue Hoffnungen in den Arbeitermassen zu wecken und den Glauben an den Erfolg der proletarischen Revolution aufrecht zu erhalten. Gerade den fortgeschritteneren Klassenbewußten Elementen der Arbeiterschaft schmeichelt bis heute der Gedanke, die „Diktatur des Proletariats über die Bürgerschaft“ aufgerichtet zu haben, es erfüllt sie mit Stolz, aus einer dienenden zur herrschenden Klasse geworden zu sein. Und wenngleich die Lebenshaltung der großen Masse der Arbeiterschaft sich im Durchschnitt nur verschlechtert hat, so gibt es doch nicht wenige Arbeiter, deren Lage tatsächlich gewonnen hat. Es sind alle die, welche jetzt in den zahlreichen Sowjetbehörden tätig sind, welche zu organisieren, anzuordnen und zu befehlen haben, und die harte Arbeit an den Maschinen mit einem bequemen Sitz in einem Bureau oder einer Kommission



vertauscht haben. Ferner die anderen, welche die Kommandokurse der Roten Armee absolvieren oder als Agitatoren tätig sind. Ihre bevorzugte Stellung und Tätigkeit bietet an sich manchen Anreiz und sie sichert ihnen gute Kost und Kleidung und Gehalt. So hat sich schnell unter der Arbeiterschaft eine besondere Aristokratie gebildet, die ideell und materiell an der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur stark interessiert ist. Diese neue „Aristokratie des Proletariats“ besteht naturgemäß aus den energischsten, entwickeltsten, den führenden Elementen der Arbeiterschaft, und ihr Einfluß konnte die Massen des Proletariats bisher im Bann halten.

Aber alle diese Umstände, welche die Autorität der Sowjetregierung bei der Arbeiterschaft gestützt haben, können auf die Dauer gegen die unmittelbar jedem einzelnen Arbeiter fühlbare Wirkung des unaufhaltsam wachsenden Elends nicht standhalten. Schon in meinen ersten Berichten wies ich darauf hin, daß die Sowjetregierung auch bei der Arbeiterschaft schon an Boden verloren habe. Soweit Prozesse dieser Art sich beobachten lassen, glaube ich sagen zu können, daß diese Bewegung, trotz aller inzwischen angewandten Stimulantien, in fortgesetztem Wachsen begriffen ist. Ein Mann, der berufsmäßig in ständiger Berührung mit der Arbeiterschaft steht, sagte mir auf meine Frage nach deren Stimmung: „Die Hälfte ist gegen die Sowjetregierung, die andere ist gleichgültig und resigniert.“ Das mag



für den Augenblick noch übertrieben sein. Aber die Not des Proletariats wächst geradezu von Tag zu Tag und es naht der Augenblick, wo die „Diktatur des Proletariats“ nur noch auf der erwähnten Arbeiteraristokratie beruht. Auf solcher schmalen Basis kann sich das mächtige Gebäude nicht halten, das Lenin und seine Anhänger aufzurichten hofften, und wenn es zusammenbricht, wird ein furchtbares und warnendes Trümmerfeld seine Stätte bezeichnen.



Rußland heute und morgen.

St. Petersburg, 9. Oktober.

Aus den früheren Aufsätzen hat der Leser den Eindruck gewonnen, daß das bolschewistische Regime durchaus unhaltbar erscheint, und daß es mit schnellen Schritten seinem Niedergang entgegengeht. Die Verpflegungsverhältnisse werden immer untraglicher und aussichtsloser, das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes nähert sich dem Stillstand, alle Klassen der Bevölkerung haben immer schwerer unter dem allgemeinen Elend zu leiden. Wenn die Bolschewiki zu betonen lieben, daß sie nicht Theorien, sondern Interessen vertreten, so zeigt sich in Wahrheit schon deutlich genug, daß es längst nicht mehr die Arbeiterschaft als Ganzes ist, deren Interessen die Sowjetregierung dient, sondern allenfalls noch jene engbegrenzte Gruppe einer neuen Arbeiteraristokratie, von der in dem letzten Aufsatz die Rede war. In diesen Umständen liegt die Abfallbewegung der Massen begründet, sie läßt sich nicht aufhalten, und so wird die sogenannte „soziale Basis“ der Sowjetregierung immer schmaler und immer unsicherer. Während die Zahl der Anhänger der Sowjetregierung



zusammenschmilzt, wächst die Erbitterung ihrer Gegner und die Unzufriedenheit des Volkes.

Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die Rote Armee zwar an Zahl beständig zunimmt, aber gerade dadurch ihre „Zuverlässigkeit“ geringer wird. Die wieder eingeführte Zwangsrekrutierung macht die früher geübte Auslese unmöglich, und das Prinzip, in erster Linie Arbeiter in die Rote Armee einzustellen, nützt um so weniger, je unsicherer die Stimmung in der Arbeiterschaft selbst sich gestaltet. Es kommt hinzu, daß bei den Kämpfen sogar eine für die Sowjetregierung ungünstige Auslese stattfindet. Denn die Unlust zum Kampfe ist allgemein, und deshalb können die tatkräftigsten, der Sowjetregierung ergebensten Elemente und Truppenteile nicht geschont werden, sie müssen fortgesetzt ein anfeuerndes Beispiel geben und tragen die schwersten Opfer. So bereitet sich auch in der Roten Armee der Boden, auf dem ein Umschwung möglich wird, und die wachsenden Versorgungsschwierigkeiten wirken in derselben Richtung.

So sollte man meinen, daß die Zeit der Sowjetregierung gemessen ist und bestenfalls nur noch nach Monaten zählen kann.

Aber es entsteht die Schwierigkeit, eine solche Prognose aufzustellen, solange sich noch nicht erkennen läßt, woher der Umschwung kommen soll. Noch immer sieht man nicht den festen Kern, um den sich die Massen scharen könnten, die der bolschewistischen



Herrschaft überdrüssig sind. Man sieht noch nicht einmal deutlich das Programm, das sie auf ihre Fahnen schreiben werden. Erschwerend wirkt die natürliche Passivität des russischen Volkes, die sich, wie kürzlich geschildert, gerade in der Revolution wieder deutlich bekundet hat. Im Gespräch mit hervorragenden russischen Politikern des bürgerlichen Lagers habe ich es offen aussprechen müssen, daß das russische Bürgertum nicht nur materiell von den Bolschewiki geschlagen worden ist, sondern in gewissem Sinne auch moralisch. Denn die Bolschewiki sind die einzige russische Richtung, die bisher während der Revolution einen hohen Grad von Tatkraft und Entschlossenheit an den Tag gelegt hat. Darin besteht bis auf den heutigen Tag ihre Stärke, der sich die weiche und schmiegsame Masse des russischen Volkes, wenn auch widerwillig, noch immer fügt.

Die größte Kraft des Widerstandes haben die Bolschewiki von der russischen Bauernschaft erfahren, und kein roter Terror ist imstande, das zähe Widerstreben der bäuerlichen Massen zu brechen. Jede russische Regierung wird in Zukunft vor allem mit den Interessen und Bedürfnissen der Bauernschaft zu rechnen haben, wenn sie lebensfähig sein will; und darin liegt schon das Verhängnis der Bolschewiki, daß sie als Partei des städtischen Proletariats in einem natürlichen Gegensatz zur Bauernschaft stehen und diesen Gegensatz durch eine Reihe kurzschichtiger Maßregeln unheilbar verschärft haben.



Über die Führung im Kampf gegen die Sowjetregierung kann nicht das Bauerntum selbst, sondern nur das gebildete Bürgertum übernehmen.

Nun habe ich bereits geschildert, daß die alten bürgerlichen Parteien schwach und zerfallen sind und es keine Organisationen gibt, welche gegenwärtig den Kampf mit der Sowjetregierung aufnehmen könnten. Es zeigt sich noch immer eine heillose Verwirrung und Zersplitterung der öffentlichen Meinung, und eine neue Einheit ist um so schwerer herzustellen, als, mit Ausnahme der bolschewistischen, alle Zeitungen, alle Mittel des öffentlichen Meinungsaustausches von der Sowjetregierung unterdrückt sind. Noch immer ist das Bürgertum eingeschüchtert, mutlos und resigniert. Wen von den russischen Politikern und von den Männern des öffentlichen Lebens man auch fragen mag, man hört gegenwärtig nur eine Stimme: ohne fremde Hilfe könne das russische Volk das Joch der Bolschewiki nicht abschütteln. Nachdem man abwechselnd auf die Deutschen, die Tschecho-Slowaken und die Entente gehofft hat, ist jetzt die Ansicht überaus verbreitet, daß erst nach Abschluß des allgemeinen Friedens eine internationale Einmischung die Sowjetregierung beseitigen wird. Eine hervorragende Persönlichkeit des russischen Wirtschaftslebens, die inzwischen vor den Bolschewiki hat fliehen müssen, um nur das nackte Leben in Sicherheit zu bringen, ging vor einigen Wochen in der Hoffnungslosigkeit so weit, mir zu sagen, daß



es unter den gegenwärtigen Umständen ein Unglück wäre, wenn die Bolschewiki gestürzt würden oder sogar wenn sie freiwillig zurückträten. Denn es könnte dann noch schlimmer werden: es wäre dann nicht ausgeschlossen, daß in dem einen Kreise die Bolschewiki, in dem anderen die Kadetten, im dritten die Sozialrevolutionäre, im vierten die Monarchisten saßen und sie alle in völliger Anarchie untereinander in Fehde lägen.

Wenn von außen keine Einmischung erfolgt und das russische Bürgertum sich nicht aufrafft, so ist in der Tat eine völlige anarchische Auflösung, ein trauriger, rettungsloser Niedergang Rußlands unvermeidlich. Denn das eine steht für mich fest: der Bolschewismus ist in sich selbst unhaltbar; selbst wenn niemand den Kampf gegen ihn aufnimmt, so muß er sich selbst binnen kurzer Frist durch seine eigene Politik zugrunde richten und von der Bildfläche verschwinden.

Aber wenngleich die Russen selbst es eigentlich besser wissen müßten, kann ich ihre Ansicht nicht teilen, daß die Sowjetregierung gewaltsam nur durch einen Eingriff von außen gestürzt werden kann. Im Kriege wie in der Revolution zeigt es sich deutlich, daß wir alle viel zu sehr im Banne des gerade gegenwärtigen Augenblicks stehen und, uneingedenk der überstandenen Wechselfälle meinen, es könnte nicht anders sein. Die russische Revolution dauert erst anderthalb Jahre, und sie hat inzwischen schon



die stärksten und schnellsten Wandlungen in der Volksstimmung gezeigt. Anfangs war alles Volk mit einem Schlage sozialrevolutionär, begeisterte sich für Kerenski und für die Fortsetzung des Krieges; wenige Monate darauf hatten sich die Sozialrevolutionäre in Bolschewisten verwandelt, und vom Kriege wollte kaum jemand mehr etwas wissen. Kerenski ist längst eine allgemein verachtete Kreatur, und die Anhänger der Bolschewisten sind heute bereits so gering an Zahl, daß sie sich nur durch die Anwendung der fürchtbarsten terroristischen und diktatorischen Mittel an der Macht erhalten können. Auch vor dem ersten Ausbruch der Revolution waren im Grunde genommen keine organisatorischen Kräfte vorhanden, die fähig und entschlossen gewesen wären, den Zarismus zu stürzen. Und doch wurde er gestürzt, als die Unzufriedenheit und Verzweiflung des Volkes, zum Teil sogar auf entgegengesetzten Ursachen beruhend, eigentlich allen unerwartet zum offenen Durchbruch kam.

Ein angesehener russischer Politiker erzählte mir, wie er kurz vor der Februarrevolution mit einem Bekannten über den Newski-Prospekt gegangen sei und die vor sich gehenden Hungerdemonstrationen als ungefährlich und bedeutungslos bezeichnet habe, als er beobachtete, mit welchem augenscheinlichen Eifer die Kosaken die Demonstranten auseinandertrieben. Aber wenige Tage später machten dieselben Kosaken mit den Demonstranten gemeinsame Sache — und



mit dem Zarismus war es vorbei. Nichts kann deutlicher und warnender die Unberechenbarkeit der Massenstimmung beleuchten. Es beweist nichts, wenn heute noch die Rote Armee Samara zurückerobert.

Die Oktoberrevolution, die den Bolschewisten den Sieg gab, wurde, ebenso wie die vom Februar, mit den geringsten Kräften ausgeführt. Möglich war das wiederum nur auf Grund der Verzweiflung der Massen, welche durch die Untätigkeit und Hilflosigkeit der Kerenskischen Regierung entstanden war.

In heftigen Wellen ist die russische Revolution bisher verlaufen. Jetzt eben sind wir im Wellental, und manchem scheint es, als müßte es immer so bleiben. Aber gewisse Anzeichen weisen schon darauf hin, daß die neue Welle sich wieder zu heben beginnt. Noch scheint die Stimmung der Massen apathisch und resigniert, aber überraschend schnell kann das Bild sich völlig gewandelt haben.

Die Sowjetregierung kann nicht dauern. Dies ist klar. Aber noch sieht man die Kräfte nicht, die sie stürzen könnten? Die Kräfte können gering sein, wie im Februar und im Oktober, sobald die Verzweiflung die Massen erfasst. Unter der Wirkung der allgemeinen Not wird die „soziale Basis“ der Bolschewiki wohl noch so dünn, daß sie gleichsam nur in der Luft hängen, und schon ein Windstoß genügt, um sie zu Fall zu bringen.

Man sieht noch nicht die neue Regierung und ihr Programm? Das furchtbare Elend, das unver-



meidlich über Rußland hereinbrechen muß, wird, sollte man meinen, eine Reihe von unabweislichen realpolitischen und praktisch-wirtschaftlichen Forderungen so sehr in den Vordergrund rücken, daß die Mehrheit des Volkes sich darum scharen kann. Vielleicht wird die neue Regierung gar nicht mehr von den alten Parteien gebildet werden, sondern von wenigen entschlossenen Männern, die im entscheidenden Augenblick aussprechen was jeder als notwendig empfindet.

Eines läßt sich wohl heute schon deutlich erkennen: an dem Tage, an dem die Bolschewiki zu Falle kommen, hat nicht nur ihre besondere Richtung, sondern der Sozialismus in jeder Form seine führende Rolle in Rußland ausgespielt. Ich habe die Gründe dargelegt, aus denen die sozialrevolutionären Parteien als politisch erledigt gelten müssen. Sie zehren nur noch von ihrem schon verblaßten Glanz. Es ist ein Aberglaube, wenn manche meinen, Rußland stehe nach dem Bolschewismus noch eine sozialrevolutionäre Ara bevor. Noch deutlicher zeigt sich die Schwäche und Passivität der Menschewiki. Die künftige Führung Rußlands gehört nicht den Sozialisten irgendwelcher Art, sondern dem durch die Revolution gehärteten und belehrten russischen Bürgertum.



Die große Not in Petersburg.

Petersburg, 11. Oktober.

Das gesellige Leben Petersburgs, das Puschkine im „Ehernen Reiter“ so reizvoll schildert, ist tot, der Glanz der Feste ist zerstoßen. Die Gesellschaft ist zusammengeschmolzen. Wer es konnte, ist geflüchtet und lebt in der Krim oder in der Ukraine. Die anderen, die nicht geflohen sind, obgleich sie durch ihre politische oder gesellschaftliche Stellung die gefährliche Aufmerksamkeit der jetzigen Machthaber erregen können, halten sich meist still verborgen, sie haben keine feste Stätte, sie schlafen wohl jede Nacht bei einem andern ihrer Freunde, sie leben, wie man hier sagt, „auf illegalem Fuße“. Die vornehmen Klubs und prächtigen Palais sind expropriert. Teils stehen sie geschlossen, weil man in dem halb ausgestorbenen Petersburg keine Verwendung für sie hat, teils haben sich Sowjetbehörden oder öffentliche Anstalten in ihnen niedergelassen. In einem der glänzendsten Paläste, in dem Hause des Fürsten Tschupow an der Moika, das einst ein Zentrum der Hofgesellschaft bildete, an dieser Stätte, wo das abenteuerliche Leben Rasputins sein blutiges Ende fand, waltet



jetzt geschäftig die deutsche Kriegsgefangenen- und Rückwanderer-Kommission. Neben prunkvollen antiken Möbeln stehen in seltsamem Kontrast die nüchternen Kanzleischreibe mit Aktenbündeln beladen, und als Briefbeschwerer dient wohl hier und da ein kostbares und zartes Bibelot, das von den früheren Bewohnern zurückgelassen worden ist.

Das gesellige Leben ist tot. Aber der Schönheit des Stadtbildes, die der große Dichter in unsterblichen Versen besingt, hat im großen weder der Krieg noch die Revolution etwas anhaben können. Bei dem prachtvollen Blick vom Ufer der Newa auf den mächtigen Strom mit seinen weiten, gewölbten Brücken wird man nur durch die hier und da von öffentlichen Gebäuden flatternden roten Fahnen an die traurige Gegenwart gemahnt. Unverändert stehen an beiden Ufern die beiden Wahrzeichen Petersburgs, die beiden goldenen, schlanken, nadelgleichen Türme, hier der elegante Turm der Admiralität und drüben die schmale Spitze der Peter-Pauls-Kathedrale, welche die dumpfe Not der Kasematten und den prunkbedeckten Moder der Kaisergrüfte leuchtend überragt. Und weiter, wie einst, die edlen, ruhigen Formen der Isaackskirche, dieses köstlichen Bauwerks aus grauem Marmor, rötlichem Granit und dunklem, kunstvoll gebildeten Erz, die prächtigen Kais mit ihren Palästen, der weite Sand des Marsfeldes und die gravitatisch-geraden Alleen des Sommergartens.

Erst in den Einzelheiten sieht man den Verfall,



von dem ich schon gesprochen habe. Welch ungewohnte Bilder auf den Straßen! Der Newski-Prospekt bot früher stets den Anblick einer ununterbrochen sich drängenden Reihe von Wagen und Automobilen. In der Mitte des breiten, doppelten Fahrdamms hielt die kaiserliche Polizei eine Gasse frei für die prunkvollen Privatequipagen und die „Sichatschi“, die, mit edlen Orlower Trabern bespannt, hier in saufender Fahrt an dem Heer der minder begünstigten Wagen vorbeisliegen konnten. Jetzt ist der Fahrdamm den ganzen Tag über leer. Die wenigen Automobile, die sich zeigen, fahren freilich in noch rasenderem Tempo als die Privatwagen zarischer Zeiten. Es sitzen „Towarischtschi“ drin, Matrosen, Arbeiter — Funktionäre der „Nördlichen Kommune“. Sonst zieht nur hier und da ein einsamer, abgetriebener, kleiner Droschkengaul mühsam seinen Wagen. Von Mostau aus habe ich von den auffallend wohlgenährten Droschkenpferden berichtet. Aber schon in den Wochen, die ich in Mostau verbrachte, magerten sie zusehends ab. Als ich einen Kutscher danach fragte, sagte er mir, es sei auch zu den phantastischen Preisen, die man bisher dafür gezahlt habe, einfach kein Hafer mehr zu bekommen. „Und haben wir einmal welchen, so essen wir ihn selbst. Den Pferden kann man keinen mehr geben.“

Nur einmal noch habe ich auf dem einst so glänzenden Newski-Prospekt eine größere Schar Pferde beisammen gesehen. Orlower Traber waren es frei-



lich nicht, sondern gräßlich abgezehnte Klepper, die einen Anblick zum Erbarmen gewährten und sich vor Schwäche kaum auf den Beinen halten konnten. Sie wurden offenbar zum Schinder getrieben, denn nicht nur den Hafer ißt man jetzt selbst, sondern auch die Pferde.

Der Fahrdamm ist leer. Nur auf den Bürgersteigen herrscht in den Geschäftsstunden noch einiges Leben. Hier hat sich ein kleiner Markt entwickelt. Männer aus den gebildeten Schichten verkaufen Zeitungen, Damen halten kleine Kuchen, spärliche Süßigkeiten, schwärzliche kleine Brötchen feil, die sie selbst gebacken haben. Sie stehen hier bei jedem Wetter, beim Petersburger naßkalten Nebel und Herbstregen, obgleich sie jeden Augenblick in Gefahr sind, daß ihnen die ärmlichen und doch kostbaren Waren konfisziert werden und sie selbst für „Spekulation“ ins Gefängnis wandern müssen.

Von den „Liquidations-“ und „Kommissionsgeschäften“ habe ich schon erzählt. Auch ihnen geht es immer schlechter. Den Handel mit Möbeln hat die Sowjetregierung schon untersagt und sogar jeden Transport von Möbeln verboten. Die Möbel sind jetzt an die Wohnung gebunden und harren der Arbeiter, die als Herren einziehen sollen. Aber sie werden meist leer bleiben. Wenn es so weiter geht, können die Arbeiter die Wohnungen nicht beziehen, sondern müssen nach wie vor scharenweise in die Dörfer flüchten, um nur ihr Leben zu fristen. Seit einigen Tagen



ist auch der Handel mit Pelzen verboten. Das vorhandene Pelzwerk wird registriert und vermutlich konfisziert. In der bolschewistischen Presse ist längst gesagt worden, es sei nur recht, wenn Zobel und Blaufuchs die Schultern der tapferen Rotgardisten wärmen.

Um ein kleines Geschenk zu kaufen, betrat ich vor einiger Zeit eines dieser „Liquidationsgeschäfte“ auf dem Newski. An edlen Spitzen, Porzellan und Silber war kein Mangel. Aber der einzige Käufer war ich. Mehrere junge, auffallend hübsche Damen zeigten mir freundlich ihre Schätze. Das Parfüm und das Gebaren verrieten auf den ersten Blick ihre wahre Profession: die Inhaberinnen dieses Geschäfts gehören zu den verwöhnten Geschöpfen, die einst den Gegenstand des Glücks, des Streites, des Ruins der glänzenden und reichen Gardeoffiziere gebildet haben. Jetzt suchen sie, solange es geht, ihren Unterhalt von den Geschenken, die ihnen freie Liebe in jenen Zeiten rauschenden Trubels werdend überreichte. Wehmütig zeigte mir eine von ihnen einen ungeheuren Muff aus dunkelstem, edelstem Zobel mit eisgrauem Grannenhaaren, von jener Art, davon das einzelne kleine Fell normalerweise wohl zweitausend Rubel kostet. Ein wenig traurig und ein wenig leichtsinnig lächelte sie: „Den verkauf ich noch nicht.“ „Noch nicht“ — aber bald, und dann wohl in der Not und billig, billig, billig.

Daselbe Bild in einem andern Geschäft, das sich



in einem Laden aufgetan hat, der früher einer der luxuriösen französischen Konfiserien diente, solange es noch Süßigkeiten gab. Nur die Damen sahen anders aus. Mit Ernst und feiner Höflichkeit bedienten sie den Kunden. Ein Gegenstand, nach dem ich fragte, war nicht vorhanden. Die Dame, die mit mir sprach, sagte, ich könnte das Gesuchte in ihrer Wohnung finden. Sie schrieb mir schnell Straße, Nummer des Hauses und der Wohnung auf. „Nur sagen Sie dem Schweizer nichts davon, daß ich verkaufe.“ Ein leises Mißtrauen faßte mich einen Augenblick. War das ein Trick? — Als ich zur verabredeten Stunde das Haus betrat, hielt mich der Schweizer an. Ich fragte: „Ist hier Wohnung 4?“ Der Schweizer verneigte sich: „Der Fürst, zu Befehl.“ Ich nickte nur, ohne meine Überraschung zu verraten. Er hatte einen sehr bekannten Namen genannt. Die Fürstin empfing mich mit höflicher Selbstverständlichkeit, als hätte sie nie etwas anderes getan, als Bibelots verkauft: mit derselben mondänen Selbstbeherrschung, mit der sie vielleicht auch das Schafott besteigen würde, zeigt sie jetzt den fremden, kalten Käufern die Schätze ihrer intimen Häuslichkeit.

Geschieht das alles zu Nutz und Frommen des Proletariats? Ich ging heute früh an einem der städtischen Märkte vorbei. Auf dem Bürgersteig an seiner Seite drängte sich eine Reihe von proletarischen Frauen. Sie taten nichts anderes, als was die Fürstin tut, nur ist es fast noch herzzerreißender: in



ihren Körben halten diese Arbeiterfrauen den letzten, irgend entbehrlichen Hausrat feil. Dort war es schimmerndes Kristall und weiche Felle, hier sind's ein paar gepreßte Gläser, ein ärmlicher Leuchter, ein Handtuch und ein Hemd aus grober, hausgewebter Leinwand.

An Lebensmitteln ist der Markt fast leer. Nur ein wenig Rüben, Kohl und Äpfel zu hohen, hohen Preisen. Seit die Sowjetregierung das vorübergehend jedem Arbeiter gewährte Recht, zu freien Preisen 1½ Pud Lebensmittel auf dem Lande zu kaufen und in die Hauptstadt hereinzubringen, wieder aufgehoben hat, sind in Petersburg auch zu höchsten Preisen Eier, Mehl, Butter, Zucker, Kartoffeln kaum mehr zu haben. Es ist schrecklich, an die Kinder zu denken. Sie bekommen wohl Karten, aber keine Milch. Ihre Sterblichkeit muß furchtbar sein.

Wie lange kann das Volk den Hunger ertragen, der immer schwerer wird? Ein Mann warf auf der Straße das abgenagte Herz eines Apfels von sich in den Schmutz. Gleich stürzte sich ein Knabe darauf und aß es auf. Es werden hier Scheiben von Wassermelonen auf der Straße verkauft und gleich verspeißt. Ärmliche Frauen achten auf die Käufer und lesen die benagten grünen Schalen aus dem Staube, um noch eine Suppe daraus zu kochen. Ein Fuder mit Mehl fuhr jüngst durch die Stadt. In einem der Säcke war ein Loch entstanden und ehe es bemerkt wurde, hatte sich eine schmale, weiße



Rinne auf der Straße gebildet. Gleich sammelten sich die Passanten, wie die Fliegen um die Zuckerdose, und bald sah man eine lange Reihe Männer und Frauen auf der Straße knien. Jeder suchte einige Lot von dem schmutzigen Mehl in ein Stück Papier oder in seine Tasche zu löffeln.

Gestern bestieg ich vor dem deutschen Generalkonsulat eine Droschke. Der Kutscher wandte sich zu mir um und fragte: „In Deutschland soll auch schon Revolution sein? Das verhüte Gott! Sonst nimmt sie bei uns vielleicht auch gar kein Ende!“



Ein Arbeitermeeting.

Moskau, 20. Oktober.

Die Bolschewiki haben das Gewicht einer regen agitatorischen Tätigkeit vollauf erkannt, sie verstehen sich gut darauf und entfalten darin alle verfügbaren Kräfte. In Moskau werden jeden Freitag in allen Stadtteilen große Arbeitermeetings veranstaltet, denen jedesmal ein bestimmtes, allen gemeinsames Thema zugrunde liegt. Die Auswahl dieser Themata, die möglichst aktuell und schlagkräftig gestaltet werden, zeigt schon meist einen glücklichen und geschickten Griff. Die besten Redner der Partei treten auf den Meetings hervor und die Volkskommissare selbst sind gewöhnlich aktiv dabei beteiligt. Auf einem dieser regelmäßigen Freitagsm Meetings war es ja, wo das Attentat auf Lenin geschah, als er seine Rede beendet hatte und die Versammlung verlassen wollte. In Petersburg werden ähnliche Veranstaltungen jeden Sonntag abgehalten. Der Eintritt zu den Meetings ist für jedermann frei. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese tatkräftige agitatorische Tätigkeit viel dazu beigetragen hat, die Stimmung der Arbeitermassen aufrecht zu erhalten. In neuester



Zeit tritt in Petersburg schon das Bestreben zutage, eine ähnliche Propaganda auch in die Provinz, ja in Dörfer zu tragen. Doch ist von diesem Plan nicht viel zu erwarten, sowohl wegen der entschieden ablehnenden Haltung der Bauernschaft als auch weil es der Sowjetregierung dafür an der nötigen Zahl geeigneter Kräfte fehlt.

Überhaupt ist immer der Unterschied zwischen den Hauptstädten und der Provinz zu beachten. Hier zeigt sich deutlich das Wollen, dort der Mangel des Vollbringens. Wenn der Beschluß gefaßt wird, irgend eine Rede Lenins oder Trozkis, irgend eine Resolution des Zentral-exekutivkomitees „im ganzen Gebiet der Sowjetrepublik“ durch öffentlichen Anschlag zu verbreiten, wenn dann automatisch am folgenden Tage an allen Straßenecken Moskaus tatsächlich diese Plakate in Tausenden von Exemplaren und in Riesenschrift erscheinen, so wäre es doch sehr irrig, daraus zu schließen, daß nun im ganzen Reich das Gleiche geschehe. Vor meiner Reise nach Rußland hatten führende russische Bolschewisten mir erzählt, die Sowjetregierung habe zu agitatorischen Zwecken die engste Post- und Telegraphenverbindung mit den entferntesten Teilen des Reichs hergestellt und bolschewistische Zeitungen würden in großer Zahl selbst in den abgelegensten Dörfern gratis verteilt. Ich habe mich inzwischen durch eigene Beobachtung davon überzeugen können, daß diese Angaben, wie manche andere, eine starke Übertreibung



darstellten. Schon aus den größeren Provinzstädten wird gerade von bolschewistischer Seite immerfort darüber geklagt, daß es unmöglich sei, irgendwelche Zeitungen zu erhalten — von den kleinen Städten und Dörfern schon ganz zu schweigen. Die Leistungsfähigkeit des Apparats der Bolschewiki entspricht eben keineswegs der Größe ihrer Pläne.

In den Hauptstädten aber wird intensiv agitatorisch gearbeitet. Außer den erwähnten regelmäßigen Meetings bringt jede Woche noch besondere Veranstaltungen, bei denen neben den üblichen Reden noch Musik und Kinematographie in den Dienst der Propaganda treten. Ein solches „Konzertmeeting, gewidmet der nahe bevorstehenden Weltrevolution“ fand zum Beispiel hier am vergangenen Sonnabend statt, wobei die bolschewistischen Redner auf der Estrade von den Künstlern der Sowjet-Theater, von Sängerschören usw. abgelöst wurden. Diese „Konzertmeetings“ ziehen besonders viele Neugierige auch aus bürgerlichen Kreisen an, die ein Eintrittsgeld zu zahlen haben, während die Arbeiterschaft auch hier auf Grund ihrer Partei- oder Gewerkschaftskarten freien Einlaß findet.

Um vor meiner Abreise noch einmal die Arbeitermassen zu beobachten, besuchte ich am vergangenen Freitag eines der regelmäßigen Meetings. Die Parole lautete diesmal: „Die Ukraine und die neue Verschwörung der Imperialisten“. Das Thema war aktuell, weil es auf die Angriffe Bezug nahm, denen die



Vertreter der bolschewistischen Friedensdelegation in der Ukraine ausgesetzt gewesen sind, und weil es die mannigfachen Gefahren zusammenfaßte, deren sich die Sowjetregierung von Süden her versieht: die Offensive der Truppen Denikins und Krasnows, ihr Waffenbündnis mit der Ukraine, die aggressive Haltung der ukrainischen Regierung, endlich die Besorgnis, daß die antibolschewistische Bewegung im Süden Unterstützung von Seiten der Entente finden könnte.

Zwar halten sich die Redner auf diesen Meetings keineswegs sehr eng an das vorgeschriebene Thema, aber darauf kommt es ja auch nicht an. Sie sprechen meist frei und im wesentlichen unpräpariert, da ihnen ihre übrigen Geschäfte wohl selten Zeit zu sorgfältiger Vorbereitung dieser Meetingreden lassen mögen. Es kommt ja nur darauf an, zu unterhalten und anzufeuern, und das den Russen häufig angeborene Redetalent bewährt sich auch hier.

Auch jetzt noch, wo diese Meetings schon viele Monate allwöchentlich stattfinden, wo man also ein gewisses Erlahmen des Interesses erwarten könnte, war der große Raum gefüllt und selbst in den Gängen standen die Menschen: Arbeiter, Rotgardisten, Männer und Frauen, darunter auch Vertreter kleinbürgerlicher Schichten, einige Neugierige aus der Bourgeoisie. Der Klassenhaß, der als Idee in der russischen Politik wirksam ist, tritt beim einzelnen Individuum nicht hervor. Als ich suchend durch



die dichtgefüllten Sitzreihen schritt, rückten einige Rotgardisten bereitwillig zusammen und winkten freundlich dem bürgerlich-vesteuropäisch gekleideten Gast, Platz zu nehmen. Auch der Durchführung des Roten Massenterrors fehlt ja in Rußland durchaus das Elementare: er entspringt keineswegs einer gewalttätig zum Ausbruch kommenden Stimmung oder Forderung der Massen, sondern er wird von obenher, auf Anordnung der zentralen Behörden von den dazu eingesetzten Organen ausgeübt, und die Massen sehen zu, wie sie der ganzen Revolution im wesentlichen zugeesehen haben. Während meines ganzen Aufenthalts in Rußland habe ich nur in wenigen Fällen Anzeichen dafür gefunden, daß der Klassenhaß in dem einzelnen Proletarier so weit praktisch geworden sei, um ihn schon in jedem Vertreter der Bourgeoisie das feindliche Element erblicken zu lassen. In Anbetracht der unaufhörlichen und wüsten Klassenverhetzung, die nun schon so lange in Rußland betrieben wird, ist das immerhin beachtenswert.

Andererseits tritt die Ermüdung des Proletariats, die zweifellos vorhanden ist, auf diesen Meetings kaum zutage. Und das ist kein Wunder, denn die Meetings sind „circenses“. Brot können die Bolschewiki nur wenig bieten, so bieten sie denn Spiele. Der Arbeiter kommt, um gute und lebhaftere Reden zu hören, er ist animiert, er applaudiert und vergißt darüber seine Sorgen. Indessen hat diese Unterhaltung zweifel-



los viel dazu beigetragen, die Massen zu entwickeln und zum Denken anzuregen.

Es ist interessant zu beobachten, an welchen Stellen der Beifall einsetzt: man erkennt daran die treibenden Kräfte. Es schmeichelt noch immer dem Klassenstolz des entwickelteren Proletariats, daß es der Arbeiterschaft gelungen ist, die Herrschaft über die Bourgeoisie aufzurichten, und er klatscht in die Hände, wenn ihm ein Redner diese Tatsache eindringlich zu Gemüte zu führen versteht. Dadurch ist es wohl auch zu erklären, daß lebhafter Beifall erklingt, wenn ein Redner fordert, nicht nur die Großbourgeoisie; sondern auch die in ihren Diensten stehende Intelligenz unter die Guillotine zu liefern; oder wenn ein anderer erklärt, die Flammen der Revolution züngelten schon in allen Ländern auf, sie würden bald zu einem ungeheuren Scheiterhaufen empor schlagen und das geeinigte Proletariat aller Länder werde die internationale Bourgeoisie auf diesen Scheiterhaufen werfen. Die beifallklatschenden Proletarier sind gewiß nicht so blutdürstig, wie man aus ihrem Jubel schließen könnte. In diesen Reden erblickt das Proletariat nur das Symbol seiner absoluten Macht, und es schmeichelt ihm die Idee, daß diese Macht sich über die ganze Welt verbreiten könnte.

Eine große Rolle spielt natürlich die Qualität des Redners. Doch dafür ist gesorgt. Im ganzen waren es, wenn ich nicht irre, sieben, und vier davon sprachen vorzüglich. Glänzend in der Form und ab-



wechselungsreich in der vom Pathos zum Humor hinüberspielenden Schattierung war die Rede Preobraschenskis, des Gehilfen des Volkskommissars für Unterricht, dessen Name schon seine Herkunft aus dem geistlichen Stande verrät. Überaus gewandt und fesselnd war auch die Rede Chmelnizkis, eines bekannten jüdischen Bolschewisten, der vorher meine Aufmerksamkeit schon dadurch gefesselt hatte, daß er auf eine abschreckende Weise unablässig und ungehört auf der Estrade seine Nägel kante. Aber das stärkste Temperament und die eindringlichste Wirkung entfalteten zwei Männer, die aus dem Arbeiterstande selbst hervorgegangen sind, die Genossen Antonow und Schoritschew. Bei diesen Rednern fühlt man es unmittelbar, daß es ihnen ernst ist um ihre Sache, daß sie leidenschaftlich eine Überzeugung verfechten, daß Klassenbewußtsein und unerbitterlicher Klassenkampf das A und das D ihres Denkens und Handelns bilden.

Zugleich erkennt man in diesen Reden die Kraft, die den Bolschewiki das Übergewicht über ihre Gegner verliehen hat: während alle übrigen Parteien von nationaler Einheit schwärmen, die Gegensätze zu versöhnen suchten und so zum Schwanken, Vermitteln und Zögern verurteilt waren, lehnten die Bolschewiki allein jeden Kompromiß ab und predigten offen den unbedingten Kampf, den Kampf bis zum Äußersten. Sie brauchten nicht zu parlamentieren, nicht zu zögern, auf niemand Rücksicht zu nehmen, sie brauchten



nur geradlinig den Weg ihrer eigenen Parteidoktrin zu verfolgen. Während ihre Gegner durch tausend Rücksichten gelähmt waren, fanden die Bolschewiki in dieser Politik die Kraft des unbedenklichen und rücksichtslosen Handelns. Bei der Passivität der russischen Massen gab ihnen dies die Macht in die Hand. Aber es ist auch die Ursache ihres unvermeidlichen Untergangs. Denn sie haben so unentwegt allein im Dienste des Klassenkampfes gehandelt, daß sie darüber nicht zur Besinnung kamen. Nun liegt zwar in der Tat das Kapital danieder, aber das wirtschaftliche Leben ist so zerstört, daß die Lage praktisch unhaltbar geworden ist und nur ein völliger Umschwung Rettung bringen kann.

In den Meetings spürt man noch immer die Wirkung dieser bolschewistischen, unbedingten und unbedenklichen Aktivität. Und die Passivität der Massen zeigt sich darin, daß niemand von den Zuhörern auch nur den Versuch macht, sich an der Diskussion zu beteiligen. Hier, wie im Zentralerekutivkomitee, folgt das Parterre wortlos den Führern.

Diese Führer aber sind auf der steilen Leiter des Handelns so hoch in die Wolken geklettert, daß ihnen die Wirklichkeit der Erde fremd geworden ist. Während sich schon in den bolschewistischen Preßorganen selbst, namentlich in ihren volkswirtschaftlichen Publikationen, der Zusammenbruch des ganzen Systems immer deutlicher und furchtbarer abzeichnet, träumen die Redner noch davon, daß dieses selbe System



sich über die ganze Welt ausbreiten werde. Mit bewegter Stimme erklärt Preobraschenski, Rußland werde das Opfer bringen müssen, sich von seinem Lenin zu trennen: denn Lenin werde bald an die Spitze des Rats der Volkskommissare der föderativen proletarischen Weltrepublik treten müssen. Diese Leute sehen den Abgrund nicht, der sich schon unter ihnen gehöhlt hat, und Radek ruft triumphierend, es sei eine Lust zu leben.



Die „Außerordentlichen Kommissionen“.

Moskau, 22. Oktober.

Die „Außerordentlichen Kommissionen zum Kampf mit der Gegenrevolution, der Spekulation und den Verbrechen im Amt“ sind die aktiven Organe des Klassenkampfes und des Terrors. Jedes Gouvernement, jeder Kreis hat seine besondere „Außerordentliche Kommission“. An der Spitze steht die „Außerordentliche Kommission ganz Rußlands“, unter dem Vorsitz von Derschinski und Peters. Hier wie bei allen übrigen Sowjetbehörden wäre es aber falsch, sich die Dinge, nach europäischem Schema, so vorzustellen, als wenn die Zweigorganisationen in den Kreisen denen in den Gouvernements, und diese wiederum der „Kommission ganz Rußlands“ in Moskau fein säuberlich untergeordnet wären und so das Ganze ein einheitliches, nach gleichmäßigen Direktiven arbeitendes System darstellte. Die Provinz ist gegenwärtig in hohem Grade vom Zentrum unabhängig: ein jeder arbeitet auf eigene Faust und nach eigenem Ermessen, getrieben von dem Wunsch, nicht weniger „revolutionäre Energie“ zu beweisen, als sein Nachbar.



Alle diese „Außerordentlichen Kommissionen“ sind ausgestattet mit unbegrenzten Vollmachten über Leben und Eigentum der Bürger, sie bilden zusammen, durch die beträchtliche Zahl der Schergen, die in ihren Diensten stehen, eine ansehnliche bewaffnete Macht, der nichts anderes obliegt, als zu expropriieren, zu konfiszieren und zu exekutieren, sie walten ihres traurigen und blutigen Amtes, niemandem verantwortlich und niemandem untertan, nicht einmal den Sowjets oder den Kommissariaten.

In den Händen der „Außerordentlichen Kommissionen“ lag und liegt vor allem die praktische Durchführung des roten Massenterrors. Wie sie sich dieser Aufgabe entledigt haben, dafür sprechen schon die verbürgten, aus bolschewistischen Quellen stammenden Tatsachen, die ich in meinen Berichten über den Terror mitgeteilt habe, dafür sprechen die endlosen, schaurigen Listen der Erschossenen. Es verdient Erwähnung, daß die „Außerordentlichen Kommissionen“ mit derselben Schärfe, wie gegen das Bürgertum, auch gegen den Mißbrauch und die Unredlichkeit in den eigenen Reihen der Sowjetbehörden vorgehen. Unter den Listen der Erschossenen kann man nicht selten Angaben wie die folgenden finden: „Kommissar X Y, für Trunksucht und Unfug,“ oder „Y Z, Mitglied des und des Sowjets, für Trunksucht und andere Verbrechen“. Lang ist schon die Reihe der Sowjetbeamten, die wegen Bestechlichkeit und Erpressung erschossen worden sind. Aber die Arbeit



ist schließlich doch fast vergebens. Die Versuchung ist, in Anbetracht der hohen Preise und verhältnismäßig kleinen Gehälter, zu stark, die Machtvollkommenheit zu groß, die Gelegenheit zur Blünderung zu günstig und die Gefahr, entdeckt zu werden, zu gering, da in den seltensten Fällen die eingeschüchterten Opfer es wagen, eine Anzeige zu erstatten. Und endlich: es gibt gar nicht so viel überzeugte Kommunisten wie Sowjetbeamte, oder auch nur so viel, wie Angestellte der Außerordentlichen Kommissionen. Das Ergebnis dieser Tatsache liegt auf der Hand und wird offen zugestanden. Die Außerordentlichen Kommissionen geben neuerdings eine eigene „Wochenschrift“ heraus, die nicht geringes historisches Interesse beansprucht. In der zuletzt erschienenen Nummer 4 findet sich folgender Satz, der ein unverdächtiges Zeugnis darstellt: „Von allen Seiten treffen Nachrichten ein, daß in die Außerordentlichen Gouvernements- und besonders in die Kreiskommissionen nicht nur unwürdige, sondern geradezu verbrecherische Persönlichkeiten einzudringen suchen.“ Man kann sich vorstellen, was eine solche Macht in den Händen solcher Persönlichkeiten bedeutet.

Die zahlreichen grauenhaften Einzelheiten, die über die Tätigkeit der Außerordentlichen Kommissionen berichtet werden, die Nachrichten, daß Leute gefoltert oder absichtlich mehrfach zur Exekution geschleppt werden, ehe das Urteil wirklich vollstreckt wird, alles dies läßt sich schwer kontrollieren und in jedem ein-



zelnen Falle ist bei dem wilden Taumel von Gerüchten, in dem Rußland lebt, größte Steppis geboten. Immerhin enthält die erwähnte „Wochenschrift“ in ihrer Nummer 3 auch hierfür ein bedeutsames Zeugnis. Unter der Überschrift „Warum raspelt ihr Süßholz?“ druckt das offizielle Organ der Außerordentlichen Kommissionen an hervorragender Stelle einen Brief ab, der von den bolschewistischen Machthabern einer Provinzstadt unterzeichnet ist. Der Brief drückt in längeren, blutrünstigen Ausführungen seine Empörung über den Bericht der „Iswestija“ aus, wonach der „überführte englische Vertreter (Lochhart) die ‚Außerordentliche Kommission‘ in großer Verwirrung verlassen hat.“ „Sagt, warum habt ihr ihn, diesen selben Lochhart, nicht den auserlesensten Martern unterworfen, um von ihm die Nachrichten und Adressen zu erfahren, deren ein solcher Vogel sehr viele haben muß? . . . Sagt, warum habt ihr, statt ihn solchen Foltern zu unterwerfen, daß allein von ihrer Beschreibung der kalte Schauer des Entsetzens die Gegenrevolutionäre erfaßt, warum habt ihr ihm statt dessen erlaubt, die Außerordentliche Kommission ‚in großer Verwirrung‘ zu verlassen? . . . Mag jeder englische Arbeiter wissen, daß der offizielle Vertreter seines Landes sich mit derartigen Dingen befaßt, daß es notwendig ist, ihn der Folter zu unterwerfen?“ Der Brief schließt mit den Worten: „Genug des Süßholzraspels; laßt das unwürdige Spiel von ‚Diplomatie‘ und ‚Vertretung‘. Wenn ein gefährlicher Ha-



lunte gefaßt ist, so presse man aus ihm heraus, was möglich ist, und befördere ihn ins Jenseits."

Man wird seine Schlüsse daraus ziehen dürfen, daß das amtliche, in Moskau erscheinende Organ der Außerordentlichen Kommissionen diesen Brief an bedeutender Stelle zum Abdruck bringt und in einer redaktionellen Bemerkung hinzufügt, daß grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden sei. Hält man es dennoch nicht für erwiesen, ob in Moskau selbst, wie die Gerüchte besagen, die Folter zur Anwendung gelangt, so wird man doch nicht daran zweifeln, wie die provinziellen Machthaber mit ihren eigenen Opfern verfahren, wenn sie sich darüber empören, daß man den englischen diplomatischen Vertreter nicht mit den auserlesensten Martern gefoltert hat.

Die unverantwortliche und willkürliche Tätigkeit der Außerordentlichen Kommissionen hat neuerdings in den eigenen Reihen der Bolschewiki lebhaften Widerspruch gefunden, und es ist der Plan aufgetaucht, die Außerordentlichen Kommissionen dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten oder den Exekutivkomitees der Sowjets zu unterstellen, um eine Kontrolle über sie ausüben zu können. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß dadurch eine Milderung des Regimes beabsichtigt sei, sondern es wird eine größere Einheitlichkeit und Planmäßigkeit der terroristischen Tätigkeit erstrebt. Wichtiger aber als dies ist es offenbar, daß die völlige Unabhängigkeit der Außerordentlichen Kommissionen,



die unbeschränkte Macht, mit der sie bekleidet sind, zu heftigen Reibungen und Konflikten mit den übrigen Sowjetbehörden geführt haben.

Schon längst wird häufig erzählt, daß gegenüber Peters und Derschinski selbst Lenin machtlos sei, doch gehört auch dies zu den Gerüchten, die man nicht nachprüfen kann. Was sich in den zentralen Sowjetbehörden abspielt, wird erst die Geschichte aufdecken, wenn die Häupter der Bolschewiki — sie sind ja meist Literaten — in Ruhe ihre Memoiren geschrieben haben. Aber schon jetzt berichtet die genannte amtliche „Wochenschrift“ an leitender Stelle über einen charakteristischen Fall, der sich in einer Provinzialhauptstadt zugetragen hat. Die Kurfürster Außerordentliche Gouvernementskommission hat kürzlich einen höheren Beamten des Kurfürster Kriegskommissariats, Sünblatt, verhaftet. Die Mobilisationsarbeiten, die dieser Beamte leitete, gerieten infolgedessen in Stillstand. Der Kurfürster Kriegskommissar richtete deswegen zuerst eine dringliche Anfrage an die Außerordentliche Kommission und ließ alsbald eine zweite folgen, worin die eine hohe Behörde der anderen schrieb: „Ich füge hinzu, daß ich, wenn Sowjetbeamte, die zu meiner Verfügung stehen, ohne mein Wissen und meine Zustimmung verhaftet werden, diese mit bewaffneter Macht befreien werde.“

Hierauf erwiderte die Außerordentliche Kommission, daß Sünblatt „zur Antwort auf den weißen Terror“ verhaftet worden sei und daß er nach Ab-



lauf einer bestimmten Frist freigelassen werden würde! Die bewaffnete Befreiung von Gegenrevolutionären („die Außerordentliche Kommission verhaftet nur Gegenrevolutionäre“) würde die Sowjetregierung nicht dulden.

Die „Wochenschrift der Außerordentlichen Kommissionen“ nimmt in diesem Streitfall weder für die eine noch für die andere Seite Partei, sondern sucht nach Mitteln, solchen Konflikten taktvoll vorzubeugen. In gewissen Kreisen der Sowjetregierung scheint man auf den Takt der Außerordentlichen Kommissionen nicht allzu fest zu vertrauen und hält ihre Unterordnung unter die zentralen Sowjetbehörden für das sicherere Mittel. Das Kollegium des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten und das Zentralerekutivkomitee haben sich schon mit dieser Frage befaßt. In der bolschewistischen Presse wird ziemlich heftig gegen die Unumschränktheit und gegen die Methoden der Außerordentlichen Kommissionen agitiert. In der amtlichen Abendzeitung des Moskauer Sowjets wurde am 15. Oktober offen erklärt, daß die Unorganisiertheit des antibourgeoisen Terrors, die Systemlosigkeit der Verhaftungen, deren viele auf Grund von „Mißverständnissen“ erfolgt seien und sich in völlig verkehrter Richtung bewegt hätten, alle diese „selbständigen Exmissionen, Konfiskationen, Requisitionen“ eine, selbst im Geiste des Sowjets gesprochen, vernichtende Wirkung ausgeübt hätten.



Es fragt sich zwar, ob dies anders sein würde, wenn die Sowjets die Kontrolle hätten, und es wird auch gar kein Hehl mehr daraus gemacht, daß der Kernpunkt eigentlich in der Machtfrage liegt. Die „Prawda“ enthielt einen Artikel, der die Wechselbeziehungen der Außerordentlichen Kommissionen und der Exekutivkomitees für eine der brennendsten Fragen erklärt und unverhohlen von dem zwischen ihnen bestehenden „Kampf um die Macht“ spricht. „Auf diese Weise“, sagt der Artikel, „gehen wir zu einem neuen Entwicklungsstadium der Revolution über, — einem Stadium, das durch die Gedanken der Theoretiker der ‚Wochenschrift der Außerordentlichen Kommissionen‘ bezeichnet wird, — wo die Lösung ‚die ganze Macht den Sowjets‘ abgelöst wird durch die Lösung ‚die ganze Macht den Außerordentlichen Kommissionen‘.“

Die Führer der Außerordentlichen Kommissionen lassen sich's nicht anfechten und bleiben die Antwort nicht schuldig. Die „Izwestija“ enthielten eine Unterredung mit Peters, der mit allen möglichen Argumenten gegen jede Machtbeschränkung der Außerordentlichen Kommissionen zu Felde zieht und alle Betrachtungen der Gegenseite als „müßige Phrasen“ bezeichnet, die von Genossen stammen, welche nur mit Schreibtischjournalistik beschäftigt seien und nicht mit dem aktiven Kampf gegen die Feinde des Proletariats. Die Nummer 4 der „Wochenschrift“ wird noch deutlicher und wirft den Gegnern vor, daß sie,



wenn auch maskiert, das „Feuer“ dieser einzigen Kampforgane des Proletariats zu „mäßigen“, zu „zähmen“ und zu „beschneiden“ trachten. Solche Genossen steckten mit einem Fuße „im Sumpf der kleinbürgerlichen Intelligenzerei“.

Man kann gespannt sein, wie die Sache abläuft. In Anbetracht ihrer sozialen Lage kann die Sowjetregierung, solange sie nicht bereit ist abzutanken, auf den Terror nicht verzichten und ihre Abhängigkeit von den „Außerordentlichen Kommissionen“ liegt in der Natur der Dinge begründet. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die unvorsichtigen Bolschewisten, die sich durch ihre Opposition gegen die Außerordentlichen Kommissionen kleinbürgerlicher Neigungen verdächtigt gemacht haben, eines Tages „zur Antwort auf den weißen Terror“ kurzerhand verhaftet werden.

*

Nachwort. Wenige Tage nach der Niederschrift dieses Berichts verließ ich Rußland, und nur wenig später erfolgte der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Damit senkte sich für Westeuropa aufs neue der eiserne Vorhang über die russischen Ereignisse herab. Es trat aufs neue, nur in womöglich verschärfter Form, der Zustand ein, der nach dem Frieden von Brest so lange geherrscht hatte, daß weder russische Zeitungen noch sonst zuverlässige Nachrichten aus der Sowjetrepublik zu erlangen waren. Das Letzte, was über den oben



geschilderten erbitterten Kompetenzstreit bekannt geworden ist, war eine Verordnung des Zentralerekutivkomitees vom 2. November 1917, welche die Machtsphäre der Außerordentlichen Kommissionen abzugrenzen und offenbar zwischen ihren Ansprüchen und den Wünschen der Sowjetregierung eine mittlere Lösung zu finden bestrebt war.



Schlußbetrachtung.

Das bolschewistische System.

Die Darstellung, welche die Zustände in der Sowjetrepublik in den hier vorliegenden Berichten gefunden haben, ist begreiflicherweise von den deutschen Radikalen heftig angefeindet und verdächtigt worden. Wenn man die mitgeteilten Tatsachen angezweifelt oder gar als Verleumdung bezeichnet hat, so beweist das nur eine Unkenntnis des Sachverhalts. Denn diese Tatsachen stehen fest, und ich kann dieses Buch hinausgehen lassen in der ruhigen Zuversicht, daß die Geschichte die Wahrheit seiner Schilderungen bestätigen wird. Die unerhörte Grausamkeit, mit welcher der rote Massenterror von der Sowjetregierung ausgeübt wird, kann jederzeit aus bolschewistischen Quellen dokumentarisch belegt werden, und zwar noch in weit reichenderem Maße als es hier geschehen ist. Ebenso steht es mit dem furchtbaren und fortschreitenden Verfall der russischen Wirtschaft unter dem bolschewistischen Regime. Diese Dinge lassen sich nicht leugnen und nicht verbergen: jede



bolshewistische Zeitung bringt erschreckende Beweise dafür.

Aber es ist auch der Vorwurf erhoben worden, als hätte ich zu Unrecht das bolshewistische System für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht und nicht genügend in Betracht gezogen, daß die Sowjetregierung das Erbe des Zarismus und der provisorischen Regierung angetreten und von vornherein die Verwaltung eines ökonomisch zerrütteten Landes übernommen habe. Das sagt man gerade demjenigen Autor, der schon Anfang 1916 (in den Artikelreihen „Russische Nöte“ und „Was wird aus Rußland?“) die deutsche Öffentlichkeit über die heillose Verwirrung aufgeklärt hat, die durch den Krieg in der russischen Volkswirtschaft entstanden war. Aber die Bolshewiki hatten ja, als sie noch um die Macht rangen und die provisorische Regierung Kerenskis bekämpften, ihr System agitatorisch als das Heilmittel für die wirtschaftlichen Leiden des Landes gepriesen. Statt dessen herrschten nach einem Jahr bolshewistischer Ära Zustände, an denen gemessen die ökonomischen Verhältnisse der letzten Kerenskischen Zeit eine wahre Wohltat für die Bevölkerung bedeuteten. Und es ist leicht, etwa an der Kurve der Arbeitslöhne oder der Preise zu zeigen, daß dem ständigen Niedergang der vorhergehenden Kriegsjahre mit dem Augenblick, wo die Bolshewiki ans Ruden kamen, ein furchtbar beschleunigter Sturz gefolgt ist. Dafür mag hier



ein bezeichnendes Beispiel genügen: In der bolschewistischen Zeitung „Finanzen und Volkswirtschaft“, dem offiziellen Organ des Finanzkommissariats und des Volkswirtschaftlichen Rats der Nördlichen Kommune, finden sich unter dem 1. Oktober 1918 folgende Angaben über die Preisverhältnisse in der Papierindustrie. Die Herstellungskosten für 1 Pud (16 Kilogramm) Papier betrugen im Frieden durchschnittlich 2 Rubel 81 Kopeken, im Jahre 1915—16 4 Rubel 27 Kopeken und 1916—17 9 Rubel 35 Kopeken. Gewiß ist diese Steigerung, die zur Zeit der zarischen und der provisorischen Regierung stattfand, schon schlimm genug. Aber im Januar 1918, nachdem also die Bolschewiki kaum drei Monate am Ruder gewesen waren, betrugen die Herstellungskosten für dasselbe Quantum Papier schon 32 Rubel 47 Kopeken und im September 64 Rubel 49 Kopeken. Das sagt genug. Es sei bei dieser Gelegenheit noch erwähnt, daß bei der Kalkulation der Herstellungskosten für ein Pud Papier der Arbeitslohn im Frieden mit der Ziffer von 34 Kopeken in Anrechnung gebracht wurde, im Herbst 1918 dagegen mit 10 Rubel. Das bolschewistische Blatt bemerkt, daß diese Steigerung nicht nur durch die Erhöhung der Arbeitslöhne, sondern auch durch das Sinken der Arbeitsleistung hervorgerufen sei: für dieselbe Arbeitsleistung waren im Herbst 1918 doppelt so viel Arbeitskräfte erforderlich als im Jahre 1913, und einige Operationen erforderten sogar die dreifache Arbeiterzahl.



Es ist wahr, daß die Sowjetrepublik durch die politischen und militärischen Ereignisse isoliert wurde. Der überseeische Verkehr, die Ukraine, Sibirien, der Turkestan, der Kaukasus wurden ihr nach und nach verschlossen und dadurch die Zufuhren an Lebensmitteln, Rohstoffen, Kohle und Naphtha von außerhalb allmählich abgeschnitten. Aber das alles besagt zunächst, daß eine Zeit, wo das Land wirtschaftlich durch den Krieg erschöpft ist, wo Rohstoffe knapp oder schwer zu beschaffen sind, jedenfalls die allerungeeignenste ist für den Versuch, den „sofortigen Sozialismus“ zu verwirklichen, und daß dieser gewaltsame Versuch auch denen, die sonst wohl daran glauben mögen, in solcher Zeit aussichtslos erscheinen müßte.

Darüber hinaus aber hat ein Jahr bolschewistischer Herrschaft bewiesen, daß die Sowjetregierung auch auf denjenigen Gebieten versagt hat, wo sie nicht durch Mangel an Rohstoffen gehindert wurde. Denn die russische Papierindustrie und Leinenweberei z. B. liegen ebenso danieder, wie die anderen Industriezweige, obgleich die Rohstoffe dafür, Holz und Glas, im Lande selbst reichlich vorhanden sind. Das erklärt sich nur dadurch, daß die alte privatwirtschaftliche Organisation des gesamten Erzeugungsprozesses auf einen Schlag und gewaltsam vernichtet worden ist, während es nicht gelang und nicht gelingen konnte, sie ebenso schnell durch eine neue sozialistische oder staatliche Organisation zu ersetzen.



Noch deutlicher zeigt sich dies, wenn man bedenkt, daß der Mangel an Kohle und Naphtha sich in hohem Grade durch Holz und Torf aus dem Reichtum der russischen Wälder und Moore hätte ersetzen lassen. Schon in den vorhergehenden Jahren hatte die russische Industrie in beträchtlichem Maße gelernt, sich auf die Holzfeuerung umzustellen. Die Sowjetregierung hätte nur, in Anbetracht des offenkundigen und drohenden Mangels an Heizmaterial, die verstärkte Heranschaffung von Brennholz zu den Industriezentren zu organisieren brauchen. Statt dessen ist im Jahre 1918 weit weniger Holz herangeschafft worden als in den Vorjahren, obgleich niemand daran zweifeln konnte, daß unter diesen Umständen die große Mehrzahl der Fabriken, ja sogar ein Teil der Eisenbahnen, im Winter 1918/19 aus Mangel an Brennstoff ihren Betrieb würde einstellen müssen. Man hat nicht einmal genügend für Brennholz gesorgt, um die Bevölkerung der Städte vor der furchtbarsten Frostgefahr im kalten russischen Winter zu schützen. Das alles konnte nur deshalb geschehen, weil die Wälder nationalisiert sind, der private Holzhandel, der bisher die Städte, Eisenbahnen und Fabriken versorgte, lahmgelegt ist und keine „sozialistische“ Organisation geschaffen werden konnte, die ihn hätte ersetzen können. Bezeichnend ist, daß diejenigen Unternehmungen, wie etwa die nicht nationalisierten Textilfabriken des Petersburger Rayons oder gewisse Verbände privater Ver-



braucher, die in der Lage waren, auf privatwirtschaftlicher Grundlage weiterzuarbeiten, ihren Holzbedarf auch jetzt wieder haben decken können.

Wer Einblick in das wirtschaftliche Getriebe der „sozialistischen Republik“ gewonnen hat, braucht überhaupt kein Wort mehr darüber zu verlieren, daß es mißlungen ist, die Erzeugung sozialistisch zu organisieren: denn die russischen Kommunisten sind sogar an der viel leichteren Aufgabe der Verteilung der fertigen Waren völlig gescheitert. Dies stellt das amtliche Organ des „Obersten volkswirtschaftlichen Rats“ der Sowjetrepublik in seiner Nummer vom 17. Oktober 1917 selbst mit eingehenden Zahlenbeispielen in unwiderleglicher Weise fest. Während etwa der Zentralverband der Konsumvereine in dieser Hinsicht seiner Aufgabe vollkommen gerecht geworden ist, hat die von der Sowjetregierung selbst geschaffene zentrale Verteilungsorganisation, das Versorgungskommissariat, vollständig versagt und ist nicht imstande gewesen, die fertigen Waren, die ihm zur Verteilung an die Bevölkerung zugewiesen waren, den Fabriken abzunehmen. Im Juli 1917 hat das Versorgungskommissariat zum Beispiel von der ihr zugewiesenen Menge an Streichhölzern nur 18,6 Prozent von den Fabriken übernehmen können und im August war diese Ziffer sogar auf 7 Prozent gesunken. Die amtliche bolschewistische Wirtschaftszeitung stellt fest, daß Textilfabriken, Gummifabriken, Streichholzfabriken kein Umsatzkapital mehr haben,



ja nicht einmal die Arbeitslöhne auszahlen können, weil das „Versorgungskommissariat“ ihnen die aufgestapelten fertigen Waren nicht abnimmt. In viele Fabriken haben, obgleich sie mit Rohstoffen und Brennmaterial versorgt waren, ihren Betrieb nur deshalb einstellen müssen, weil ihre Lagerräume überfüllt waren und sie keinen Platz mehr hatten, um neue Waren einzulagern. Und dies geschieht, während im ganzen Reiche der dringendste Warenhunger herrscht! Die bolschewistische Zeitung berichtet über diese Tatsachen unter der beschönigenden Überschrift: „Krankheiten der Übergangszeit“. Es wäre richtiger gewesen, von Krankheiten der Untergangszeit zu sprechen.

Die bolschewistische Wirtschaftspolitik hat in Rußland zu einer beispiellosen Katastrophe geführt. Das kann nur leugnen, wer die Wahrheit nicht kennt, oder Tatsachen nicht gelten lassen will.

Wer angesichts dieser Katastrophe doch noch den Versuch machen will, die Idee des Bolschewismus zu verteidigen, dem bleibt allenfalls übrig zu erklären, daß der Schiffbruch nicht dem System als solchem zur Last gelegt werden dürfe, sondern auf gewisse Fehler zurückzuführen sei, welche die bolschewistischen Führer bei der Verwirklichung ihres Systems begangen hätten. Man könnte sagen, daß die überstürzte Einführung der Arbeiterkontrolle in den Fabriken, welche der „revolutionären Selbsttätigkeit“ der Arbeiterschaft überlassen, zur Enteignung der



Unternehmungen durch die Arbeiterschaft der Betriebe und zu einer rapiden Verwüstung der Industrie führte, ein schwerer Fehler war, ebenso wie die Enteignung des Großgrundbesitzes durch die bäuerlichen Massen, die, ohne zu irgendeiner Regelung der Agrarfrage zu führen, die furchtbarsten Zerstörungen im Gefolge hatte.

Aber es läßt sich nachweisen, daß diese Fehler unvermeidlich, daß sie im Wesen des Systems selbst begründet waren. Die Bolschewiki sind eine Partei des Kampfes, sie haben überhaupt kein fest umrissenes Programm, sie haben sich nicht einmal auf eine bestimmte Taktik von vornherein festgelegt. Sondern ihre Maßregeln haben sich Schritt für Schritt, aus den taktischen Notwendigkeiten des Kampfes um die Macht ergeben. So ist denn ihre Handlungsweise aus den sozialen und historischen Bedingungen des Augenblicks entstanden und eben deshalb war sie notwendig, wenn überhaupt der Versuch gemacht werden sollte, das bolschewistische System zu verwirklichen.

Die Bolschewiki waren von vornherein gezwungen, in überstürztem Tempo zu arbeiten, weil sie, wie schon in der Einleitung ausgeführt, auf Grund ihrer demagogischen Versprechungen ans Ruder gekommen waren und sich nur an der Macht erhalten konnten, wenn sie unverzüglich an die Einlösung ihrer Versprechungen gingen. Sie konnten aber nichts anderes tun, als die proletarischen und bäuerlichen



Massen auffordern, sich selbst zu nehmen, was ihnen versprochen worden war. Daß aus einem solchen regellosen Verfahren nichts Gutes entstehen konnte, darüber werden sich wohl die Führer der Bolschewiki selbst nicht im Unklaren gewesen sein. Aber sie hatten ja von vornherein den staatlichen Apparat nicht in der Hand und wären daher gar nicht in der Lage gewesen, die „revolutionäre Selbsttätigkeit“ der Massen durch einheitliche, wohlbedachte, über das ganze Reich hin geplante Maßnahmen zu beeinflussen, selbst wenn sie einen solchen Plan vorbereitet hätten, was, wie aus der hastigen und widerspruchsvollen Art ihrer ersten Dekrete hervorgeht, nicht der Fall war.

Nachdem einmal dieser irrationale Weg beschritten war, konnte es nicht anders kommen, als daß von vornherein der alte administrative Apparat des Landes vernichtet wurde, ehe auch nur die Vorbedingungen dafür vorhanden waren, um einen neuen zu schaffen. Wenn dies ein Fehler war, so war auch er unvermeidlich und er würde sich in jedem anderen Lande wiederholen, wo ein bolschewistisches Gewaltexperiment versucht werden sollte. Denn der alte administrative Apparat konnte dem bolschewistischen Regime nicht dienen, und das bolschewistische Regime konnte sich auf diesen Apparat nicht stützen. Wenn es das gewollt hätte, so wäre es eben machtlos gewesen, irgend etwas von den versprochenen Maßregeln über das große Reich hinweg zu ver-



wirklichen, denn dazu war dieser alte Apparat schlechterdings nicht zu gebrauchen.

Schließlich war gewiß die Willfährigkeit, welche die Sowjetregierung gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter bewies, sehr verhängnisvoll. Aber auch diese Willfährigkeit lag im System begründet und ließ sich daher nicht umgehen. Man hatte ja den Arbeitern, um sie zu gewinnen, das sozialistische Paradies versprochen und mußte ihnen doch irgend etwas geben. Die „Arbeiterkontrolle“ verbesserte ihre Lage nicht. Woher sollte diese Regierung die Kraft nehmen, den Lohnforderungen der Arbeiter entgegenzutreten? Die bolschewistischen Machthaber erkannten die Gefahr sehr wohl, aber sie hatten nicht den Mut, ihr zu begegnen. Ich weiß aus dem Munde eines zuverlässigen Zeugen, eines jener Großindustriellen, die bis zur äußersten Grenze des Möglichen mit den Bolschewisten zusammen zu arbeiten versuchten, daß die bolschewistischen Führer in den Kommissionsitzungen oft genug selbst für die Ablehnung der Arbeiterforderungen eintraten, den Arbeitern gegenüber aber die Verantwortung dafür auf die „sabotierenden“ Großindustriellen abwälzten.

Dies mag genügen, um darzutun, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch des Bolschewismus im höchsten Maße dem System selbst zur Last fällt und nicht etwa nur unglücklichen Umständen oder zufälligen und vermeidbaren Fehlern.



Es ist eine bei den Bolschewisten selbst und bei ihren westeuropäischen Parteigängern beliebte Argumentation, daß der Bolschewismus in Rußland unter besonders schwierigen Umständen habe arbeiten müssen, weil es sich um ein industriell noch wenig entwickeltes Land handelte. In einem der hochkapitalistischen, westeuropäischen Länder, meinen sie, würde dasselbe Experiment sich weit leichter und besser durchführen lassen. In Wirklichkeit ist sicher gerade das Gegenteil richtig. Nur in einem Agrarstaat wie Rußland, wo die Industrie eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt, konnte sich das bolschewistische Regime so lange halten. In einem der hochkapitalistischen Länder wäre es viel schneller ad absurdum geführt worden, weil die unausbleibliche Katastrophe der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft hier in viel kürzerer Frist zu absolut unhaltbaren Zuständen führen müßte. Man bedenke nur, daß in dem agrarischen Rußland die im Verhältnis zur Landbevölkerung wenig zahlreiche städtische Arbeiterschaft immer noch die Möglichkeit hatte, mit der Stilllegung der Betriebe in die Dörfer auszuwandern und hier Unterkunft und Nahrung zu finden, umso mehr, als ein großer Teil des russischen Proletariats den Zusammenhang mit dem heimischen Dorfe noch gar nicht verloren hat. In einem Industriestaat dagegen ist eine solche Möglichkeit in viel geringerem Grade vorhanden und das Elend des Proletariats müßte sich schnell bis zur Unerträglich-



keit steigern, wenn es nicht mehr durch die Industrie ernährt werden könnte.

Es ist überaus bemerkenswert, daß die bolschewistischen Führer, anscheinend ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, in gewisser Weise die Unhaltbarkeit ihres wirtschaftspolitischen Systems selbst zugestehen: sie erklären offen, daß Rußland aus eigener Kraft nicht imstande sei, seine Industrie, seine Wirtschaft wieder aufzubauen, es bedürfe dazu der Mitwirkung des ausländischen Kapitals. Und nachdem die bolschewistische Ära das russische private Kapital vernichtet und der russischen Unternehmerinitiative die Wurzeln abgeschnitten hat, bekunden die führenden bolschewistischen Wirtschaftspolitiker in jeder Weise ihre Bereitschaft, den Zustrom ausländischen Privatkapitals nach Rußland zu ermöglichen, der ausländischen Unternehmertätigkeit in Rußland ein Feld zu bereiten. Obgleich durch die Annulierung der ausländischen Anleihen eine für solche Pläne denkbar ungünstige Situation geschaffen war, gab man sich in Sowjetkreisen immer noch der Hoffnung hin, das ausländische Kapital anlocken zu können, indem man ihm bestimmte Konzessionen und Reserven überließe. Die Bereitwilligkeit zu einem solchen Schritt ist immer wieder von führenden bolschewistischen Politikern zum Ausdruck gebracht worden, offenbar ohne das Bewußtsein, daß sie damit selbst ihre ganze Tätigkeit, ihr ganzes System Lügen strafen. Wenn sie dabei zu betonen pflegten, daß sich das aus-



ländische Kapital in solchem Falle der russischen sozialen Gesetzgebung fügen müsse, so ist das eine Phrase, die über den Kern der Sache hinwegtäuschen soll. Denn das eine ist klar, daß ausländisches Kapital in die Sowjetrepublik nur hereingezogen werden könnte, wenn man ihm die Möglichkeit gäbe, mit Profit zu arbeiten, wenn man also zugunsten des ausländischen Kapitals, und zwar als Vorrecht vor dem einheimischen, das privattkapitalistische System wiederherstellte, das gänzlich zu beseitigen Sinn und Aufgabe des Bolschewismus bildet.

Diese ganze Idee wirft ein grelles Licht auf die eigentümliche Unklarheit und Verworrenheit, an der die meisten führenden Köpfe des Bolschewismus zu leiden scheinen. Denn man müßte sich doch sofort auch fragen, wie sich ein solcher Plan mit der großen Hoffnung der Bolschewiki, mit der unmittelbar bevorstehenden sozialen Weltrevolution, verträgt. Würde diese Hoffnung wahr, wie stände es dann mit dem Zustrom ausländischen Privattkapitals nach Rußland? Dann würde doch das Privattkapital in der ganzen Welt beseitigt, und es müßte der Gedanke an den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, da dieser zugestandenermaßen des ausländischen Kapitals bedarf, zu Grabe getragen werden. Oder macht man sich Ausichten, daß dann, nach vollzogener Weltrevolution, auswärtige Staaten, an Stelle der privaten Unternehmer, sich in Rußland wirtschaftlich und schöpferisch betätigen würden? Das eigene Bei-



spiel Rußlands zeigt doch allzu deutlich, daß die soziale Revolution auch die wirtschaftliche Kraft der andern Staaten, wenn nicht völlig lähmen, so doch zum mindesten allzu sehr in Anspruch nehmen würde, um ihnen eine wirtschaftliche Expansion zu gestatten.

Hier enthüllt sich noch eine weitere tiefe Anzulänglichlichkeit des ganzen bolschewistischen Gedankengebäudes. Stellt man sich einmal auf den Boden der bolschewistischen Illusionen, nimmt man mit ihnen an, daß es der sozialen Weltrevolution in den kapitalistisch höher entwickelten Ländern schnell und verhältnismäßig schmerzlos gelingen könnte, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen, so würde also allenthalben an die Stelle der vielen Privatkapitalisten der Staat oder die Kommune als Großunternehmer treten. Was wäre die unausbleibliche Folge? Bisher, im privatkapitalistischen System hat die Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren durch die wirtschaftlich stärkeren Individuen geherrscht, ein Übelstand, der zu tief im menschlichen Egoismus und in der ungleichen Veranlagung der Individuen begründet liegt, um selbst durch die vollkommenste Sozialisierung je völlig beseitigt werden zu können. Müßte aber nicht in der sozialistischen Gesellschaft mit derselben Notwendigkeit die Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren durch die wirtschaftlich stärkeren Staaten und Kommunen auftreten und müßte sie sich nicht um so gefährlicher geltend machen, weil sie auf einem kol-



lektivwillen beruhen würde und, wie man an dem Beispiel der Kriege sieht, ein Kollektivwille so blind, egoistisch und schonungslos zu verfahren pflegt, wie ein Individualwille nur in seltenen Fällen — nämlich bei ausgesprochen verbrecherischen Individuen. Die Interessengemeinschaft des Proletariats, die angeblich eine solche Gestaltung der Dinge in der sozialistischen Gesellschaft verhindern soll, ist ein Phantom. Nie hat es sich so deutlich gezeigt wie in der russischen proletarischen Revolution, daß jede Gruppe von Proletariern, ohne Rücksicht auf ein gemeinsames Ziel, ihre eigenen Interessen, auf Kosten der übrigen Proletarier unbedenklich verfolgt und ihre auf Organisation oder Lebenswichtigkeit des Betriebes beruhende Machtposition nach Kräften dazu ausnützt.

In der auswärtigen Politik unterscheiden sich die Bolschewisten von den gemäßigteren Sozialisten dadurch, daß sie deren pazifistische Bestrebungen als bürgerliche Utopie verspotten. Keine Abrüstung, kein Völkerbund, kein Pazifismus kann, nach der bolschewistischen Anschauung, Kriege verhindern; die wilde Konkurrenz, das Expansionsbedürfnis des internationalen Kapitals, der Wettlauf nach neuen Betätigungsgebieten und neuen Märkten ist die Ursache der imperialistischen Politik und der kriegerischen Konflikte: daher ist der einzige Ausweg, der den ewigen Frieden sichert, die soziale Weltrevolution, welche das kapitalistische System in allen Kultur-



ländern beseitigt. Aber auch dieser Gedanke, der eines der wesentlichsten Argumente der bolschewistischen Theorie bildet, ist trügerisch. Folgt man willig den bolschewistischen Voraussetzungen, so würde doch im günstigsten Falle, nach glücklich vollendeter Weltrevolution, an die Stelle des Privatkapitals nichts anderes treten als ein bis dahin unerhörter Staatskapitalismus, und statt der vielen einzelnen Appetite herrschte dann der unerfättliche Leviathan, der Staat. Die Subjekte der wirtschaftlichen Konkurrenz wären dann, mit vervielfachter Gewalt, die Staaten selbst. Und als erstes Opfer, als Tummelplatz für die Unternehmungslust der durch die Weltrevolution geschaffenen und fortgeschritteneren sozialistischen Staaten, bietet sich, nach den oben geschilderten Ideen der bolschewistischen Wirtschaftstheoretiker, Sowjetrußland an. Denkt man sich solche Zustände verwirklicht, so sieht man nichts von dem ewigen Frieden, den die Bolschewisten als Ziel der gewaltsamen Übergangsperiode verheißen, nichts von der Einigkeit des internationalen Proletariats: aus der Konkurrenz der wirtschaftlich stärksten Staaten müßte dieselbe oder womöglich noch größere Kriegsgefahr erwachsen als unter dem alten System.

Freilich sind dem Bolschewismus in besonderem Grade gewisse anarcho-kommunistische Zukunftsideale eigen, zu denen sich ja die Neigung auch sonst im Sozialismus findet. Lenin betont immer wieder, daß der Staat etwas sei, was überwunden werden müsse.



Nach Abschluß der sozialen Weltrevolution werde die sozialistische Gesellschaft der Zukunft nicht mehr in Staaten organisiert sein, sondern sich in freie nebeneinander bestehende Kommunen aufgelöst haben. Nur widerspricht die Taktik des Bolschewismus diesem Zukunftsideal durchaus. In Praxi stellt der Bolschewismus eine bisher unerhörte staatliche Zentralisation auf allen Gebieten dar. Wenn sich gegenwärtig die lokalen Sowjets noch manche Eigenmächtigkeiten erlauben, so gehört das nur zu den von der bolschewistischen Presse in einer ständigen Rubrik beklagten „kleinen Mängeln des Mechanismus“, die man nach Kräften zu beseitigen bestrebt ist. Grundsätzlich werden alle Anstrengungen gemacht, um nicht nur das politische, sondern auch das gesamte wirtschaftliche Leben des Staates von einer Zentralstelle aus zu beherrschen. Industrie und Handel soll staatlich zentralisiert, Produktion und Konsum nach Möglichkeit staatlich reguliert werden. Auch der gesamte Grund und Boden sollte, nach Lenins Theorie, verstaatlicht und nicht etwa kommunalisiert werden, und wenn die Agrardekrete der Sowjetregierung hiervon abweichen, so war das nur eine notgedrungene Konzession an die damals noch einflußreichen Sozialrevolutionäre. Gerade je besser dem bolschewistischen System seine Aufgabe gelänge, um so fester müßte, seiner ganzen Natur nach, die staatliche Zentralisation werden, zu der es führt. Und es bleibt völlig im Dunklen, wie auf diesem Wege



der Übergang zur Auflösung des Staats und zur Bildung freier Kommunen gefunden werden soll.

Wenngleich sich auf diese Weise das bolschewistische System als haltlos und widerspruchsvoll in sich selbst erweist, haben deutsche Intellektuelle in ihrem Streben nach Objektivität darauf hingewiesen, man müsse, um dem Bolschewismus gerecht zu werden, die Idee, die ihm zugrunde liegt, von den destruktiven Methoden, die er anwendet, und insbesondere von der grauenvollen Begleitererscheinung des Terrors zu trennen suchen. Allein dies ist ein vergebliches Beginnen. Denn der ideelle Gehalt des Bolschewismus ist durchaus nicht neu, ist in vollem Umfange schon im Gedankenkomplex der Sozialdemokratie zu finden, aus der sich der Bolschewismus ja entwickelt und gelöst hat. Was den Bolschewismus von der Sozialdemokratie unterscheidet, das ist eben nichts anderes als seine Taktik, seine gewaltsamen Methoden. Die Beurteilung dieser Methoden ist daher für die Beurteilung des Bolschewismus als Gesamterscheinung entscheidend. Die Unklarheit über seine positiven Ziele und über die Wege, die zur Umgestaltung der Wirtschaft führen sollen, hat der Bolschewismus mit der Sozialdemokratie gemeinsam. Birgt so schon die sozialdemokratische Doktrin erhebliche Gefahren in sich, indem sie die Ungeduld der Massen auf ein Ideal richtet, dessen Erreichbarkeit völlig in Frage steht, so liegt die verhängnisvolle Bedeutung des Bolschewismus darin, daß er dieses an sich schon



utopische Ziel durch die plötzliche Gewaltaktion einer kleinen Minderheit zu verwirklichen trachtet. Es ist Lenin vorbehalten geblieben, diese Taktik als das allein seligmachende Dogma des Sozialismus und Marxismus zu verherrlichen. Schon Anfang 1905 hat ihn der menschewistische Führer Martynow in seiner damals in Genf erschienenen Schrift „Zwei Diktaturen“ mit bemerkenswertem Scharfsinn vor den Konsequenzen dieser Theorie gewarnt, mit dem einzigen Erfolge, daß Lenin nur um so mehr beschloß, theoretisch und, wenn es sein könnte, auch praktisch bis ans Ende zu gehen. Daß die Diktatur des Proletariats sich keineswegs auf die breiten proletarischen Massen stützen könne, darüber ist sich Lenin selbst völlig klar, wenn er sagt, zur Zeit des Zarismus hätten 130 Tausend Gutsbesitzer über 130 Millionen Bauern geherrscht: jetzt zwängen 200 Tausend Mitglieder der kommunistischen Partei ihren proletarischen Willen der Volksmasse auf, wobei es diesmal zugunsten der letzteren geschehe. Ob es wirklich zugunsten der proletarischen Massen geschieht, ist schließlich eine Frage des Erfolges. Für die Beseitigung der Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems kann das Proletariat in dem Augenblick nichts mehr übrig haben, wo es erkennt, daß die neue kommunistische Gerechtigkeit in einem allgemeinen und gleichem Hungerdasein besteht. Und die Methode, den Sozialismus durch die Diktatur einer entschlossenen Minderheit zu erzwingen, hat, wie wir gesehen



haben, die verhängnisvollen Einzelheiten der politischen und ökonomischen Taktik der Bolschewiki mit Notwendigkeit zur Folge gehabt. Es geht daher auch nicht an, den Terror als eine zufällige Begleiterscheinung des Bolschewismus zu bezeichnen. Der Terror ergibt sich zwangsläufig aus der Idee der proletarischen Minderheitsdiktatur. Die Bolschewiki sind gegen ihre ursprünglich vertretenen Grundsätze zum Massenterror gelangt und ebenso würde es in jedem anderen Lande gehen, wo der Versuch einer proletarischen Diktatur gemacht werden sollte. Wer den Bolschewismus will, muß auch den Terror wollen.

Es hat in deutschen intellektuellen Kreisen Verwirrung gestiftet, daß Maxim Gorki seinen Frieden mit dem Bolschewismus gemacht, die kulturelle Tätigkeit der Sowjetregierung gerühmt und begonnen hat, daran mitzuarbeiten. Ich habe etwa Anfang Oktober 1918 mit Gorki in Petersburg gesprochen, als er diese Wendung schon vollzogen hatte. Auch damals rühmte er das Interesse und die Freigebigkeit der Sowjetregierung für kulturelle Zwecke und erklärte es für notwendig, diese Bestrebungen zu unterstützen. Er betonte aber, daß seine Mitarbeit auf diesem Gebiet nichts mit seiner politischen Stellung zu schaffen habe, die genau dieselbe geblieben sei, wie er sie in seiner Zeitung „Neues Leben“ (die bekanntlich ausgesprochen antibolschewistisch war) vertreten habe. In Anbetracht dessen



kann Gorki der Vorwurf nicht erspart werden, daß er diese Stellungnahme öffentlich nicht genügend zum Ausdruck gebracht hat, obgleich er wußte, daß die Sowjetregierung die Tatsache seiner Mitarbeit in hohem Maße auch für ihre politischen Zwecke propagandistisch verwertete. In jedem Falle hat sich aber Gorki allzusehr dadurch blenden lassen, daß die Sowjetregierung bereit ist, für kulturelle Zwecke beträchtliche Aufwendungen zu machen. Es soll den bolschewistischen Führern der gute Wille auf diesem Gebiet nicht abgesprochen werden. Aber was bedeutet es, daß die Sowjetregierung große Summen für die Edition von Büchern ausgibt? Sie kann damit den Schaden nicht wettmachen, der dadurch entstanden ist, daß die private Verlegertätigkeit fast völlig lahmgelegt ist. Schon Anfang Mai 1918 waren die Herstellungskosten eines Buches nach genauen Angaben der „Rjetsch“, die mir von einem hervorragenden russischen Verleger bestätigt wurden, etwa 17 mal höher als im Frieden und vom Mai bis zum Oktober waren sie, nach den Berechnungen dieses Verlegers, wieder schon um über 50 Prozent gestiegen. Infolgedessen können fast keine Bücher mehr gedruckt werden, und es herrscht, trotz der Editionstätigkeit der Regierung, ein furchtbarer Bücher-mangel. Die Sowjetregierung hat es jetzt leicht, große Summen für solche Zwecke auszugeben, weil sie von der Notenpresse lebt. Aber wie lange wird sich diese Papiergeldwirtschaft fortsetzen lassen? Man darf nicht



vergessen, daß Kultur im sozialen Sinne Luxus ist. Das kulturelle Niveau der Massen kann nur gehoben werden, wenn es gelingt, ihr wirtschaftliches Niveau zu heben. Wer erkannt hat, daß das bolschewistische System mit Notwendigkeit zu einer furchtbaren Verelendung der Massen führt, der wird schon aus diesem Grunde die kulturellen Bemühungen der Sowjetregierung nach ihrem wahren Wert einschätzen: sie haben in erster Linie deklaratorischen Charakter und dienen einem Schein, der es nicht verbergen kann, daß bei längerer Fortdauer des Sowjetregimes ein schwerer Bildungsrückgang des Volkes eintreten müßte. Und endlich läßt sich der kulturelle Wert eines politischen Systems doch nicht unabhängig von seinem allgemeinen Charakter beurteilen. Ist es möglich, die Kulturtaten eines Systems zu rühmen, das den Massenmord in einem solchen Grade zum regulären Mittel der inneren Politik erhoben hat? Zeigt dies nicht eine Verrohung der Sitten, die durch keine von Gorki geleiteten Büchereditionen aufgewogen werden kann? Und ist nicht auch die Freiheit eine Errungenschaft der Kultur? Diese Freiheit der Presse, der Versammlungen, der politischen Meinungsäußerung, die von der bolschewistischen Regierung vollkommen erstickt ist. Wenn man dies alles bedenkt, so wird man sich über die kulturellen Leistungen des Bolschewismus kaum einer Täuschung mehr hingeben können.

Der Bolschewismus hat, soweit ich sehen kann,



auf keinem Gebiet schöpferische Kraft bewiesen. Wie denn auch, theoretisch betrachtet, im bolschewistischen System alles Positive unklar und verschwommen bleibt. Die Kraft des Bolschewismus liegt im Negativen, in der Verneinung des gegenwärtigen Zustandes. In dieser Verneinung geht er viel weiter als die Sozialdemokratie. Und gerade darauf beruht die suggestive Gewalt, die er zeitweilig auf die Massen, die schon von der sozialistischen Propaganda erfaßt sind, auszuüben vermag. Der Bolschewismus baut hier auf der jahrzehntelangen Arbeit der Sozialdemokratie weiter und ist ihr gegenüber, bei den ungenügend geschulten Massen, propagandistisch im Vorteil. Weil er radikaler ist, so kann er den Massen leicht als konsequenter, prinzipientreuer erscheinen. Gerade die gewaltsame Methode, die sein Wesen ausmacht, gibt ihm, gegenüber der Sozialdemokratie, eine starke Werbekraft. Jahrzehntelang ist der Arbeiterschaft das Ideal des Kommunismus als erreichbares Ziel gezeigt worden. Es ist nur zu begreiflich, daß die Ungeduld sie faßt und sie stutzig wird, wenn ihre altbewährten Führer sie im entscheidenden Augenblick wieder zur Geduld und Mäßigung mahnen. Man kann sich nicht darüber wundern, daß breite Kreise des Proletariats im Augenblick der Revolution denen zufallen, die ihm sagen, es brauche nur zu wollen, um in schnellem Ansturm das längst verheißene Ziel zu erreichen. Erst die bittere Erfahrung einer langen qualvollen Probe-



zeit hat in Rußland die Arbeiter vermocht, sich enttäuscht und ermüdet von ihren neuen, bolschewistischen Führern wieder abzuwenden.

Diese Führer aber verharren nach wie vor bei dem verzweifelten Gewallexperiment, zu dem sie das Volk mißbrauchen. Die an der Spitze stehen, sind samt und sonders Intellektuelle. Sie haben, um sich halten zu können, zu so revoltierenden Methoden greifen müssen, der wirtschaftliche Bankerott ihres Systems ist so offenkundig, das ganze ungeheure und ungeheuerliche Unternehmen so aussichtslos geworden, daß man sich fragen muß, was sie veranlaßt, so hartnäckig auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, dem eigenen Verderben entgegen, während das Elend des Volkes, für das sie vor der Geschichte die Verantwortung tragen, ins Unbeschreibliche anwächst. In den ersten Zeiten ihrer Macht war die Illusion begreiflich, es könnte ihnen gelingen, ihre sozialen Ideen zu verwirklichen oder ihnen doch eine weite Straße näher zu kommen. Aber jetzt? Sind sie Verbrecher oder Abenteurer, die zu eigenem Vorteil und Ergötzen frivol mit dem Schicksal von Millionen spielen? Oder sind sie Blinde, Verblendete, die den Zustand nicht erkennen, in den sie das Land gestürzt haben? Kann man sie für Idealisten halten, die immer noch an ihre Idee glauben, denen ihr soziales Ziel so hoch und glückverheißend scheint, daß kein Opfer zu groß, keine Gewalttat zu grausig ist, wenn nur das Ziel dadurch erreicht werden könnte?



Ich meine, daß in jedem Fall ein Wille, der nicht davor zurückschreckt, einem ganzen Volk so ungeheures Elend aufzubürden, und wäre es auch um ein für ideal gehaltenes Ziel, verbrecherisch genannt zu werden verdient. Denkt man dabei auch an die Männer, die die Welt in den Krieg gestürzt haben, so soll mir's recht sein. Doch kann man hier immer noch annehmen, daß der Einzelne das Gefühl gehabt haben mag, unter dem Zwang der Verhältnisse zu handeln. Anders die bolschewistischen Führer. Hier war kein Zwang. Sie haben mit vollem Bewußtsein und aus freiem Willen alles getan, um den Bürgerkrieg heraufzuführen. Und selbst die unendliche Grausamkeit und Brutalität des Weltkrieges hat sich nicht zur massenweisen, auf amtlichen Befehl vollzogenen Hinrichtung unschuldiger Geiseln verstiegen. Es ist kaum faßlich, wie der Glaube entstehen und sich halten kann, daß ein tausendjähriges Reich des Friedens und der Eintracht, das gepriesene Reich des Sozialismus durch solch einen grausamen Blut- und Gewaltrausch herbeigeführt werden könne. Nie ist ein stärkerer Beleg für die Worte Tolstois geliefert worden: „Das Böse ist, daß die Menschen glauben, es könne notwendig sein, den Menschen Böses zu tun, es könne kein Unrecht darin sein, den Menschen Böses zu tun, es könne den Menschen Gutes aus dem Bösen entstehen, das man den Menschen tut.“

Abgesehen von solcher allgemeinen Erwägung,



sind die Typen der bolschewistischen Führer gewiß verschieden genug. Es gibt unter ihnen Männer, die tatsächlich blind sind für die Wirklichkeit der Dinge. Zu ihnen scheint Tschitscherin, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, zu gehören: er machte auf mich den Eindruck eines Schreibtischmenschen, der, in marxistische Spitzfindigkeiten vertieft, den realen Boden unter den Füßen verloren hat. Als ich ihn auf die schnell anwachsende Abfallbewegung unter den Massen und auf den unaufhaltsamen wirtschaftlichen Verfall aufmerksam machte, wollte er davon nichts wissen. Von daher drohe keine Gefahr. Das einzige Problem, um das es sich noch handle, sei die Frage, ob es der Sowjetregierung gelingen werde, einen wahrhaft kommunistischen Geist in den Massen zu erzeugen, oder ob in den einzelnen Arbeitergruppen eine pseudo-sozialistisch-kleinbürgerliche Ideologie sich entwickeln werde, die das Interesse der Gruppe über das Interesse des gesamten Proletariats stelle. Dieses Problem beschäftigte ihn so, daß er darüber die wahre Lage des Landes nicht zu erkennen schien.

Larin, der Volkswirtschaftler, sieht die ungeheuren ökonomischen Schwierigkeiten wohl, vor denen die Sowjetregierung steht. Aber mit unverwüßlichem Optimismus bildet er sich immer neue Illusionen, von denen die Rettung kommen soll. Bald ist es der unmittelbare Austausch von Fabrikwaren gegen Erzeugnisse der Landwirtschaft, bald sind es die



„Komitees der Armut“ oder ein neues System von Naturalsteuern oder eine „Naturalisierung der Arbeitslöhne“. Immer wieder durch die Wirklichkeit enttäuscht, arbeitet seine Phantasie neue Pläne aus, an die er eine Weile glauben kann, an die er sich klammert, um sich die Hoffnungslosigkeit des kommunistischen Gewalterperiments nicht einzugestehen.

Einen weit unsympathischeren Typus als diese beiden, die offen zu den schaurigen Konsequenzen ihrer Handlungsweise stehen und sie auf ihre Weise zu rechtfertigen suchen, stellt Ljumatšarski, der Volkskommissar für Unterrichtswesen, dar. Er schwebt in den höheren Sphären der Kultur und Humanität, als wüßte er nichts von dem Grauen, das ihn rings umgibt und das er, durch seine Teilnahme an der Regierung, billigt und unterstützt. Als sich, nach dem Novemberumsturz, das Gerücht verbreitete, daß eine schöne, alte Moskauer Kirche bei den Kämpfen zerstört worden sei, da verhüllte er sein Haupt und trat auf einige Tage von seinem Amt zurück. Diese Geste sollte zeigen, daß er an einer Revolution nicht mitwirken wolle, welche die Kulturdenkmäler der Nation nicht zu schonen wisse. Aber der rote Massenterror, die Hinrichtung zahlloser Geiseln hat seine empfindsame Seele an der proletarischen Revolution nicht irre werden lassen.

Ein starker Zug vom Wesen des Abenteurers läßt sich bei Kadel erkennen. Er ist ein ungemein begabter und lebhafter Kopf, ein schneller und aus-



dauernder Arbeiter, ein unruhiger Geist. Seinem sanguinischen Temperament fehlt der feste Maßstab, an dem er die Dinge messen könnte. Er ist imstande, dieselbe Frage in schnellem Wechsel sehr verschieden, ja widerspruchsvoll zu beurteilen, je nachdem von welcher Seite er im Gespräch an sie herangetreten ist. Sehr deutlich enthüllte sich mir sein Wesen, als ich ihm gegenüber eines Tages bemerkte, wenn die Hoffnung der Bolschewisten in Erfüllung ginge und die soziale Revolution die ganze Kulturwelt erfaßte, so würde alles zugrunde gehen, was mir das Leben wert gemacht habe, und den Wiederaufbau, wenn er käme, würden wir nicht mehr erleben. Er erwiderte leichtthin: „Was ich im Leben brauche, wird es schon noch geben — und vor allem: es wird dann eben eine Revolution geben, und das ist doch das Schönste.“ Die Liebe zur Revolution an sich, zur Revolution als Selbstzweck und als Abenteuer hätte nicht deutlicher und naiver zum Ausdruck gelangen können. Ich erhob den Einwand, auch der Revolutionär könne doch, konsequenterweise, die Revolution nur als ein notwendiges Übel betrachten und müsse, wenn er wählen könnte, vorziehen, im Zustand des sozialen Friedens zu leben, den die Revolution doch herbeiführen solle. Darauf meinte Radek offen, das tausendjährige Reich des Sozialismus sei nichts für ihn; das sei für die ausgeglicheneren Naturen einer künftigen Zeit; die jetzige Generation sei dafür innerlich zu zerrissen, sei nur für den Kampf geschaffen.



Mögen andere die hoffnungslose Sackgasse noch nicht sehen, in die die bolschewistische Revolution geraten ist, es fällt schwer, zu glauben, daß ihr unbestrittener Führer Lenin die Lage nicht erkennt. Was veranlaßt diesen ungemein klaren und scharfsinnigen Kopf, diese bedeutendste Persönlichkeit der russischen Revolution, unentwegt auf der verhängnisvollen Bahn fortzuschreiten? Man hat wohl gelegentlich den Eindruck, daß hier ein tragisches Moment vorliegt, daß dieser Mann, der lange Zeit die Führung der Revolution in seltenem Grade in Händen hielt, nun ins Schlepptau der Ereignisse geraten ist, daß die Verhältnisse, die er selbst geschaffen hat, ihm über den Kopf gewachsen sind. Er sieht vielleicht schon den Zusammenbruch seines Systems und das Verderben seiner Anhänger. Aber zur Umkehr ist es zu spät. Es wurde, während meines Aufenthaltes in Rußland, immer wieder mit Bestimmtheit versichert, es sei aus der bolschewistischen Partei heraus angeregt worden, die Bolschewiki sollten von der Regierung zurücktreten, Lenin habe sich für diesen Antrag ausgesprochen, sei aber damit nicht durchgedrungen. Daß solche Pläne aufgetaucht sein könnten, entbehrt der Wahrscheinlichkeit nicht. Denn gerade diejenigen bolschewistischen Führer, denen wirklich an der Idee des Sozialismus gelegen ist, konnten, wenn sie klar blickten, leicht erkennen, daß diese Idee um so schwerer kompromittiert werden müßte, je länger die bolschewistische Gewaltherrschaft



dauere, je schwerere Zerrüttung sie dem Lande bringen würde. Aber nach dem Ausbruch des Massenterrors war es für einen Rücktritt wohl jedenfalls zu spät. Alle Kräfte, die eine Regierung hätten bilden können, hatte man gewaltsam unterdrückt, vertrieben und vernichtet. Die Erbitterung weiter Volkskreise war zu hoch gestiegen. Ein Rücktritt der Regierung hätte die bolschewistischen Beamten im ganzen Lande der Wut des Volkes ausgeliefert. So blieb wohl kaum mehr etwas anderes übrig, als Gewalt bis zum Äußersten, als Ausharren bis zum bitteren Ende.

Möglich ist gewiß, daß solche Schwankungen nie Wirklichkeit gewesen sind, daß Lenin nie an eine Umkehr gedacht hat. Der Patriarch Tichon, das Oberhaupt der russischen Kirche, sagte mir einmal, der Bolschewismus habe in Rußland den Sieg davontragen können, weil er in gewissem Grade im russischen Nationalcharakter liege. Der russischen Seele sei ein Hang zur Maßlosigkeit eigen, der sich in mancherlei Sitten und Bräuchen und schon in manchen Zügen der Volksdichtung zeige. Auch in der theoretischen Spekulation neige der Russe dazu, rücksichtslos bis zum Äußersten zu gehen und sich von der Wirklichkeit zu entfernen. In der Tat ist Lenin dieser Zug in hohem Grade eigen. Seinen ganzen Scharfsinn, seine unerbittliche Logik hat er seit zwanzig Jahren aufgeboten, um von dem einen Gesichtspunkt des Klassenkampfes seine revolutionäre Theorie zu begründen und auszugestalten. Alles andere hat



sich diesem Gesichtspunkt unterzuordnen, alles ist in Erwägung gezogen, was den Klassenkampf des Proletariats zum Siege führen könnte. Der Kapitalismus ist ihm aller Übel Anfang und Ende. Liest man Lenins Schriften, so staunt man über die unheimliche Konsequenz seiner Deduktion. Aber gerade diese höchste Konsequenz eines einseitigen Standpunkts birgt den schwersten Konflikt mit der Vielgestaltigkeit des Lebens in sich. Der Klassenhaß des Sozialisten ist durch den Haß des russischen Revolutionärs gegen die blutige und blinde Tyrannei des Zarentums aufs äußerste gesteigert. Es läßt sich denken, daß dieser Haß, im Konflikt von Theorie und Wirklichkeit, sich in verzweifelter Zerstörung äußert: gelingt es nicht, den Sozialismus auf einen Schlag zu verwirklichen, so ist alles andere gleichgültig, denn alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht.

„Die russische Seele ist ein Rätsel.“ So sagt kein anderer als Dostojewski, der große Menschenkürer und Herzensdeuter, der doch am tiefsten von allen in dieses Seelenrätsel hineingeblidt hat. Im „Idioten“ erzählt der Dichter von jenem Bauern, der — sonst ein ehrlicher Mann — von der plötzlichen Begier nach des Freundes silberner Uhr mit Glasperlenkette gepackt, sich fromm bekreuzigte und inbrünstig betete: „Gott, verzeihe mir um Christi willen!“ — um darauf den Freund hinterrücks niederzustecken. Gleich wie dieser Bauer, unter dem frommen Gedanken an Gott und Vergebung der Sünden, einen Raubmord



begeht, so stoßen die bolschewistischen Führer — das Ideal des Sozialismus, das leuchtende Bild eines goldenen sozialen Zeitalters im Herzen — ihr Volk ins Verderben, stürzen es unbedenklich in ein Meer von Blut und Tränen.

Was ist das? Die Antwort gibt wieder Dostojewski. „Das ist vor allem die Fähigkeit, jegliches Maß in allen Dingen zu vergessen; das ist das Bedürfnis, in betäubender Emotion bis zum Abgrund vorzudringen, sich halb in ihn hineinzuhängen, in seinen Schlund hinabzublicken und — in einzelnen, doch durchaus nicht seltenen Fällen — sich, wie unsinnig, kopfüber in ihn hineinzustürzen. Das ist das Bedürfnis nach Verneinung — und manchmal bei dem am wenigsten zur Verneinung neigenden, bei dem pietätvollsten Menschen — das Bedürfnis nach Verneinung von allem, nach Verneinung des größten Heiligtums im eigenen Herzen, des ganzen nationalen Heiligtums, in seinem ganzen Umfang. Da kann es wohl geschehen, daß ein grundgütiger Mensch auf irgend eine Weise plötzlich zum widerwärtigen Schandbuben und Verbrecher wird — er braucht nur in diesen Wirbel hineinzugeraten, in diesen für uns verhängnisvollen Strudel der krampfhaften und plötzlichen Selbstverneinung und Selbstvernichtung, die dem russischen Nationalcharakter in gewissen schicksalsschweren Augenblicken seines Lebens in so hohem Grade eigentümlich ist. Doch mit derselben Kraft, mit demselben Ungeßüm, mit demselben Hunger nach



Selbsterhaltung und Buße rettet auch der russische Mensch, gleichwie das ganze Volk, sich selbst, und gewöhnlich dann, wenn er bis an die äußerste Grenze gegangen ist, das heißt, wenn darüber hinauszuweichen schon kein Raum mehr blieb.“

Wann wird diese letzte Prophezeiung des großen Dichters sich erfüllen? Die äußerste Grenze scheint nun bald erreicht. Die Rettung kann, das ist gewiß, nur aus der eigenen Kraft des russischen Volkes kommen. Der Bolschewismus hat ihm nur Zerstörung gebracht. Der Aufbau kann erst beginnen, wenn das bolschewistische Regime gestürzt ist. Wie diese Wendung eintreten, welche Formen sie annehmen wird, liegt noch im Dunklen. Vielleicht wird dann, in der kommenden Periode, auch aus der Saat, die der Bolschewismus gestreut hat, das ewig schöpferische Leben noch gute Reime sprießen lassen. Der Bolschewismus ist ein zerstörender Protest gegen die soziale Ungerechtigkeit der alten Welt und gegen den blutigen Wahnsinn des Weltkriegs. Dieser Protest hat die gedankenlose Menschheit wachgerüttelt, er wird nicht wirkungslos verhallen. Wer nicht von jeher nach Kräften seine Stimme erhoben hat gegen das soziale Elend der Kulturwelt und gegen das Verbrechen des Krieges ist mitschuldig an den furchtbaren Formen, die die soziale Revolution angenommen hat. Nach der gewalttätigen Periode der Gegenwart ist es die Aufgabe aller schaffender Geister, mitzuhelfen an dem Aufbau einer freieren, gerechteren, friedlicheren Welt.



Inhaltsübersicht.

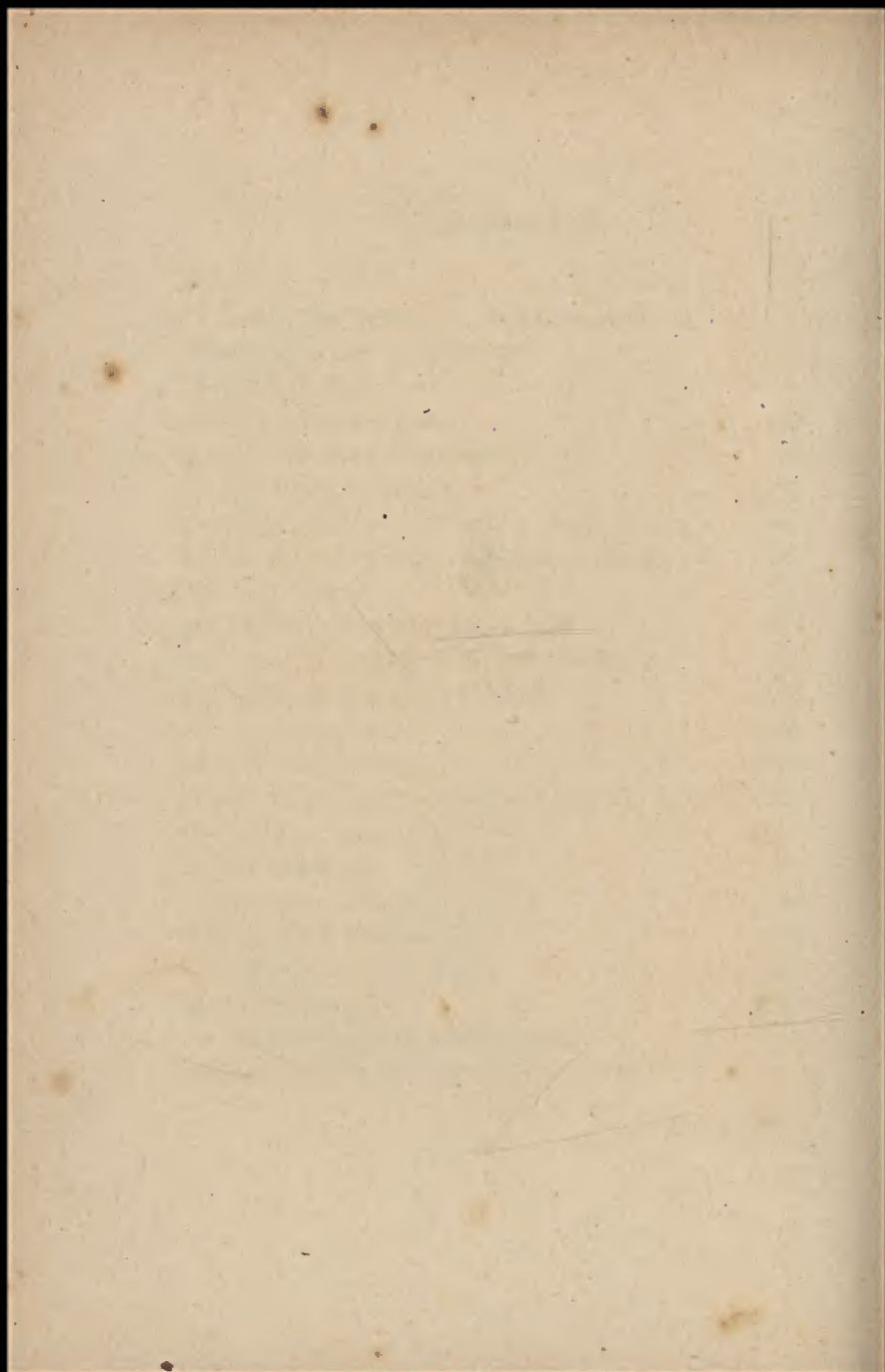
	Seite
Vorrede	1
Einleitung. Der Aufstieg des Bolschewismus	3
Stimmen aus dem russischen Volk	34
In Arbeiterkreisen	46
Die Ermordung des Zaren	56
Eine Sitzung des Zentralexekutivkomitees	65
Die Stimmung in Moskau	77
Die Hungersnot, Proletariat und Bauernschaft . . .	84
Ein Stimmungswechsel in der Sowjetregierung . . .	97
Das rote Moskau	106
Im Lager der Antibolschewisten	114
Das Leben in Moskau	122
Der weiße und der rote Terror	131
Die Sozialrevolutionäre	139
Die Zeit des Schreckens	149
Die politische und wirtschaftliche Lage der Sowjetregierung	161
Das sterbende Petersburg	172
Bolschewismus und Demokratie	181
Die Diktatur des Proletariats	189
Rußland heute und morgen	196
Die große Not in Petersburg	204
Ein Arbeitermeeting	212
Die „Außerordentlichen Kommissionen“	221
Schlußbetrachtung. Das bolschewistische System . . .	231

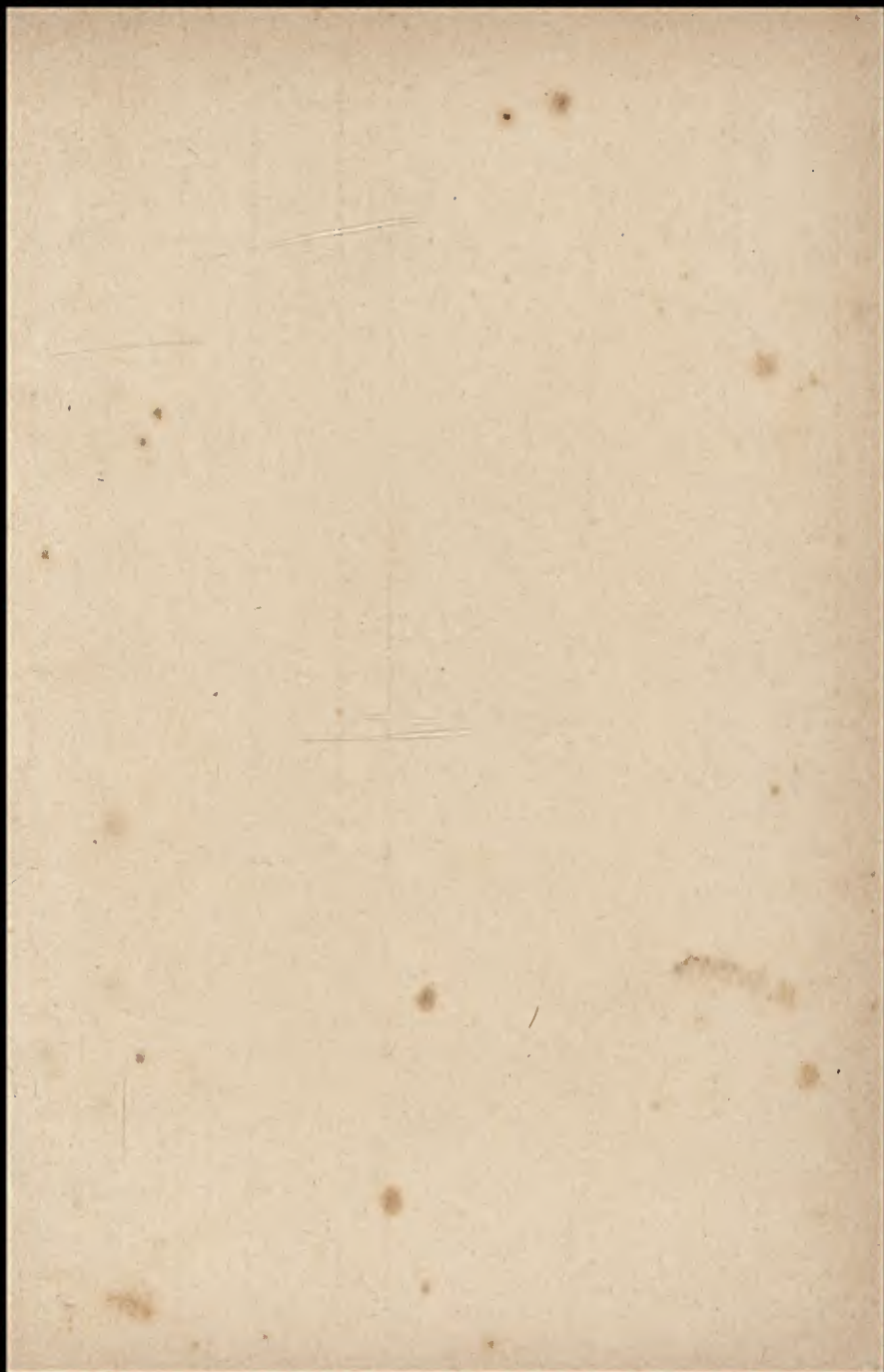


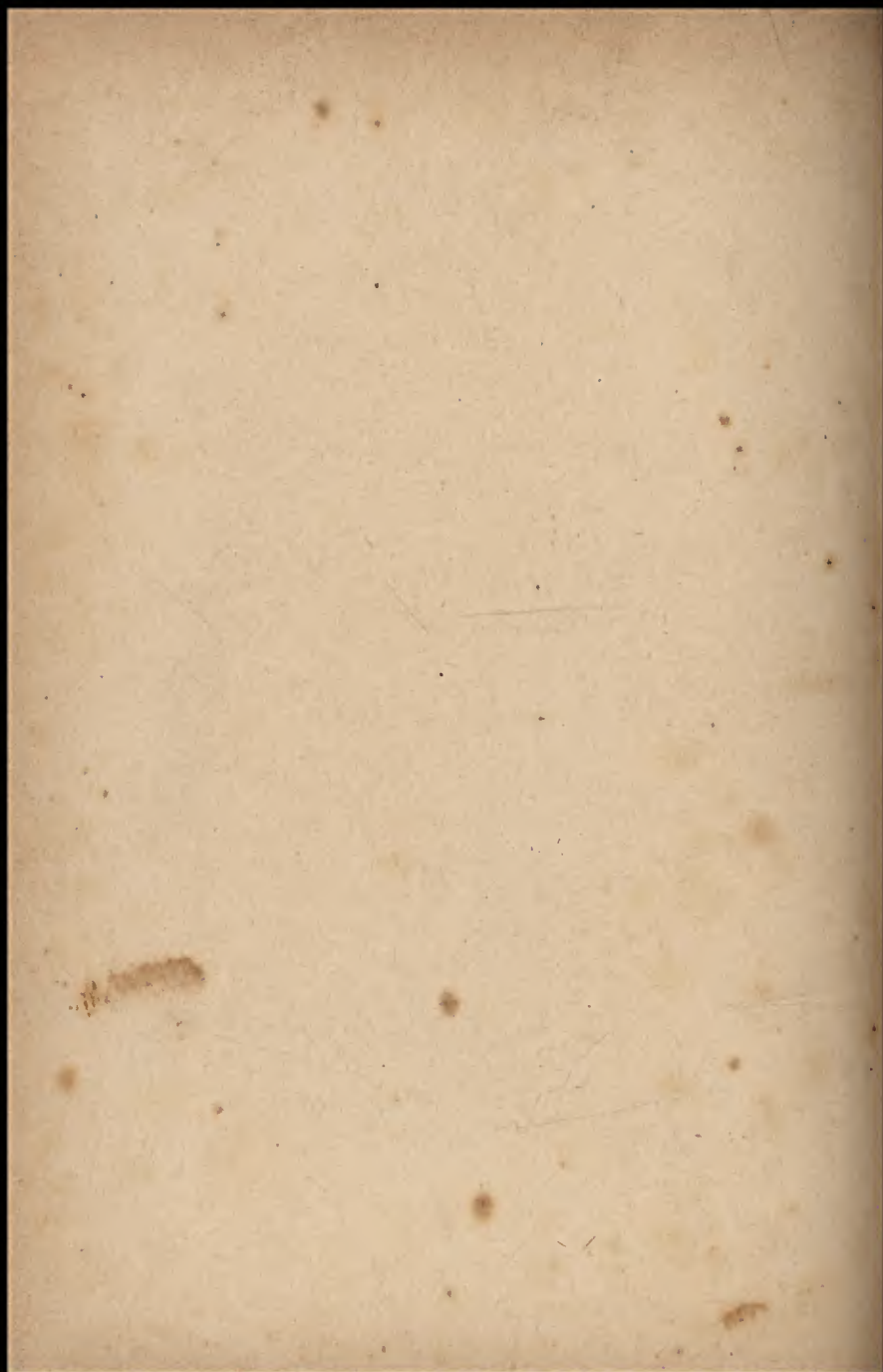


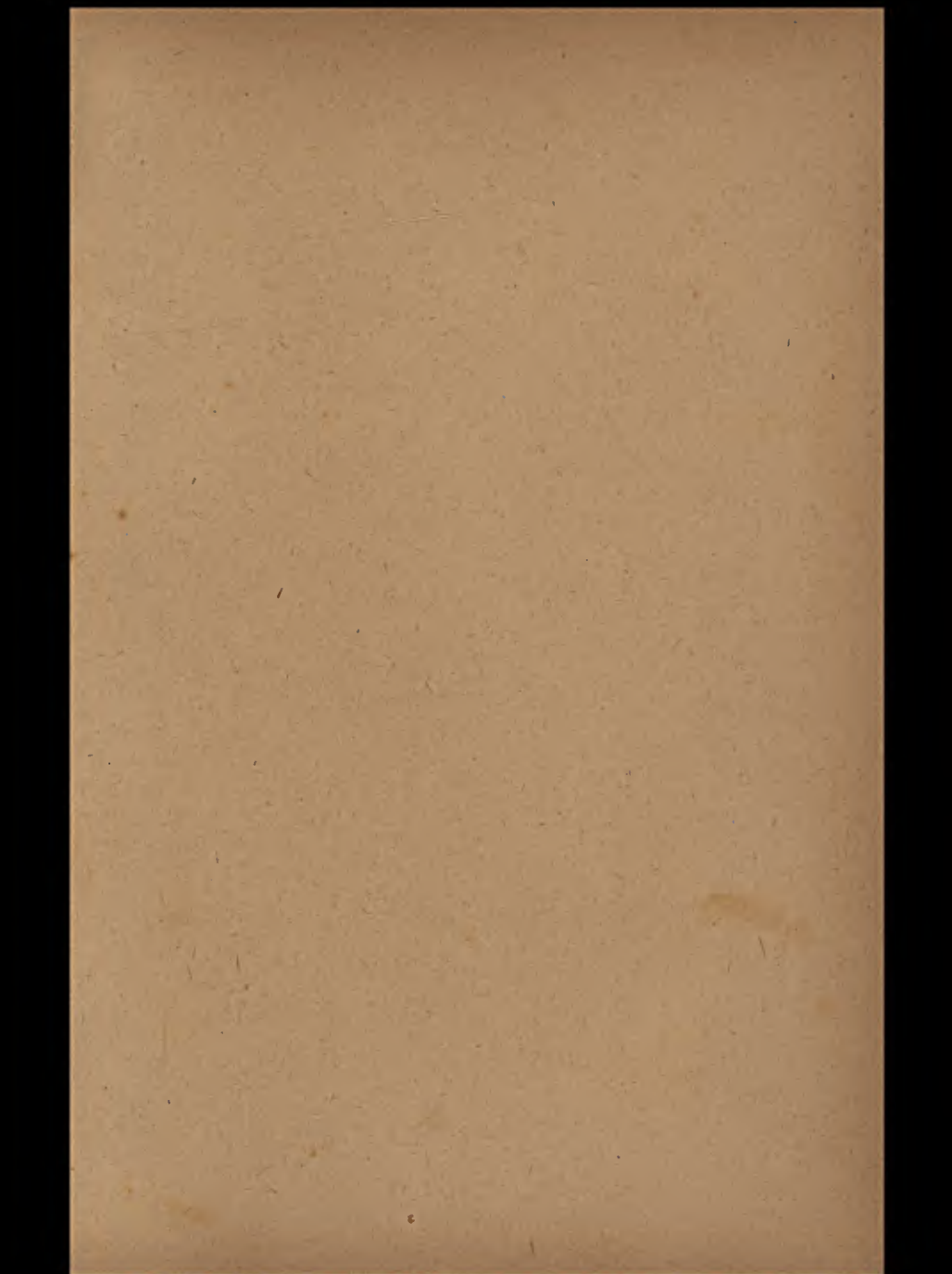
Gedruckt bei
Poeschel & Trepte
in Leipzig











20. ov D



